

Hausarbeit zur Erlangung des Grades eines Magister Artium der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum eingereicht von Frank Havers Erstgutachter: Prof. Dr. em Siegfried Bahne Zweitgutachter: Prof. Klaus Tenfelde

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Überblick über die Entwicklung des Anarchosyndikalismus in Deutschland	1
1.1. Grundlagen und Grundprinzipien	1- 10
1.2. Die FAUD(AS)	
1.2.1. Die Konstituierung der FAUD	10- 15
1.2.2. Sozialstruktur der FAUD Mitglieder	15- 17
1.2.3. Die Opposition innerhalb der FAUD und der 15. Kongreß	17- 21
1.2.4. Anarchosyndikalistische Kulturinitiativen	21
1.2.5. Der antifaschistische Widerstand der FAUD	22- 25
2. Die Industrialisierung Sömmerdas	
2.1. Die „Ära“ Dreyses 1816 bis 1899	26- 31
2.2. Forcierte Industrialisierung 1901 bis 1933	31- 35
3. Die ArbeiterInnenbewegung Sömmerdas bis März 1919	36
3.1. Die Anfänge (1848-1900)	36- 41
3.2. Organisatorische Festigung (1901-1914)	41- 43
3.3. Die Sömmerdaer ArbeiterInnenbewegung während des 1. Weltkrieges	43- 47
3.4. Die revolutionären Ereignisse von November 1918 bis März 1919	47- 54
4. Die FAUD Sömmerda und Umgebung	55
4.1. Gründung und Mitgliederbewegung	55- 60
4.2. Strukturelle Entwicklung	60- 63
5. Die FAUD Sömmerda in den betrieblichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen von März 1919 bis Februar 1922	64
5.1. Lohnkämpfe und Lebensmittelunruhen	64
5.1.1 Der Bauarbeiterstreik 1919	64- 65
5.1.2. Die Auseinandersetzung um höhere Löhne bei Rheinmetall im	

November 1919	65- 66
5.1.3. Die Lebensmittelunruhen von 1919	66- 68
5.1.4 „Kapp-Putsch“ und Märzaufstand 1920	68- 84
5.1.5 Boykott von Granat- und Minenzünderproduktion bei Rheinmetall	84- 87
5.1.6 Der 7- wöchige Streik bei Rheinmetall im Januar/ Februar 1922	87- 97
6. Die FAUD Sömmerda und die betrieblichen Auseinandersetzungen ab März 1922	97-103
7. Soziokulturelle Aktivitäten der FAUD Sömmerda	103
7.1. Die Märzgefallenenfeiern	103- 106
7.2. Informations- und Diskussionsveranstaltungen	106-108
7.3. Genossenschaftsprojekte	108- 110
8. Die FAUD Sömmerda und das Stadtparlament	110-113
Ausblick: Der antifaschistische Widerstand der FAUD Sömmerda	113-114

1. Überblick über die Entwicklung des Anarchosyndikalismus in Deutschland

1.1. Grundlagen und Grundprinzipien

Der Anarchosyndikalismus, der oft synonym lediglich „*Syndikalismus*“[\[1\]](#) genannt wird, „*kennzeichnet begrifflich zunächst nichts anderes als die Symbiose anarchistischer Ideologien mit der konzeptionellen Form der gewerkschaftlichen Organisation*“[\[2\]](#). Er geht in seinen Grundlagen zurück auf „*liberales, antijakobinisches, frühsozialistisches und anarchistisches Gedankengut*“[\[3\]](#) und stellt ein Konglomerat der Ideen Proudhons[\[4\]](#), Bakunins[\[5\]](#), der französischen Syndikalisten Monatte[\[6\]](#), Pelloutier[\[7\]](#) u.a., des kommunistischen Anarchismus Kropotkins[\[8\]](#) und für Deutschland Landauers[\[9\]](#) dar[\[10\]](#).

Der Anarchosyndikalismus teilt mit diesen die „*Ablehnung von Kapitalismus, Staat, Kirche und jeglicher zentralistischer Organisation, verwirft von daher auch politische Parteien und den Parlamentarismus*“[\[11\]](#). „*Er setzt die antistaatliche Linie der modernen politischen Theorie die vom frühen Liberalismus zum Anarchismus führt*“[\[12\]](#) fort. Eine der wichtigsten Grundlagen in Bezug auf die Befreiung der Arbeiterklasse ist die Ablehnung der Eroberung der politischen Macht, weil mit der Eroberung der politischen Macht, der Staat und der Kapitalismus und somit das alte Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem bestehen bleiben würden[\[13\]](#). Der Begriff „politische Macht“ wurde von den AnarchosyndikalistInnen synonym für die Staatsgewalt schlechthin gebraucht[\[14\]](#). Für sie stand fest, daß sich ein „*Instrument der Unterdrückung (der Staat, d. Verf.) (...) niemals in ein Instrument der Befreiung umformen läßt*“[\[15\]](#). Daraus resultiert, daß der Staat auch als Übergangsform zum Sozialismus, also die Verstaatlichung der Produktion abgelehnt wurden, weil „*das nur zur schlimmsten Form der Ausbeutung, zum Staatskapitalismus, nie aber*

zum Sozialismus führen kann“[16], da der Sozialismus letztlich eine Kulturfrage sei „und als solche nur von unten nach oben durch die schöpferische Tätigkeit des Volkes gelöst werden kann“[17].

Vielmehr sei die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse der „große Endzweck“[18], dem „jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist“[19]. Unter Arbeiterklasse versteht der Anarchosyndikalismus „jeden einzelnen, nicht etwa Parteivorstände“[20].

Wie bereits erwähnt war der Anarchosyndikalismus in Deutschland auch, bzw. besonders von den Theorien des kommunistischen Anarchismus Kropotkins[21] geprägt. Dieser nannte seine Richtung des Anarchismus kommunistisch, weil, wie es bei den Kollektivist (Bakunin) der Fall war, nicht nur die Produktionsmittel, Grund und Boden, sondern auch die Arbeitserzeugnisse Gemeineigentum werden sollten. Die Basis dieser kommunistischen Gesellschaft sollten freiwillig föderierte, gleichberechtigte und selbständige Produktionsgemeinschaften sein, in denen es zu einer Vereinigung von Industrie, Landwirtschaft und Handwerk, von körperlicher und geistiger Arbeit kommen sollte. „In diesen Produktionsgemeinschaften würde das Hauptübel des Kapitalismus, die Arbeitsteilung, wegfallen und an die Stelle der Autorität und Zentralisation würden die Solidarität und persönliche Verantwortung der Produzenten treten“[22]. Eventuell auftretende Spannungen versuchte Kropotkin durch sein ethisches Gesetz der „gegenseitigen Hilfe“[23] auszugleichen.

Wie aus dem genannten zu entnehmen ist, ist das grundlegende Prinzip des Anarchosyndikalismus der Föderalismus. Den Gegensatz zwischen Föderalismus und Zentralismus, etwa des Staates oder anderer ArbeiterInnenorganisationen[24] sah z.B. Rudolf Rocker[25], einer der wichtigsten deutschen Theoretiker des Anarchosyndikalismus, nicht nur in der Organisationsform, sondern in der verschiedenen geistigen Haltung der Menschen[26]. Die Basis des Föderalismus liege in „den gemeinschaftlichen Interessen und dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen, beim Zentralismus hingegen mache die lebendige Kraft der Organisation einer öden Mechanisierung der Dinge Platz, Föderalismus wachse organisch aus den schöpferischen Instinkten und Bestrebungen der Allgemeinheit, sei organische Zusammenfassung selbständiger, gesellschaftlicher Körperschaften zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles auf der Basis freier Vereinbarungen“[27].

Aus der schon erwähnten Ablehnung der Organisation der Gesellschaft auf staatlicher Grundlage[28] ergibt sich m.E. konsequent die Haltung der AnarchosyndikalistenInnen zum Nationalismus, den sie als „Religion des modernen Staates“[29] ansahen. Das bedeutet, daß der Anarchosyndikalismus alle „willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen“[30] ablehnt und nur Unterschiede regionaler Art anerkennt, welche jeder ethnischen Gruppe oder jedem „Volksverband“[31] das Recht geben, „ihre Angelegenheiten und ihre besonderen Kulturbedürfnisse gemäß ihrer eigenen Art und Veranlagung, im solidarischen Einverständnis mit anderen Gruppen und Volksverbänden regeln zu können“ [32].

Die Ablehnung jeglicher Form der parlamentarischen Betätigung erfolgte auf dem 12. Kongreß[33] der deutschen SyndikalistenInnen in der von Rudolf Rocker verfaßten „Prinzipienerklärung des Syndikalismus“, u.a. mit der Begründung: „die Syndikalisten verwerfen prinzipiell jede Form der parlamentarischen Betätigung, jede Mitarbeit in den gesetzgebenden Körperschaften, ausgehend von der Erkenntnis, daß auch das freieste Wahlrecht die klaffenden Gegensätze der heutigen Gesellschaft nicht mildern kann und daß das ganze parlamentarische Regime nur den Zweck verfolgt dem System der Lüge und der sozialen Ungerechtigkeit den Schein des legalen Rechts zu verleihen - den Sklaven zu veranlassen, seiner eigenen Sklaverei den Stempel des Gesetzes aufzudrücken“[34]. Aus dem o.g. folgt die Stellung zu politischen Parteien. Diese seien nicht imstande, welchem Ideenkreis auch immer sie angehörten[35], den „sozialistischen Aufbau“ [36] durchzuführen[37]. Aus der Sicht der AnarchosyndikalistenInnen konnte das nur durch „wirtschaftliche Kampforganisationen“[38], d.h. Gewerkschaften, erreicht werden. Diese seien im Gegensatz zur Partei klassengebunden und würden somit die einzig wahre Organisationsform des Proletariats darstellen[39]. Gemeint waren aber nicht zentralistisch-reformistische Gewerkschaften, sondern föderalistisch strukturierte, sozialrevolutionäre Organisationen, weil auch die Mittel des Kampfes um den herrschaftslosen Sozialismus, bzw. Anarchismus, dem Ziel entsprechen sollten und die AnarchosyndikalistenInnen somit in der Gewerkschaft kein vorübergehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft sahen, sondern die „Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation“[40]; d.h., die Gewerkschaften sollten die kapitalistische Wirtschaft[41] als Produktions- und Konsumptionsform ersetzen und „untereinander durch lose Produktionsverbände föderiert werden“[42]. Um diesem Anspruch gerecht zu werden bestand die im Dezember 1919 in Berlin gegründete „Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)“[43], kurz FAUD(S), als größter und wichtigster, organisatorischer Ausdruck des Anarchosyndikalismus in Deutschland, ebenso wie ihre Schwesterorganisationen in

anderen Ländern aus Arbeitsbörsen[44] und Industrieföderationen[45], deren Struktur und Aufgaben ich im folgenden kurz darstelle:

in jeder Stadt, sowie in jedem Ort schließen sich die ArbeiterInnen eines Berufes der Gewerkschaft dieses Berufes an. Die Gewerkschaften aller Berufe jedes Ortes / jeder Stadt schließen sich ebenfalls zusammen und bilden so ein Gewerkschaftskartell, welches den lokalen Mittelpunkt darstellt, die sog. Ortsarbeitsbörse. Jede Ortsarbeitsbörse ist wiederum Mitglied einer Kreis-, Bezirks und Provinzialarbeitsbörse, welche alle zusammengefaßt sind, in der Landesföderation der Arbeitsbörsen und diese wiederum auf internationaler Ebene.

Neben dieser vertikalen Gliederung waren die lokalen Gewerkschaften eines Berufes, sowie aller verwandten Berufe im ganzen Land horizontal verbunden in den

Industrieföderationen[46]. Diese waren, wie die Börsen, von unten nach oben, bis zur den jeweiligen Reichs- und internationalen Föderationen aufgebaut, welche ebenso miteinander verbunden waren, wie die Börsen.

Die Arbeitsbörsen und Industrieföderationen waren bis in den kleinsten lokalen Bereich autonom, d.h., nicht an die Weisungen einer Zentrale gebunden. Sie hatten eigene Satzungen, welche den Prinzipien der FAUD nicht widersprechen durften, sowie eigene Finanzen, d.h. sie konnten z.B. selbständig Streikbewegungen durchführen[47].

„Alle durch die Basis obligatorisch zu wählenden Leitungsfunktionäre (der FAUD, d. Verf.) verfügen gemäß den direkt-demokratischen Intentionen des Syndikalismus lediglich über ein imperatives Mandat, sind dementsprechend jederzeit abrufbar und an solche Mehrheitsentscheidungen gebunden, die ein idealtypisches Maß einer Autonomie des Individuums durch Selbst- und Mitbestimmung in allen Fragen garantieren sollen“[48].

Die „vorrevolutionären“ Aufgaben der Arbeitsbörsen bestanden in der:

- Agitation und Propaganda
- Bildung und Schulung der Mitglieder
- Jugendbildung
- Organisierung der Frauen
- Durchführung der gewerkschaftlichen Tageskämpfe und anderer Aktionen
- Vorbereitung für die sozialistische Wirtschaftsorganisation
- Ausbau der Arbeitsbörsen zur praktischen Durchführung aller Aufgaben[49].

Die Arbeitsbörsen stellten also praktisch das Herz der Organisation dar. Nach einer erfolgreich verlaufenen sozialen Revolution sollten sie sich in Verteilzentren, *„eine Art lokales statistisches Büro verwandeln, und sämtliche Häuser, Lebensmittel, Kleider usw. unter ihre Verwaltung nehmen. Die Arbeitsbörse hätte die Aufgabe den Konsum zu organisieren, und durch die allgemeine Föderation der Arbeiterbörsen wäre man leicht imstande, den Gesamtverbrauch des Landes berechnen und auf die einfachste Art organisieren zu können“*[50].

Die Aufgaben der Industrieföderationen in der bestehenden Gesellschaft wurden folgendermaßen beschrieben: *„Die Industrieföderationen erkunden in erster Linie mit Hilfe ihrer Geschäftsleitungen die in ihrer Industrie herrschenden Arbeitsmethoden, Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse. Sie suchen die Art der Produktionsweise zu ergründen, ebenso die Bezugsquellen der Rohprodukte und deren Gewinnung, die Absatzgebiete der Fertig- und Halbfertigfabrikate usw. und suchen an Hand gemachter Erhebungen und Studien den Mitgliedschaften durch Wort und Schrift das nötige Wissen zu vermitteln, bei ihnen das Klassenbewußtsein zu fördern und gegebenenfalls die zweckentsprechende Kampfeskampftaktik zu empfehlen“*[51].

Nach einer sozialen Revolution sollten die Föderationen die Produktion durch ihre örtlichen Organe und die Betriebsräte in ihre Hände nehmen. Das bedeutet, daß sie alle vorhandenen Produktionsmittel, Rohstoffe etc. verwalten würden und die einzelnen Industrien und Betriebe mit allem was notwendig ist, versorgen[52].

Kurz zusammengefaßt bedeutete dieses Konzept „*Organisation der Betriebe und Werkstätten durch die Betriebsräte; Organisation der allgemeinen Produktion durch die industriellen und landwirtschaftlichen Verbände; Organisation des Konsums durch die Arbeiterbörsen*“[53].

Während der Weimarer Republik wurden von den AnarchosyndikalistInnen innerhalb der FAUD 6 Industrieföderationen gegründet und konsolidiert[54].

Das wichtigste Kampfmittel der AnarchosyndikalistInnen war die „direkte Aktion“[55], der „*unmittelbare Kampf der ArbeiterInnen gegen ökonomische und politische*

Unterdrückung“[56], „*unter Ausschluß aller Vertreter und Mittelspersonen*“[57]. Die direkte Aktion beinhaltete: Streiks in allen Formen, d.h., neben der bloßen Arbeitsniederlegung in einem Betrieb/ einer Industrie, Solidaritätsstreiks, Bummelstreiks, passive Resistenz, politische Massenstreiks, sowie Sabotage, Boykott, Störung des Warenverkehrs, Demonstrationen, Betriebsbesetzungen, Verweigerung des Militärdienstes und anderer gesellschaftlicher Pflichten[58]. Die höchste Stufe der direkten Aktion stellt der soziale Generalstreik dar. Er bedeutet im anarchosyndikalistischen Verständnis den Beginn der sozialen Revolution, im Unterschied zu Generalstreiks für politische Ziele oder Lohnforderungen, die ein „*dem bürgerlichen System immanentes Teilziel*“[59] bleiben würden[60]. Laut Klan und Nelles ist die Idee der direkten Aktion entstanden „*als Reaktion der Arbeiterklasse auf die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals und die wachsende Kampfunwilligkeit und Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien*“[61]

Als programmatische Formulierung konkretisiert wurde das o.g. auf dem 14. Kongress der FAUD(S) im November 1922 : „

1. Der Teil- oder Kleinstreik zur Durchsetzung besserer Arbeits- und

Lebensbedingungen und als Vorbereitung des Generalstreiks

2. Die passive Resistenz als innerbetriebliches Kampfmittel entspricht dem sogenannten >>Dienst nach Vorschrift<< und sollte insbesondere in den Verkehrsbetrieben angewandt werden. Als weiteres Mittel der passiven Resistenz dient die Obstruktion, worunter die planmäßige Verlangsamung der Arbeit verstanden wird, die sich gegen die festgesetzten Lieferfristen des Unternehmers richtet.

3. Die Sabotage wird in zwei Formen unterschieden, wobei die >>kleinere Sabotage<< sich vornehmlich auf das Arbeitsprodukt bezieht, das absichtlich minderwertig hergestellt wird. Eine vorübergehende Außerstandsetzung der Produktionsmittel ist in dieser Phase der Auseinandersetzung bereits einkalkuliert. Die >>große Sabotage<< ist der ‘Zeiten des zugespitzten Klassenkampfes’ vorbehalten und sieht die planmäßige Zerstörung von Maschinen und Beförderungsmitteln als Mittel des ‘wirtschaftlichen Terrors’ vor. Eine weitere Form der >>großen Sabotage<< ist die Produktion von höherwertigen Waren als vorgesehen und die Verweigerung der Herstellung schädlicher Produkte (z.B. Rüstungsgüter) sowie die Ablehnung der Akkordarbeit.

4. Der Boykott wird definiert als ‘Weigerung der konsumierenden Arbeiter, zu teure oder zu minderwertige Produkte noch solche zu kaufen, die unter ungünstigen Arbeitsbedingungen hergestellt werden’. Für bevorzugt zu konsumierende Waren wird hingegen das >>Label<< als Erkennungszeichen angewandt.

5. Demonstrationen sollen als Reaktionsform gegenüber Repressionsmaßnahmen und zur Durchsetzung eigener Forderungen initiiert werden.

6. Antimilitarismus soll durch Kriegsdienstverweigerung des einzelnen und durch die allgemeine Arbeitseinstellung im Kriegsfall erreicht werden.

7. Als grundsätzlicher Widerspruch zur Methode der >>direkten Aktion<< wird die Partizipation an jeglicher Form von staatlicher Institution angesehen. Darunter fällt auch die Beteiligung an den gesetzlichen Betriebsräten. Es wurde jedoch hier [auf dem Kongress, d. Verf.] bereits festgelegt, daß eine Beteiligung an den gesetzlichen Betriebsratswahlen nicht den Ausschluß aus der FAUD(S) bedeutete.

8. Der Generalstreik fungiert als Einleitung der sozialen Revolution, die mit der 'Beseitigung aller Klassen, der kapitalistischen Produktionsweise, dem Sturz des Staates und in der Errichtung einer freien, herrschaftslosen Gesellschaft' gleichbedeutend ist"[62].

In der Praxis der FAUD(S) wirkten sich die genannten Kampfmethoden in der Anfangsphase der Weimarer Republik folgendermaßen aus: „Alle vier linksradikalen Arbeiterorganisationen (...) sahen sich immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen (...) konfrontiert, und zwar in unterschiedlicher Schärfe: die Syndikalisten, deren direkte Aktionen am meisten gefürchtet wurden, wurden von den härtesten Maßnahmen betroffen“ (...) [63].

Die „direkte Aktion“ war nicht eindeutig festgelegt auf Gewalt oder Gewaltlosigkeit. Dieser Punkt stellte unter den AnarchosyndikalistInnen immer eine Streitfrage dar. Das einzige was alle AnarchosyndikalistInnen ablehnten war Gewalt staatlicher und zwischenstaatlicherseits [64].

1.2. Die FAUD(AS)

Die FAUD(AS) ging hervor aus der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVdG), die 1897 gegründet worden war. Sie wiederum entstand aus der lokalistischen Opposition innerhalb der Zentralgewerkschaften [65].

1.2.1. Die Konstituierung der FAUD

Die FVdG wurde im August 1914 wegen ihrer antimilitaristischen und antinationalistischen Propaganda verboten und fast zerstört, u.a. durch die Verhaftung zahlreicher Mitglieder. Einige Kerngruppen blieben jedoch während des 1. Weltkrieges bestehen. Vor allem der Maurer und ehemalige Geschäftsführer der FVdG Fritz Kater hatte den Minimalkontakt der Mitglieder durch ein Rundschreiben aufrechterhalten. Als organisatorischer Zusammenhalt existierte ein illegaler „Allgemeiner Arbeiterverein“, der im November 1918 eine rasche Reorganisation der FVdG ermöglichte. Das erste nationale Nachkriegstreffen fand schon am 26./27.12.1918 in Berlin statt. Ab 14. Dezember 1918 wurde bereits das neue Verbandsorgan „Der Syndikalist“ herausgegeben, das an die Stelle des Vorkriegsorgans „Die Einigkeit“ trat [66].

Neben der Freien Vereinigung waren von November 1918 - April 1919 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet weitere sozialrevolutionäre Gewerkschaftsorganisationen entstanden, die mit der FVdG [67] die Einsicht verband, daß nur ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten eine sozialrevolutionäre Veränderung der bestehenden Gesellschaft ermögliche. Um das zu verwirklichen kam es am 15./16.9.1919 zu einer gemeinsamen Konferenz in Düsseldorf. Die Delegierten dieser Konferenz verteilten sich folgendermaßen:

- „FVdG“ mit 46 Delegierten aus 99 Ortsgruppen
- „Allgemeiner Arbeiter-Verband“ mit 33 Delegierten aus 30 Ortsgruppen
- „Allgemeine Bergarbeiter-Union“ mit 14 Delegierten
- „Allgemeine Arbeiter Union Essen“ mit 4 Delegierten
- „Allgemeine Deutsche Bergarbeiter Union“ (Düsseldorf) mit 8 Delegierten [68].

Ideologisch standen sich auf dieser Konferenz zwei verschiedenen Richtungen gegenüber:

das von der Freien Vereinigung und dem Allgemeinen Arbeiter-Verband vertretene Programm des Syndikalismus und das von den anderen 3 Organisationen vertretene linkskommunistische Konzept des „Unionismus“^[69]. Gemeinsam war beiden das Ziel der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft, die Ablehnung des Staatssozialismus, sowie der Aufbau der zukünftigen Gesellschaft auf der Grundlage des Rätessystems. Meinungsverschiedenheiten bestanden bezüglich der Organisationsform. Die UnionistInnen organisierten sich in basisdemokratischen, durch große Industrieunionen zusammengefaßten Betriebsgruppen. Sie lehnten die Bevormundung durch eine politische Partei ebenso ab, wie die SyndikalistInnen und sahen in ihrer Organisationsform ebenso wie die FVdG Kampforganisation und Basis für eine neue Gesellschaft. Die SyndikalistInnen propagierten ihr Konzept der Arbeitsbörsen und Industrieföderationen. Dissens bestand weiterhin in der Gewaltfrage. Die UnionistInnen befürworteten den bewaffneten Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, sowie die Diktatur des Proletariats (als Klasse) als Übergangsform zur neuen Gesellschaft. Die FVdG propagierte den sozialen Generalstreik und die Abschaffung des Staates. Sie setzte sich in den wesentlichen Fragen auf der Konferenz durch^[70]. Was die Organisationsform betraf, wurde ein Kompromiß geschlossen: generell sollte sich die neue Organisation nach dem syndikalistischen Prinzip aufbauen. Die Bergarbeiter konnten jedoch ihre unionistisch strukturierten Schachtorganisationen beibehalten. Die Mitgliedschaft in politischen Parteien, welche zu diesem Zeitpunkt auf beiden Seiten noch häufig anzutreffen war, wurde zwar zugelassen, Parteipolitik auf öffentlichen Veranstaltungen, Konferenzen etc. jedoch nicht^[71]. Das änderte sich auf dem 13. Kongress der FAUD im Oktober 1921. Mit der Änderung ihrer programmatischen Grundlage vollzog die Organisation nun den endgültigen Bruch mit den politischen Parteien^[72]. Das führte dann schwerwiegenden personellen Konsequenzen^[73].

Zunächst wurde jedoch auf der Konferenz im September 1919 eine gemeinsame Organisation gegründet, deren Name den eingegangenen Kompromiß verdeutlicht: „Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten)“.

Im Laufe des Jahres 1919 hatten sich auch in Thüringen, Sachsen, Süddeutschland und in den Hafenstädten der Nord- und Ostsee Ortsvereine der FVdG gebildet. Daher sollte der Zusammenschluß von Rheinland-Westfalen auch auf Reichsebene vollzogen werden. Das geschah dann während einer dreiwöchigen Aufhebung des Belagerungszustandes vom 27.-30.12.1919 in Berlin auf dem 12. Kongress der FVdG. Die Organisation nannte sich nun „Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)“. Die 109 anwesenden Delegierten von nun 111675 Mitgliedern nahmen das schon erwähnte, von Rudolf Rocker ausgearbeitete Programm, die „Prinzipienerklärung des Syndikalismus“^[74] an.

Danach verstand sich die FAUD als eine sozialrevolutionäre Klassenkampforganisation und radikale Kulturbewegung zugleich.

Neben den schon vorgestellten Arbeitsbörsen und Industrieföderationen verfügte sie u.a. noch über eine Geschäftskommission als „*oberste ausführende Instanz*“^[75]. Das bedeutet, daß diese keinerlei Weisungsbefugnisse gegenüber den lokalen Organisationen hatte, sondern lediglich koordinierende Instanz^[76] und Herausgeberin des Verbandsorgans, „Der Syndikalist“^[77] war. Sie war also direkt an die Beschlüsse und Weisungen der Basis gebunden. Außerdem hielt sie den Kontakt zu den ausländischen Schwesterorganisationen innerhalb der anarchosyndikalistischen Internationale, der „IAA“^[78] aufrecht.

Als beschlußfassendes Organ der Gesamt- FAUD fungierte der mindestens alle 2 Jahre einzuberufende Reichskongress, der sich aus Delegierten der Ortsvereine

zusammensetzte. Auf dem Kongress wurde über grundsätzliche theoretische und organisatorische Fragen entschieden. Auf dem 18. Kongreß (20.5.-1.6.30) wurde zusätzlich die Einführung eines „Reichsrates“ beschlossen. Dieser sollte Differenzen bei innerorganisatorischen Angelegenheiten klären und zur Erarbeitung einer einheitlichen Linie der FAUD dienen^[79].

Die FAUD war, wie schon erwähnt, bis Dezember 1919 zu einer Massenorganisation mit über 100000 Mitgliedern geworden. Sie konnte daher nun auch radikalierend in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Jahre 1918-23 eingreifen, ohne jedoch während ihrer ganzen Existenz in der Lage gewesen zu sein, diese selbst zu initiieren. Die Mitglieder der FAUD spielten eine wichtige Rolle in der Streik und Sozialisierungsbewegung im 1. Quartal

1919[80], bei den in der gleichen Zeit in vielen Städten stattfindenden Lebensmittelunruhen[81], während des sog. „Kapp-Putsches“ und des daraus resultierenden Aufstandes[82], bei den Streiks und Erwerbslosenunruhen im Rheinland 1921-23[83], in den täglichen, betrieblichen Auseinandersetzungen jener Jahre u.v.m.[84].

1.2.2. Sozialstruktur der FAUD-Mitglieder

Eine m.E. interessante Frage ist, was das für Menschen waren, welche die FVdG 1919 zu einer Massenbewegung machten und welche Motivation sie hatten, dieser anarchosyndikalistischen Organisation beizutreten.

Wichtig ist die Tatsache, daß die sog. Zentralgewerkschaften unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg ihren Kurs der Sozialpartnerschaft[85], weiterführen und sich die Situation der ArbeiterInnen auch nachdem die SPD an der Regierung war, nicht substantiell verbessert hatte. Es waren im Gegenteil alle Versuche der ArbeiterInnen nach dem bloßen politischen Machtwechsel eine soziale Revolution durchzuführen von der SPD im Bunde mit eindeutig reaktionären Gesellschaftsgruppen (Monarchisten und Militärs) blutig niedergeschlagen worden.

Ein großer Teil der durch Krieg, Revolution und nachrevolutionäre Auseinandersetzungen radikalisierten ArbeiterInnen suchte daher nach Organisationformen, die ihrem Interesse nach einer radikalen Gesellschaftsveränderung entgegenkamen und in denen sie selbst über Zeitpunkt, Ort und Art der Auseinandersetzung mit dem bestehengebliebenen kapitalistischen Wirtschaftssystem bestimmen konnten. Sie traten daher aus ihren früheren Organisationen aus und/oder traten nun erstmals in eine ArbeiterInnenorganisation ein, von der sie annahmen, daß sie ihren Interessen adäquat sei.

Zwei kurze, die Motivation der neuen FAUD-Mitglieder skizzierende Beschreibungen sind folgende: *„Tief eingewurzelt war ihnen allen das Mißtrauen gegen alles ‘Bonzentum’, gegen die Parteiführer, Gewerkschaftssekretäre usw. Daß in aller Beamtenwirtschaft, in aller Bürokratie eine gewissen Tendenz zu geordneten, revolutionsfeindlichen Verhältnissen steckt, sagt ihnen ihr Instinkt und Erfahrung. Und diese Gegnerschaft gegen die Instanzen hatte sie, die Revolutionäre, gerade zu den Syndikalisten getrieben“*[86].

Die *„Anhänger rekrutierten sich allgemein aus reinen >>Suchern<< wie auch aus den von der Politik enttäuschten (...)Es muß sich um Arbeiter gehandelt haben, die des Parteienhaders und einer engen Organisationsbindung überdrüssig waren und von einer Fortsetzung der Revolution träumten, welche auch ihrer eigenen Existenz eine neue Sinnfüllung geben könnte“*[87].

Zur beruflichen Struktur innerhalb der FAUD läßt sich folgendes sagen: vor dem 1. Weltkrieg bestand die Trägergruppe der FVdG hauptsächlich aus sog. *„Handwerker-Arbeitern, bzw. Handwerker-Sozialisten“*[88]. Das waren außer Maurern, Zimmerleuten und Töpfern Angehörige wenig verbreiteter Spezialberufe[89]. Daneben gab es noch einige Gruppen von Bergarbeitern im Ruhrgebiet[90]. Das Fabrikproletariat war fast gar nicht vertreten[91]. Kennzeichnet für die *„Handwerker-Sozialisten“* war die Kenntnis der jeweiligen Produktionsprozesse, die relative Selbständigkeit gegenüber den Unternehmern sowie der handwerklich geprägte Sozialisationshintergrund. Sie empfanden ihre Arbeit im großen und ganzen als befriedigend. Radikale Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, konnten sie durch zähe Gewerkschaftsarbeit erkämpfen[92]. Ende 1918/1919 kamen ungelernete oder dequalifizierte Arbeiter mit wenig Organisationserfahrung, instabilem Organisationsverhalten und einer Orientierung auf kurzfristige sozial- und tarifpolitische Erfolge dazu[93]. Sie waren für die UnternehmerInnen gut ersetzbar und hatten so eine sehr unsichere Zukunftsperspektive im Gegensatz zu den o.g. Berufsgruppen. Für diese Menschen war *„die Arbeit nicht mehr identitätsstiftend, nicht mehr Teil der Persönlichkeit, wie beim Facharbeiter oder Handwerker“*[94]. Sie mußten z.B. 1912 noch 12-14 Stunden täglich arbeiten, waren auf die Verrichtung primitiver Teiloperationen reduziert und einer sehr repressiven Betriebsstruktur unterworfen. Langfristige Gewerkschaftsarbeit bedeutet für sie nicht den Ausweg aus ihrer Situation. Sie konnten sich eine (radikale) Verbesserung ihrer Lebenslage nur durch schnellste revolutionäre Veränderungen vorstellen und lehnten daher alle taktischen Konzessionen der täglichen Gewerkschaftsarbeit ab[95].

Als zweite Gruppe kamen nach dem 1. Weltkrieg Arbeiter mit Organisationserfahrungen und höherer Qualifikation in die FVdG. Sie spielten zeitweilig eine wichtige Rolle und waren beruflich gekennzeichnet durch relative Sicherheit und eine rationalere Zukunftsplanung[96].

Festzuhalten ist, daß die Basis der FVdG seit etwa Anfang 1919 aus drei Gruppen von Mitgliedern bestand, die sich zum überwiegenden Teil aus den Großbelegschaften des Bergbaus, der eisen- und stahlerzeugenden, sowie der metallverarbeitenden Industrie zusammensetzten. Laut Bock war in den „*Unterschieden und Gegensätzlichkeiten*“[97] dieser Gruppen ein großer Teil der internen Differenzen und Spannungen angelegt, die für die Entwicklung der FAUD von Anfang an charakteristisch waren. Sie schlugen sich in unterschiedlichen politisch-ideologischen Orientierungsangeboten sowie strategischen und taktischen Grundfragen nieder. Das führte ab 1921 zu den schon angesprochenen Mitgliederverlusten, die ohne weiteres als Mitgliederexodus bezeichnet werden können und die FAUD neben mehreren anderen Gründen auf betrieblicher Ebene letztendlich handlungsunfähig machten[98].

1.2.3. Die Opposition innerhalb der FAUD und der 15. Kongress

Die neben der versuchten Synthese aus revolutionärem Syndikalismus und kommunistischem Anarchismus in der FAUD noch vorhandenen innerorganisatorischen Oppositionsstränge, lassen sich grob in zwei Richtungen zusammenfassen: der anarchistische und der in Bezug auf den Mitgliederverlust sicherlich gravierendere, schon erwähnte unionistische.

Die Anarchisten, die neben der FAUD u.a. noch in der „Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands“ (FKAD) organisiert waren, vertraten schwerpunktmäßig eine „*aktivistische, auf die unmittelbare Durchführung der sozialen Revolution unter Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Tageskämpfe*“[99] gerichtete Arbeit, während die mehr syndikalistisch orientierten Mitglieder als Grundlage für o.g. eine radikale, den Verhältnissen angepaßte Gewerkschaftsarbeit, zur Mobilisierung neuer Anhänger favorisierten[100]. Die anarchistische Opposition stand vor 1921 fest auf dem Boden der FAUD. Danach setzte sich jedoch bei diesen Mitgliedern die Meinung durch, daß nicht viele Mitglieder für den Einfluß einer Bewegung nötig seien, sondern deren geistiger „*Hoch- oder Tiefstand*“[101]. Daraus resultierend forderten oder gründeten sie z.B. Siedlungsprojekte, Genossenschaftsexperimente oder freie, d.h. konfessions- und staatenlose Schulen. Mit dieser Haltung gerieten sie natürlich in Gegensatz zu ihren syndikalistisch orientierten GenossInnen[102]. Bock gesteht der anarchistischen Opposition zwar zu, daß unter ihrem Einfluß ein beträchtlicher Teil der „*materiellen und ideellen Ressourcen der lokalen FAUD-Gruppen*“[103] gebunden wurde, schreibt dies aber nicht der anarchistischen Theorie zu, sondern behauptet, daß ein großer Teil der dieser aktivistisch orientierten Theorie zuneigenden neuen Mitglieder, welche hauptsächlich zu der Gruppe der ungelerten/dequalifizierten Arbeiter gehörten, aus den erwähnten Gründen auf eine sofortige, radikale Veränderung ihrer persönlichen Lage hinarbeiteten. So fiel die anarchistische Propaganda bei ihnen zwar auf fruchtbaren Boden, ließ sie jedoch nicht zu überzeugten Anarchisten werden, sondern, so behauptete ich, ließ sie vielfach Anarchismus mit Egoismus verwechseln. Die Radikalität der FAUD schien ihnen geeignet ihre Vorstellungen durchzusetzen, doch nach den Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung in den Jahren 1919-21 zogen sie sich entweder ganz von der politischen Arbeit zurück, suchten sich wieder andere politische Orientierungsangebote[104].

Ich komme nun zu einem wichtigen Teil der unionistischen Opposition und zwar zur schon erwähnten[105] „Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands“ (UdHuK)[106]. Diese konstituierte sich bereits im September 1921 aus der Mitbegründerin der FAUD, der Allgemeinen Bergarbeiter-Union, die bereits im Oktober/November 1920 einen eigenen Reichskongress einberief, auf dem sich ihr Bergarbeiterunionen Mitteldeutschlands und Oberschlesiens anschlossen. „*Diese Opposition [die UdHuK, der Verf.] ist genau genommen nie auf dem Boden des Anarcho-Syndikalismus gestanden(...)*“[107], sondern „*klar auf marxistischem(...)*“[108]. Ihre Präferenzen waren die wirksame Vertretung tarif- und sozialpolitischer Interessen und generell der Arbeiterinteressen in den Betriebsräten. Sie baute enge Kontakte zunächst zur USPD und dann zur KPD auf, die 1925 erreichte, daß die Union sich auflöste und ihre Mitglieder dem ADGB beitraten. Zunächst ließ sich die UdHuK jedoch von keiner Partei bevormunden. Die soziologischen Merkmale ihrer Mitglieder waren im wesentlichen identisch mit denjenigen, die generell für die FAUD galten. Sie war vor allem bei den Bergleuten in Norden des Ruhrgebietes[109] sehr stark. „*Dort waren die Anlagen am jüngsten, größten und tiefsten, befand sich eine hoher Teil an Arbeitsimmigranten (...), existierten schwache Organisationstraditionen der Arbeiterbewegung und zeigten sich überdies deutliche Zeichen der*

Dequalifizierung“[\[110\]](#). Für die Metallhochburgen der UdHuK gelten analoge Strukturen. Auf ihrem Gründungskongreß spaltete sich die Union von der FAUD ab, was etwa eine Halbierung derselben bedeutete[\[111\]](#).

Nach den beschriebenen Mitgliederverlusten[\[112\]](#) war es der FAUD nicht mehr möglich ihr Selbstverständnis Wirtschaftskampf- und Kulturbewegung in einem zu sein weiter zu praktizieren. Sie war daher gezwungen daraus Konsequenzen zu ziehen, welche sie von grundlegenden Prinzipien des Anarchosyndikalismus abweichen ließ. Das geschah auf ihrem 15. Kongress (10.-13.4.25) in Dresden[\[113\]](#). Die stärksten Berufsgruppen in der FAUD bildeten nun, wie vor dem 1. Weltkrieg wieder die Bauarbeiter, insbesondere die Fliesenleger, sowie die erwähnten Spezialberufe. Weiterhin hatte die FAUD noch eine Basis bei den Textilarbeitern am linken Niederrhein, sowie bei den Metallarbeitern des Ruhrgebietes. Bergleute waren kaum noch vertreten. Wie vor dem August 1914 verschob sich die Dominanz der Großbetriebe wieder zugunsten der Klein- und Mittelbetriebe[\[114\]](#).

Auf dem Kongress setzte sich nun die Einsicht durch, daß man nun die Interessen der o.g. Gruppen nur vertreten und diese damit weiterhin an die FAUD binden könne, wenn man sich ihrer tarifpolitischen Forderungen annahm, was bis dato stark vernachlässigt worden war. So wurde die Taktik der direkten Aktion auf wirtschaftlicher Ebene zurückgenommen, weil sie ohne Massenbasis ohnehin nicht mehr praktikabel war. Die beiden Entscheidungen galten explizit der Stellung der AnarchosyndikalistInnen zu den Betriebsräten und Tarifverträgen. Im Falle des Tarifsystems hatte man sich vor dem 15. Kongress klar ablehnend verhalten, weil diese fast ausschließlich als Friedensverträge zwischen Kapital und Arbeit angesehen wurden. Der Kongress blieb auch jetzt bei prinzipiellen Vorbehalten; das Tarifsystem wurde aber wohl oder übel akzeptiert. Es gelang dann auch auf lokaler Ebene in der Folgezeit Verträge abzuschließen[\[115\]](#). Prinzipielle Tariffähigkeit zugesprochen zu bekommen, gelang der FAUD jedoch nicht. Dieser Versuch scheiterte 1927 am Reichsarbeitsgericht wegen der grundsätzlichen Vorbehalte der Organisation. Einzelnen Ortsvereinen gelang es durch die Änderung ihrer Satzung anerkannt zu werden. Durch die Nichtanerkennung der FAUD als Ganzes, war es jedoch möglich, von diesen abgeschlossenen Tarifverträge für ungültig zu erklären[\[116\]](#).

In Bezug auf die Betriebsratswahlen forderte der Kongress nun verstärktes Engagement, nachdem die FAUD das Betriebsrätegesetz von 1920[\[117\]](#) rundweg abgelehnt hatte, es jedoch einzelnen Ortsgruppen überlassen geblieben war, aus organisatorischen und praktischen Gründen teilzunehmen. Weil der Kongreßbeschuß aber nur zögernd umgesetzt wurde, sahen die Ergebnisse der FAUD bei Betriebsratswahlen auch nach dem Kongress, wie schon vorher, dementsprechend schlecht aus. Ich werde das im folgenden an einem Vergleich mit der UdHuK darstellen, die z.B. bei den Bergarbeitern bis zu ihrem Ende mit wachsendem Erfolg kandidiert hatte:

FAUD 1920 (vor der Spaltung) 27% der Stimmen, 1921 FAUD 4,7% - UdHuK 26%, 1924 FAUD 7,3% - UdHuK 34,3%, 1925 FAUD 3% - UdHuK 29,1%, 1926 FAUD 2,9%, 1927 FAUD 2%, 1928 FAUD 1,8%, 1929 FAUD 1,1%, 1930 FAUD 1,5%, 1931 FAUD 0,6%[\[118\]](#).

Wie aus den Zahlen ersichtlich wird, hatte die FAUD nach 1925 noch eine kleine betriebliche Basis. Diese reichte jedoch nicht einmal mehr dazu Arbeitskämpfe auch nur zu beeinflussen. Eine Ausnahme stellten lediglich die Düsseldorfer Fliesenleger, sowie die Bandweber und Riemendreher in Krefeld dar[\[119\]](#). Die Notwendigkeiten von Reformen wurden von Rudolf Rocker in seiner Broschüre „Der Kampf ums tägliche Brot“ eindrucksvoll beschrieben[\[120\]](#), doch „*der Typ Arbeiter an den die Syndikalisten appellierten, war (...) nur noch in Einzelexemplaren zu finden. Das selbstbewußte und selbstdenkende Individuum hatte dem Kollektivmenschen Platz gemacht, der sich von Schlagworten berauschen ließ und dem folgte, der es am besten verstand, seine Gefühle zu manipulieren(...)*“[\[121\]](#).

1.2.4. Anarchosyndikalistische Kulturinitiativen

Um ihrem Anspruch eine radikale Kulturbewegung zu sein, zu genügen, wurden von Mitgliedern der FAUD neben den gewerkschaftlichen Strukturen Kulturorganisationen/Initiativen gegründet, oder sie traten schon bestehenden Organisationen der proletarischen Gegenkultur bei und übten dort emanzipatorischen Einfluß in ihrem Sinne aus.

Es gab Siedlungsexperimente, Genossenschaftsprojekte, die anarchosyndikalistischen Frauenbünde, die freien Kindergruppen und freien Schulen, die syndikalistisch-anarchistische Jugendbewegung, die schwarzen Scharen, die Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, den Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene, literarische und musikalische Initiativen sowie die Gemeinschaft proletarischer Freidenker[122].

In diesen Organisationen überlebte der Anarchosyndikalismus bis zur „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten, als die örtlichen Industrieföderationen längst handlungsunfähig waren. Die Kulturorganisationen stellten gerade nach dem Verlust der Massenbasis der FAUD einen sehr geeigneten Ort für die Versuche der praktischen Umsetzung der Ideale der AnarchosyndikalistInnen dar[123].

1.2.5. Der antifaschistische Widerstand der FAUD

Gegen Ende der Zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre konnte die FAUD, wie dargestellt, nicht wieder, wie 1918/19 von der einsetzenden Radikalisierung der ArbeiterInnen profitieren, welche ihre Ursachen in der hohen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hatte[124]. *„Nicht die Räteverfassung und die Sozialisierung standen seit 1929 auf der Tagesordnung, sondern für viele der nackte Kampf ums Überleben“*[125]. Sehr viele Arbeitslose organisierten sich in der KPD[126]. Neben den traditionellen ArbeiterInnenparteien wurde die NSDAP während der Weltwirtschaftskrise zu einer Massenbewegung weil sie lauthals die Überwindung der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise propagierte, obwohl ihr Programm über die wirtschaftspolitischen Ziele nur Schlagworte enthielt, unter denen sich jeder alles vorstellen konnte[127].

Nachdem die FAUD unter dem Eindruck Italiens schon 1922 vor den Gefahren des Faschismus gewarnt hatte[128], verstärkte sie ab 1929 ihre Propaganda erheblich. Auf vielen Kundgebungen und in Ihrer Presse[129] beschrieben die AnarchosyndikalistInnen drastisch die Gefährlichkeit der NSDAP[130]. Dabei reduzierten sie den deutschen Faschismus nicht nur auf die Mitglieder der NSDAP, sondern erkannten, daß es sich um eine breite *„soziale, politische und geistige Erscheinung“*[131] handelte, welche sie *„institutionell, personell, medial usw. verdinglicht und agieren sahen“*[132]. Gerhard Wartenberg propagierte, daß eine faschistische Regierung in Deutschland bei ihrem Entstehen mit einem Generalstreik bekämpft werden sollte. Den AnarchosyndikalistInnen war klar, daß dieser, neben dem ebenfalls von ihnen geforderten Boykott nationalsozialistischer UnternehmerInnen[133] eines der wenigen Mittel darstellte, das die Diktatur der NSDAP hätte verhindern können. Im Gegensatz dazu wurden von der FAUD nachdrücklich die Bemühungen um eine sog. Volksfront, wie von KPD und SPD propagiert, abgelehnt[134]. Vielmehr erstrebte sie eine gemeinsame „Plattform“ aller ArbeiterInnen um parteipolitische und strategische Interessen der jeweiligen Organisationsführungen von vornherein aus dem antifaschistischen Kampf herauszuhalten[135]. Diese Versuche wurden von den parteipolitischen und zentralgewerkschaftlichen Kräften aber ebenso bekämpft, wie diese sich gegenseitig *„zerfleischten“*[136] und dadurch im Kampf gegen ihren eigentlichen Todfeind völlig versagten[137]. Das sozialdemokratische Zentralorgan „Vorwärts“ verstieg sich sogar dazu, die AnarchosyndikalistInnen wegen ihrer Forderung nach einem Generalstreik als *„Agenten des Faschismus“*[138] zu bezeichnen. Die FAUD reagierte dementsprechend. Wartenberg schrieb z.B.: *„Deshalb voran zum entschiedenen und entschlossenen Kampf gegen die faschistische Mordpest! Fort mit den Parteien und Politikanten, die diese proletarische Kampfeinheit von unten sabotieren!“*[139]. Die politische Mitverantwortung der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei an der „Machtübernahme“ der NSDAP hebt auch der Tätigkeitsbericht des IAA-Sekretariats vom 24.3.1933 hervor: *„Daß der Faschismus in Deutschland siegen konnte, ohne den geringsten Widerstand von seiten der Arbeiterbewegung mit ihren beiden großen Parteien (...), ist der eklatanteste Beweis des Bankrotts der parteipolitischen Methoden“*[140].

Es gelang der FAUD schließlich einige kleinere außerparlamentarische Organisationen zu antifaschistischen Aktionseinheiten zusammenzuführen[141], was jedoch viel zu wenig war um einen landesweiten Generalstreik organisieren zu können. Außerdem wurden zwischen 1929 und 1932 an etwa 10 Orten sog. „Schwarze Scharen“ gegründet. Diese setzten sich hauptsächlich aus Jugendlichen der Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD)[142] zusammen und waren in der FAUD umstritten, weil sie paramilitärisch organisiert waren[143]. Am 30.1.1933 gab es sie schon nicht mehr[144].

Die FAUD hatte sich schon auf ihrem letzten legalen Reichskongress, Ostern 1932 in Erfurt auf die Bedingungen der Illegalität vorbereitet. Es wurde beschlossen, bei einem Machtantritt der NSDAP die gesamte Organisation offiziell aufzulösen, um sie dem Zugriff der Nazis zu entziehen und illegal weiterarbeiten zu können. Weiterhin wurde vorgesehen die Widerstandsarbeit durch Geldsammlungen, durch die Unterstützung der Angehörigen von Gefangenen und durch laufende Besprechungen zu fördern. Fluchtwege und illegale Grenzübertretungsmöglichkeiten sollten ebenfalls erschlossen werden. All das wurde nach dem Verbot der FAUD am 5.3.1933 dann auch umgesetzt^[145].

Durch ihre ohnehin föderative Struktur, sowie die Selbstauflösung, erfolgte zunächst in den seltensten Fällen ein polizeiliches Einschreiten gegen die FAUD. So konnten erhebliche Geld- und Sachwerte gesichert werden, die in der Folgezeit das wichtigste Mittel im Kampf gegen die Nazis bildeten. Es gelang den AnarchosyndikalistenInnen der FAUD bis 1938^[146] so „eine bemerkenswerte Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und im spanischen Bürgerkrieg zu spielen“^[147]. Danach war der Widerstand in Deutschland von den Nazis weitgehend zerschlagen und von den Exilstrukturen^[148] entkoppelt.

2. Die Industrialisierung Sömmerdas^[149]

2.1. Die „Ära“ Dreyse 1816 bis 1899

Die Stadt Sömmerda liegt ca. 30 Kilometer nordöstlich von Erfurt in der Unstrutebene.

Ihre Entwicklung von einem Handwerks- und Ackerbaustädtchen zu einer modernen Industriestadt ist eng verbunden mit dem Namen Nikolaus Dreyse. Die von ihm 1841 gegründete Gewehrfabrik „sollte über anderthalb Jahrhunderte hinweg zum dominierenden Faktor in der Region werden“^[150]. Sie gehörte neben der weitaus kleineren Munitions-, Zündhütchen-, und Nietenfabrik Dreyse & Collenbusch^[151] und dem Dachziegelwerk Martini^[152] zu den 3 großen Betrieben, auf denen die Industrialisierung Sömmerdas basierte.

Nikolaus Dreyse wurde am 20.11.1787 in Sömmerda geboren. Er lernte in der Werkstatt seines Vaters den Beruf des Schlossers. Im Oktober 1806 ging er als Geselle auf Wanderschaft, die ihn 1809 auch nach Paris führte. „Hier (...) suchte er die besten Werkstätten zu seiner technischen Ausbildung zu benutzen, und ließ es sich besonders angelegen sein, auch seine wissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern, namentlich im Zeichnen und in der französischen Sprache sich zu vervollkommen. Es gelang ihm, in mehreren größeren mechanischen Werkstätten, u.a. in der

Gewehrfabrik von Pauli in optischen Anstalten und in verschiedenen, zu jener Zeit berühmten Wagen- Fabriken Beschäftigung zu finden“[\[153\]](#). Besonders die Arbeit in der Gewehrfabrik des schweizerischen Offiziers Pauli sollte wichtig werden für die spätere Berühmtheit Dreyse. Pauli arbeitete an der Umstellung des Vorderladers zum Hinterladergewehr[\[154\]](#). Der durchschlagende Erfolg blieb ihm jedoch versagt, da seine Konstruktion zu kompliziert und daher nicht gefechtsfähig war[\[155\]](#). Dreyse soll es sich dann schon 1814, als er nach Hause zurückkehrte, zur Aufgabe gemacht haben, einen tauglichen Hinterlader zu entwickeln[\[156\]](#).

Nach seiner Rückkehr nach Sömmerda, das zu diesem Zeitpunkt 1933 Einwohner hatte[\[157\]](#), legte er die Meisterprüfung ab und übernahm 1815 die Werkstatt seines Vaters.

Dreyse konstruierte zunächst Werkzeug- und Antriebsmaschinen von hoher Qualität. Eine von ihm gebaute Dampfmaschine wurde patentiert. Es gelang Dreyse als erstem Maschinen zur spanlosen Kaltverformung von Metall zu entwickeln[\[158\]](#). 1816 gründete er zusammen mit Friedrich Kronbiegel, der in Erfurt eine Metallknopffabrik besaß und Messingwaren aller Art, vor allem für die preußische und französische Armee herstellte, eine gemeinsame Firma, die „Dreyse und Kronbiegel Metallwarenfabrik“. Neben den Eisenwaren wurden in den folgenden Jahren Zündhütchen für Gewehre produziert, was sich 1824 in der Umbenennung der Firma in „Dreyse und Collenbusch[\[159\]](#)-Zündhütchen und Munitionsfabrik“ niederschlug. Laut Annegret Schüle war damit der Schritt „zur direkten Waffenproduktion“[\[160\]](#) getan. Im selben Jahr stellten Dreyse und Collenbusch bei der königlich-preußischen Regierung den Antrag die von ihnen produzierten und von Dreyse erheblich verbesserten Zündhütchen zu patentieren, was 2 Jahre später auch geschah. Auch die Verarbeitung von Zündpulver wurde von Dreyse verbessert. Der Erfolg kam sehr schnell. Bereits 1825 überschritten die Lohnkosten der Zündhütchenproduktion die der noch weitergeführten Eisenwarenproduktion[\[161\]](#). Die Zündhütchen wurden in den folgenden Jahren dann an sämtliche deutschen und die meisten europäischen Armeen geliefert[\[162\]](#). Im Jahre 1828 beschäftigten Dreyse und Collenbusch schon 32 Frauen und 50 Männer. Die Einwohnerzahl Sömmerdas war auf etwa 2200 angewachsen[\[163\]](#). Der Umsatz hatte sich etwa verdoppelt[\[164\]](#). Der finanzielle Aufschwung der Firma ermöglichte es Dreyse nun, sich intensiver mit der Entwicklung eines gefechtstauglichen Hinterladergewehrs zu beschäftigen. Er brauchte dafür 8 Jahre, von Ende 1826 bis 1835. Dreyse hatte schon 1828 für einen 1827 entwickelten Hinterlader und weiterentwickelte Vorderlader ein Patent bekommen. Diese Waffen wurden jedoch vom preußischen Kriegsministerium noch als gefechtsuntauglich abgelehnt[\[165\]](#). Nachdem Dreyse immer wieder beim Kriegsministerium vorstellig wurde und eine Werbebroschüre für seine Waffen drucken ließ, gewann er Fürsprecher aus Armeekreisen für seinen Zündnadelhinterlader, was dazu führte, daß Dreyse 1834 vom preußischen König mit einem jährlichen Gehalt von 1200 Talern im Staatsdienst angestellt wurde. „Der Anstellung im Staatsdienst war eine jahrelange Zusammenarbeit mit dem preußischen Kriegsministerium vorangegangen, die immer wieder zu Bestellungen einiger Versuchswaffen geführt hatte“[\[166\]](#). Die Übernahme in den Staatsdienst führte dazu, daß sich Dreyse von seinem Compagnon Collenbusch trennte. Dieser blieb Inhaber der alten, von ihnen gemeinsam aufgebauten Fabrik. Dreyse baute 1834 eine eigene Gewehrfabrik auf, die er 1841 mit Hilfe des preußischen Staates erweiterte. Dreyse und Collenbusch verabredeten unterschiedliche Produktionslinien um nicht miteinander zu konkurrieren und blieben stille Teilhaber der Firma des anderen. Dreyse produzierte Gewehre und die Munition dafür.

Collenbusch dessen Firma immer zu wesentlichen Teilen ein Rüstungsbetrieb blieb, produzierte weiter Zündhütchen und Eisenwaren[\[167\]](#). 1875 produzierten in seinem Betrieb 155 Arbeiterinnen und 48 Arbeiter Zündhütchen, Nieten und Striegel, die in der ganzen Welt verkauft wurden[\[168\]](#). Während des 1. Weltkrieges wuchs die Belegschaft von 150 auf 700 Personen. Es wurden fast nur Artilleriezündhütchen hergestellt. In dieser Zeit baute die Firma auch einige Wohnhäuser für die vergrößerte Belegschaft. Mit der Kriegsproduktion wuchs nicht nur die Belegschaft, sondern auch die Einwohnerzahl Sömmerdas drastisch an, von 5556 im Jahre 1914 auf 10591 im Jahre 1918[\[169\]](#), was jedoch im wesentlichen auf die Nachfolgerin des Dreyseschen Betriebes, die „Rheinmetall“ zurückzuführen ist. Schüle hebt hervor, daß die Belegschaft von „Dreyse & Collenbusch“ immer nur einen kleinen Teil der dominierenden „großen Schwester“[\[170\]](#) ausmachte. 1924 wurde ein Teil der Firma[\[171\]](#) an die im selben Jahr gegründete „Selve-Kronbiegel- Dornheim AG“, kurz „Selkado“ verpachtet[\[172\]](#). Der andere Teil, die Nietenfabrik wurde im selben Jahr wegen Absatzproblemen stillgelegt. Zur Verwaltung des Grundbesitzes und der Immobilien wurde eine offene Handelsgesellschaft gegründet. 1929 gingen die Laborierbetriebe ganz in den Besitz von Selkado über und die Nachkommen der Familien Kronbiegel- Collenbusch schieden ganz aus der Firmenleitung aus[\[173\]](#). Im zweiten Weltkrieg stieg die Belegschaft auf 2000 Personen. Nach dem Krieg wurde der Betrieb komplett demontiert und fast alle Gebäude gesprengt.

Nikolaus Dreyse widmete sich nach seiner Anstellung in den Staatsdienst voll und ganz der Produktion und Weiterentwicklung seiner Gewehre. Er beschäftigte zu diesem Zeitpunkt bereits 33 Frauen und 51 Männer. 1835 hatte er es geschafft. Er legte dem preußischen Kriegsministerium den ersten gefechtsfähigen Zündnadelhinterlader der Welt vor^[174] und 1836 eine weiter verbesserte Version, das sog. Scharfschützengewehr.

„Mit der Erfindung des ersten brauchbaren Hinterladers (...) begann eine neue Epoche in der Waffentechnik, wobei die entscheidenden Vorteile der Infanteriewaffe in deren Ladegeschwindigkeit und ihrem Gebrauch in liegender Stellung lagen. Das hatte weitgehende Auswirkungen auf die Taktik in der Kriegsführung“^[175]. Am 4.12.1840 bekam Dreyse vom preußischen König einen Auftrag über 60000 seiner Hinterlader. Damit begann in Sömmerda die serienmäßige-industrielle Produktion von Waffen. Die 60000 Gewehre mit je 500 Schuß Munition sollten in 6 Jahren ausgeliefert werden. Da Dreyse dafür aber die Kapazitäten - Facharbeiter, Maschinen, Räume - fehlten, bekam er 1841 aus der Staatskasse einen Kredit über 90000 Taler, mit dem er die Erweiterung seiner Fabrikanlagen, u.a. eine separate Munitionsfabrik und seines Maschinenparks finanzierte^[176]. Da Dreyse auch 2 Schießstände anlegen ließ, war er nun in der Lage seine Waffen vor Ort zu testen, d.h., es gelang ihm, eine alleinige^[177], völlig autarke Waffenproduktion zu beginnen. Gegen den Mangel an Facharbeitern schuf der preußische Staat Abhilfe. Aus 136 der besten Schlosser, Mechaniker und Büchsenmacher wurde eine Militärarbeitskompanie gebildet und nach Sömmerda abkommandiert. Außerdem war eine Gewehrrevisionskommission des Kriegsministeriums direkt im Betrieb vertreten. Sie nahm Unterstützungs- und Kontrollaufgaben wahr.

Mit Dreyses Unternehmen wuchs auch die Stadt: bis 1851 wurden die meisten Grundstücke innerhalb der Stadtmauer bebaut. Es gab nun in der Stadt 3 Schulen, 3 Kirchen, 1 Krankenhaus, 1 Armenhaus, 13 öffentliche Gebäude, 632 Privathäuser und 14 Fabrikgebäude, insgesamt 667 Gebäude. 1875 erreichte die EinwohnerInnenzahl mit 5912 ihren Höchststand im 19. Jahrhundert^[178]. Bis in die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts wurden in der Dreyseschen Fabrik eine halbe Million der Zündnadelhinterlader produziert und die preußische und andere Armeen damit bewaffnet^[179]. Der Umsatz der Gewehrfabrik stieg von ca. 130000 Talern im Jahre 1842 auf 300000 im Jahre 1867^[180].

Dreyses größter „Erfolg“ war der Krieg gegen Österreich 1866. Annegret Schüle bezeichnet ihn als „Zündnadelkrieg“^[181], weil die Bewaffnung der preußischen Armee mit Dreyses Gewehr dieser einen entscheidenden Vorteil gegenüber der schlechter bewaffneten österreichischen brachte. In der kriegsentscheidenden Schlacht bei Königgrätz waren die Verluste der österreichischen Armee fünf mal so hoch wie die der preußischen. Die darin enthaltenen Gefangenen- und Vermißtenzahlen lassen auf eine hohe demoralisierende Wirkung des Zündnadelgewehrs auf die habsburgische Armee schließen^[182]. Dreyse erhielt aus den Kriegskontributionen Österreichs 100000 Silbertaler^[183]. Er starb 80jährig am 9.12.1867 in Sömmerda.

Die Leitung der Fabrik hatte Nikolaus von Dreyse schon am 20.11.1857 seinem Sohn Franz übergeben um sich voll und ganz der Waffenentwicklung widmen zu können.

Franz von Dreyse hatte im Gegensatz zu seinem Vater keine Freunde in Militärkreisen. Wahrscheinlich verschlechterten sich die von seinem Vater aufgebauten Beziehungen zum Kriegsministerium, als er sich nach dem Tod seines Vaters weigerte die Fabrik an den Staat zu verkaufen. Schüle nimmt an, daß die Erweiterung der in Erfurt bestehenden königlichen Gewehrfabrik zu einem der größten Industriebetriebe Thüringens eine direkte Reaktion auf die Weigerung Dreyses war^[184]. Zudem hatte die waffentechnische Entwicklung in Frankreich und in Deutschland das Gewehr Dreyses schon 1871 überholt^[185]. Franz von Dreyse hatte sich darauf nicht eingestellt und weiter die von seinem Vater entwickelten Waffen produzieren lassen.

Der preußische Staat vergab nun (1871) an Paul Mauser die Staatsaufträge zur Ausrüstung der Armee. Mauser hatte mit dem Infanteriemehrladegewehr, das eine Weiterentwicklung der Waffe Dreyses war, einen völlig neuen Typ entwickelt^[186].

Nachdem der Dreysesche Betrieb keine Staatsaufträge mehr erhielt, stellte Franz von Dreyse das Produktionsprofil auf hochwertige Jagdwaffen um. Außerdem begann er mit der Herstellung von Brücken, landwirtschaftlichen Geräten- und Maschinen, Werkzeugmaschinen, Einrichtungen für die Eisenbahn, Müllereimaschinen und Fahrrädern. Dafür erweiterte er das Unternehmen um eine Maschinenfabrik und eine Eisengießerei. Doch mit dem Wegfall der Staatsaufträge konnten das

Produktionsvolumen und somit der Umsatz nicht gehalten werden. Damit einhergehend verringerte sich die Zahl der Belegschaft von 3000 im Jahre 1870 auf 300 im Jahre 1894 (am 17.8.1894 starb Franz von Dreyse) und danach auf

180 im Jahre 1898. Die EinwohnerInnenzahl Sömmerdas ging im gleichen Zeitraum von 5864 auf etwa 4400 zurück[187]. Auch Nikolaus von Dreyse, einer der 5 Söhne Franz von Dreyse, der den Betrieb nun übernahm, konnte den Niedergang nicht aufhalten. Er lebte in Berlin und hatte keinerlei Bezug zum Unternehmen, daß im Januar 1899 in eine Aktiengesellschaft

umgewandelt wurde[188] und im Jahre 1900 ruiniert war.

2.2. Forcierte Industrialisierung 1901 bis 1933

Am 31.3.1901 wurde die „Munitions- und Waffenfabriken Aktiengesellschaft vormals von Dreyse“ von der „Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf-Derendorf“, kurz „Rheinmetall“ gekauft. Der Aufsichtsratsvorsitzende und Gründer, Heinrich Erhardt, hatte von 1860-1863 als Schlossergeselle in der Dreyse'schen Gewehrfabrik gearbeitet. Als der Betrieb in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, beteiligte sich Erhardt daran. Er hielt als Privatmensch und durch die Firma Rheinmetall 21,25% der Aktien[189]. Außer Nikolaus von Dreyse waren die übrigen Gesellschafter überwiegend Bankiers, d.h. Geldgeber, so daß letztendlich Erhardt das Produktionsprofil bestimmte. Er hatte von Anfang an den Vorsitz im Aufsichtsrat.

Da der Rheinmetallkonzern zwar u.a. auch Geschößhüllen produzierte, jedoch keine kompletten Geschosse, wie von ausländischen Kunden gefordert, stand Erhardt vor dem Problem die Hülsen nicht verkaufen zu können. Die deutschen Munitionsfabriken weigerten sich unter dem Einfluß von Krupp, dem größten Konkurrenten der Rheinmetall in Deutschland, die Erhardtschen Hülsen funktionsfähig zu machen[190]. Demzufolge brauchte Rheinmetall, um die Anforderung nach kompletten Geschossen zu erfüllen einen Schießplatz und eine Zünderfabrik. *„Das Werk in Sömmerda erfüllte alle Voraussetzungen (...) . Deshalb trat Erhardt im Jahre 1899 dafür ein, daß Rheinmetall sich an der neugegründeten Gesellschaft finanziell maßgeblich beteiligte. Zwei Jahre später, 1901, erwarb Rheinmetall die Gesellschaft ganz, um den Betrieb frei von fremden Einflüssen technisch vervollkommen und sein Fabrikationsprogramm den Bedürfnissen des Düsseldorfer Werkes ganz anpassen zu können“*[191]. Das bedeutete für das Sömmerdaer Werk den Wiedereinstieg in die ausschließliche Rüstungsproduktion. Mit der Übernahme des Werkes hatte Erhardt sein Rüstungsimperium abgerundet[192], so daß er nun in der Lage war, Kriegsmaterial aller Art von A-Z in seinen Werkstätten herstellen zu können. In Sömmerda wurde die Produktion sofort auf die Zünderfabrikation und die Herstellung von Maschinen und Werkzeugen dafür umgestellt. Noch während der Modernisierungs- und Erweiterungsarbeiten kam der erste Auftrag über 50000 Artilleriezünder für die Türkei. Danach ging es Schlag auf Schlag. Rheinmetall-Sömmerda lieferte nun Zünder in die Türkei, nach Griechenland, Bulgarien, Rumänien, Serbien (hier richteten Sömmerdaer Spezialisten komplette Geschöß- und Zünderfabriken ein), Schweden, Norwegen, England, Amerika und Portugal. 1902 wurde der Betrieb um eine Richtmittelabteilung mit 150 Beschäftigten erweitert. 1905 arbeiteten bereits wieder 1200 Menschen in der Firma, die über 7 Hauptfabriken verfügte: eine Zünderfabrik, eine Gewehrfabrik, eine Spezialfabrik für Gewehrläufe, eine Munitionsfabrik, eine Maschinenfabrik, eine Eisengießerei und eine ballistische Versuchs- und Beschußanstalt für Handfeuerwaffen. Im Jahre 1906 wurden von Rheinmetall-Sömmerda noch eine automatische Pistole und 1912 die Produktion von Maschinengewehren ins Produktionsprofil eingefügt. Die Bevölkerung der Stadt war auf 5155 Personen angestiegen. 1913 begann Rheinmetall-Sömmerda auf dem Werksgelände mit dem Bau eines sog. Erholungsheims, indem es eine Kantine, eine Kaffeeküche, Einzelräume für Angestellte und eine Badeanstalt gab. Dieses Schwimmbad war das erste seiner Art in der Stadt. Bis 1914 war eine vom Werk gebaute ArbeiterInnenwohnhaus-Kolonie fertiggestellt.

Durch den 1. Weltkrieg explodierte auch bei der Rheinmetall Sömmerda die Beschäftigtenzahl. Sie stieg von 1800 im Jahre 1914 auf 10000 im Jahre 1918[193]. Um all diese Menschen unterbringen zu können, ließ der Betrieb einen ganzen ArbeiterInnenstadtteil bauen, die Siedlung „Auf dem Gartenberg“. Zusätzlich wurden Wohnbarracken und in zwei Straßen Beamtenwohnhäuser errichtet. Daneben wurde von den EinwohnerInnen Sömmerdas jeder erdenkliche geeignete, oder auch weniger geeignete Raum als Schlafstelle vermietet, was oft zu katastrophalen Verhältnissen führte. Es wurde berichtet, daß sich Haut- und Infektionskrankheiten ausbreiteten und in heißen Sommern bei „allgemeiner Unterernährung“[194] und Wohnungsnot das Auftreten von Epidemien zu befürchten wäre[195]. Auch alle umliegenden Dörfer Sömmerdas wurden mit ArbeiterInnen belegt. Es fuhren jeden Morgen und Abend vier Sonderzüge nach Sömmerda und zurück in Richtung Erfurt, Sangerhausen, Straußfurt und Großherringen.

Während des Krieges wurden vom Rheinmetallkonzern 4000 Kanonen, Haubitzen und sonstige Geschütze, 62500 Minenwerfer[196] und 746 Mio. Munitionsteile- und Munition hergestellt. Der Anteil des Sömmerdaer Werkes an diesem Vernichtungspotential bestand in Geschützaufsätzen, Pistolen, Maschinengewehren und 50000 Zündern täglich.

Nach Kriegsende wurde die Belegschaft in Sömmerda durch Massenentlassungen bis 1919 auf 1500 Personen reduziert, was einen Abbau von 85% in kurzer Zeit bedeutete. Die Bevölkerungszahl Sömmerdas sank im gleichen Zeitraum von 10951 auf 7000[197]. Da Rheinmetall-Sömmerda bis November 1918 ein reines Rüstungsunternehmen war, mußte nach Beendigung des Krieges in kürzester Zeit auf Friedensproduktion umgestellt werden, um überhaupt wieder etwas produzieren zu können. Deutsche Firmen durften laut Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 bis 4.7.1921 keinerlei Rüstungsgüter mehr herstellen[198]. Daher wurden in Sömmerda zunächst Wasserhähne, Dampfmaschinen, Milchzentrifugen Schuhmaschinen, elektrische Kochkisten und Autovergaser hergestellt. Diese Waren stellten aber wohl von vorn herein nur eine Übergangslösung da. *„Es ging mehr darum Zeit zu gewinnen, um durch weiterreichende Strategien neue Grundlagen für die Produktion zu schaffen. Eine sehr zukunftssträchtige Entscheidung war der Einstieg in die Büromaschinenproduktion im Sommer 1919. Das feinmechanische technische*

Wissen und die Erfahrungen aus der Waffenproduktion konnten dafür gut genutzt werden“[199]. Durch diese Umorientierung gelangte das Sömmerdaer Werk auch im zivilen Bereich zu Weltruf[200]. Die Büromaschinenproduktion begann 1920 mit Schreibmaschinen. 1921 kamen Rechenmaschinen dazu. 1925 wurde die Produktion von Kardanwellen und Kardangelenken aufgenommen. Diese waren sowohl für den zivilen, als auch für den militärischen Sektor von Bedeutung. Bis 1929 deckte Rheinmetall-Sömmerda mit seinen Kardanwellen- und Gelenken 83% des Bedarfs der deutschen Autoindustrie[201].

Im Februar 1922 begann dann der Wiedereinstieg in die Rüstungsproduktion[202]. Ab Oktober diesen Jahres trat dann ein Vertrag mit dem Reichswehrministerium in Kraft. Dieser war für mindestens 15 Jahre unkündbar. Rheinmetall-Sömmerda wurde beauftragt, die gesamte von der Entente für Deutschland zugelassene Menge an Zündern und Zündungen zu produzieren und erhielt dafür vom Ministerium eine Finanzspritze von 1,6 Millionen Reichsmark als Starthilfe[203]. 1925 folgte eine weitere über 4 Millionen Goldmark. Im Jahre 1922 begann entgegen der Bestimmungen der Alliierten auch die Produktion von Maschinenpistolen und Maschinengewehren in Sömmerda. Der Anteil der rein militärischen Produkte der Rheinmetall-Sömmerda schwankte in den Jahren 1926-1930 zwischen 44 und 74%[204]. Damit waren die industriellen Grundlagen für das nationalsozialistische Aufrüstungskonzept auch in Sömmerda geschaffen[205]. Die EinwohnerInnenzahl Sömmerdas stieg von den schon

erwähnten 7000 im Jahre 1919 auf 8490 im Jahre 1932 und überschritt 1934 erstmalig nach 1918 wieder die 10000.

3. Die ArbeiterInnenbewegung Sömmerdas bis März 1919

3.1. Die Anfänge (1848-1900)

Der Beginn einer organisierten ArbeiterInnenbewegung in Sömmerda läßt sich erst für das Jahr 1901 mit der Übernahme der „Munitions- und Waffenfabriken Aktiengesellschaft vormals von Dreyse“ durch „Rheinmetall“ feststellen. Es gab jedoch schon vorher Versuche der ArbeiterInnen Sömmerdas Einfluß auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu nehmen.

Am 22. September 1848 kam es in Kölleda, einem Nachbarort Sömmerdas zu einer Volksversammlung, an der sich 15000 Menschen aus Kölleda, Sömmerda und den umliegenden Dörfern beteiligt haben sollen[206]. Diese Versammlung war Ausdruck einer Volksbewegung, die in zwei Nachbargemeinden Sömmerdas die Enteignung des

Großgrundbesitzes und seine Aufteilung unter die Bäuerinnen und Bauern sowie die TagelöhnerInnen erzwungen hatte. Wahrscheinlich wollten auch die SömmerdaerInnen diese Neuverteilung des Grund und Bodens in ihrer Stadt durchführen. Die Bewegung wurde jedoch niedergeschlagen und einer ihrer führenden Personen[207] sowie 70 andere Menschen aus der Region zu jeweils 25 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Um eine Ausweitung dieser Volksbewegung auf die Dreyseschen ArbeiterInnen zu verhindern, wurde zusätzlich zur bereits anwesenden Militärarbeitskompanie und der Gewehrrevisionskommission des Kriegsministeriums noch eine Armee-Einheit nach Sömmerda abkommandiert. Wahrscheinlich hatte Dreyse trotz der militärischen Disziplin, der seine ArbeiterInnen unterworfen waren, Angst vor Unruhen in seinem Betrieb, was auf ein eventuell vorhandenes revolutionäres, oder zumindest widerständiges Potential unter den ArbeiterInnen schließen läßt. Sie waren äußerst repressiven „Gesetzen“ Dreyse unterworfen, die als patriarchales Erziehungsprogramm bezeichnet werden können, da sie neben dem betrieblichen auch den außerbetrieblichen Alltag der ArbeiterInnen bis ins Intime reglementierten[208]. Daß Dreyse es schaffte ein Übergreifen der Revolte auf seinen Betrieb zu verhindern, lag mit großer Wahrscheinlichkeit außerdem noch daran, daß er sich seine persönliche Facharbeiterelite geschaffen hatte, die möglicherweise gegenüber den anderen ArbeiterInnen Privilegien genoß[209]. Das könnte zu einer Entsolidarisierung dieser Facharbeiter mit den anderen Beschäftigten geführt haben. Sie waren aufgrund ihrer Wichtigkeit für den Betrieb auch räumlich von den anderen isoliert, d.h. arbeiteten in einer gesonderten Werkstatt.

Dreyse richtete wahrscheinlich zeitgleich mit dem Erlaß seiner Betriebsgesetze im Jahre 1828 eine Betriebskrankenkasse ein, in die ArbeiterInnen, welche gegen die Dreyseschen Gesetze verstoßen hatten, einen bestimmten Betrag als Strafe zahlen mußten. Die Betriebskrankenkasse Dreyse reichte offensichtlich nicht aus, da von der Belegschaft 1858 ein zusätzlicher Unterstützungsverein ins Leben gerufen wurde[210], was z.B. den gerade die Existenz sichernden Lohn eines ungelerten Fabrikarbeiters noch verringerte[211].

Die Arbeitszeit der „weitgehend rechtlosen“[212] ArbeiterInnen betrug zwischen 1820 und 1860 durchschnittlich 12 Stunden. Es wurde von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends gearbeitet, unterbrochen von insgesamt 2 Stunden Pause. Aus einem noch vorhandenen Arbeitsvertrag geht hervor, daß in den Werkstätten Listen angeschlagen waren, die den Lohn für die einzelnen, schon höchst arbeitsteiligen Produkte festlegten[213]. Diese wurden bei ihrer Ablieferung überprüft. Waren sie nicht zufriedenstellend, wurde der Lohn verringert. Diese Abzüge flossen ebenfalls in die Betriebskrankenkasse[214]. Selbst die benötigten Werkzeuge mußten von den ArbeiterInnen gestellt werden oder wurden ihnen vom Lohn abgezogen[215].

Das Beschäftigungsverhältnis galt grundsätzlich für 1 Jahr. Kündigte ein/e ArbeiterIn ohne Genehmigung, d.h., vor Ablauf des Jahres, oder unter Nichteinhaltung der Kündigungsfrist von 14 Tagen, weil er/sie seine/ihre Arbeitsbedingungen nicht mehr aushielt, so fiel der komplette, noch zu zahlende Lohn ebenfalls der Betriebskrankenkasse zu[216].

Das Dreyse Angst vor einem Übergreifen der Volksbewegung auf seinen Betrieb 1848 berechtigt war, stellte sich dann im Jahre 1851 heraus. Mit ziemlicher Sicherheit ist eine, in diesem Jahr stattfindende Fabrikrevolte aufgrund von Unzufriedenheit mit den extrem repressiven Arbeitsbedingungen entstanden. Im Oktober und November dieses Jahres wurden mehrere Arbeiter entlassen. Einige Namen sind bekannt: der Schlosser und Feiler Friedrich Heidenreich, der Büchsenmacher und Feiler August Rehmann und der Schmied und Rohrganier Karl Müller. Als Entlassungsgründe wurden angegeben „*Beteiligung an einer Fabrikrevolte*“ und „*Aufwiegelung der Arbeiter*“[217]. Im Jahre 1854 soll der erste Streik bei Dreyse stattgefunden haben[218].

Wie repressiv und jede freiheitlich-organisatorische Idee unterdrückend das Leben der Sömmerdaer ArbeiterInnen war, zeigt neben den beschriebenen Arbeitsverhältnissen auch die Tatsache, daß in den 40er bis 60er Jahren die Schriften von Theoretikern der frühen deutschen ArbeiterInnenbewegung wie z.B. Marx, Lassalle, Herwegh, sowie von Dichtern wie Heine, Freiligrath, Wieland und Lessing rigoros beschlagnahmt wurden[219].

Daß diese Schriften und sozialdemokratische Agitation trotzdem ihre Wirkung gehabt haben müssen, zeigt die Gründung einer Ortsgruppe des sozialdemokratischen Holzarbeitervereins im Jahre 1873. Er hatte Mitglieder in der Dreyseschen Gewerfabrik.

Als Initiator dieser Gewerkschaft wird nur eine Person angegeben, ein Arbeiter namens Kohlschmidt. Nachdem dieser nach Erfurt verzog, soll der Holzarbeiterverein der 1875 gerichtlich aufgelöst wurde, zerfallen sein. Daß das so leicht möglich war, könnte am Niedergang des Dreyseschen Betriebes ab 1871 gelegen haben. Mit den ausbleibenden

Rüstungsaufträgen[220] verringerte sich die Belegschaft durch Massenentlassungen von 3000 Personen im Jahre 1870 auf 300 im Jahre 1872. Bei der geringen Anzahl von potentiell aktiven Mitgliedern, ist es möglich, daß das Vorantreiben einer gewerkschaftlichen Organisation an ganz wenigen Personen hängenblieb. Daß konnte im Extremfall dann eben auch nur ein Arbeiter sein. Erschwerend war sicherlich auch die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust bei den Beschäftigten, die wahrscheinlich auch aufgrund ihrer Schwäche der Gewerkschaft im Dreyseschen Betrieb fernblieben.

Einem Polizeibericht von 1878 zufolge, ist es nach der Auflösung des Holzarbeiterverbandes nicht mehr zu sozialdemokratischen Aktivitäten oder Organisationsgründungsversuchen gekommen[221]. Das im gleichen Jahr (1878) in Kraft tretende „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, auch Sozialistengesetz[222] genannt, dürfte dann ein übriges getan haben, in Sömmerda jegliche, d.h. auch illegale Organisation von ArbeiterInnen zu verhindern.

Zu einer neuerlichen Gewerkschaftsgründung kam es erst 1898, acht Jahre nach Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes. In diesem Jahr wurde durch Albert Braband und seinen Bruder den Former Friedrich Braband in der Stadt eine Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes (DMV) gegründet. Beide kamen aus Erfurt und waren dort schon in der ArbeiterInnenbewegung aktiv gewesen. Im Jahre 1899 gründeten sie dann im Gasthaus „Vier Jahreszeiten“ eine Ortsgruppe der SPD in Sömmerda, sowie eine Konsumgenossenschaft[223].

Es ist wichtig hervorzuheben, daß die Gründung des DMV von Arbeitern, die aus einer anderen Stadt nach Sömmerda kamen, vollzogen wurde. In Sömmerda hatte es 23 Jahre lang keine derartigen Versuche mehr gegeben und es ist daher fraglich, ob es ohne Anstoß von außerhalb 1998 dazu gekommen wäre. Zumal in diesem Jahr der wichtigste und größte Betrieb Sömmerdas fast ruiniert war und nur noch 180 Menschen beschäftigte.

Wie nötig eine Organisation der ArbeiterInnen war, zeigen die Arbeitsbedingungen in der „Aktiengesellschaft vormals von Dreyses“, die sich nicht verbessert hatten: *„Um 1900 mußten die Lehrjungen das Waschwasser in Eimern herbeischaffen, in denen sich die Arbeiter wuschen. Das Trinkwasser mußte von ihnen vom Marktplatz geholt werden. Die Toiletten befanden sich hinten an der Unstrut und waren zweistöckig gebaut, die Arbeiter mußten fünf Minuten laufen, wenn sie aus dem hintersten Winkel kommend, ihre Notdurft verrichten wollten.“*

Auch die Arbeitszeiten um die Jahrhundertwende sind bekannt. Legte die Arbeitsordnung von 1899 fest, daß täglich 10-12 Stunden gearbeitet wurde und Arbeitsbeginn 7 Uhr war, so sah die Arbeitsordnung vom 30. September 1901 vor, daß täglich 10-11 Stunden gearbeitet wurde und um 6 Uhr begonnen wurde. Üblich war damals die 6- Tage-Woche. In beiden Arbeitsordnungen war außerdem geregelt, daß die Beschäftigten an Sonn- und Feiertagen auf Verlangen in den gesetzlich zulässigen Fällen arbeiten mußten. Nach der Arbeitsordnung von 1901 hatten Frauen an Sonnabenden sowie vor Festtagen spätestens 16.30 Schluß. Jugendliche von 14-16 Jahren durften nicht über 10 Stunden täglich beschäftigt werden“[224].

Bei dem einzigen Streik in Sömmerda bzw. im ehemaligen Dreyseschen Betrieb vor dem ersten Weltkrieg, ging es jedoch nicht um die Arbeitsbedingungen. Es war vielmehr der erste Versuch Sömmerdaer Arbeiter auf die Personalpolitik der Betriebsleitung Einfluß zu nehmen. Am 10. Mai 1900 stellten 18 Former die Arbeit ein, weil die Betriebsleitung ihrer Aufforderung nicht nachgekommen war, zwei neu eingestellte Former sofort wieder zu entlassen. Die im DMV organisierten Streikenden lehnten eine Zusammenarbeit mit den neu eingestellten ab, weil einer der beiden, ebenfalls gewerkschaftlich organisierten, durch seinen Zuzug nach Sömmerda, in seinem Herkunftsort seine Funktion als Vertrauensmann niedergelegt und die Kassierung der Gewerkschaftsbeiträge abgelehnt hatte. Wahrscheinlich sahen die Streikenden diese Handlung als Schwächung der Gewerkschaftsbewegung an, weil es sicherlich schwierig war, einen Arbeiter oder eine Arbeiterin zu finden, der/die die Nachfolge des Abgereisten übernommen hätte. Es könnte sogar sein, daß der ehemalige Vertrauensmann darüber hinaus für nicht mehr „gesinnungstreu“ gehalten wurde. Nach 4 Tagen Streik, dem sich die übrige Belegschaft nicht anschloß, wurden 8 der Former entlassen. Die anderen nahmen ihre Arbeit wieder auf. Ob ihre Forderung erfüllt worden ist, ist nicht bekannt. Gegen die Entlassung der 8 Former gab es keinen Widerstand ihrer KollegInnen oder des DMV. Ebenso wenig wurden ihre Forderungen unterstützt, obwohl sie aus ihrer Sicht nur konsequent im Sinne der Gewerkschaft gehandelt hatten.

Wahrscheinlich wurde der Streik vom DMV nicht unterstützt, weil er über dessen Selbstverständnis, nur für die Reformierung der Arbeitsbedingungen zuständig zu sein, hinausging. Demzufolge erhielten die Streikenden auch

keine Streikgelder. Daher konnten sie auch nicht lange durchhalten und versuchen, weitere KollegInnen zu überzeugen, in den Ausstand zu treten.

Festzuhalten bleibt, daß der in Sömmerda noch sehr junge DMV diesen, von den 18 Formern selbständig und spontan initiierten Streik ebenso abwürgte, wie es 1922 nochmals der Fall sein sollte[225].

3.2. Organisatorische Festigung (1901-1914)

Nach der Übernahme des Dreyseschen Betriebes durch die Rheinmetall wuchs die Belegschaft von 300 auf 1200 im Jahre 1905. Damit einhergehend setzte ein hoher Grad an Technisierung und Spezialisierung ein [226]. In Sömmerda entstand im metallverarbeitenden Bereich, der neben dem Bau- und landwirtschaftlichen etwa 4/5 der gesamten Industrie der Stadt ausmachte, eine sich organisatorisch festigende und ab 1917 radikalisierte ArbeiterInnenschaft, deren Kerngruppe es gelang, auch die angelernten bzw. ungelerten ArbeiterInnen, von denen keine nachweisbaren politisch-ökonomischen Kämpfe gingen, mitzuziehen.

Der Landrat von Weißensee berichtete bereits 1906, daß durch den „Zuzug von Elementen von auswärts (...) leider ein Anwachsen der sozialdemokratischen Elemente“[227] festzustellen war, nachdem schon am 1. Mai 1902 rote Fahnen am Kriegerdenkmal und vor der katholischen Kirche Sömmerdas angebracht worden waren. Außerdem gelangten nun regelmäßig ca. 60 Exemplare der sozialdemokratischen Zeitung „Tribüne“ über Erfurt nach Sömmerda. „Genannte Zeitung hat sich auch mehrfach mit Sömmerdaer Verhältnissen beschäftigt, um dadurch immer mehr Arbeiter ihren Zwecken zu gewinnen“[228].

1906 oder 1907 wurde in der Sömmerdaer Ziegelei Martini eine Ortsgruppe des

Fabrikarbeiterverbandes gegründet. 1908 trat der Turnverein Sömmerda aus dem Jahnbund[229] aus und bildete eine Sektion des Arbeiter-Turner-Bundes. Nach Kusche waren die Mitglieder zu 90% Gewerkschafter und einige SPD-Parteiangehörige[230]. Neben dem Turnerbund bildete sich ein Arbeiter-Radverein. 1909 wurde der Arbeiter-Gesangsverein „Vorwärts“ gegründet[231]. 1910 eröffnete der 1899 gegründete Konsumverein seine erste Verkaufsstelle. 1911 schlossen sich der DMV, der Fabrikarbeiterverband und der inzwischen wiedergegründete Holzarbeiterverband zu einem Gewerkschaftskartell zusammen. Daneben existierte nun auch der Zentralarbeiterverband der Maurer[232].

Heinrich Kusche hebt hervor, daß es fast immer dieselben Leute waren, welche die Gründungen der einzelnen ArbeiterInnenorganisationen initiierten[233]. In einem Bericht werden folgende Personen für diesen Zeitraum, als wichtige sozialdemokratische Agitatoren oder Funktionäre genannt[234]: der Glaser Hermann Graneis, der Zigarrenhändler Moritz Wandt, der Schlosser August Haase, der Former Otto Wölke

der Dreher Hugo Teich, der Dreher Heinrich Kusche[235], der Schlosser Wilhelm Wölke

und der Kernmacher Emil Lebäus.

1912 schafften es die ArbeiterInnen der Rheinmetall in diesem Betrieb einen ArbeiterInnenausschuß durchzusetzen, der sich aus Mitgliedern der bestehenden, „freien Gewerkschaften“[236] zusammensetzte. Dieser war jedoch, wie überall im Kaiserreich nur dazu da, den reibungslosen Ablauf der Produktion zu sichern. Diese ArbeiterInnenausschüsse waren letztendlich „Hilfsorgane staatsertretender, wirtschaftsfriedlicher Arbeitsgemeinschaftspolitik“[237] und keine wirksame Vertretung von ArbeiterInneninteressen oder revolutionären Einrichtungen[238]. Im Hinblick auf die Arbeitsverhältnisse in der Rheinmetall-Sömmerda stellte dieser Ausschuß jedoch schon einen Fortschritt dar. Es war nun für die Betriebsleitung z.B. nicht mehr ohne weiteres möglich, Massenentlassungen vorzunehmen, da sie dazu nun zumindest offiziell die Einwilligung des ArbeiterInnenausschusses benötigte.

3.3. Die Sömmerdaer ArbeiterInnenbewegung während des 1. Weltkrieges

Der Beginn des ersten Weltkrieges im August 1914 wurde auch vom größten Teil der Sömmerdaer ArbeiterInnenbewegung zunächst begrüßt. Es gab nur wenige Sozialdemokraten und Gewerkschafter welche die Kriegsbegeisterung nicht teilten und schon 1914 gegen den Krieg agitierten. Bekannt sind Heinrich Kusche und der Modelltischler Hermann Sonntag. 1915 unterzeichneten der Vorsitzende des Sömmerdaer Gewerkschaftskartells Moritz Wandt und der Jugendleiter desselben, der Dreher Albert Schuchardt eine von Karl Liebknecht initiierte Resolution gegen die Burgfriedenspolitik der SPD. Kusche berichtet, daß mit dem andauernden Krieg jede Beerdigung von Arbeitskollegen und Genossen zu Demonstrationen gegen den Krieg wurden. Die TeilnehmerInnenzahl dieser Demonstrationen betrug durchschnittlich 200-300 Personen. Auch auf Gewerkschaftsfesten wurde der Krieg nun verurteilt[239].

Albert Schuchardt wurde beauftragt, mit der sozialdemokratischen Linken in Berlin Kontakt aufzunehmen. Er tat dies mit dem späteren Volksbeauftragten Emil Barth. Außerdem gelangten nun auch die „Spartakusbriefe“ der „Gruppe Internationale“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über die Redaktion der „Volkszeitung“ in Nordhausen nach Sömmerda[240].

Als dann im April 1917 in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gegründet wurde, waren auch zwei Delegierte der Sömmerdaer SPD anwesend: Albert Schuchardt und der Dreher Karl Schäfer. Die USPD lehnte die von der SPD praktizierte Zusammenarbeit mit der Reichsregierung und den Unternehmern ab. Sie forderte die sofortige Beendigung des Krieges und eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft auf der Basis von ArbeiterInnenräten.

Nach dem Bericht Schuchardts und Schäfers über die Gründungskonferenz der USPD auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Sömmerda trat dieser bis auf ganz wenige Ausnahmen zur USPD über. Albert Schuchardt wurde erster und Heinrich Kusche zweiter Vorsitzender[241].

Im August 1917 forderten die ArbeiterInnen der Rheinmetall Sömmerda die Einführung des 8- Stunden Arbeitstages als erste Widerstandsaktion gegen die totale Kriegsproduktion, ihre völlige Auszehrung, Unterernährung und schlechte Bezahlung. Sie folgten damit einer von den Zeiss- Werken in Jena ausgehenden Bewegung und hatten sich mit einer dementsprechenden Eingabe schon an die Reichsregierung gewandt. Auf einer Sitzung der Betriebsleitung am 27.8.1917 informierte der Betriebsdirektor Wesemann die anwesenden Betriebs,- und Abteilungsleiter über die Forderung der ArbeiterInnen und teilte gleichzeitig mit, daß *„er sich der Bewegung mit allen Kräften widersetzen werde. Die Meister sollen auf diesbezügliche Propaganda in ihren Betrieben achten und die Versuche einer solchen streng unterdrücken“*[242]. Zu diesem Zeitpunkt gelang es der Betriebsleitung noch, die Einführung der 8- Stunden Schicht zu verhindern. In der oben genannten Sitzung berichtete der Betriebsdirektor weiterhin, daß es nun auch Widerstand gegen die Ableistung von Überstunden gäbe. Er schilderte den Fall eines Arbeiters, der sich krank gemeldet hatte und bei einem Kontrollbesuch der Krankenkasse nicht anwesend war. Der Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, antwortete er zunächst nicht und erschien nach einigen Tagen um 12.00 Uhr zur Arbeit. Von einem Meister aufgefordert, die an diesem Tag versäumten Arbeitsstunden durch Überstunden nachzuholen, *„antwortete er ablehnend und daß er überhaupt keine solchen machen würde“*[243]. Daraufhin wurde er dem Militärdienst *„empfohlen“*[244]. Wesemann ordnete an, mit allen renitenten Arbeitern in Zukunft so zu verfahren[245]. Trotzdem war der Widerstand gegen den Krieg und die daraus resultierenden Arbeitsverhältnisse nicht mehr zu stoppen. In der „Werksitzung“ vom 3.9.1917 berichtete Wesemann darüber, daß Versuche unternommen würden, *„die Arbeiter zu Streiks in den Rüstungsbetrieben durch wörtliche und schriftliche Propaganda aufzufordern. (...) Derartige Versuche sollen ohne Gnade als Landesverrat zur Anzeige kommen“*[246]. Auch in den Sitzungen vom 11.3., 23.9. und 28.10.1918 ging es wieder um *„aufreizende Flugblätter, die ohne Zweifel von feindlichen Agenten verbreitet“* würden, um das *„circulieren einer hetzerischen Broschüre“*, sowie um Arbeiter, die sich *„durch unverschämtes Betragen in gewissem Sinne aufsässig gezeigt haben“*[247]. Die Ende Oktober 1918 im Lokal „Bürgergarten“ abgehaltene Versammlung des Kriegervereins Sömmerda, zu der auch Kriegsgeschädigte als Gäste eingeladen waren, werteten die Sömmerdaer ArbeiterInnen zurecht als Provokation. Die Versammlung wurde zu einer Protestaktion gegen den Krieg umfunktioniert[248]. Da sich die ArbeiterInnen auch weigerten weiterhin Kriegsanleihen zu zeichnen[249], sollten sie durch erheblichen Propagandaaufwand seitens der Betriebsleiter und Meister wieder dazu gebracht werden[250]. Außerdem versuchte Wesemann, Arbeiter für eine zu gründende „Deutschnationale Arbeiterpartei“ zu gewinnen. Er dachte dabei an die Mitglieder der Hirsch-

Dunckerschen Gewerkvereine, der christlichen Gewerkschaften und unorganisierte. Die Betriebsleitung abonnierte 30 Exemplare der „Nationalen Arbeiterzeitung“ versuchte aber, nicht als Drahtzieherin dieser Aktion bekannt zu werden[251].

Am 4.11.1918[252] äußerte Wesemann schon die Befürchtung, daß die ArbeiterInnen in den nächsten Tagen in den Streik treten würden. Er war wahrscheinlich deshalb zu einem minimalen Entgegenkommen bei finanziellen Forderungen bereit[253]. Diese waren auf der Sitzung des ArbeiterInnenausschusses am 3.11.1918 aufgestellt worden. Was die weiteren Forderungen des ArbeiterInnenausschusses nach Reduzierung der Arbeitszeit von 10,5 auf 9 Stunden und Urlaubsgewährung betraf, so lehnte Wesemann diese strikt ab. Die Ablehnung beruhte wahrscheinlich auf der Befürchtung, die Kriegsproduktion zu gefährden. Das Protokoll spiegelt weiterhin die Auseinandersetzung um die Rechte des ArbeiterInnenausschusses wider. Dieser hatte wohl versucht, unabhängig von der Betriebsleitung zu arbeiten, war aber von Wesemann, wie es im Protokoll heißt, „behindert“ worden. Das sollte nach dem Willen des Ausschusses zukünftig unterbleiben. Auch diese Forderung lehnte Wesemann mit folgenden Worten ab: *„Wenn ein Ausschußmitglied mit einem Arbeitskollegen während der Arbeitszeit etwas zu verhandeln beabsichtigt, hat er hierfür von seinem Werkmeister die Erlaubnis einzuholen. Eine längere Ausnutzung dieser Erlaubnis ist jedoch unstatthaft“*[254].

Zum Schluß der Sitzung gab Wesemann den Inhalt eines aktuellen Flugblattes bekannt, den er als „äußerst revolutionär“ bezeichnete. Er war offensichtlich trotzdem auch wenige Tage vor der „Novemberrevolution“ nicht bereit, mit dem ArbeiterInnenausschuß zu kooperieren und versuchte, die ArbeiterInnen mit minimalsten Zugeständnissen abzuspeisen. Der Ausschuß versuchte aufgrund der immer revolutionärer werdenden politischen Situation offensiver zu handeln, da er sich seiner stärker werdenden Position bewußt war. Wahrscheinlich hatte sich schon zu diesem Zeitpunkt in Sömmerda ein illegaler Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, dem die Mitglieder des ArbeiterInnenausschusses angehörten. Das genannte Flugblatt war erstmalig dementsprechend unterschrieben[255].

Wie gut die illegale Organisierung der Sömmerdaer ArbeiterInnen vorangeschritten war, zeigt eine Aktion, die in der DDR Geschichtsschreibung fast zu einem Mythos hochstilisiert wurde.

Im Frühjahr 1918 hatte Emil Barth als Delegierter der „revolutionären Obleute“ in Berlin[256] Albert Schuchardt in Sömmerda aufgesucht, um Waffen für die radikaleren Teile der ArbeiterInnenbewegung Berlins zu besorgen. Diese wollten über eine soziale Revolution die Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte erzwingen. Weil sie militärische Auseinandersetzungen dabei nicht ausschlossen, wurden Waffen besorgt. Barth reiste dafür in verschiedenen Großstädte und Industriezentren.

In der Rheinmetall Sömmerda wurden dann von August bis November 1918 von Albert Schuchardt, der inzwischen Meister im Laborierwerk der Zündermontage war, von Karl Schäfer, dem Werkzeugmacher Louis Schreiber, dem Arbeiter Karl Hähnel u.a. während der Arbeitszeit Granatzünder zu Handgranaten umgebaut und aus dem Werk geschmuggelt. Nach der Erprobung außerhalb Sömmerdas wurden mehrere Hundert Handgranaten per Zug im Oktober und Anfang November 1918 nach Berlin geschafft und dem Vollzugsausschuß des illegalen Arbeiter- und Soldatenrates übergeben. Mit diesen Handgranaten sollen am 9.11.1918 dem „offiziellen“ Beginn der „Novemberrevolution“ in Deutschland[257], bei der Erstürmung des Berliner Marstallgebäudes dessen Tore gesprengt worden sein[258].

3.4. Die revolutionären Ereignisse von November 1918 bis März 1919

Am 10.11.1918 wurde vom Sömmerdaer Arbeiter- und Soldatenrat, der aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften, den Resten der SPD und der USPD gebildet worden war, beschlossen, am 11.11.1918 in den Streik zu treten. An diesem Tag wurde Massenversammlungen und eine Demonstration durchgeführt, der Bürgermeister abgesetzt, die städtischen Behörden unter die Aufsicht des Rates gestellt und die Betriebe Sömmerdas besetzt.

Zusätzlich zum Arbeiter- und Soldatenrat[259] wurde aus seiner Mitte ein Kreisarbeiter- und Soldatenrat für den Kreis Weißensee, dem Sömmerda angehörte, gebildet. Dieser bestand aus 7 Personen und kontrollierte das Landratsamt und den Kreis Ausschuß. Sein Vorsitzender war Moritz Wandt. Namentlich bekannt sind folgende Mitglieder des

Arbeiter-und Soldatenrates: der Vorsitzende Hermann Sonntag, Albert Schuchardt, Heinrich Kusche, Moritz Wandt, Karl Schäfer, Karl Hähnel, Otto Wölke, Max Hähnel, Ernst Ulrich, dem Schlosser Fritz Voigt, Louis Schreiber, der Schlosser Fritz Jürgel, Albert Braband, Bruno Schmidt und der Maurer Otto Bach. Noch am 11.11.1918 wurde der Arbeiterrat von einer EinwohnerInnenversammlung bestätigt, da er aus den Betrieben hervorgegangen war und bis zum 11.11.1918 nicht offen hatte auftreten können.

Mit beschlagnahmten Waffen aus der Rheinmetall wurde eine Arbeiterwehr aufgestellt. Zunächst war es wichtig, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Otto Bach wurde mit 3 anderen Mitgliedern des Arbeiterrates beauftragt, die Viehbestände zu kontrollieren. Dazu wurden an allen Eingängen Sömmerdas Wachen aufgestellt, „*die nun alle Wagen kontrollierten und manche Schiebergeschäfte feststellten, wo Butter und sonstige Nahrungsmittel verschoben werden sollten*“[\[260\]](#). Außerdem wurden die Wurstkammern von Bauern, u.a. auch des Besitzers der Ziegelei aufgesucht und ihr Inhalt beschlagnahmt. Danach wurde die Wurst als zusätzliche Ration an die Bevölkerung verteilt[\[261\]](#).

Was die Betriebsbesetzungen betrifft, so ist für Rheinmetall bekannt, wie es nach der Besetzung weiterging: „*Herr Baumeister Wesemann, Herr Schröder, Herr Dartsch und meine Wenigkeit (der Buchhalter des Betriebes, d. Verf.) wurden durch die Arbeitermenge, die sich vor dem Verwaltungsgebäude aufgestellt hatte, unter großem Gelächter durchgeführt. Dabei bekamen wir manchen Rippenstoß und Kopfschlag. Mir, wie Herrn Nilgus wurden die Kassenschlüssel abgenommen und wir sind dann bis nachmittag 5 Uhr in Haft genommen worden. (...) Dem Baumeister Wesemann haben sie alle Rechte als Direktor abgenommen und ihren Arbeiterrat als Direktion eingesetzt*“[\[262\]](#). Unverständlicherweise wurde die Absetzung des Betriebsleiters noch am gleichen Tag wieder rückgängig gemacht, nachdem er scheinbar eingewilligt hatte, sich der Kontrolle des Arbeiterrates zu unterstellen und die Forderungen der ArbeiterInnen nach dem 8-Stundentag, 2 Wochen Urlaub, Wochenlöhnen von 80,- für gelernte Arbeiter, 60,- für ungelernete Arbeiter, sowie 40,- für Frauen, keine Massenentlassungen, sowie geheimes und gleiches Wahlrecht für alle anerkannte. Auch die Beamten, die bereit waren, sich der Kontrolle des Arbeiterrates zu unterstellen, wurden nicht abgesetzt und der Versuch gemacht, ihre Arbeit zu übernehmen. Der Arbeiterrat verkündete trotzdem am 12.11.1918 in der Sömmerdaer Zeitung, daß er die „*öffentliche Gewalt in seine Hände genommen habe*“ und sprach von „*großen Umwälzungen*“ und einer „*besseren Zukunft*“ in einer „*sozialistischen Republik*“.

Doch schon am Beispiel der Rheinmetall wird deutlich, daß die Sömmerdaer ArbeiterInnen überhaupt nicht darauf vorbereitet waren, den alten Machthabern tatsächlich die kommunale und betriebliche Führung zu entreißen und selbst zu übernehmen.

Am Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung des Arbeiterrates in der Sömmerdaer Zeitung, traf sich die alte Betriebsleitung schon wieder zu einer „*Werksitzung*“, ohne das Vertreter des Arbeiterrates anwesend gewesen wären. Allein diese Tatsache zeigt, daß die Leitung ihren Anspruch auf die Macht im Betrieb nicht aufgegeben hatte und bestenfalls aus der Not der Situation bereit war, für kurze Zeit mit dem Arbeiterrat zusammen zu arbeiten. Auf dieser Sitzung teilte Wesemann mit, daß „*er die Aufforderung des hiesigen Arbeiter-und Soldatenrates, sich ihm anzuschließen von vorn herein glatt abgelehnt hat und sich in Bezug auf Dispositionsfreiheit freie Hand vorbehalten hat. Herr Baumeister ermahnt zur verständigen Regelung etwaiger Auflehnungen und Disziplinlosigkeiten. (...) Der gestrige Demonstrationszug wird mit 8 Stunden voll bezahlt*“[\[263\]](#). Der Arbeiterrat stimmte sogar zu, weiter Kriegsmaterial zu produzieren, bis Friedensaufträge vorhanden seien[\[264\]](#). Das Einholen dieser Friedensaufträge wurde auch Wesemann überlassen, statt sich selbst darum zu kümmern[\[265\]](#). Weiterhin akzeptierte der Arbeiterrat, daß angelernte ArbeiterInnen mit betriebsfremden Berufen aufzufordern waren zu kündigen. Dableibende Leute hätten jede Arbeit zu verrichten[\[266\]](#). Nach dem Protokoll vom 12.11.1918 gab es also nach außen hin zwei Betriebsleitungen. Faktisch wurden jedoch vom Arbeiterrat Forderungen an Wesemann gestellt, statt die geforderten Dinge einfach umzusetzen und ihn, wenn er schon in seiner alten Position belassen wurde, bestenfalls bei Bedarf darüber zu informieren.

All das bestätigte den Betriebsdirektor und seine alte Führungsmannschaft natürlich in ihrer Autorität. Letztendlich entschied Wesemann, auch wenn er Zugeständnisse machen mußte. Von einem Sturz der alten Machtverhältnisse und einer Übernahme des Betriebes durch die ArbeiterInnen konnte keine Rede sein. Es handelte sich um eine kurzfristig und zwangsweise akzeptierte Erweiterung der Betriebsleitung seitens Wesemann, wie sich bereits eine Woche später zeigen sollte. Nach dem Protokoll der „*Werksitzung*“ vom 18.11.1918 hatten die ArbeiterInnen gefordert (sic!), ihnen „*mißliebige erscheinende Beamte entfernen zu lassen*“[\[267\]](#). Wesemann reagierte darauf, mit der Feststellung, daß er einen Streik der Beamten herbeiführen werde, wenn die Forderung von den ArbeiterInnen nicht fallengelassen

werde[268]. Solange er noch Betriebsleiter sei (sic!) werde auf Drängen des Arbeiterrates kein Beamter entlassen. Auf eingegangene Beschwerden gegen Beamte seitens der ArbeiterInnen, reagierte er völlig nichtssagend. Er sagte zu, daß er einschreiten werde, „*wo erheblich ungerechtfertigte Übergriffe u.s.w. tatsächlich zu konstatieren sind*“[269]. Wie sicher sich Wesemann schon wieder fühlte zeigt auch seine folgende Aussage: „*Es steht fest, daß vom Arbeiterrat verschiedene Übergriffe vorgenommen worden sind. Nach Abflauen der Tobsucht in gewissem Sinne, wird sich auch das wieder beilegen lassen*“[270].

Nach der gravierenden Niederlage des Arbeiterrates bei der versuchten Absetzung der Beamten, bröckelte auch der Widerstand gegen die von der Betriebsleitung geforderten Massenentlassungen. Etwa 5000 ArbeiterInnen kündigten ihre Arbeitsstelle bei Rheinmetall und gingen zurück in ihre Heimatstädte. Wesemann ordnete am 27.1.1919 an, nun auch die restlichen, noch gebliebenen auswärtigen ArbeiterInnen „*rücksichtslos (...), ohne Unterschied ob verheiratet oder nicht*“[271] zu entlassen. Aufgrund seiner geschwächten Position und offensichtlich ohne Rücksprache mit der Belegschaft stimmte der Arbeiterrat zu. Widerstand der 3500 Entlassenen gab es nicht mehr. Den Gekündigten wurden noch 3 Wochenlöhne und die Heimreise gezahlt.

Am 28.12.1918 wurde vom Kreisarbeiter- und Soldatenrat der Landrat von Weißensee abgesetzt. Die rote Fahne, die von einer durchziehenden Reichswehreinheit demontiert worden war, wurde am dortigen Rathaus wieder gehißt. Das gleiche geschah auf dem Sömmerdaer Rathaus, war aber nur noch ein mehr oder weniger symbolischer Akt[272].

Am 12.1.1919 griff dann der Arbeiterrat zum letzten mal aktiv in die Entscheidungen der Betriebsleitung von Rheinmetall Sömmerda ein. Diese wollte nach Feierabend 50 Maschinengewehre zur Unterstützung der im Baltikum kämpfenden deutschen Truppen verschicken. Der Arbeiterrat erfuhr davon. Heinrich Kusche lud daraufhin den beladenen Eisenbahnwagen mit anderen Arbeitern wieder aus und beschlagnahmte die MG's. Sie wurden bei ihm und anderen Kollegen untergebracht. Zurückgegeben wurden die Waffen erst nach einigen Monaten. Am 13.1.1919 kam es dann wegen der versuchten Maschinengewehrlieferung zu einer Massendemonstration in Sömmerda. Über die Rechtmäßigkeit der Verhinderung der Lieferung wurde zwischen dem Arbeiterrat, namentlich Heinrich Kusche, Fritz Jürgel und Louis Schreiber und der Betriebsleitung eine Auseinandersetzung betriebsöffentlich über Aushänge geführt. Die Arbeiter argumentierten, daß die Betriebsleitung mit der Waffenlieferung den Brudermord an Arbeitern begünstigen wollte[273].

Auf der kommunalen Ebene waren die ArbeiterInnen im März 1919 erfolgreich. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 2.3. erhielt die sogenannte „Liste Kusche“ von 3200 abgegebenen Stimmen 1921. Dadurch wurden Heinrich Kusche, der Lagerhalter Hermann Buhler, der Steindrucker Friedrich Vogt, August Haase, der Schlosser Ernst Bauer, die Hausfrau Elisabeth Schubert, der Schlosser Otto Endter, der Schlosser Karl Schatz, Albert Schuchardt, Fritz Jürgel, Hermann Sonntag, Karl Hähnel, der Fabrikarbeiter Edmund Gotthardt, der Former Karl Kind und der Schlosser Hugo Haak während des seit dem 24. Februar ausgerufenen Generalstreiks in Mitteldeutschland zu Stadtverordneten gewählt.

Der Generalstreik war als Widerstand gegen die den ArbeiterInnen von der Reichsregierung als Räteersatz angebotenen ArbeiterInnenausschüsse ausgerufen worden. Diese Ausschüsse waren im Vergleich zu den revolutionären ArbeiterInnenräten, die als Werkzeug und Basis zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft geschaffen worden waren, ein Rückschritt in die Zustände von vor dem 1. Weltkrieg[274].

In Sömmerda wurde bei Rheinmetall vom 26.2.-19.3.1919 und in der Ziegelei vom 26.2.-9.3., sowie vom 16.3.-11.4.1919 die Arbeit niedergelegt[275]. In diesem Zeitraum kam es unweit von Sömmerda zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Arbeitern aus Sömmerda/ Weißensee und einer Reichswehreinheit aus Langensalza. Sie wurde in der zeitgenössischen Presse als „*das Gefecht von*“ bezeichnet[276].

Am 6. März zog diese Armee-Einheit durch Weißensee und Sömmerda. Die ArbeiterInnen nahmen an, daß sie unterwegs sei, um gegen die Streikenden vorzugehen[277]. Zusammen mit Arbeitern aus Weißensee verfolgten Bewaffnete aus Sömmerda die Soldaten bis in die Nähe der Stadt Kindelbrück. Dort kam es zu einem Gefecht mit mehreren Toten auf der Seite der Arbeiter. Von diesen kamen drei aus Sömmerda[278]. Von den gefangen genommenen und 1920 nach 10 Monaten Untersuchungshaft angeklagten 30 Arbeitern kamen 16 aus Sömmerda[279]. Die Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen 9 Monaten und 4 ½ Jahren verurteilt[280].

Da die Betriebsleitung der Rheinmetall sich weigerte den ArbeiterInnen für die Streiktage ihren Lohn zu zahlen, wurden vom Sömmerdaer Bürgermeister in einem Brief an einen nicht näher genannten Grafen[281]

Regierungstruppen für die Stadt angefordert. Er schrieb am 12.3.1919, daß für den nächsten oder übernächsten Tag Ausschreitungen seitens der ArbeiterInnen zu erwarten seien[282]. In diesem Zusammenhang soll von Rheinmetallarbeitern geäußert worden sein, eine Racheaktion gegen die Gemeinde Kannawurf, einem Nachbarort von Kindelbrück, vorzunehmen. Die Einwohner dieser Gemeinde hatten bei dem Gefecht am 6.3. die Reichsweereinheit massiv unterstützt. Ob die Racheaktion tatsächlich stattgefunden hat, ist nicht bekannt. Jedenfalls war die Angst vor den Sömmerdaer ArbeiterInnen auf bürgerlicher Seite so groß, daß wirklich an einen Überfall geglaubt wurde[283].

4. Die FAUD Sömmerda und Umgebung

4.1. Gründung und Mitgliederbewegung

Die FAUD-Sömmerda, genauer gesagt zunächst die „Freie Vereinigung aller Berufe Sömmerda und Umgebung“[284] wurde Ende März 1919 gegründet[285].

Der Gründung war die Teilnahme Sömmerdaer Arbeiter[286] an einer Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter Deutschlands in Erfurt am 18.3.1919 vorausgegangen. Auf dieser Konferenz hielt Rudolf Rocker ein Referat mit dem Titel „Die Waffen nieder! Die Hämmer nieder!“. Nach diesem Referat wurde eine von ihm vorgeschlagene Resolution zur Verweigerung der Herstellung jeglichen Kriegsmaterials einstimmig angenommen[287]. Die Sömmerdaer luden Rocker wahrscheinlich während des Kongresses zu zwei Vorträgen in ihre Stadt ein[288]. Rocker schrieb über diese Vorträge u.a.: *„Ich blieb einige Tage in Sömmerda und hatte dort zwei mächtige Versammlungen, die beide überfüllt waren und von der gesamten Arbeiterschaft des Städtchens besucht wurden. Der Geist, der jene Kundgebungen beseelte machte sich in besonders regen Debatten, die meinen Vorträgen folgten bemerkbar“*[289]. Außerdem attestierte Rocker den Sömmerdaern, daß sie *„für neue Gedanken empfänglich“*[290] waren, da sie noch nicht *„durch die Treitmühle der politischen Parteien gegangen“*[291] waren und noch nicht *„verbraucht und von der allgemeinen Verbitterung (...) angesteckt, die den geistlosen Zank zwischen den verschiedenen politischen Parteien entfesselt hatte, wo einer dem anderen die Schuld für alle Misserfolge aufzubürden versuchte, anstatt selbst mit Hand anzulegen, um die Dinge besser zu machen. Dazu waren sie zu bodenständig und mit ihrer örtlichen Umgebung innerlich verwachsen, so dass jeder wußte, was in einer gegebenen Situation zu tun war“*[292]. Rocker erklärte sich daraus resultierend den Erfolg der SyndikalistInnen in Sömmerda durch die Verbindung von bäuerlich-handwerklicher Tradition und starker Industrialisierung: *„Ich habe später dieselbe Erfahrung auch in vielen anderen Gegenden des Landes gemacht. Gerade in kleineren Städten mit einer eingesessenen Bevölkerung, wo die Menschen durch den ewigen Gleichklang des industriellen Lebens und seine unvermeidlichen Begleiterscheinungen geistig noch nicht zermürbt waren, fand ich häufig bei ihnen einen viel höheren Grad von geistiger Regsamkeit und gewisse kulturelle Ansprüche, die man in den großen Industriegebieten oft vergeblich sucht“*[293].

Nach Rockers Vorträgen trat das gesamte Kartell der Freien Gewerkschaften - das waren etwa 600 Personen[294] - bis auf wenige Ausnahmen zur FVdG über. Vorher hatten die ArbeiterInnen den Freien Gewerkschaften die Beiträge gesperrt und das Geld der Kassen ihrer ehemaligen Organisationen dem örtlichen Revolutionsfond überwiesen[295]. Rocker hebt hervor, daß es hauptsächlich Hermann Sonntag und Louis Schreiber zuzuschreiben war, daß innerhalb weniger Tage die „Freie Vereinigung aller Berufe Sömmerdas und Umgebung“[296] gegründet wurde.

Bis zum 12. Kongreß der FVdG, bzw. der FAUD, stieg die Zahl der Mitglieder der FVaB Sömmerdas auf 1950 Personen an[297]. Hermann Sonntag, der als Delegierter auf diesem Kongreß war berichtete, daß die Sömmerdaer ArbeiterInnen im März 1919 *„notgedrungen so schnell wie möglich eine syndikalistische Gewerkschaft gründen“*[298] mußten, da nach Rockers Vorträgen *„die ganze Verbändlerei umgestürzt“*[299] war.

Das bedeutet, daß viele ArbeiterInnen nur mitzogen, um in Zukunft nicht unorganisiert zu sein, da die anderen Gewerkschaften Sömmerdas mit, bzw. nach der Gründung der FVaB zerfielen. Diese Menschen konnten nicht über Nacht überzeugte AnarchosyndikalistInnen geworden sein. Mit großer Wahrscheinlichkeit spielte das Vertrauen zu

den Arbeitern, die schon lange aktiv in der ArbeiterInnenbewegung waren und daher offensichtlich großes Ansehen genossen, eine wichtige Rolle für die Massenübertritte zur FVaB Sömmerdas. Viele von den neuen Mitgliedern hatten sich jedoch in zwei Richtungen „abgesichert“. Sie waren nach ihrem Eintritt in die FVaB Sömmerdas Mitglieder des Deutschen MetallarbeiterInnen- Verbandes, BauarbeiterInnenverbandes etc. geblieben, wie im April 1926 im Syndikalist dargestellt wurde[300]. Das in Sömmerda das Problem von plötzlichen Massenübertritten in die FVdG erkannt wurde, zeigt die Tatsache, daß Hermann Sonntag auf dem 12. Kongreß der FVdG mehr statistische Arbeit zur Übernahme der Produktionsmittel empfahl, die Abkehr von politischen Parteien hervorhob, die Wichtigkeit der Propagierung des Generalstreiks darstellte und einem jährlichen Kongreß das Wort redete. Besonders die Empfehlung mehr statistische Arbeit zur Übernahme der Produktionsmittel zu leisten, lag an der konkreten Erfahrung der SömmerdaerInnen mit der „Übernahme“ von Rheinmetall, die ihnen ihre mangelnde Kompetenz drastisch vor Augen geführt hatte.

Bis März 1920 war die Mitgliedszahl der „FAUD-Sömmerdas und Umgebung“ auf 2180 Personen angestiegen[301] und es gab neben der FAUD keine andere Gewerkschaft mehr[302]. Danach ging die Zahl der organisierten AnarchosyndikalistInnen zurück auf etwa 800 im November 1921[303] und ca. 700 im Januar 1922[304]. Bis April 1926 stieg sie wieder auf etwa 800 an[305]. Zur Zeit des 18. Reichskongresses der FAUD (AS) der vom 29.5.-1.6.1930 in Berlin stattfand, betrug die Zahl der Sömmerdaer FAUD Mitglieder noch 79[306]. Im Laufe des Jahres 1931 ging sie auf 74 zurück[307] und danach auf 71 Personen im Jahre 1932[308].

Ein nicht zu unterschätzender Grund für den personellen Niedergang der Sömmerdaer Arbeitsbörse war neben den noch darzustellenden Mitgliederverlusten nach verloren gegangenen politisch/ökonomischen Auseinandersetzungen eine relativ rigide Ausschlußpraktik. Es wurde nicht versucht sich mit den Gründen auseinanderzusetzen, die dazu geführt hatten, daß im Nachhinein Ausgeschlossene gegen wichtige Prinzipien des Anarchosyndikalismus verstoßen hatten. Es hätten z.B. verstärkt Schulungen über die Prinzipien der FAUD stattfinden können, um der Masse der ideologisch und praktisch relativ ungefestigten Mitglieder der Sömmerdaer FAUD klarzumachen, warum ihre „Vergehen“ nicht widerspruchlos hingenommen werden konnten. Der Ausschluß war sicherlich kein Mittel um die Attraktivität der FAUD zu steigern und die Ausgeschlossenen zu „läutern“.

Drei Beispiele von Handlungen gegen eine der wichtigsten Grundlagen der anarchosyndikalistischen Idee, die freie Solidarität sind bekannt. Am 2.2.1921 wurde ein Arbeiter „*Wegen fortgesetzter Verleumdungen unserer Genossen Fritz Jürgel und Heinrich Kusche sowie der gesamten Organisation (...)*“ durch Beschluß der Mitgliederversammlung ausgeschlossen[309]. Statt nun den gemachten Vorwürfen nachzugehen und dem Arbeiter Brulau im Falle ihrer Unhaltbarkeit eine Chance der weiteren Mitarbeit zu geben wurde nach der Devise gehandelt, daß nicht sein kann, was nicht sein darf und zusätzlich noch alle anderen FAUD Organisationen vor der Wiederaufnahme dieses Arbeiters gewarnt, was bedeutet, daß ihm jegliche Lernfähigkeit abgesprochen wurde.

Nach dem verloren gegangenen 7- wöchigen Streik im Januar und Februar 1922 wurden sieben Personen aus der MetallarbeiterInnenföderation ausgeschlossen, weil sie im Anschluß an den Streik Heimarbeit geleistet hatten. Das bedeutet, daß diese Arbeiter Material mit nach Hause genommen hatten und nach ihrer Schicht bei Rheinmetall zu Hause weiter gearbeitet hatten, um die durch den Streik nicht geleistete Arbeitszeit nachzuholen[310]. Hier wird zwar abermals drastisch die mangelnde Überzeugung von Mitgliedern der FAUD deutlich, aber auch dieses gravierende Unterlaufen von fundamentalen Grundsätzen hätte mit großer Wahrscheinlichkeit durch Überzeugungsarbeit in Zukunft verhindert werden können.

Das dritte Beispiel eines ausgeschlossenen Arbeiters ist das von Arno Mettfessel. Er wurde 1932, als die FAUD Sömmerda nur noch 71 Personen zählte, wegen finanzieller Schädigung der Organisation ausgeschlossen. Auch in diesem Fall setzten sich die Sömmerdaer AnarchosyndikalistInnen nicht mit der Situation auseinander, sondern handelten ausschließlich auf der Grundlage moralischer Erwägungen[311]. Sie erkannten, oder akzeptierten nicht, daß das Motto „klein aber rein“ unmöglich die Grundlage für weiteres erfolgreiches arbeiten der Sömmerdaer FAUD sein konnte. Gerade im Jahre 1932 wäre es angesichts des herannahenden Faschismus wichtig gewesen, nicht durch erzwungene Austritte Mitglieder zu verlieren.

4.2. Strukturelle Entwicklung

Im März 1919 war zunächst nur eine Föderation, die Freie Vereinigung aller Berufe Sömmerdas mit Hermann Sonntag als Obmann[312] gegründet worden.

Auf der ersten Konferenz aller Thüringer Organisationen der FVdG die am 6.7.1919 in Erfurt stattfand, waren auch zwei Arbeiter der Sömmerdaer FVaB als Delegierte anwesend. Einer der beiden, Karl Kind, wurde zum Schriftführer gewählt. Im Laufe dieser Konferenz wurde ein Agitationskomitee für den Bereich der zukünftigen Provinzialarbeitsbörse Großthüringen geschaffen. In den aus drei Personen bestehenden Ausschuß, der dieses Komitee zu kontrollieren hatte, wurden zwei Sömmerdaer Arbeiter gewählt. Einer von ihnen, der ebenfalls auf der Konferenz anwesende Arbeiter Rödel,

berichtete, daß die Sömmerdaer Organisation seit März um 900 Personen angewachsen war und jetzt insgesamt 1500 Mitglieder umfasse[313].

Etwa vier Monate nach der Konferenz, im November 1919 wurden die Mitgliedsbeiträge der FVaB Sömmerdas angehoben. Sie betragen für Industriearbeiter über 18 Jahren wöchentlich eine Mark, für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren fünfzig Pfennig, für landwirtschaftliche Arbeiter über 18 Jahren fünfzig Pfennig und für in der Landwirtschaft arbeitende Frauen und Jugendliche dreißig Pfennig[314]. Es wurde vom Obmann der Organisation hervorgehoben, daß diese Beitragserhöhungen wichtig seien für den weiteren Aufschwung der Bewegung[315]. Dieser Aufschwung schlug sich dann Anfang 1920 in der Gründung einer zweiten Industrieföderation, der „Föderation der Metall und Industriearbeiter Sektion Sömmerda“[316] nieder, zu deren Vorsitzendem ein Schlosser namens Kätzsch gewählt wurde[317]. Dieser wurde im Januar 1923 durch den Schlosser Jakob Ehmar abgelöst[318]. Zum 1. Kassierer wurde Emil Lebbäus gewählt. Der Schlosser Kurt Wiemann wurde 1. Schriftführer[319].

Hermann Sonntag war nachweislich bis Ende 1922 eine sehr wichtige Person innerhalb der MetallarbeiterInnenföderation und der Arbeitsbörse Sömmerda. Er war als Delegierter Sömmerdas und Schriftführer auf der außerordentlichen Konferenz der Metall- und Industriearbeiterföderation am 10./11.7.1921 in Erfurt anwesend[320]. Am 18.10.1921 war er wiederum als Delegierter auf der Reichskonferenz derselben Föderation in Düsseldorf[321]. Am 5.11.1922 war Sonntag abermals Delegierter Sömmerdas. Diesmal war er in dieser Funktion neben Louis Schreiber auf der Herbstkonferenz des Agitationsbezirkes Großthüringen in Erfurt für die Arbeitsbörse Sömmerdas zugegen[322]. Von dieser Konferenz wurde er neben zwei anderen FAUD Mitgliedern zu einer am gleichen Tag tagenden Thüringer Betriebsrätekonferenz delegiert, um dort eine Resolution der Herbstkonferenz zur Revolutionierung der Räte zur Abstimmung zu bringen. Nach der Ablehnung derselben meinte Sonntag, daß das abermals der Beweis sei, daß *„jede Arbeiterbewegung die sich in die Hände der Politikanten (politische Parteien und Gewerkschaftsfunktionäre, d. Verf.) begibt“*[323], ihr *„eigenes Todesurteil unterschreibt“*[324].

Kurz nach der Gründung der MetallarbeiterInnenföderation schloß sich diese mit der FVaB zur „FAUD Arbeiterbörse Sömmerda (Th.)“ zusammen. Ihr Vorstand bestand aus 12-14 Personen[325]. Wahrscheinlich im Juli 1920 wurden Louis Schreiber zum Obmann und Emil Lebens zum Kassierer der Börse gewählt[326]. Auf der Frühjahrskonferenz des Agitationsbezirkes Großthüringen im Jahre 1923[327] übernahm die Arbeitsbörse Sömmerda die Aufgabe, als Grundlage für eine zukünftige anarchosyndikalistische Tageszeitung des Bereiches Großthüringen ein 14-tägig erscheinendes Mitteilungsblatt herauszugeben. Das war möglich, weil der Ortsverein Sömmerda im Besitz einer Druckmaschine war. Der Obmann der gewählten Redaktionskommission wurde Victor Bode, der zu diesem Zeitpunkt neben der FAUD auch Mitglied der KPD Sömmerdas war[328]. Das Mitteilungsblatt sollte erstmalig am 15.5.1923 erscheinen. Das gelang jedoch nicht, da die *„finanziell-technischen Grundlagen“*[329] zu diesem Zeitpunkt noch nicht geschaffen waren. Es wurde daraufhin von der Redaktionskommission gemeinsam mit der Agitationskommission beschlossen, für die schnelle Herausgabe des Mitteilungsblattes pro Thüringer FAUD Mitglied einen einmaligen Solidaritätsbeitrag von 500 Mk. für den Druckereifond zu erheben[330]. Im Syndikalist wurde dann dargelegt, daß *„damit (...) der Anfangsschritt getan“*[331] wäre, *„um die Druckmaschine und Zubehör als Eigentum in den Schoß der Thüringer Gesamtbewegung überzuführen und das erscheinen des Mitteilungsblattes endgültig sicherzustellen. Um die Lebensfähigkeit des Blattes garantieren zu können, ergibt sich die selbstverständliche Notwendigkeit, daß es von den Ortsvereinen als Obligatorium eingeführt wird, und werden wir den Versand der Mitgliedsstärke der Ortsvereine entsprechend organisieren“*[332]. Das Mitteilungsblatt ist dann am 1.12.1923 erstmalig erschienen[333]. Ob und wie lange es danach weiterexistierte ist nicht bekannt.

Im Juni 1923 schlossen sich die „Freie Arbeiter-Union der Bauberufe Deutschlands (Syndikalisten), Ortsverein Sömmerda i. Th.“[334] und der inzwischen ebenfalls gegründete „Syndikalistische Frauenbund Sömmerdas“ der Arbeitsbörse an[335]. Die BauarbeiterInnenföderation war im März/April 1922 gegründet worden. Otto Bach wurde

ihr erster Vorsitzender[336]. Er wurde am 23.3.1924 wiedergewählt[337], nachdem er zwischenzeitlich von dem Maurer Albin Haun abgelöst worden war[338]. Dieser wurde auf der Generalversammlung der Föderation am 23.4.1924 zum 1. Kassierer ernannt[339].

Die BauarbeiterInnenföderation Sömmerdas richtete am 1. und 2.4.1923 eine Reichskonferenz der Freien Arbeiter-Union der Bauberufe Deutschlands aus. Auf dieser Konferenz wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Gedanken von Jugendgewerkschaften innerhalb der FAUD systematisierte[340].

Das Mitgliederverhältnis der drei Industrieföderationen der FAUD Sömmerda entsprach ungefähr der Größe der Betriebe am Ort. So betrug z.B. im Januar 1922, als die FAUD Sömmerdas insgesamt noch 800 Mitglieder hatte, die Anzahl der in der MetallarbeiterInnenföderation organisierten ArbeiterInnen etwa 600. Die übrigen 200 waren Mitglieder der FVaB und der BauarbeiterInnenföderation[341]. Diese Verhältnis blieb bis zum Ende der Weimarer Republik in etwa so bestehen. Auf dem 18. Reichskongreß der FAUD war Otto Bach als Delegierter für 20 BauarbeiterInnen und 59 MetallarbeiterInnen anwesend[342]. 1932 waren noch 53 Personen in der MetallarbeiterInnenföderation organisiert[343], neben 11 BauarbeiterInnen. Der Rest der 71

FAUD Mitglieder gehörte verschiedenen, anderen Berufen an. Die FVaB war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr existent, während die 11 BauarbeiterInnen noch als Angehörige der Industrieföderation ausgewiesen werden[344].

5. Die FAUD in den betrieblichen und gesellschaftlichen

Auseinandersetzungen von März 1919 bis Februar 1922

5.1. Lohnkämpfe und Lebensmittelunruhen

Im Laufe des Jahres 1919 war die Verteuerung der Lebensmittel in Deutschland gegenüber Ende 1918 schrittweise von 1,25% im Januar auf 82,10% im Dezember gestiegen[345]. Demzufolge hatten die Kämpfe der FVaB Sömmerdas in diesem Jahr in der Hauptsache schon keinen revolutionären Charakter mehr, sondern waren Abwehrkämpfe gegen die Verelendung der ArbeiterInnen. Auf betrieblicher Ebene wurde um höhere Löhne und Tarifverträge gestritten[346]. Diese Auseinandersetzungen wurden auf unterschiedliche Art geführt. Bei Rheinmetall wurde verhandelt, also keine direkten Aktionen durchgeführt, während die BauarbeiterInnen streikten.

Außerhalb der Betriebe nahmen sich die Menschen Lebensmittel von denjenigen, die nach ihrer Meinung genug hatten.

5.1.1. Der Bauarbeiterstreik 1919

Dieser erste Bauarbeiterstreik in Sömmerda dauerte vom 7. - 30. September. Im Ausstand waren 96 Bauhandwerker aus 6 Betrieben[347]. Davon waren etwa 30 in der FVaB organisiert. Die anderen gehörten dem Bauarbeiter- und Zimmererverband an[348]. Im Syndikalismus wurde von einem Beteiligten der FVaB hervorgehoben, daß die Solidarität der Streikenden trotz der unterschiedlichen Organisationen vorbildlich war, obwohl ein Bevollmächtigter des Bauarbeiterverbandes aus Erfurt versucht hatte, die Arbeiter zu spalten. Das bedeutet, daß er gefordert hatte, daß jede der beteiligten Organisationen den Streik allein durchführen sollte[349].

Zu dem Streik war es gekommen, nachdem die Bevollmächtigten des Bauarbeiter- und Zimmererverbandes seit April des Jahres mit den Unternehmern um einen langfristigen Tarifvertrag gestritten hatten, ohne etwas zu erreichen. „Man handelte und schacherte mit dem Unternehmertum, bis die Geduld der Bauarbeiterschaft zu Ende (...) war.

Trotzdem war die Arbeiterschaft gewillt, nicht mehr diesen Kuhhandel mitzumachen. (...)Dieser Streik allein, ohne die anderen Prinzipien des Syndikalismus anzuführen, lehrt uns schon, dass die Arbeiterinteressen durch die zentralgewerkschaftlichen Kampfmethoden nicht ver-, sondern zertreten werden“[\[350\]](#). Letztendlich gelang es den Bauarbeitern ihre Lohnforderungen durchzusetzen. Sie hatten aber Abstriche machen müssen, da sie erst nach der Sommerzeit, daß bedeutet, nach der besten Zeit der Baukonjunktur in den Ausstand getreten waren, wie im Syndikalismus kritisiert wurde. Die Unternehmer waren demzufolge aufgrund von weniger Aufträgen im September nicht mehr so stark unter Druck, wie im Sommer. Aus der Sicht der Syndikalisten war es so nur „*der Verschleppungstaktik der Zentralgewerkschaften zuzuschreiben, dass die Bauarbeiterschaft n i c h t* (Hervorhebung i. Original) *das erreicht hat, was sie sich als Ziel gesetzt hatte“*[\[351\]](#).

5.1.2. Die Auseinandersetzung um höhere Löhne bei Rheinmetall im November 1919

Die ArbeiterInnen der Rheinmetall traten im November 1919 für ihre Forderung nach höheren Löhnen nicht in den Streik, sondern vertrauten auf ihren ArbeiterInnenausschuß, obwohl der größte Teil von ihnen zu diesem Zeitpunkt bereits in der FVaB organisiert war[\[352\]](#). Sie verließen sich offensichtlich wieder auf die Arbeiter, die schon seit langer Zeit ihr Vertrauen genossen.

Der ArbeiterInnenausschuß war am 11.11.1919 „ins Leben gerufen worden“[\[353\]](#). Der während der „Novemberrevolution“ bei Rheinmetall gegründete revolutionäre Betriebsrat wurde mit dem Einverständnis seiner Mitglieder an jenem Tag in diesen gesetzesgültigen ArbeiterInnenausschuß umgewandelt. Eine Neuwahl fand nicht statt. Sechs von den zehn Mitgliedern des Ausschusses waren nachweislich zu diesem Zeitpunkt Mitglieder der FVaB: Fritz Jürgel, Louis Schreiber, Hermann Sonntag, der Arbeiter Kind, Victor Bode, der Schlosser Karl Voß. Zum Obmann wurde Fritz Jürgel gewählt. Louis Schreiber wurde stellvertretender Obmann und Karl Voß Schriftführer[\[354\]](#).

Die Auseinandersetzung um höhere Löhne bei Rheinmetall wurde, wie im Baubereich schon im April 1919 begonnen, nachdem die im November 1918 bewilligten Löhne die Lebenshaltungskosten der ArbeiterInnen nicht mehr deckten. 1918 waren diese noch in der Offensive gewesen und konnten sich durchsetzen. Das war im April 1919 nicht mehr der Fall. Die Forderung nach mehr Geld wurde vom Betriebsdirektor mit den Worten „*Lohn-Zulagen (...) gibt es unter keinen Umständen. --- Facharbeiter- Löhne, außer Schlosser, Dreher, Mechaniker und ganz wenigen ähnlichen Spezialberufen, werden nicht gezahlt“*[\[355\]](#) rigoros abgewürgt. Auf der Sitzung des Betriebsausschusses mit Direktor Wesemann am 14.11.1919 antwortete dieser auf die Forderungen des Ausschusses, daß eine Lohnzulage zwar berechtigt sei, er aber auf die geforderte Höhe von 20% nicht eingehen könne, da das nicht in seiner Macht läge und der Arbeitgeberverband ihn auch daran hindern würde[\[356\]](#). Fritz Jürgel antwortete ihm, daß die Lohnzulage durch die Verteuerung der Lebensmittel angebracht sei und betonte, daß die ArbeiterInnen nicht gewillt seien sich „*mit ein paar Pfennigen“*[\[357\]](#) abspesen zu lassen. Statt nun nach längeren Ausführungen beider Seiten die Verhandlungen abubrechen um die Drohung wahrzumachen und in den Streik zu treten, akzeptierte der Ausschuß den Vorschlag Wesemanns einen neuen Lohnvertrag aufzustellen und dem Arbeiterausschuß zur Beratung vorzulegen. Auch die geforderte allgemeine Akkordzulage wurde von Wesemann abgelehnt und den zuständigen Betriebsleitungen überlassen. Diese sollten nur dort, wo nicht mehr als der Mindestlohn verdient wurde[\[358\]](#), Zulagen bewilligen können.

Als Ergebnis der Sitzung vom 14.11.1919 läßt sich festhalten, daß der ArbeiterInnenausschuß im Gegensatz zu den Bauarbeitern nichts erreicht hatte, was die aktuelle Lebenssituation der RheinmetallarbeiterInnen ad hoc verbesserte, sondern sich auf die Zukunft verträsten ließ. Ein neuer Tarifvertrag trat erst am 1.4.1920 in Kraft[\[359\]](#).

5.1.3. Die Lebensmittelunruhen von 1919

Außerhalb der Betriebe Sömmerdas halfen sich die Menschen unter Beteiligung von Mitgliedern der FVaB[360] gegen die durch zu niedrige Löhne preisbedingte Lebensmittelknappheit durch Beschlagnahmungen[361].

Die erste Aktion dieser Art wurde am 7. und 8.5.1919 durchgeführt. Der Auslöser war die ungerechte Butterverteilung unter den ArbeiterInnen. Zunächst waren am 7.5. „zwei Frauen als Sprecherinnen (...) zum Bürgermeister geschickt worden. Dabei gelang es aber noch vielen anderen Personen sich Zutritt zu verschaffen. Schließlich wurde der Bürgermeister auf die Straße verlangt. Er sagte zu, eine sachlichen Aussprache im Rahmen einer gewählten Vertreterschaft und versprach insbesondere, die vorhandenen Bestände an Butter, Margarine, Schokolade zu prüfen und bei den Landwirten usw. nachsehen zu lassen, ob nicht schwarz geschlachtet worden wäre. Am Abend fand dann eine Versammlung statt, in der sich der Bürgermeister mit einer Kommission von 18 Mitgliedern beriet, die für die Beschlagnahme in Frage kommen sollten“[362]. Nach dieser Versammlung und am nächsten Tag wurden bei den Bauern in der Umgebung und bei Bürgern Sömmerdas Durchsuchungen und Lebensmittelbeschlagnahmungen durchgeführt. Dabei soll es zu Gewaltanwendungen gekommen sein. Angeblich wurde der Stadtsekretär gezwungen, die vorhandenen Schokoladenbestände zu übergeben[363].

Im Juni 1919 wurde abermals Nahrungsmittelbeschlagnahmungen durchgeführt, deren genauerer Ablauf jedoch unbekannt ist[364]. Am 30.8. eskalierte die Situation dann. Aufgrund von neben den Beschlagnahmungen in der Stadt und auf den Bauernhöfen ebenfalls durchgeführten Felddiebstählen waren zu den schon bestehenden Flurwachen auf der Grundlage des Feld- und Forstpolizeigesetzes zusätzlich sogenannte Ehrenflurwachen aufgestellt worden. Eine davon wurde am Abend des 30.8. von Arbeitern und einem Polizeibeamten überfallen und „mißhandelt“[365]. Danach wurden den Wachtposten ihre Fahrräder und ein Gewehr abgenommen und wieder Lebensmittel von den Feldern geholt. Drei der Beteiligten Arbeiter wurden im Oktober 1920 zu Gefängnisstrafen von einem Jahr und neun Monaten, einem Jahr und drei Monaten und sieben Monaten verurteilt[366].

5.1.4. „Kapp-Putsch“ und Märzaufrüstung 1920[367]

Am 13.3.1920 marschierte die rechtsradikale „Marinebrigade Erhardt“[368] in das Berliner Regierungsviertel ein und setzte die bestehende Koalitionsregierung ab[369]. Der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp wurde von General Lüttwitz zum neuen Reichskanzler ernannt. Der unmittelbare Anlaß dieses Putsches war die von der Regierung im Zusammenhang mit dem Versailler Friedensvertrag[370] angeordnete Auflösung der Marinebrigaden Erhardt und Loewenfeld. Sie wurden ebenso wie andere sogenannte Freikorps[371] nicht mehr gebraucht, da sie die ihnen von der Regierung „zugewiesene Aufgabe ja auch erfüllt, die Revolution brutal ausgelöscht und die ‘Ruhe und Ordnung’ überall hergestellt“[372] hatten, „doch diese Verbände und ihre Führer dachten darüber ganz anders (...) sie scheuten die Rückkehr in ein normales bürgerliches Leben, wo sie hätten arbeiten müssen, anstatt andere für sich arbeiten zu lassen, und erst recht wollten die Kommandeure (...) ihre Macht nicht aus der Hand geben“[373].

Der Putsch, deren Vorbereitungen der Regierung bekannt waren[374] stellte eine existentielle Bedrohung der jungen Weimarer Republik dar. Die Regierung mußte nach Stuttgart fliehen, weil die Reichswehrleitung es abgelehnt hatte Truppen gegen die Putschisten einzusetzen, die von Teilen der Reichswehrkommandeure offen unterstützt wurden. Als Abwehrmaßnahme gegen den Putsch riefen die drei sozialistischen Parteien[375] und die Gewerkschaften den Generalstreik aus. Dieser begann am 15.3. und war total. Die „Kapp- Regierung“ mußte am 17.3. kapitulieren und trat zurück. Ihre Truppen waren bereits am 15.3. auf bewaffnete ArbeiterInnen getroffen und an mehreren Orten geschlagen worden. Sie wurden jedoch keineswegs auf der ganzen Linie besiegt[376]. So war zwar der unmittelbare Putsch zusammengebrochen, doch Ruhe kehrte nicht ein. Die Regierung hatte noch am Tag an dem der Putsch zusammengebrochen war, die ArbeiterInnen aufgefordert den Generalstreik abbrechen und in die Betriebe zurückzukehren[377]. Diese kamen der Aufforderung jedoch nicht nach, weil sie nicht zulassen wollten, daß die Verhältnisse von vor dem Putsch, die diesen erst ermöglicht hatten, restauriert wurden. Ihnen waren weder wirtschaftliche noch politische Zugeständnisse gemacht worden. Damit entwickelte sich aus der reinen Abwehr des Putsches ein bewaffneter Aufstand „zur Vollendung der abgewürgten Revolution“[378], oder mindestens zur völligen Entmachtung des Militärs. Dieser Aufstand wurde bis auf wenige Ausnahmen[379] schnell isoliert und unter Mithilfe der ehemaligen Putschisten und ihrer Truppen blutig niedergeschlagen.

In den Nachmittagsstunden des 13.3.1920 erfuhren die Sömmerdaer ArbeiterInnen vom Putsch und dem Generalstreikaufruf in Berlin, durch den Erfurter Aktionsausschuß, der sich aus Delegierten der USPD, KPD, den Freien Gewerkschaften und der FAUD zusammensetzte[380]. Sofort, d.h. am 13.3. verhängte der Bezirksbefehlshaber, Oberst von Selle, den verschärften Belagerungszustand[381] über den Bezirk Erfurt, zu dem auch Sömmerda gehörte. Er war damit von Generalleutnant von Stolzmann, dem Kommandeur der Reichswehrbrigade 11 und Inhaber der vollziehenden Gewalt im Bereich der Brigade beauftragt worden, um Widerstand gegen den Putsch von vorn herein zu verhindern. Von Selle und von Stolzmann stellten sich damit also ganz offen hinter die Putschisten, auch wenn von Stolzmann das mit einer Art Neutralitätserklärung verschleiern wollte[382].

In Sömmerda beschlossen die in den Betrieben gewählten 40 Obleute der FAUD, am 13.3. sich trotzdem dem Generalstreik anzuschließen. Dieser Beschluß wurde ihnen auf Belegschaftsversammlungen bestätigt, ebenso wie die Wahl eines zunächst aus drei Personen bestehenden Exekutivkomitees, welches alle weiteren Aktionen koordinieren sollte. Dieses Komitee bestand zunächst aus dem Tierarzt Kurt Neubert[383], Louis Schreiber und Hermann Sonntag[384]. Am 14.3.20 wurde es um fünfzehn weitere Arbeiter erweitert. Unter ihnen befanden sich Karl Voß, Heinrich Kusche, Moritz Wandt, Fritz Voigt und Otto Bach[385]. Am diesem Tag beschloß das Exekutivkomitee[386] folgendes 6-Punkte Programm:

1. Entwaffnung der Sömmerdaer Einwohnerwehr, sowie der umliegenden Orte
2. Erlaß eines Aufrufs, an die Einwohnerwehr Sömmerdas und die restliche Bevölkerung, ihre Waffen an das Ek. abzugeben
3. Aufruf an die Arbeiter Sömmerdas eine Arbeiterwehr zu bilden und sich dazu beim Ek. zu melden
4. Sicherung der öffentlichen Gebäude und der Betriebe, sowie der Brücken über die, an Sömmerda vorbeifließende Unstrut und der Ortseingänge durch bewaffnete Arbeiter, um zu verhindern, daß der Generalstreik sabotiert wurde
5. Die Einrichtung eines Kurierdienstes zwischen den Aktionsausschüssen Erfurt-Gotha- Suhl
6. Durchführung weiterer Belegschaftsversammlungen auf denen über die Bedeutung des Putsches gesprochen, sowie Beschlüsse der Belegschaften über die Weiterführung des Generalstreiks gefällt werden sollten

Am 15.3. hatten sich bereits so viele Arbeiter beim Ek., dessen Sitz das Arbeiterlokal „Bürgergarten“ war, gemeldet, daß eine Arbeiterwehr gebildet wurde. Diese bestand aus 240 Personen welche in 6 Züge mit je 40 Arbeitern, diese wiederum in Gruppen eingeteilt wurden. Die Gruppen- und Zugführer, sowie der Kommandeur der Wehr wurden von den Arbeitern gewählt[387]. Die gesamte Einheit war dem Ek. unterstellt und diesem, d.h. der gesamten ArbeiterInnenschaft direkt verantwortlich[388]. Zusätzlich zu bereits vorhandenen Waffen, wurde die Arbeiterwehr mit Waffen und Munition aus

Rheinmetall ausgerüstet[389].

Nachdem die Arbeiterwehr gebildet worden war, wurde noch am gleichen Tag mit der Entwaffnung der Sömmerdaer Bürgerwehr begonnen, weil diese nicht komplett dem Aufruf zur Waffenabgabe nachgekommen war. Diejenigen, welche ihre Waffen nicht abgegeben hatten, wurden von Mitgliedern der Arbeiterwehr Zuhause aufgesucht und entwaffnet. So wurde z.B. der Gutsbesitzer Fricke, nachdem er sich geweigert hatte, dem Arbeiter Hugo Schmidt seine Waffe/n auszuhändigen von diesem festgenommen und dem Ek. vorgeführt, welches ihn sofort wieder freiließ[390]. Neben der Entwaffnung der Sömmerdaer Einwohnerwehr, bei der niemand verletzt wurde und deren aus der Rheinmetall stammenden Waffen sofort an die Arbeiterwehr verteilt wurden, wurde am 15.3. vom Ek. noch ein mit Fahrrädern ausgestatteter Kurierdienst eingerichtet, welcher dieses mit den Aktionsausschüssen von Gotha und Suhl verband. Vom Aktionsausschuß in Erfurt kam ein Verbindungsmann. Ebenso nahmen Sömmerdaer Arbeiter an den Beratungen des Aktionsausschusses Erfurt teil[391].

Am 16.3. versuchte der mit der Kapp- Regierung sympathisierende Bürgermeister von Sömmerda[392] die Stadt mit dem Zug zu verlassen, um sich dem Landrat und der Einwohnerwehr von Weißensee zur Verfügung zu stellen[393]. „Die Arbeiterschaft von Sömmerda ahnte das Schlimmste“[394]. Der Zugverkehr war trotz des Generalstreiks in Sömmerda und auf der Linie der Kleinstädte Sangershausen- Leubingen noch aufrecht erhalten worden. Der Arbeiter Louis Eckstein und Louis Schreiber nahmen Hohendahl fest, „um einen Überfall zu verhindern“[395] und beschlagnahmten den Zug. Mit dessen Lok und einem Waggon wurde von diesem Tag an ein täglicher Kurierdienst nach Erfurt eingerichtet. Das Bedienungspersonal wurde nach Hause geschickt und die Lok von Arbeitern der Rheinmetall gefahren. Der Bürgermeister wurde in die Gefängniszelle des Rathauses gesperrt[396] und Heinrich Kusche als Bürgermeister eingesetzt[397].

Auch die Sömmerdaer ArbeiterInnen reagierten nicht auf den Aufruf der Regierung nach der Niederlage des Putsches am 17.3. den Generalstreik abubrechen[398] und versuchten am 17. und 18.3. auch die landwirtschaftlichen ArbeiterInnen, sowie alle Angestellten und BeamtenInnen davon zu überzeugen die Arbeit sofort einzustellen[399].

Ob die Versuche der ArbeiterInnen alle drei Gruppen nach dem 17.3. zum Generalstreik zu bewegen erfolgreich waren, ist nicht mehr genau zu ermitteln. Zumindest die LandarbeiterInnen haben sich am Streik beteiligt[400]. Es wurde berichtet, daß eine Aussicht auf Verbesserung der Ernährungslage angeblich durch den Generalstreik in den „lebenswichtigen, großen landwirtschaftlichen Betrieben“[401] in „weite Ferne“[402] gerückt war.

Wichtig für die späteren Ereignisse ist, daß bereits am 19.3. in der Sömmerdaer Zeitung auf die Gefahr hingewiesen wurde, daß „in den nächsten Tagen Reichswehrtruppen nach Sömmerda geschickt werden könnten“.

Am 20.3. wurden dann der Sömmerdaer FAUD alle Lebensmittellieferungen gesperrt und die Einwohnerwehren der umliegenden Dörfer und Städte mobil gemacht. Daraufhin wurden diese, teilweise schriftlich dazu aufgefordert ihre Waffen beim Ek. in Sömmerda abzugeben, was sie jedoch nicht taten. Als Reaktion auf diese Ablehnung wurde vom Ek. beschlossen am 21.3. mit der Entwaffnung der Einwohnerwehren zu beginnen, sowie Lebensmittel zu beschlagnahmen[403].

Zur Verstärkung wurden der Sömmerdaer Arbeiterwehr 70 Arbeiter aus Artern[404]

geschickt.

Außerdem wurden am 20.3. vom Ek. alle städtischen Behörden abgesetzt und die Verwaltung unter seine Aufsicht gestellt[405].

Wie am 20.3. beschlossen, begann am 21.3. unter der Leitung von Otto Bach die Entwaffnung der Einwohnerwehren der umliegenden Dörfer und die Beschlagnahme von Lebensmitteln. Das artete jedoch nicht in ein wildes Plündern aus, sondern wurde jedesmal von der Arbeiterwehr quittiert[406]. Bei den Entwaffnungsaktionen kam es zu mehreren Gefechten, welche von den Einwohnerwehren provoziert wurden und auf ihrer Seite zu einem Toten und einem Verletzten führten. Die Arbeiterwehr hatte in jedem Ort versucht, die Waffenübergabe durch Verhandlungen zu erreichen[407].

Bis zum 24.3. wurden die Einwohnerwehren von 9 Dörfern entwaffnet. Mit den Waffen wurden die noch unbewaffneten Arbeiter ausgestattet; der Rest wurde dem Ek. übergeben.

Am 23.3. riefen die Regierung, das Zentralkomitee der USPD und die Zentralgewerkschaften abermals zum Abbruch des Generalstreiks auf[408], worüber in Sömmerda am 24.3. beraten werden sollte, nachdem die Arbeiterwehr in den Morgenstunden dieses Tages von ihrer letzten Entwaffnungsaktion zurückgekehrt war. Dazu kam es jedoch nicht mehr. Das Ek. und die ArbeiterInnen haben vermutlich die Warnung bzgl. der Entsendung von Reichswehrtruppen nach Sömmerda in der Sömmerdaer Zeitung vom 19.3. nicht ernst genommen und sich überhaupt nicht auf eine solche Situation vorbereitet. Der Erfurter Aktionsausschuß teilte den SömmerdaerInnen völlig unverständlichweise nicht mit, daß am 23.3. das 2. Bataillon des Infanterieregiments 21 aus Erfurt in Richtung Sömmerda ausrückte[409]. Diese Einheit bestand aus 2 Kompanien Infanterie, einer halben Infanterie Geschützatterie, einer halben Minenwerferkompanie, einer halben Eskadron Kavallerie, sowie einer MG-Kompanie[410]. Geleitet wurde das Bataillon von Major Hüniken, einem Offizier, der bis Dezember 1919 als Freikorpsmitglied im Baltikum gegen die Rote Armee gekämpft hatte und auf einer „Kriegsverbrecherliste“ mit 900 anderen deutschen Offizieren stand, deren Auslieferung die Entente verlangte[411]. Das 2. Bataillon hatte beim Kampf um einen Fliegerhorst in Gotha, am 19.[412] und 20.3., durch bewaffnete Arbeiter, eine schwere Niederlage hinnehmen müssen[413]. Für diese Niederlage wollte sich das Bataillon, bzw. Hüniken und v. Selle rächen[414].

Nachdem sich die Einheit am 23.3. in Marsch gesetzt hatte, vereinigte sie sich am 24.3. um 7.30 Uhr morgens, mit den Einwohnerwehren von neun Städten, bzw. Dörfern, welche nicht entwaffnet worden waren und einer Einheit des „Freikorps- Thüringen“ unter der Führung des Landrates von Weißensee[415].

Bevor die Truppen nach Sömmerda marschierten, kam es zu zwei kurzen Gefechten mit den Arbeiterwehren der zwei Nachbardörfer Schallenburg und Tunzenhausen. Vor und nach den Gefechten wurden zusammen 10 Arbeiter ermordet und 30 festgenommen. Sie wurden im Verlauf des Tages zu ihren Sömmerdaer Genossen und Genossinnen in den Rathauskeller gesperrt und gefoltert[416].

Danach wurde Sömmerda eingekreist, was gegen 10.30 Uhr vollendet war. Nun schoß die Reichswehr mit ihrer Artillerie in die Stadt und griff diese an, ohne das vorher zur Übergabe aufgefordert worden wäre. Da die Arbeiterwehr von dem Angriff völlig überrascht worden war und die Einkreisung nicht bemerkt hatte, wurde kurzfristig nur an einer Stelle versucht, die Stadt zu verteidigen. Das mußte jedoch nach kurzer Zeit abgebrochen werden, weil die Angreifer der Arbeiterwehr personell und waffentechnisch stark überlegen waren. Hüniken wurden zwei Parlamentäre gesandt: Kurt Neubert und Walter Arlt. Als Neubert Hüniken über die Lage in der Stadt aufklären, d.h., mit ihm über die Kapitulation der Arbeiterwehr verhandeln wollte, antwortete dieser, daß er ihn darüber nicht aufzuklären brauche und ließ ihn wissen, daß jetzt nur mit dem Kolben geantwortet würde. Da Hüniken durch den Gutsbesitzer Fricke über Neubert informiert worden war, wurde dieser schon während des Gesprächs mit ihm geschlagen, weil der Major in ihm offensichtlich einen „Abtrünnigen“ seiner Klasse sah. Neubert wurde festgenommen und Arlt[417] mit folgenden Übergabebedingungen in die Stadt geschickt: Abgabe aller Waffen innerhalb von 20 Min. und Auslieferung der „Hauptverantwortlichen“[418].

Bis ca. 12.00 Uhr lagen dann etwa 800 Gewehre und 5 Maschinengewehre an der befohlenen Stelle[419]. Nachdem die Arbeiterwehr entwaffnet war, begannen Reichswehr, Einwohnerwehren, Mitglieder des Freikorps und Sömmerdaer Bürger die ArbeiterInnen systematisch zu terrorisieren, d.h., sie veranstalteten regelrechte Treibjagden auf diese und ermordeten 6 weitere von ihnen nach schweren Mißhandlungen. Kurt Neubert wurde durch ein sog. „Standgericht“ auf dem Marktplatz zum Tode „verurteilt“ und am Nachmittag ermordet. Moritz Wandt, sein Sohn Kurt und sein Schwiegersohn Louis Eckstein hatten sich der Verhaftungswelle entziehen können. Sie wurden etwas außerhalb der Stadt von einem Bauern bei einer Reiterpatrouille denunziert und ermordet[420].

Gegen Abend des 24.3. waren ca. 200 ArbeiterInnen festgenommen und in den Rathauskeller gesperrt worden. Sehr viele von ihnen wurden schon auf dem Weg dorthin und im Keller gefoltert. Die Frau von Kurt Neubert, Elisabeth Neubert, wurde vergewaltigt[421]. Im Rathauskeller wurden Hugo Schmidt[422] und Albert Schuchardt ermordet. Schuchardt, der seit März 1919 nicht mehr in Sömmerda gewesen war und erst am 24.3.1920 zurückkehrte[423], aus persönlicher Rache Hünickens, weil er während seiner Abwesenheit in Merseburg an den o.g. Auslieferungslisten für die Entente mitgearbeitet hatte[424].

Etwa 100 ArbeiterInnen, darunter Hermann Sonntag, Heinrich Kusche und Louis Schreiber konnten sich durch Flucht der Verhaftung entziehen[425]. 150 der im Rathauskeller eingesperrten, wurden von einem sog. „Volksgericht“ zu Festungshaft in Erfurt „verurteilt“. Im Laufe des Vormittags des 25.3. wurden sie nach Erfurt gebracht und erst nach etwa einem Monat wieder freigelassen[426].

Auch die Flüchtigen konnte lange Zeit[427] nicht nach Sömmerda zurückkehren. Sie mußten aufgrund des noch bis zum 5.4.20 dauernden verschärften Belagerungszustandes[428] damit rechnen festgenommen zu werden, obwohl schon am 24.3.1920 eine Amnestie für alle an den Unruhen beteiligten erlassen worden war[429]. Außerdem hatten die Mitglieder der am 15.3. von der Arbeiterwehr entwaffneten Einwohnerwehr Sömmerdas am 25.3.1920 die Funktion von Polizeibeamten bekommen[430]. Sie hätten aufgrund ihres Hasses auf die ArbeiterInnen wahrscheinlich nicht gezögert zurückkehrende Arbeiter mit der Begründung geplündert zu haben, oder Rädelsführer gewesen zu sein, festzunehmen und dies mit den Ausnahmebedingungen des verschärften Belagerungszustandes zu begründen[431].

Auch die Direktion von Rheinmetall beachtete die Amnestie nicht, in der festgelegt worden war, daß Maßregelungen[432] aus Anlaß des Generalstreiks zu unterbleiben hätten[433]. Obwohl der Betrieb von der Sömmerdaer FAUD nicht angetastet wurde[434], d.h., daß neben dem Generalstreik nicht der Versuch gemacht wurde, z.B. Rheinmetall zu sozialisieren, wollte die Betriebsleitung die Gelegenheit nutzen, dem Verlangen der Generaldirektion in Düsseldorf nach einer „*allgemeinen Arbeiterverminderung*“[435] durch die Entlassung flüchtiger und radikaler, unliebsamer Arbeiter nachzukommen. Als Begründungen für die Entlassungen wurden angegeben, daß die Arbeiter nicht wieder eingestellt würden, die

- *“notorische politische Hetzer sind und dadurch Unruhe in die Arbeiterschaft tragen*

(sic!) und ihr damit verhängnisvoll geworden sind

- *an den Raubzügen (Büchen, Schillingstedt usw.) beteiligt waren*[436]

- *unter Bedrohung von Tötlichkeiten ihre Kameraden zur Teilnahme am Aufruhr und*

den damit zusammenhängenden Handlungen gezwungen hab(en)[437]

- *Waffen- Diebstähle im Werk“ durchgeführt haben*[438].

Am 29.4.1920 teilte Wesemann den Arbeitern Sonntag, Trautmann, Machleb, Köhler, Leser, Kusche, Schreiber, Voß, Jürgel und Würcker ihre Entlassung mit[439]. Er betonte, daß es als formeller Grund für die Nichtwiedereinstellung ausreiche, daß die Arbeiter mehr als drei Tage unentschuldig der Arbeit ferngeblieben seien. Zynisch fügte er hinzu, daß das auf alle Versammelten zuträfe, da sie entweder in Haft, oder auf der Flucht waren[440]. Heinrich Kusche wurde entlassen, obwohl er „*sich an den letzten Unruhen kaum beteiligt hat, da er nach Festsetzung des Bürgermeisters die Amtsgeschäfte des Stadtoberhauptes im Rathaus geführt hat*“[441] und „*mit der Streikleitung fast gar nichts zu tun gehabt hat und belastendes Material aus dem letzten Aufruhr ihm nicht nachgewiesen werden kann*“[442]. Er sei aber ein „*sehr rutinierter und äußerst schlauer Agitator (...), der sehr vorsichtig zu Werke ginge, der aber durch seine frühere Tätigkeit sehr viel dazu bei getragen habe, dass die Unruhen überhaupt in die Arbeiterschaft getragen sind*“[443] und als der „*geistige Urheber der Bewegung (...)* einer der Hauptarbeiterführer auch für die jetzigen Ausschreitungen mitverantwortlich“[444]. Durch die Entlassungen fehlten im Rheinmetallwerk viele wichtige Facharbeiter. Aufgrund eines Schlichterspruches waren bis August 1920 nur wenige wieder eingestellt worden. Die übrigen konnten aufgrund von sog. „*schwarzen Listen*“[445] nirgendwo Arbeit finden und waren auf die finanzielle Solidarität der arbeitenden FAUD-Mitglieder angewiesen. Um die Anwerbung von FacharbeiterInnen aus anderen Städten zu verhindern und die Wiedereinstellung aller Entlassenen zu erzwingen beschloß die FAUD eine „*Sperre*“ über Sömmerda zu verhängen[446]. Im Syndikalist wurde von der Arbeitsbörse dazu folgender Aufruf veröffentlicht: „*Noch immer sind viele unserer besten Genossen seit den Kapp- Putsch- Tagen ausgesperrt. Wir haben deshalb beschlossen, über Sömmerda die verschärfte Sperre zu verhängen. Wir ersuchen alle organisierten deutschen Arbeiter Sömmerda streng zu meiden*“[447]. Am 30.8.1920 sagte Wesemann zu, daß, wie vor dem äußeren Druck beschlossen[448] und bis dato praktiziert, weiterhin monatlich zwei der Betriebsleitung genehme Arbeiter wieder eingestellt würden und er sich dem Druck der „*Arbeitersperre*“ nicht beugen werde. Fritz Jürgel antwortete darauf, daß dieser Vorschlag völlig unzureichend und daher für die ArbeiterInnen unannehmbar sei. Es müßten sofort alle Entlassenen wieder eingestellt werden. Erst dann werde sich nach seiner Meinung die Stimmung im Werk bessern[449]. Da Wesemann auf die Forderung Jürgels nicht einging wurde die Sperre von der FAUD bis Dezember 1920 aufrechterhalten. In diesem Monat mußte Wesemann aufgeben und sagte am 22.12.1920 auf einer Sitzung mit dem Betriebsrat die Wiedereinstellung aller Entlassenen zu[450]. Eine Ausnahme bildeten die an Waffenentnahmen beteiligten Arbeiter. Über ihre Einstellung konnte Wesemann nicht entscheiden und mußte mit der Generaldirektion

in Düsseldorf Rücksprache halten, was er zusagte[451]. Die FAUD hob daraufhin die Sperre mit Gegenstimmen auf[452].

Das die FAUD Sömmerda trotz dieses Teilsieges im Laufe des Jahres 1920 massenhaft Mitglieder verlor[453], lag mit Sicherheit neben den Vorgängen am 24.3. auch an zwei gravierenden Niederlagen bei Rheinmetall, durch die viele ArbeiterInnen ihr Vertrauen in die Organisation[454] verloren und zurückgingen in ihre früheren Gewerkschaften, bzw. diese reorganisierten:

1. Schon am 8.4.1920 hatte Wesemann die von der FAUD geforderte Bezahlung der Streiktage abgelehnt. Er begründet dies damit, daß neben seiner persönlichen Auffassung auch der Verband Thüringischer Metallindustrieller und die Generaldirektion die Bezahlung ablehne, da es sich bei dem Generalstreik nicht um einen ökonomischen, sondern um einen „ausgesprochen politischen“[455] gehandelt habe. Die Gewerkschaften hätten sich wegen der Bezahlung bereits an die Regierung gewandt, da der Streikaufruf von dieser ausgegangen sei. Wesemann hob hervor, daß nicht die gesamte Regierung, sondern nur die SPD Minister, namentlich der Reichskanzler[456], der Reichswehrminister[457] und der Reichspräsident[458] zum Generalstreik aufgerufen hätten. Die Antwort der Regierung stünde noch aus. Es sollten möglicherweise die 4 Tage des unmittelbaren Putsches bezahlt werden[459]. Die Regierung wollte aber offensichtlich auch nicht zahlen, zumindest nicht allein. Am 18.5.1920 erklärte Wesemann dem Betriebsrat, daß er den Vorschlag, daß die Regierung 50% und die Unternehmer 50% der Streiktage bezahlen sollten, ebenfalls ablehne[460]. Diese Entscheidung mußte von der FAUD offensichtlich hingenommen werden[461].

2. Am 28.4.1920 wurde Wesemann vom Betriebsrat mitgeteilt, daß die ArbeiterInnen die in einem neuen Manteltarifvertrag vorgesehene Einteilung Sömmerdas in die Ortsklasse III ablehne[462]. Wesemann lehnte die darüber im Tarifvertrag u.a. für Sömmerda vorgesehenen örtlichen Verhandlungen ab, weil in Sömmerda der „Arbeitnehmerverband (Metallarbeiter- Verband) überhaupt nicht vertreten sei“[463]. Der FAUD wurde empfohlen, sich durch den DMV im Tarifausschuß in Gotha vertreten zu lassen. Ein Betriebsratsmitglied stellte zwei Tage später fest, daß der DMV gar kein Interesse an Sömmerda habe, weil dieser hier eben nicht vertreten sei und er glaube, daß die Sömmerader betrogen würden, „weil hier nur Syndikalisten seien“[464]. Darauf gab Wesemann zur Antwort, daß die Spannung zwischen dem DMV und der FAUD angeblich nur auf politischem Gebiet liegen würden und bei wirtschaftlichen Fragen hintenanzustehen habe[465]. Damit wurde es der FAUD unmöglich gemacht, bei Lohnfragen von der Betriebsleitung überhaupt angehört zu werden. Außerdem hielt Wesemann an „seinem auch in der Tarifsitzung in Gotha energisch (...) vertretenen Standpunkt fest, dass Sömmerda in die III. Ortsklasse gehört“[466].

5.1.5. Boykott von Granat- und Minenzünderproduktion bei Rheinmetall

Wie in Kapitel 4.1. dargestellt wurde auf der Rüstungsarbeiterkonferenz in Erfurt von der FAUD die von Rudolf Rocker formulierte Resolution jegliche Rüstungsproduktion zu verweigern angenommen. Dieser Beschluß wurde von der FVaB Sömmerdas bereits kurz nach ihrer Gründung erstmalig umgesetzt. Aus einem Bericht vom 28.4.1919[467] geht hervor, daß die gesamte Zünderabteilung der Rheinmetall geschlossen würde, „sollte sich die Arbeiterschaft weiterhin weigern, die uns in Auftrag gegebenen Zünder zu fabrizieren“[468]. Dieser Boykott wurde vermutlich etwa 14 Tage durchgehalten. Erst am 12.5.1919 ist davon die Rede, daß wieder „Munition in ausgiebiger Weise“[469] produziert würde.

Im April 1921 wollte die Betriebsleitung dann wieder mit der zu diesem Zeitpunkt noch illegalen Rüstungsproduktion beginnen. Kurz nach Bekanntwerden dieses Vorhabens wurde von Mitgliedern der MetallarbeiterInnenföderation der FAUD mit dem Widerstand dagegen begonnen. Ein Bericht gibt einen Einblick darüber, wie das konkret vor sich ging: „In der Armaturenabteilung sollen von neuem Granatzünder angefertigt werden. Wiemann der bisher in der genannten Abteilung beschäftigt war wurde vom Betriebsleiter Herrn Stengele beauftragt Maschinen für die Fabrikation von Zündern einzustellen, welches Wiemann verweigerte. Daraufhin wurde Wiemann entlassen (...) Herr Baumeister (Wesemann, d. Verf.) wurde darauf aufmerksam gemacht, daß durch diese Entlassung böses Blut in die Arbeiterschaft getragen werden könnte, welches eine Erschütterung des Werkes nach sich ziehen könnte. Von Seiten des Betriebsausschusses wurde angesprochen diese Angelegenheit vor den Schlichtungsausschuss zu bringen, welches von Herrn Baumeister selbst gut geheissen wurde“[470]. So oder so ähnlich könnte es auch in anderen Abteilungen zugegangen sein: einzelne ergriffen die Initiative und verweigerten die Rüstungsproduktion. Ob der

Schlosser Kurt Wiemann wieder eingestellt wurde, läßt sich nicht mehr rekonstruieren. Jedoch wurde von der Sömmerdaer FAUD ausgehend eine republikweite Kampagne zur Verweigerung der Produktion von Waffen und Munition begonnen. Noch im April 1921 verbreitete die Agitationskommission Großthüringen ein Flugblatt, in dem auch die Mitglieder des DMV angesprochen wurden: „ (...) Sei einig Proletariat und handle schnell! Schon rüstet die Reaktion allerorten für das kommende Blutbad, den kommenden Krieg. In der 'Rheinischen Metallwaren- Fabrik, Abteilung Sömmerda i. Thür.' ist man eben dabei einen Auftrag von 80000 Granat- und Minenzündern auszuführen. Das können und dürfen wir unter keinen Umständen dulden oder erlauben.

Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie ein Genosse hier einen Zünder herstellt, der dort im Namen des 'Gesetzes und der Ordnung' zwanzig Proletarierleiber in blutige Fetzen reißt; nicht zusehen, bis sich die Reaktion unbehelligt in Besitz von Maschinengewehren und ähnlichem Handwerkszeug gesetzt hat. Dann wäre es zu spät.

Erklären wir uns die wir uns Sozialisten nennen, ohne Unterschied der Organisation mit dieser Sache solidarisch.

*Genossen und Genossinnen der Rüstungsindustrie, stellt die Produktion jedweder Kriegswaffen kategorisch ein. (...) Genossen des Zentralverbandes der Metallarbeiter! Ruft euch ins Gedächtnis, daß der internationale Kongress der Metallarbeiter zu Kopenhagen 1920 euch ebenfalls verpflichtet, die Herstellung von Kriegsgerät zu verweigern. (...) Sorgen wir dafür, daß die Zünderproduktion in Sömmerda i.Th. sofort eingestellt wird! Bewegt eure Organisationen eiligst dazu, sich in dieser Angelegenheit solidarisch zu erklären, damit die Herstellung dieser fluchwürdigen Mordgeräte in jedem Betrieb Deutschlands ein für allemal an dem Willen der sozialistischen Arbeiterschaft zerschelle“ (...) [471]. Auch der Vorstand des DMV wurde von der Geschäftsleitung der MetallarbeiterInnenföderation Anfang Mai 1921 direkt angesprochen: *Werte Genossen! Aufgrund unserer antimilitaristisch- pazifistischen Ueberzeugung wenden wir uns in dieser Zuschrift an Sie.**

Seit einigen Wochen haben die Betriebsinhaber in Berlin und Thüringen das Bestreben, die bisherige Friedensproduktion wieder auf Munition umzustellen. In Sömmerda i.Th. ist es die 'Rheinmetall', die jetzt dazu übergegangen ist, die Maschinen für zunächst 80000 Zünder wieder herzustellen. Auch sind bereits Vorarbeiten für die betreffenden Zünder selbst im Gange. Unser Bestreben ist, einen neuen Krieg schon in seinen Anfangsphasen zu verhindern.

Aufgrund des Beschlusses des Internationalen Metallarbeiterkongresses betr. Waffen und Munitions Herstellung bzw. Einstellung derselben, nehmen wir ohne weiteres an, daß wir in dieser Sache konform gehen. Wir erlauben uns die höfliche Anfrage:

- 1. Ist der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter Verbandes gewillt, mit uns gemeinsam Schritte zu unternehmen zur Verhinderung der Munitionsanfertigung in Sömmerda?*
- 2. Wäre es möglich in dieser Sache miteinander in Verbindung zu treten und in welcher Weise könnte das geschehen? (...)*

Der DMV antwortete gar nicht erst auf die Anfrage der FAUD. Ihm war nicht an einer republikweiten, gemeinsamen Aktion gelegen. Daher überließ er es den betreffenden Betriebsbelegschaften vor Ort zu entscheiden, ob sie die Anfertigung von Waffen und Munition verhinderten. Deshalb rief die FAUD ihre Mitglieder dazu auf, die RüstungsarbeiterInnen im ganzen Land für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, da „gewisse Führer“ [472] des DMV diese Aktionseinheit zu verhindern suchten [473]. Auf der außerordentlichen Konferenz der MetallarbeiterInnenföderation in Erfurt am 10. und 11.7.1921 wurde nach der Annahme einer nochmaligen Resolution, die jedem Mitglied der Föderation die Pflicht zur Verweigerung der Produktion von Rüstungsgütern auferlegte [474], ein Antrag der Ortsgruppe Sömmerda angenommen, indem die Geschäftsleitung der Föderation beauftragt wurde, festzustellen in welchen Fabriken Kriegsmaterial hergestellt wurde, um zu versuchen eine Konferenz der Betriebsräte dieser Betriebe zwecks gemeinsamer Aktionen einzuberufen [475]. Im Oktober 1921 wurde dann im Syndikalist eine dementsprechende Liste veröffentlicht [476]. Außerdem wurde vehement kritisiert, daß der DMV es auf einer in Stuttgart stattgefundenen Generalversammlung nicht einmal für nötig erachtet hatte, die Kampagne der FAUD zu erwähnen. Es wurde noch einmal herausgestellt, daß das gegen die Beschlüsse des internationalen Metallarbeiterkongresses von 1920 in Kopenhagen verstoße [477]. An alle MetallarbeiterInnen wurde der Appell gerichtet, daß sie „nicht Gewehr bei Fuß stehen“ dürften, „wenn, wie in Sömmerda, ihre Kollegen, die in der Anfertigung von Waffen und Munition das größte Verbrechen gegen die allgemeinen Lebensinteressen des Proletariats sehen, gemäßregelt werden“ [478]. Die FAUD Sömmerda hatte dann schließlich Erfolg [479]. Hermann

Sonntag berichtete auf der Reichskonferenz der MetallarbeiterInnenföderation am 18.10.1921 in Düsseldorf, daß in der Stadt die Herstellung von Waffen und Munition eingestellt sei und es von der Genehmigung der Entente abhängen, ob und wann diese wieder aufgenommen werde. Er kündigte an, daß die Sömmerdaer FAUD dann wieder dazu Stellung nehmen werde^[480], was jedoch nicht mehr geschah.

Da die FAUD Sömmerda es schließlich schaffte die Rüstungsproduktion lahmzulegen, hängt mit ihrem immer noch großen Einfluß auf ihre ehemaligen Mitglieder zusammen. Sie hätte sicherlich bei Rheinmetall die Kriegsproduktion nicht verhindern können, wenn die Mitglieder des DMV nicht auch aktiv geworden wären. Die FAUD war im Oktober 1921 noch mit etwa 450 Personen bei Rheinmetall vertreten^[481]. Das bedeutete, daß sie zu diesem Zeitpunkt etwa 1/3 der Gesamtbelegschaft stellte^[482]. Es scheint ziemlich sicher, daß ihre Agitation und die Handlungsweise ihrer Mitglieder Vorbildcharakter hatten. Die Wiederaufnahme der Zünderproduktion begann dann erst wieder im Februar 1922^[483], während die Herstellung von Pistolen entweder im November oder Dezember 1921 wieder anlief.

5.1.6. Der 7-wöchige Streik bei Rheinmetall im Januar/ Februar 1922

Die unmittelbaren Ursachen dieses Streiks liegen bereits im Jahre 1921. Nachdem sich im Frühjahr dieses Jahres die Lebenshaltungskosten leicht stabilisiert hatten, begann im Juni ein neuer Inflationsschub. Er setzte sich bis zum Sommer 1922 kontinuierlich fort, wies Steigerungsraten auf, die höher waren als je zuvor und löste eine gigantische Streikwelle aus. Im Juli 1921 erreicht die Inflation wieder Spitzenwerte. Daraufhin kam es im August und September zur ersten großen Streikwelle, mit der die ArbeiterInnen versuchten neben der Entwertung des Geldes die zusätzlich von den Unternehmern angestrebte nominelle Verringerung ihrer Löhne zu verhindern^[484].

Im Syndikalismus wurde diese Entwicklung im September folgendermaßen kommentiert: *„Eine Teuerungswelle geht über das Land. (...) Die Arbeiterschaft ist, um ihr Leben fristen zu können, gezwungen, Erhöhung der Löhne zu fordern. Die Unternehmerschaft stellt sich diesem Verlangen geschlossen gegenüber. Die unausbleibliche Folge sind Lohnkämpfe und Streiks, welche die Arbeiterschaft zur Erhaltung ihrer primitivsten Existenzbedingungen führen mußten. Diese Kämpfe erfordern die weitgehendste Solidarität der Klassengenossen.*

Die Organisationen der FAUD sind an diesen Kämpfen stark beteiligt. (...) In Berlin streiken die Holzarbeiter, während ein Streik in Sömmerda, an dem wir mit 450 Mitglieder beteiligt waren, erst jetzt beendet ist. Aber täglich flammen neue Kämpfe auf, welche die Anspannung aller Kraft in punkto materieller Unterstützung erfordern!

Vom Ausgang dieser Kämpfe ist für die zukünftige Entwicklung unserer Organisation, für welche das Durchhalten in den Kämpfen Bedingung ist, alles abhängig.

Genossen! Uebt Solidarität in diesen Kämpfen. Erhebt an allen Orten Extrabeiträge für Unterstützung dieser Streiks! Zeigt, daß die Solidarität das Fundament der F.A.U.D. ist“^[485]. (...) „Und der Lohn? Vorausgesetzt, das überhaupt gearbeitet wird, verdient der Arbeiter höchstens das 10 fache gegenüber dem Friedenslohn. Die meisten Arbeiter aber haben nur den 7 bis 8 fachen Lohn gegenüber dem Friedenslohn. Wenn der Arbeiter so leben will, wie er in der Vorkriegszeit lebte, so müßte er mindestens den 20 fachen Wochenverdienst gegenüber der Friedenszeit fordern“^[486].

In Sömmerda wurde von der Betriebsleitung der Rheinmetall auf einer Betriebsversammlung^[487] bereits im Februar 1921 angekündigt, daß aufgrund der schlechten finanziellen Situation des Werkes von der Generaldirektion die Entlassung von etwa 400 Arbeitern gefordert wird. Als Alternative dazu wurde „angeboten“ die Akkordlöhne zu reduzieren um das Werk wieder konkurrenzfähig zu machen. Daraufhin meldeten sich einige Mitglieder der FAUD zu Wort und argumentierten, daß immer wieder versucht würde, die Schuld an der schlechten Situation des Werkes den ArbeiterInnen in die Schuhe zu schieben, die angeblich zu hohe Löhne und zu wenig Arbeitsmotivation hätten. Fritz Jürgel, Louis Schreiber, Heinrich Kusche u.a. kritisierten, daß es im Werk eine zu große Anzahl von Beamten^[488] gäbe, die völlig unproduktiv seien und nur mit dem Bleistift herumliefern um sich wichtig zu machen, aber nicht einmal in der Lage wären, einen Arbeiter bei Bedarf arbeitstechnisch anzuleiten. Außerdem hätten die ArbeiterInnen häufig Vorschläge gemacht, wie der Betrieb rationeller gestaltet werden könne. Das sei aber von der

Direktion jedesmal ignoriert worden. Hermann Sonntag führte aus, daß „die jetzigen Entlassungen (...) eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“^[489] darstellten. „Der Firma sei der Vorwurf zu machen, dass sie es nicht verstanden habe, nach Beendigung des Krieges den Betrieb auf Friedensartikel umzustellen, und die notwendige Neuorganisation durchzuführen. (...) Die Arbeitervertretung, die berufen sei, mitzuraten- und zu taten, sei von der Werksleitung völlig kaltgestellt worden, sodass sie an einer Gesundung des Werkes nicht arbeiten können. Die Schuld an dem schlechten Stand des Werkes liege nicht an der Arbeiterschaft, sondern an der Werksleitung, insbesondere an der technischen Leitung (...). Wenn man Entlassungen vornehmen müsse, so sei es seiner Ansicht nach richtiger nicht von unten damit anzufangen, sondern von oben beim Herrn Baumeister Wesemann. Er warnt die Arbeiterschaft den Entlassungen zuzustimmen^[490] (...). Sie „solle auf der Hut sein“^[491]. Fritz Jürgel forderte die ArbeiterInnen auf, „eine Einheitsfront zu bilden, um den kommenden Ereignissen geschlossen gegenüber zu stehen“^[492]. Nur wenn die Arbeiterschaft von einem wahrhaft revolutionären Geist erfaßt werde, könne sie sich behaupten. Walter Arlt und Kurt Wiemann stellten den Antrag an die Versammlung, daß die ArbeiterInnen selbst mit den Generaldirektion in Verbindung treten sollten, um ihr die Inkompetenz der Sömmerdaer Leitung klar zu machen, da man davon in Düsseldorf nichts wisse. Dann solle mit der Generaldirektion noch einmal über die geforderten Entlassungen geredet werden. Der Antrag wurde angenommen. Das Gespräch ist, wie zu erwarten, dann wohl nicht zustande gekommen. Im Juni 1921 wurde auf einer Sitzung des Betriebsrates^[493] mit der Betriebsleitung über Entlassungen und Lohnreduzierungen nach dem 20. Juni verhandelt. An diesem Tag war der Betriebsleitung nach einer Volksversammlung eine Resolution der ArbeiterInnen übergeben worden, in der angedroht wurde, daß die vorgenommenen und zukünftigen Entlassungen und Lohnreduzierungen von seiten der Belegschaft in Zukunft in „breitester Öffentlichkeit“^[494] behandelt würden, falls die Verhandlungen mit der Direktion ergebnislos verliefen^[495]. Als Maßnahme gegen angestrebte Massenentlassungen, bei gleichzeitiger Einstellung von wenigen Spezialisten, wurde von der Betriebsleitung gefordert, die 5- Tage Woche einzuführen^[496], was diese ablehnte mit der Begründung, daß unbedingt eine Verbilligung der hergestellten Artikel erreicht werden müsse. Das sei nur durch eine Reduzierung der Löhne und die Entlassung weiterer ArbeiterInnen möglich. Der momentane, tariflose Zustand gestatte dies. Danach kündigte Wesemann erstmals an, daß in Zukunft nicht mehr im Stücklohn- Akkord, sondern in einem Zeit- Akkord gearbeitet werde, da das für das Werk wesentliche Vorteile bedeute. Angeblich seien außerdem in einigen Abteilungen die Akkordlöhne zu hoch. Hier müsse eine Reduzierung vorgenommen werden. Der Arbeiterrat antwortete auf diese Ankündigung mit der Aussage, daß er in diesem System nur eine weitere, wirtschaftliche Schädigung der ArbeiterInnen erkennen könne^[497]. Am 25.8.1921 reagierten diese auf den Versuch, über die Veränderung der Akkordstruktur Lohnreduzierungen durchzuführen nicht mehr mit Verhandlungsversuchen, oder die Anrufung einer Schlichtungsstelle^[498]. Der Betriebsleiter berichtete an diesem Tag, daß die ArbeiterInnen^[499] ab 14 Uhr in den Streik getreten waren, obwohl sie dazu keinerlei Veranlassung gehabt hätten, da angeblich nur bei einem kleinen Teil von ihnen die seiner Meinung nach zu hohen Akkordsätze um 10% hätten gesenkt werden sollen. Er sah den einzigen Grund für den Ausstand darin, daß auch die ZiegeleiarbeiterInnen schon seit einigen Tagen für höhere Löhne streikten^[500] und die Rheinmetaller nicht hätten hinten anstehen wollen^[501]. Zur Richtigstellung erwiderten die FAUD und der DMV: „Es wird von seiten der Betriebsleitung, des Herrn Regierungs- Baumeisters Wesemann behauptet, daß der Streik in unverantwortlicher Weise beschlossen worden sei. Einem jedem vernünftig denkenden Menschen wird wohl klar sein, daß die Arbeiterschaft unter den heutigen Verhältnissen den Beschluß zum Streik nicht aus Wollust und Übermut gefaßt hat, sondern tatsächlich dazu gezwungen worden ist. Vor ungefähr 6-7 Wochen wurde der Arbeiterschaft durch Rundschreiben bekannt gegeben, daß ein Akkordminutensystem eingeführt werden soll. (...) Dieses Arbeitssystem besteht darin, daß nicht mehr wie bisher, die Arbeit mit einem bestimmten Geldbetrag, sondern nach Minuten kalkuliert werden soll. (...) Bei der Minutenberechnung sollen die Preise pro Minute je nach dem Alter des Arbeiters 2,8-8,5 Pfg. betragen, sodaß die Arbeiterschaft je nach dem Alter das betreffende Stück Arbeit billiger und teurer liefern muß, oder entsprechend seine Tätigkeit einstellen müßte. Bemerken wollen wir, daß diese Arbeitsmethode gegen den Tarifvertrag sowie gegen die Arbeitsordnung, die in der Rheinmetall Gültigkeit haben, verstößt. Die Arbeiterschaft erkannte sofort, daß man ihr ein Arbeitssystem aufbinden wollte, durch welches sie sich selbst kontrolliert und ihr eigenes Grab graben würde. (...) Falls die Arbeiterschaft der Durchführung dieser Arbeitsmethode keinen Widerstand entgegengesetzt hätte, wäre z. Bsp. in der Pistolenmontage eine Verdienstreduzierung von 30% eingetreten (...)“^[502].

Die Pistolenabteilung, in der das neue System eingeführt werden sollte, beschloß einstimmig ein syndikalistisches Kampfmittel anzuwenden, die passive Resistenz. Sie verweigerten nicht nur die Annahme des neuen Akkordsystems, sondern die Akkordarbeit überhaupt. Daraufhin mußte die Betriebsleitung nachgeben und kündigte an, daß das neue Akkordsystem nicht eingeführt werde und statt dessen eine allgemeine Akkordreduzierung von etwa 15% angestrebt werde, was hätte einen Verdienstrückgang von durchschnittlich 45 Mark pro Woche für die ArbeiterInnen bedeutet hätte. Konsequenterweise lehnten sie auch das ab. „Die Firma gab daraufhin eine brutal wirkende und jedes Verständnis für die gegenwärtige Zeit vermissende Antwort. Die nunmehr folgende Bekanntmachung besagte, daß

die durch die Akkordabzüge erreichten Akkordabsätze von Sonnabend den 27. d. Mts. ab als 'Uebergangsakkorde' Geltung haben sollten. Diejenigen Arbeiter, welche die herabgesetzten Akkordsätze nicht anerkennen wollen, sollen aus dem Werk ausscheiden“[\[503\]](#). Nachdem alle Vermittlungsversuche seitens der ArbeiterInnen scheiterten, traten sie in den Streik, der vom 26.-28.8. dauerte und betonten, „daß dieser Kampf (...) auf rein wirtschaftlichem Gebiet liegt und nur geführt wird, um die Arbeiterschaft, die in ihrer Existenz bedroht ist, vor gänzlicher Verelendung zu schützen“[\[504\]](#). Nach Beendigung des Streiks wurden dann doch mehrmals ein Schlichtungsausschuß und zuletzt das Schiedsamt der Thüringer Metallindustrie konsultiert, das am 28.12.1921 folgenden Spruch fällte: „Der Arbeitgeber ist berechtigt, zu hoch gesetzte Akkorde richtig zu stellen und unter Umständen herabzusetzen; jedoch nicht unter die nach § 8 des Tarifvertrages festgesetzten Mindestsätze“[\[505\]](#). Nach dem Protokoll einer Betriebsversammlung vom 2.11.1921[\[506\]](#) hatte Wesemann es letztlich schon nach dem Streik, d.h., vor dem Schlichterspruch geschafft Akkordabzüge[\[507\]](#) durchzusetzen[\[508\]](#). Im Januar 1922 versuchte er es wieder. Wesemann ließ in der Pistolenmontage bei etwa 40 Arbeitern Akkordabzüge durchführen und verkündete[\[509\]](#), daß mehr nicht geplant sei, während das eigentliche Ziel war, im ganzen Werk die Akkorde herabzusetzen[\[510\]](#). Alle ArbeiterInnen stellten daraufhin die Akkordarbeit ein und verlangten die Rücknahme der Abzüge. Ein Teil der Belegschaft der Pistolenmontage, legte sofort gänzlich die Arbeit nieder. In einer Sitzung mit dem Betriebsausschuß wies Wesemann darauf hin, das die Akkordreduzierungen nicht nur eine Werksfrage, sondern eine Prinzipienfrage für die gesamte Thüringer Metallindustrie seien[\[511\]](#) und entließ aufgrund der Verweigerung der Akkordarbeit 58 ArbeiterInnen[\[512\]](#). Am 5.1.1922, dem Tag der Entlassungen wurde als Reaktion darauf während einer Betriebsversammlung von den ArbeiterInnen einstimmig beschlossen in den Streik zu treten[\[513\]](#). Das geschah unter maßgeblichen Einfluß der FAUD. Wesemann sprach davon, daß der Streik ein „wilder“[\[514\]](#) sei, da keine Urabstimmung stattgefunden habe und nur unter „Syndikalistischem Terror“[\[515\]](#) zustande gekommen wäre. Er habe den Eindruck gehabt, daß der Betriebsrat den Streik verhindern wollte, aber nicht gegen die radikalen „Elemente in unserer Belegschaft“[\[516\]](#) angekommen sei. Nach dem Beschluß zum Streik wählten die ArbeiterInnen eine aus Vertretern der FAUD[\[517\]](#), des DMV, des CMV und des Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereins (HD) bestehende paritätische Streikleitung. Diese teilte der Betriebsleitung ebenfalls noch am 5.1. mit, daß ein neuer Tarifabschluß ab dem 1.1.1922 eine Erhöhung der Grundlöhne vorsähe und daher auch die Akkorde erhöht werden müßten, statt gesenkt zu werden. Die Direktion lehnte den Tarifabschluß und jede weitere Verhandlung ab. Daraufhin wurde von einem großen Teil der wichtigsten FacharbeiterInnen beschlossen, am 6.1. das Werk zu verlassen, d.h. zu kündigen[\[518\]](#). In einem Bericht der Betriebsleitung werden diese Kündigungen folgendermaßen beschrieben: „Größere Trupps von 60-70 Leuten drangen singend und schreiend in das Verwaltungsgebäude ein und forderten unter Drohungen ihre Papiere und ihr Geld. Bei der Ausstellung der Papiere sind eine Anzahl von Beamten durch verletzende Zurufe beleidigt und durch Werfen von Büchern, Schrauben, Steinen, Eisenteilchen, Seifenschalen und dergleichen mißhandelt worden. Die Leute haben auch das Licht ausgedreht und währen der Dunkelheit versucht, einen der Beamten tätlich anzugreifen“[\[519\]](#). Nach den Kündigungen wurde wie 1920 eine Sperre über den Betrieb verhängt. Ein angerufener Schlichtungsausschuß fällte am 7.1. die Entscheidung, daß die Arbeit sofort aufzunehmen sei und Maßregelungen nicht stattfinden dürften. Die Akkorde seien von der Betriebsleitung im Einverständnis mit dem Betriebsrat nach dem neuen Tarif festzulegen[\[520\]](#). Der Schlichtungsspruch wurde von der Generaldirektion in Düsseldorf abgelehnt[\[521\]](#). Auf einer Verhandlung des Betriebsausschusses mit nach Sömmerda gereisten Vertretern der Generaldirektion wurden den ArbeiterInnen am 9.1. „unerhörte Bedingungen“[\[522\]](#) zu Wiederaufnahme der Arbeit gestellt, die von einer daraufhin abgehaltenen Streikversammlung abgelehnt wurden. Diese Versammlung beschloß ebenfalls, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werde, bis vier leitende Beamte, u.a. Wesemann abgesetzt seien[\[523\]](#). Die Forderung wurde jedoch schon am nächsten Tag fallengelassen, weil die Generaldirektion erklärt hatte, daß solange gar nicht mehr verhandelt werde, bis dieses Ansinnen der ArbeiterInnen vom Tisch sei[\[524\]](#).

Während dieser ersten sechs Tage des Streiks hatten etwa 120 ArbeiterInnen des Werkes weitergearbeitet. Am 11.1. wurde berichtet, daß viele Streikposten versucht hatten, sie durch Belästigungen und Beschimpfungen daran zu hindern. Ihnen sei außerdem gedroht worden, „wenn sie die Arbeit nicht niederlegten, würde man ihnen die Knochen kaputtschlagen“[\[525\]](#). Daraufhin wurde von der Generaldirektion verkündet, daß sie trotzdem entschlossen sei, den Streik durchzuhalten[\[526\]](#) und erwäge, die kaufmännischen Angestellten zu beurlauben um ihre Haltung zu unterstreichen[\[527\]](#). Zusätzlich forderte Wesemann die örtliche Polizeiverwaltung auf, nun die Ansammlung größerer Streikpostentrupps vor den Eingängen des Betriebes zu verhindern[\[528\]](#). Diese bat dazu den Landrat von Weißensee um die Bereithaltung eines Kommandos der Schutzpolizei[\[529\]](#), obwohl sie ihn zwei Tage vorher darüber informiert hatte, daß, nachdem Polizeibeamte vor dem Werk Kontrollen durchgeführt hatte, keine weiteren Belästigungen von Arbeitswilligen zu verzeichnen gewesen seien[\[530\]](#).

Etwa am 20.1. wurde der Sömmerdaer Zahlstellenleiter des DMV, Fritz Klett und der Arbeiter Jakob Endter, ebenfalls Mitglied des DMV zu dessen Bezirksleiter Bremer nach Erfurt gerufen. Dieser hielt Endter vor, daß er nicht hätte zum Streik „gehetzt“[\[531\]](#) haben sollen und das es nun taktisch klüger sei, den Streik so schnell wie möglich zu beenden, da er ein wilder sei und vom DMV nicht finanziert werden könne. Endter wertete dies als Versuch, die SyndikalistInnen in Sömmerda schlecht zu machen und verbat sich derartige Äußerungen. 10 Tage danach fand hinter dem Rücken der Streikleitung und ohne Beisein eines Vertreters der Sömmerdaer FAUD in Erfurt eine Geheimbesprechung zwischen Bremer, dem Vorsitzenden der Hirsch-Dunkerschen Sömmerdas, Irrgang und der Generaldirektion statt. Einen Tag später wurden dem Betriebsausschuß wieder neue Bedingungen der Generaldirektion zur Wiederaufnahme der Arbeit gestellt, die u.a. Entlassungen, die Wiederaufnahme der Zünderproduktion, Akkordreduzierungen und die sofortige Aufhebung der Sperre beinhalteten[\[532\]](#). Der Betriebsausschuß gab eine Erklärung ab, daß Entlassungen keinesfalls geduldet würden und es daher nur die Möglichkeit gäbe weiter zu streiken, was von allen Streikenden einstimmig beschlossen wurde[\[533\]](#). Klett, Bremer und Irrgang warnten jetzt davor, zu weit zu gehen und erklärten, daß Maßregelungen nicht zu vermeiden seien, da sie bisher bei jedem Streik in Thüringen vorgekommen wären[\[534\]](#). Von der FAUD wurde diese Einstellung mit folgenden Worten kritisiert. „Durch die erbärmliche Haltung der Vertreter des DMV und HD, konnte man auch hier konstatieren, daß die Zentralverbändler nicht mehr den ehrlichen Willen hatten, den Kampf zum Nutzen der Streikenden weiterzuführen, sie versuchten schon jetzt den Streik abzuwürgen“[\[535\]](#). Dem entsprach ihre weitere Haltung. „Die Kulissenarbeit der Zentralverbandsbonzen und ihrer Helfer ging weiter. Miesmacherei und Schwarzseherei wurden getrieben, bis es dieser Gesellschaft gelang, eine neue Verhandlung wie einen Blitz aus heiterem Himmel herbeizuzaubern. Längst war die Meinung eines Klett und Irrgang sowie einiger anderer Streikmüder kolportiert worden (...)“[\[536\]](#). Auf dieser Verhandlung, die am 18.2.1922 beim Regierungspräsidenten in Erfurt stattfand, erklärte Betriebsdirektor Wesemann, daß die Thüringer Metallindustriellen beschlossen hätten die ArbeiterInnen zu spalten indem sie eventuelle Solidaritätsstreiks mit den Sömmerdaern dadurch zu verhindern versuchten, daß sie erklärten, keine Lohnzulagen zu bewilligen, bevor der Streik in Sömmerda beendet sei[\[537\]](#). Auch diese Erpressung trugen die reformistischen Gewerkschaften mit. Der Vertreter der Hirsch-Dunckerschen drohte FAUD: „Kollegen der Syndikalistischen Organisation. Glaubt ihr wirklich, daß wegen 500 Syndikalisten in Sömmerda 44000 Metallarbeiter Thüringens in den Streik treten?“[\[538\]](#). Danach gab auch der CMV Sömmerdas seine bisherige Haltung auf und trat für den Abbruch des Streiks ein. Die Vorstände aller drei Zentralverbände traten nun für die von der Direktion Rheinmetalls gewünschte Urabstimmung über die Weiterführung des Streiks ein. Auf der Streikversammlung, die darüber zu befinden hatte, wurde verhindert, daß der Obmann der FAUD Arbeitsbörse überhaupt zu Wort kam, „weil man fürchtete als Verräter entlarvt zu werden“[\[539\]](#). Der FAUD wurde von den Vorständen des DMV, CMV und HD angedroht, daß falls sie sich an der Urabstimmung nicht beteilige, diese eben ohne sie durchgeführt werde. Das Ergebnis der am 24.2.1922 durchgeführten Abstimmung war durch die Haltung und Agitation der Zentralverbände, sowie teilweiser Streikmüdigkeit innerhalb der Belegschaft dann ein klares Votum für den Abbruch des Streiks. Von 1005 Stimmberechtigten hatten 746 abgestimmt. 488 waren für die Wiederaufnahme der Arbeit und 258 dagegen[\[540\]](#). Die Niederlage der ArbeiterInnen Sömmerdas war so gravierend, daß sie am 28.2.1922 selbst zu den schon erwähnten

„Zuchthausbedingungen“ die Arbeit wieder aufnehmen mußten. Der FAUD wurde ein schwerer Schlag versetzt. Von den etwa 50 nach dem Streik Entlassenen waren 41 Anarchosyndikalisten[\[541\]](#). Im Syndikalist wurde berichtet, daß es sich dabei um „eine Reihe der besten unserer Genossen“[\[542\]](#) handelte. 18 von ihnen fanden lange Zeit keine Arbeit mehr und waren dadurch auf die Hilfe ihrer Organisation angewiesen. Am 8.3.1921 beschloß die Mitgliederversammlung der Arbeitsbörse einen wöchentlichen Solidaritätsbeitrag von 20 Mark für diese Gemaßregelten zu erheben[\[543\]](#). In einem Brief an Rudolf Rocker beschreibt einer der Betroffenen, wie es ihm nach seiner Entlassung erging: „Ich war am Streik in der R.H.M.M (...) gemasregelt u. habe erst am 15.12.1933 in der R.H.M.M wieder Arbeit bekommen. Ich bin in der Zeit (...) auf der schwarzen Liste gewesen, u. ich hatte 1925 im Herbst als ich in Erfurt arbeitete, u. einen Streik der Elektromonteuere hinter mir, oder vielmehr während des Streikes hatte ich versucht wieder am Orte, weil andere am Streik 1922 (...) beteiligten Kolegen wieder angefangen hatten zu arbeiten, aber hohnlächelnt wimmelte man mich ab. Aus entrüstung habe ich es erst wieder versucht wie ich wieder 1933 arbeitslos wurde. Und da ich seit 1926 auch in einer arbeitslosen Periode auch keine Arbeitslosenunterstützung erhielt, aber während dieser Zeit den Handelsvertreter machte, (...) hatte ich einen sehr schweren Stand“[\[544\]](#).

Im April 1922 wurde in einer Statistik bekanntgegeben, daß für die Streikkasse der Sömmerdaer FAUD vom 5.1.-26.2.1922 insgesamt 349590 Mark an Solidaritätsgeldern eingegangen waren, wovon die SömmerdaerInnen 54119 Mark selbst aufbrachten. Der Rest wurde von der Geschäftskommission der FAUD, der Geschäftsleitung der Föderation der Metall- und Industriearbeiter, durch Ortsvereine außerhalb

Thüringens, die Agitationskommission Großthüringen und von 32 der Agitationskommission angeschlossenen Ortsvereinen aufgebracht[545].

6. Die FAUD und die betrieblichen Auseinandersetzungen in Sömmerda ab März 1922

Nach der Niederlage im Januar/ Februar 1922 verlor die FAUD in Sömmerda massiv an Einfluß, besonders bei Rheinmetall. Die Auseinandersetzungen um Arbeitszeit, Überstunden, Lohnabbau, Entlassungen und Kurzarbeit gingen zwar weiter[546], aber es gelang den AnarchosyndikalistInnen wenn überhaupt nur noch in den kleineren Betrieben an Lohnstreiks teilzunehmen, oder dazu zu mobilisieren. Diese Streiks erreichten aber nicht mehr den Grad an Radikalität wie vor 1922. Sie wurden jeweils nach wenigen Tagen durch Kompromisse beendet.

Die organisierten ArbeiterInnen waren allein bei Rheinmetall auf vier Gewerkschaften verteilt und eine große Zahl war überhaupt nicht mehr organisiert. Bei Betriebsversammlungen war im besten Fall 1/5 der Belegschaft anwesend[547]. Der DMV, CMV und die HD arbeiteten weiterhin gegen die FAUD[548]. Diese nahm bis Ende 1924 aufgrund der bis Februar 1922 gemachten Erfahrungen - zu Verhandlungen neigende anarchosyndikalistische Betriebsratsmitglieder versus radikalere Belegschaft - und anarchosyndikalistischen Prinzipien entsprechend bei Rheinmetall nicht mehr an Betriebsratswahlen teil, und verlor dadurch nach eigener Aussage „die Fühlung mit den Massen“[549]. Diese Massen waren schon Ende 1923 so lethargisch geworden, daß sich ein Mitglied des nun christlichen Betriebsrates bei Rheinmetall darüber beschwerte, „dass in der Arbeiterschaft eine große Flauheit vorhanden wäre, die Betriebe täten alle schlafen und der Betriebsrat wüßte überhaupt nicht, ob er die Belegschaft hinter sich habe, in der Versammlung da tue keiner den Mund auf, während hinten in den Betrieben fortwährend genörgelt und geschimpft würde, (...) die Schlafmützigkeit muß nun endlich aufhören“[550]. Diese „Schlafmützigkeit“ führte zum Beispiel dazu, daß Vertrauensleute, welche die Aufgabe hatten den Betriebsrat zu kontrollieren, von den Vorständen der Gewerkschaften bestimmt wurden, statt von den Belegschaften gewählt, wogegen sich der Obmann der FAUD MetallarbeiterInnenföderation Jakob Ehmar auf einer Betriebsversammlung mit scharfen Worten aussprach[551]. Er versuchte auf dieser Versammlung im Dezember 1923 die anwesenden ArbeiterInnen mit der Aussage, daß nur mit Kampf etwas zu erreichen sei dazu zu bewegen, in der restlichen Belegschaft dafür zu sorgen, daß schnellstens Vertrauensleute gewählt würden, die „den Betriebsrat auf die Finger sehen könnten“[552]. Dieser habe die aktuelle Wahl absichtlich verzögert, um „die ganze Sache recht schon allein befummeln“[553] zu können. Auffällig hierbei ist, daß Ehmar auf der einen Seite versucht die Anwesenden zum Handeln zu mobilisieren, auf der anderen Seite aber wieder auf den Betriebsrat als Vertretungsorgan von ArbeiterInneninteressen setzt, indem er dem Vertreter des CMV auf seine Beschwerde antwortet, daß nicht die ArbeiterInnen schliefen, sondern der Betriebsrat[554]. Offensichtlich gab es innerhalb der Sömmerdaer FAUD schon zu diesem Zeitpunkt unterschiedliche Ansichten über die von der Organisation praktizierte Nichtbeteiligung an Betriebsratswahlen. Jakob Ehmar hätte vermutlich bei seiner Haltung einen FAUD Betriebsrat, der genauso dem Betriebsrätegesetz und damit dem „Betriebsfrieden“ unterworfen gewesen wäre wie der vom CMV gestellte, ebensowenig abgelehnt wie vor 1922[555]. Er erreichte, daß am Ende der Versammlung der Beschluß gefaßt wurde, sofort mit der Wahl der Vertrauensleute in den Betrieben zu beginnen. Ob das letztlich umgesetzt wurde ist unbekannt, da auf der Betriebsversammlung nur 300 von 1400 ArbeiterInnen anwesend waren und sich der Rest nicht mehr um die Beschlüsse von Betriebsversammlungen kümmerte[556].

Neben der Nichtbeteiligung an den Betriebsratswahlen stimmten die Mitglieder der FAUD bei Rheinmetall über eine im März 1924 vom Verband der Metallindustriellen geforderte Arbeitszeitverlängerung als Grundlage für Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag nicht mit ab, weil sie die Abstimmung für eine Erpressung hielten und dem CMV Betriebsrat das Recht absprachen, sie überhaupt durchzuführen. Jakob Ehmar forderte statt dessen die Einstellung von Erwerbslosen[557]. Die AnarchosyndikalistInnen mußten sich für diese Entscheidung den Vorwurf gefallen lassen, daß sie die Arbeitszeitverlängerung befürworten würden und „große Feiglinge“[558] seien. Der Betriebsrat argumentierte, daß sie das Recht hätten der Belegschaft Abstimmungen zu diktieren und gerade die aktuelle, die doch jede/n betreffen würde Einigkeit erfordert hätte. Die Vorwürfe gegen die FAUD gipfelten darin, daß sie durch ihre Nichtteilnahme an der Abstimmung erst möglich gemacht habe, daß es nun bei Rheinmetall eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 56 Stunden gäbe und mittels Überstunden sogar über 60 Stunden gearbeitet werden könne[559]. Ehmar konterte, daß nicht eine Abstimmung über die Forderung der Industriellen nötig gewesen

wäre, sondern ein sofortiger Streik. Es sei aber mittlerweile so, daß der Betriebsrat „*immer schon vornweg jeden Kampf abblasen täte*“[\[560\]](#).

Neben der versuchten Einflußnahme auf die jeweiligen Betriebsräte übte die FAUD auch scharfe Kritik am System der Schlichtungsausschüsse, da die ArbeiterInnenvertreter dort nicht die geringste Chance hätten, weil die Unternehmer nur „*ganz ausgekochte und redegewandte*“[\[561\]](#) Vertreter zu Verhandlungen schicken würden.

Weil es ihr nicht mehr gelang betriebliche Auseinandersetzungen auch nur in ihrem Sinne zu beeinflussen, nahm die FAUD Ende 1924 bei Rheinmetall „*aus taktischen Erwägungen*“[\[562\]](#) wieder an den Betriebsratswahlen teil. Das Ergebnis war ein Vertrauensbeweis der Belegschaft an die Organisation. Sie erhielt 8 von 11 Sitzen im Betriebsrat[\[563\]](#). Offensichtlich waren viele Nichtmitglieder der FAUD[\[564\]](#) nur bereit diese zu unterstützen, wenn sie im vorgegebenen, legalen Rahmen Betriebsarbeit leistete und trauten ihr immer noch, oder wieder zu das mit besseren Ergebnissen zu tun als die Zentralgewerkschaften. Die Arbeitsbedingungen bei Rheinmetall waren neben der Abschaffung des 8- Stundentages inzwischen so schlecht geworden, daß im Syndikalist geschrieben wurde, es sei milde ausgedrückt von dem Betrieb als Zuchthaus zu sprechen. Die AnarchosyndikalistInnen machten dafür in erster Linie die dem FAUD Betriebsrat nach 1922 folgenden verantwortlich[\[565\]](#). Jakob Ehmar rief die ArbeiterInnen auf, sich nun endlich 100%ig zu organisieren, ganz gleich in welcher Gewerkschaft und verlangte, daß der jetzige Betriebsrat immer die gesamte Belegschaft hinter sich habe[\[566\]](#). Außerdem erklärte er, daß der neue Betriebsrat sich weigere für unorganisierte ArbeiterInnen zu kämpfen. Diese Aussage stellte einen klaren Bruch mit dem Solidaritätsprinzip dar und wurde dann auch folgendermaßen kommentiert: „*Der Genosse hätte besser geschwiegen. Wir Syndikalisten sind es unserer Idee schuldig das Vertrauen der Arbeitermassen zu erwerben. Eine abstrakte, durchaus ablehnende Haltung wirkt hemmend gegenüber dem Vorwärtsdringen unserer Bewegung*“[\[567\]](#). Ein anderes Mitglied der FAUD widersprach Ehmar auch dahingehend, daß die gewerkschaftliche Zugehörigkeit nicht gleichgültig sei. Die ArbeiterInnen hätten sich wieder alle in der FAUD zu organisieren. Gegen diese Forderung verwahrte sich ein Arbeiter des DMV und gab an, daß die Mitglieder des DMV nur solange bereit seien mit dem Betriebsrat zusammen zu arbeiten, wie auf die Belegschaft keinerlei Druck ausgeübt werde, sich den SyndikalistInnen anzuschließen[\[568\]](#).

Neben der Arbeit im Betriebsrat schlugen einzelne Mitglieder der FAUD auch weiterhin radikale Töne an, die in völligem Widerspruch mit der Realität in Sömmerda standen und auch dem „*offiziellen*“ FAUD Kurs des 15. Kongresses widersprachen[\[569\]](#): Auf der Betriebsversammlung am 5.3.1925 wurde ein Arbeiter, der innerhalb von einer Woche 88,5 Stunden gearbeitet hatte, von einem Anarchosyndikalisten als Schurke und Verräter an der Arbeiterschaft bezeichnet. Diese Beleidigung relativierte der Syndikalist aber dahingehend, daß nicht dieser Arbeiter Schuld sei an den Zuständen sondern die herrschenden ökonomischen Verhältnisse. Als Schlußfolgerung wandte er sich scharf gegen das Tarifsysteem und bezeichnet es als „*größten Hemmschuh des proletarischen Selbstbewußtseins*“. Er erklärte, daß nur durch rücksichtslose Streikbewegungen etwas zu erreichen sei, die Sömmerdaer ArbeiterInnen aber noch nicht gelernt hätten zu streiken. Bei einer Arbeitsniederlegung seien alle Notstandsarbeiten irgendwie zu unterbinden und es hätte eine rücksichtslose Sabotage durch Materialvergeudung, Werkzeugverwüstungen und dergleichen einzusetzen[\[570\]](#). Diese Aussagen standen in krassem Gegensatz zur legalen Arbeit der FAUD im Betriebsrat und waren zu diesem Zeitpunkt nicht gerade dazu geeignet, die von Ehmar von allen ArbeiterInnen eingeforderte Unterstützung desselben zu erreichen. Ein Vertreter der HD wandte sich dann auch vehement gegen Sabotage als Form der betrieblichen Auseinandersetzung und behauptete, daß das ganze Programm der Syndikalisten „*sich mal in 1000 Jahren verwirklichen lasse*“[\[571\]](#), womit er 1925 bei dem bereits dargestellten Zustand der Sömmerdaer ArbeiterInnenbewegung zweifelsfrei recht hatte. Der Vertreter der FAUD wich nach dieser Antwort vom Thema Sabotage ab und erklärte, daß wenigstens örtliche Verhandlungen mit den Unternehmern geführt werden sollten, weil dadurch mehr zu erreichen sei, als durch Verhandlungen der Zentralverbände. Er führte das Beispiel der Firma Simson an. Die dortigen ArbeiterInnen hatten eine Lohnerhöhung gefordert und angedroht, falls dieselbe nicht bewilligt werde, innerhalb von drei Stunden in Aktion zu treten. Nach einer halben Stunde hätte die Belegschaft ihre Lohnerhöhung gehabt, während in Sonneberg dieselbe Lohnerhöhung durch die Zentralverbände erst nach neun Wochen erreicht worden sei[\[572\]](#). Daraus wäre zu erkennen, daß sich die ArbeiterInnen bei zu führenden Auseinandersetzungen nicht auf nur ihre Gewerkschaften verlassen dürften, sondern selbst aktiv zu werden hätten. Wenn dies nicht geschehe käme genau das heraus, was sie nun in der Rheinmetall hätten: „*Sehen sie sich den gähnenden leeren Saal an der davon zeugt, welches Interesse die Arbeiter für ihre Lage haben und welcher Stumpfsinn unter der hiesigen Belegschaft herrscht*“[\[573\]](#). Das „*Stumpfsinn*“ und Lethargie bei der Masse der RheinmetallarbeiterInnen ebenso wie bei den vorausgegangenen, u.a. auch durch die Haltung des neuen Betriebsrates gefördert wurden, zeigt ein Beispiel, daß wahrscheinlich auch die letzten kampfbereiten ArbeiterInnen resignieren ließ. Außerdem verdeutlicht es kraß, wohin es auch für eine sich als revolutionär begreifende Organisation führen

kann und auch schon geführt hatte[574], wenn diese in einem gesetzlich gebundenen Betriebsrat mitarbeitet, bzw. sich dazu gezwungen sieht: Im April 1925 berichtete der Obmann des Betriebsrates, ein Arbeiter namens Bothe, daß in der Eisengießerei Akkordabzüge von 5- 20% vorgenommen worden seien[575]. Auf einer Versammlung der Belegschaft der Eisengießerei sollte daraufhin der sofortige Streik beschlossen werden. Bothe mußte nach seinen eigenen Worten „*ziemlich bremsen, um das äußerste zu verhüten, da die Leute absolut keine Lust mehr hatten, noch irgendwelche Arbeit zu leisten*“[576]. Er begründete seine Haltung damit, daß die Arbeit nicht niedergelegt werden dürfe ohne vorher mit der Direktion verhandelt zu haben. Der Rest des Betriebsrates, d.h. auch alle acht Mitglieder der FAUD[577] teilten offensichtlich diese Meinung und glaubten völlig unrealistischer Weise die Betriebsleitung dazu bewegen zu können, die ungerechtfertigten Abzüge zurückzunehmen. Bothe behauptete, daß auch gar nicht großartig verhandelt werden könne und der Betriebsrat auf ein Einsehen der Betriebsleitung hoffe. Außerdem seien die Abzüge teilweise gerechtfertigt. Er war derartig vorsichtig, daß schon von Angst vor der Betriebsleitung gesprochen werden kann und bat einige Kollegen darum, ihm über die Stimmung in den einzelnen Betrieben zu berichten, damit die Betriebsleitung dem Betriebsrat nicht vorhalten könne, daß die aktuelle Situation von ihm initiiert worden sei. Zusätzlich unterstützte Bothe die Betriebsleitung in ihrer Haltung indem er anführte, daß in einigen Betrieben teilweise 160% über dem Tariflohn verdient worden war. Seine Argumentation gipfelte darin, daß er ausführte: „*Selbstredend sind wir bereit, da wo krasse Akkordberechnungsfehler vorgenommen sind uns Abzüge gefallen zu lassen*“[578]. Dieses „wir“ betraf aber offensichtlich nur die Mitglieder des Betriebsrates. Sie meinten wohl einfach über die betroffenen ArbeiterInnen hinweggehen zu können und allein dazu berechtigt zu sein, den Konflikt mit der Betriebsleitung auszutragen. Hier zeigt sich deutlich wie weit sich die FAUD Betriebsratsmitglieder von ihren KollegInnen entfernt hatten. Statt den Kampfswillen der Belegschaften zu unterstützen, stellten sie sich hinter den Betriebsratsvorsitzenden und trugen dazu bei, einen spontanen Streik zu verhindern. Daß die Betriebsleitung sich auch durch einen zum größten Teil von FAUD Mitgliedern gestellten Betriebsrat nicht beeindrucken ließ, war ihnen wahrscheinlich immer noch nicht klar. Dieses Faktum wurde jedoch von einem Arbeiter mit treffenden Worten verdeutlicht: „*Der Betriebsrat (...) ist doch nur der Knecht der Direktoren oder besser gesagt der Stiefelknecht, an dem die Direktion die Stiefel abputzt (...)*“[579]. Um diese Situation zu verändern, wurde dazu aufgefordert, sich die Haltung des Betriebsrates nicht weiter bieten zu lassen und selbst aktiv zu werden[580]. Dieser Aufruf verhallte aber „wie ein Schrei in der Wüste“ und auch der Betriebsrat erreichte nicht, daß die Lohnreduzierungen zurückgenommen wurden[581].

Da die FAUD in den Betrieben nicht mehr in der Lage war am Betriebsrat vorbei zu Kämpfen zu mobilisieren, wurde von vielen Mitgliedern wahrscheinlich der Standpunkt vertreten, daß die Organisation, wenn sie überhaupt noch einen zu berücksichtigenden Faktor darstellen und ihren Einfluß unter den ArbeiterInnen nicht völlig verlieren wollte, nicht darum herumkam im Betriebsrat mitzuarbeiten.

Dieser schaffte es jedoch auch nicht, die von der Betriebsleitung immer wieder vorgenommenen Entlassungen bei gleichzeitig angeordneten Überstunden zu verhindern. Seine Tätigkeit beschränkte sich darauf, zusammen mit noch an Versammlungen teilnehmenden Arbeitern und der Direktion die zu entlassenden Personen auszusuchen. Ende 1925 wurde z.B. auf einer Betriebsversammlung und einer darauf folgenden Betriebsratssitzung von den Anwesenden, d.h., auch von den Mitgliedern der FAUD gefordert, zuerst Frauen zu entlassen, deren Männer auch bei Rheinmetall arbeiteten, bevor wirtschaftlich schwächere Kollegen an der Reihe seien[582]. Als Argumente wurden angeführt, daß die Betriebsleitung durch die Frauenarbeit die Löhne drücken würde[583], es in Sömmerda 300 erwerbslose Männer gäbe[584] und die vom aller größten Teil der anarchosyndikalistischen Männer der gesamten FAUD in der Weimarer Republik vertretene Ansicht, daß „die Erwerbsarbeit der Frau ein notwendiges Übel der Zeit sei, daß der den Frauen unterstellten ‘Natur’ im Grunde widersprüche“[585].

7. Soziokulturelle Aktivitäten der FAUD Sömmerda

7.1. Die Märzgefallenenfeiern

Nachdem der Einfluß der FAUD in den Betrieben zurückging, begann sie ab 1927 verstärkt im kulturellen Bereich zu arbeiten. Die AnarchosyndikalistInnen waren hier jedoch auch schon vorher aktiv gewesen. Seit April 1920 wurden

jedes Jahr die sog. „Märzgefallenenfeiern“ durchgeführt[586]. Auf diesen Festen wurde mit Demonstrationen, Musik und Ansprachen der bei der Schießerei von Kindelbrück und der im Anschluß an den „Kapp-Putsch“ ermordeten Genossen gedacht. Die erste Feier dieser Art fand bereits am Sonntag den 25.4.1920 statt[587]. Offenbar noch unter den Eindruck der gerade einen Monat zurückliegenden Ereignisse wurde schon im Vorfeld der Feier von der Sömmerdaer Polizeiverwaltung beim Regierungspräsidenten in Erfurt ein Kommando der Sicherheitspolizei angefordert, mit der Begründung, daß die Bürgerschaft fürchte, daß es zu Ausschreitungen gegen sie kommen werde und es daher nötig sei, daß rechtzeitig Vorkehrungen dagegen getroffen würden[588]. Diese Befürchtungen stellten sich als unbegründet heraus. Im Syndikalist wurde nach der Feier, an der weit über 1000 Personen teilnahmen hervorgehoben: *„Bemerkenswert ist, dass bei der ganzen Feier nicht die geringste Störung oder Zwischenfall zu verzeichnen war. Die <<Grünen>> (Schutzpolizei, d. Verf.), welche in 5 Lastautos, 1 Panzerwagen, 1 Kanone und einem Flieger von dem furchtsamen reaktionären Klüngel von Sömmerda, zum Schutz ihres Eigentums herbeigeholt waren, standen Spalier nach dem Friedhof als Zuschauer (ohne Waffen). Das Begegnen der <<Ordnungshüter>> mit den feiernden Proletariern war, des Lobes zu erwähnen, gut. Mögen diese verirrt und verkauften Menschen auch bald die herrliche blaue Blume finden und ihr Wahlspruch werden: <<Hämmer und Waffen nieder!>> Dann gibts kein Morden und keinen Bürgerkrieg mehr“*[589]. Diese erste und die 1921 folgende Märzgefallenenfeier[590] wurde noch von allen ArbeiterInnen Sömmerdas und Umgebung gemeinsam durchgeführt[591]. Das änderte sich im März 1927. Am 6. dieses Monats wollte die Erfurter Gruppe des „Reichsbanners“[592] im Rahmen einer Propagandafahrt in Tunzenhausen und in Sömmerda an den Gräbern der Ermordeten Kränze niederlegen. Die ArbeiterInnen und die Angehörigen der Ermordeten in Tunzenhausen waren darüber so empört, daß sie der dortigen Feierlichkeit des Reichsbanners fern blieben. Sie sahen in den Angehörigen desselben Abgesandte derjenigen, welche die Ermordung ihrer Genossen und Angehörigen zu verantworten hatten. Diese Haltung drückt sich deutlich in folgendem Kommentar aus: *„In Tunzenhausen spielte die RB.- Kapelle das Lied ‘Ich hatt einen Kameraden’ an den Gräbern (...). Die Einwohnerschaft hatte bei dem unerwarteten Besuch das Gefühl, als ob Noske mit seinem Stab erschienen wär und seine blutigen Taten aus den Märztagen 1920, durch welche die angeblich freieste Republik gefestigt wurde, besichtigen wolle. Die herzzereißenden Szenen, die sich (...) hier bei der grausamen Ermordung unserer Genossen abspielten, und der Schmerz, der die Hinterbliebenen heute noch erfüllt, ließen die Arbeiterschaft mit maßloser Verachtung auf die zynische Ehrung der schwarzrotgoldenen Noskeanhänger blicken“*[593]. Trotzdem wollte das Reichsbanner auch in Sömmerda seine Feierlichkeit durchführen. Auch hier weigerten sich die Hinterbliebenen einen Kranz mit schwarzrotgoldenen Schleifen auf die Gräber ihrer Ehemänner, Väter und Brüder niederlegen zu lassen, da er die Farben der Republik symbolisiere, *„die ihre Lieben meuchelte“*[594]. Der schließlich unter Polizeischutz doch niedergelegte Kranz wurden von den Brüdern Kurt und Hermann Wandt, beide Söhne des Ermordeten Moritz Wandt[595] und Mitglieder der Syndikalistisch- Anarchistischen Jugend Sömmerdas (SAJ)[596] vom Grab ihres Vaters genommen und hinter das Ehrenmal der Märzgefallenen gelegt. Am folgenden Tag lag er dann am Sockel des Sömmerdaer Kriegerdenkmals, was nach Ansicht der ArbeiterInnen die passende Stelle war[597]. Einer der Beteiligten, der Eisendreher Hermann Bach, Sohn Otto Bachs und ebenfalls Mitglied der SAJ gab an, daß es seinem Empfinden widersprochen habe, daß Mitglieder des Reichsbanners an den Gräbern einen Kranz niederlegten[598].

Während ihres Demonstrationszuges wurden diese von Angehörigen des „Roten- Frontkämpferbundes Sömmerda“ (RFB)[599] heftig beschimpft[600]. Ein Mitglied des RFB wurde von einem Angehörigen des Reichsbanners daraufhin mit einer Pistole bedroht. Die nach der Feier abgehaltene Werbeversammlung desselben hatte nach Ansicht von Jakob Ehmar einen *„rein monarchistischen Charakter“*[601], weil jede kritische Bemerkung und jeder Diskussionsversuch mit sofortigem Hinauswurf derjenigen Person/en beantwortet wurde. Er bemerkte abschließend noch einmal, daß die Feier des Reichsbanners völlig fehl am Platze gewesen war und nur einen Vereinnahmungsversuch aus Propagandazwecken darstellte, weil das Reichsbanner *„längst vergessen“*[602] habe, *daß die Märzopfer keine Kämpfer für die Erhaltung der kapitalistischen Republik und deren Nutznießer, sondern Kämpfer für (...) den freiheitlichen Sozialismus waren“*[603].

Am 27.3.1927 fanden dann die traditionellen Märzgefallenenfeiern statt.

Die Feiern des Jahres 1931 waren geprägt von einem Vereinnahmungsversuch der KPD. Nachdem dieser mißlang, versuchte die Partei unter maßgeblicher Beteiligung Jakob Ehmars, der inzwischen zur KPD übergetreten war, den von der SAJ und FAUD organisierten Teil der Feier in Tunzenhausen zu sabotieren. Das mißlang ebenfalls. In Sömmerda fanden daraufhin getrennte Feierlichkeiten statt[604].

7.2. Informations- und Diskussionsveranstaltungen

Nach seinen Vorträgen im März 1919 referierte Rudolf Rocker noch mehrmals in Sömmerda[605]. Außer ihm sprachen dort bis November 1932 noch einige andere bekannte AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen. Belegt sind Vorträge von Emma Goldmann[606], Fritz Kater, Erich Mühsam[607], Augustin Souchy [608], Pierre Ramus[609], Fritz Linow[610] und Theodor Plievier[611]. Die Veranstaltung von denen mir Thema und/ oder grober Verlauf bekannt sind, werde ich im folgenden kurz beschreiben.

Im Mai 1921 sprach Pierre Ramus über „*Das wahre Wesen der sozialen Revolution*“[612]. Er wandte sich in seinem Vortrag gegen die von politischen Parteien vertretene Vorstellung mittels der Eroberung der politischen Macht den Sozialismus aufbauen zu wollen. Dies könne nach seiner Ansicht nur durch die Errichtung sog. „freier kommunistischer Siedlungen“ geschehen[613], weil diese die Grundlagen für die Übernahme der Produktion durch die ProduzentInnen selbst schaffen würden. Ramus wandte sich gegen die Beschäftigung von ArbeiterInnen in „*Luxus- und in anderen Industrien*“[614] insbesondere gegen die Herstellung von Rüstungsgütern.

Der Syndikalist berichtete unter dem Titel „*Ein kommunistischer Radauheld*“[615] im Mai 1924 über einen Vortrag von Augustin Souchy in Sömmerda. Er hatte das Thema „*Der Staat gegen seine Bürger*“[616] gewählt. Es wurde hervorgehoben, daß Souchys Ausführungen großen und lauten Beifall fanden. Ein Mitglied der KPD tat sich dadurch hervor, daß es die Ausführungen des Referenten sehr oft unterbrach um seine „*Phrasen von Gewalttätigkeit an den Mann zu bringen (...). Er drosch die Moskauer Phrasen herunter (...). Die Versammelten fielen aber auf diese Mätzchen nicht herein*“[617], und der Kommunist versuchte „*Was er an Geist nicht hatte, (...) durch Lungenkraft zu ersetzen*“[618]. In seinem Schlußwort stellte Souchy ihn derart bloß, daß er schließlich nichts mehr sagte. Der Autor des Artikel schrieb, daß, wenn die „*kommunistischen Volkspädagogen*“[619] in der beschriebenen Art und Weise weitermachen würden, sie sich bei den ArbeiterInnen bald jede Sympathie verscherzt hätten. Er betonte, daß der Syndikalismus auf dieser Versammlung einen Sieg davon getragen habe, was sich in Sömmerda in den folgenden Jahren, wie bereits dargestellt nicht bestätigte.

Unter dem Titel „*Die Notlage der Arbeiterschaft und die kommenden Reichstagswahlen*“[620] hielt Fritz Linow am 19.10.1932 eine Versammlung ab. Bei diesem Vortrag waren 120 Personen anwesend, darunter viele Nichtmitglieder der FAUD. Linow schilderte die Entwicklung der seit 1929 anhaltenden Weltwirtschaftskrise, die ihre Ursachen nicht in der Überproduktion habe, sondern eine Strukturkrise des Monopolkapitalismus sei. Als Konsequenz seiner Ausführungen hob er die Wichtigkeit der außerparlamentarischen Widerstandskraft des Proletariats hervor[621]. Es komme nicht darauf an für irgendeine Partei Stimmen zu sammeln, wie das Beispiel der KPD belege. Die Kommunisten im Parlament hätten bis dato auch noch nichts erreicht, wie Linow laut Syndikalist dem Mitglied der KPD Erich Heyl nachwies. Dieser hatte auf der Versammlung die Wichtigkeit einer starken kommunistischen Fraktion im Reichsparlament betont.

Im Jahre 1932 hielt Rudolf Rocker einen Vortrag über die Gefährlichkeit der immer stärker werdenden NationalsozialistInnen. Emma Goldmann hatte im März desselben Jahres in Sömmerda zweimal zu diesem Thema referiert. Eine der Veranstaltungen war nur für FAUD Mitglieder, die andere war öffentlich[622]. Über ihren Verlauf ist nichts näheres bekannt, außer einigen Sätzen aus einem Brief Wilhelm Kuhnwalds an Rocker, die seine und Goldmanns Sachkompetenz belegen: „*Emma Goldmann, die seinerzeit die Vorträge über ihre Erlebnisse uns in Sömmerda berichtete, (...) stimmten wie das Tüpfelchen auf dem ü. Ich habe immer in zahllosen Nächten darüber nachgedacht, dass ihr Kenner das alles so genau wustet?(...) Ich habe an deinen Vortrag, den Du in S. im Herbst 1932 gehalten hast, viel denken müssen, wo Du uns vor den kommenden Dingen im kleinen Kreise gewarnt hast. Ich und viele Genossen waren uns nicht bewußt, dass der Faschismus eine so grausame Fratze in Gestalt von Not und Elend, von Grausamkeit und Gemeinheit und Unmenschlichkeit sein konnte (...)*“[623].

Über die Vorträge des Gelegenheitsarbeiters, Vagabunden, Maurers, Schriftstellers und Verlegers[624] Theodor Plievier in Sömmerda ist nur bekannt, daß er 1922 während einer Vortragsreise in Thüringen und Sachsen als „*Prophet einer apokalyptischen Weltenwende*“[625] in der Stadt war. Im Syndikalist wurde vor dieser Rundreise mit dem Titel „*Aktion Weltwende*“[626] nachdrücklich gewarnt. Am 14.11.1932 hatte die Sömmerdaer Ortsgruppe der „*Gilde freiheitlicher Bücherfreunde*“[627] Plievier eingeladen. Er las aus seinen Werken[628].

7.3. Genossenschaftsprojekte

Obwohl in Sömmerda ArbeiterInnen-siedlungen gebaut worden waren^[629], war auch im Jahre 1927 die Wohnungsnot bei vielen ArbeiterInnen so groß, daß sie in Wohnungen leben mußten, die diesen Namen eigentlich nicht verdienten. Eine Darstellung der Behausungen der ZiegeleiarbeiterInnen wurde im Syndikalist veröffentlicht: „ (...) *Es handelt sich um Häuser, die nur als Notwohnungen gedacht waren, und doch wohnen jetzt schon die Arbeiter 7 Jahre hier. Für jede Familie, ganz gleich, wie groß sie sein möge, gibt es nur ein Zimmer. Decken haben diese 'Zimmer' nicht, denn sie münden gleich im Dachgiebel. Die Fenster sind nur kleine Dachluken, Lichtleitung ist von der Ziegeleifirma angebracht, es wird aber erst ab 6 Uhr abends Strom geliefert. In dem einen Zimmer lebt, schläft und kocht man. Es dient auch als Speicher, Kohlenkeller, Kartoffellager, Waschküche, Abort usw. Das Fachwerk der Dächer ist beschädigt, so daß Wind und Regen hineindringen können. Natürlich kann unter solchen Umständen auch nicht ordentlich geheizt werden, da die Wärme durch die schadhaften Stellen abgeht. Zerbrochene Fensterscheiben sind durch Blech oder Pappe ersetzt(...)*“^[630].

Um dieser Misere Abhilfe zu schaffen griffen die ArbeiterInnen zur Eigeninitiative. Unter maßgeblichen Einfluß der FAUD gründeten sie 1927 den „*Gemeinnützigen Bauverein Volkswohl*“. Er setzte sich ebenso aus ArbeiterInnen aller politischen Richtungen zusammen wie die noch folgenden Gründungen. Diese örtlichen Initiativen wurde von den politischen Parteien im ganzen Land angegriffen und völlig verzerrt dargestellt. Die Sömmerdaer FAUD erklärte sich diese Angriffe damit, daß die Parteien Angst davor hätten, daß die Tendenz unabhängig von ihnen und ihrer politischen Ausrichtung aktiv zu werden Allgemeingut würden. Denn das wäre dann das Ende der ArbeiterInnenparteien, weil sich Werktätigen nicht mehr in verschiedenen politische Richtungen aufspalten ließen und zentralistische Organisationsstrukturen ablehnen würden, da sie ihre eigene Macht, Kraft und Bedürfnisse erkennen würden.

Der Bauverein hatte bei seiner Gründung 27 Mitglieder. Diese Zahl erhöhte sich bis 1931 auf 120. Der genossenschaftliche Anteil betrug 300 Mark pro Person. Die im Verein organisierten ArbeiterInnen bauten von 1928 bis 1931 insgesamt 52 Wohnungen in 4 getrennten Anlagen. Diese nach neuester Bauweise geschaffenen Wohnungen hatten mindestens 3 Zimmer und ein Bad. Die Miete betrug 31- 42 Mark^[631].

Der am 1.7.1929 von 79 Personen ins Leben gerufene „*Krankenunterstützungsverein auf Gegenseitigkeit e.V.*“ war die zweite unabhängige, von der FAUD angestoßene Gründung Sömmerdaer ArbeiterInnen. Er ging hervor aus der Krankenhilfskasse der Wagenbauer. Die Ursache für seine Gründung war das „*diktatorische Vorgehen des machtlüsteren Führertums*“^[632]. 1931 war die Anzahl der Mitglieder auf 120 gestiegen. Der Kassenbestand war von 0,00 auf 3924,21 Mark gestiegen. Das waren pro Person 32,70 Mark. Ausgezahlt worden waren inzwischen 1777 Krankentage. Die Kosten dafür betragen 4568,70 Mark. Jedes neue Mitglied hatte von Anfang an die gleichen Rechte wie alle anderen und bekam bei Bedarf sofort pro Woche 15,60 Krankengeld ausgezahlt. Der Mitgliedsbeitrag betrug wöchentlich 3,50 Mark.

Am 20.12.1930 wurde der „*Konsum- Verein Sömmerda und Umgebung e.V.*“ gegründet. Die ArbeiterInnen der Stadt waren vorher fast komplett im wahrscheinlich sozialdemokratischen Konsumverein „*Volkskraft- Erfurt*“ Mitglied gewesen. Das sie mit diesem nicht zufrieden waren geht aus der Formulierung hervor, sie seien „*so recht und schlecht*“^[633] dabei gewesen. Der Verein hatte einen Geschäftsführer bekommen, der von den Sömmerdaern „*Friedrich II., oder der Große*“^[634] genannt wurde, wahrscheinlich weil er den ArbeiterInnen zu viele Vorschriften machen wollte. Das führte dazu, daß ein großer Teil der KPD Mitglieder den Konsumverein verließ und wieder in ganz normalen Geschäften einkaufte, während die AnarchosyndikalistenInnen einen eigenen Konsumverein gründeten. Dieser wuchs vom Gründungstag bis zum 15.10.1931 von 45 auf 195 Personen. Bis zum 20.3.1931 waren bereits zwei Verkaufsstellen eröffnet und ein Umsatz von 47339 Mark erwirtschaftet worden^[635].

Am Ende des Berichtes über die Gründungen in Sömmerda wurde im Syndikalist hervorgehoben, daß es sehr wichtig sei, wenn alle Voraussetzungen stimmen würden das Beispiel der SömmerdaerInnen nachzumachen, um das „*Gemäuer des Zentralismus und der Autorität*“^[636] zu untergraben. Aus Sömmerda würde jederzeit Auskunft über alle Einzelheiten erteilt.

8. Die Sömmerdaer FAUD und das Stadtparlament

Auf dem 13. Reichskongreß der FAUD im Oktober 1921 wurde eine endgültige Distanzierung der Organisation von den Linksparteien der Weimarer Republik durch einen Unvereinbarkeitsbeschluß festgelegt. Laut Rübner[637] erfolgte damit zugleich eine Trennung von den Mitgliedern, die sich zwar einer revolutionären Gewerkschaftsorganisation verbunden fühlten, jedoch die vermeintlichen Möglichkeiten des Parlamentarismus auch weiterhin wahrnehmen wollten.

Das trifft für Sömmerda so pauschal nicht zu. Einige der dortigen Anarchosyndikalisten[638] nahmen während der gesamten, legalen Existenz der FAUD an Stadtverordnetenwahlen teil und übten Funktionen im Stadtparlament aus, ohne aus der FAUD ausgeschlossen zu werden, bzw. freiwillig auszutreten. Außerdem beteiligte sich die ganze Arbeitsbörse an Reichstagswahlen[639].

Am 2.2.1920 wurden mehrere Syndikalisten Stadtverordnete, bzw. Magistratsmitglieder: Heinrich Kusche, Fritz Voigt, Fritz Jürgel und Hermann Sonntag. Jürgel übernahm außerdem die Funktion des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers und Kusche wurde Beigeordneter des Bürgermeisters. Die vier waren in folgenden Ausschüssen tätig: Sonntag im Wahl-, Bau und Wohlfahrtsausschuß; Jürgel im Bau- und Finanzausschuß; Fritz Voigt im Finanz- und Wohlfahrtsausschuß und Kusche im Ausschuß für Verkehrswesen[640]. Sie waren nicht von der FAUD aufgestellt worden, sondern hatten wie im Januar 1919 auf einer ArbeiterInnenliste kandidiert[641]. Ihrer Amtseinführung ging die Ableistung eines Staatsdiensteides (sic!) voraus[642], was zu keiner Kritik seitens der GenossInnen Kusches, Jürgels, Voigts und Sonntags führte.

Von Hermann Sonntag ist ein Beispiel seiner Tätigkeit als Stadtverordneter bekannt, was nochmals den Widerspruch zwischen der Mitgliedschaft in der FAUD und der Arbeit im Parlament verdeutlicht. Es stellt das genaue Gegenteil der von der FAUD propagierten und praktizierten direkten Aktion dar, klassische, dem parlamentarischen System innewohnende StellvertreterInnenpolitik: Sonntag versprach auf einer Volksversammlung am 13.2.1920 als Magistratsmitglied stets für das Wohl der Kriegsoffer[643] einzutreten. Vorausgegangen war dieser Volksversammlung der zweimalige direkte, jedoch vergebliche Versuch von etwa 200 Kriegsoffern und ihrer Angehörigen mit Unterstützung der FAUD, den bestehenden, von einem Major geleiteten zuständigen Fürsorgebeirat in Weißensee aufzulösen[644]. Er sollte durch Frauen aus den Reihen der Kriegsoffer ersetzt werden, weil diese sich „sozialfürsorglich vernachlässigt fühlten“[645]. Statt nun aktiv dabei mitzuwirken den Beirat durch weitere direkte Aktionen abzusetzen, versprach Sonntag nun als Mitglied einer staatlichen Institution das oben genannte. Am Ende der Versammlung wurde eine Resolution an die Reichsregierung und an die zuständige Hauptfürsorgestelle in Merseburg angenommen, womit die spontanen Aktivitäten der Kriegsoffer in langwierige, bürokratische Bahnen gelenkt worden waren[646].

Nachdem 1924 wieder Mitglieder der FAUD an den Stadtverordnetenwahlen teilgenommen hatten, führte dies 1928 im Vorfeld der für 1929 anstehenden Neuwahlen zu „*einer zum Teil erregten Debatte*“[647]. Als deren Ergebnis wurde die zukünftige Nichtbeteiligung beschlossen, weil es sonst keinen Sinn mehr habe, das Prinzip des Antiparlamentarismus ständig zu betonen[648]. Diese Vereinbarung wurde jedoch 1929 wieder gebrochen. Mehrere FAUD Mitglieder beteiligten sich gemeinsam mit Angehörigen der KPD und SPD abermals an der Wahl zur

Stadtverordnetenversammlung am 8. Dezember. Ihre gemeinsame Liste erhielt neun und eine Liste der bürgerlichen Parteien 8 Mandate. Die KPD, die offensichtlich nur aus taktischen Gründen an der gemeinsamen ArbeiterInnenliste beteiligt war und auf „Nummer sicher“ gehen wollte, stellte zusätzlich eine „Rote Arbeiterliste“ auf. Sie erhielt ein Mandat. Damit gewann die ArbeiterInnenschaft die 1924 verloren gegangene Mehrheit im Stadtparlament zurück[649].

Im Juli 1932 führte dann ein Korruptionsskandal dazu, eine neuerliche Diskussion über die Beteiligung an der Arbeit im Sömmerdaer Stadtparlament innerhalb der FAUD zu entfachen[650]. Der Bürgermeister hatte städtische Gelder veruntreut[651]. Obwohl die Stadtverordneten davon nicht gewußt hatten - er hatte ihnen erklärt, daß sie aufgrund einer Notverordnung bei Kassenangelegenheiten nun nicht mehr gefragt zu werden bräuchten und sie hatten sich offenbar damit abgefunden - fiel die Verantwortung für die Affäre auch auf sie zurück. Ein großer Teil der ArbeiterInnen stellte nun ihre „moralische“[652] Integrität in Frage. Die FAUD Mitglieder, die eine Beteiligung an der Arbeit im Stadtparlament grundsätzlich ablehnten, sahen sich in ihrer Haltung bestätigt, weil „Arbeitervertreter

auch in kleinen Stadträten immer getäuscht werden können, sie müssen sich auch in beinahe jeder ihrer Handlungen in den Rahmen des bestehenden Staates einfügen, müssen die Interessen der lokalen Kapitalisten wahrnehmen, wenn sie nicht dauernd große Konflikte heraufbeschwören wollen“[653]. Diese Meinung bedeutete aber nicht, daß das Stadtparlament die AnarchosyndikalistInnen nichts angehe. Die ArbeiterInnen sollten aber nur durch außerparlamentarische Aktionen auf der Straße und im Betrieb auf das Parlament Einfluß ausüben, weil das effektiver sein könne, „*als säßen 90 Prozent Syndikalisten im Stadtrat“*[654].

Abschließend sei hier angemerkt, daß wichtige Wortführer der Sömmerdaer FAUD wie Hermann Sonntag auch, bzw. besonders durch ihre Mitarbeit im Stadtparlament dazu beitrugen, sich selbst und die FAUD unglaublich erscheinen zu lassen, weil sie gegen den von ihr propagierten Antiparlamentarismus immer wieder verstießen[655]. Sie hatten die Ursachen für dessen Ablehnung offensichtlich nicht begriffen und belogen sich selbst und ihre GenossInnen durch ihre Haltung. Obwohl z.B. Sonntag auf der Herbstkonferenz des Agitationsbezirkes Großthüringen im November 1922[656] richtigerweise hervorgehoben hatte, sich als ArbeiterIn nicht in die Hände von Politikern zu begeben, tat er zur gleichen Zeit genau das[657].

Ausblick: Der antifaschistische Widerstand der FAUD Sömmerda

Wie in Kap. 4.1.1. erwähnt waren im Jahre 1932 noch 71 Personen in der Sömmerdaer FAUD aktiv. Wahrscheinlich hat sich diese Zahl bis zum Machtantritt der NSDAP im Januar 1933 nicht mehr stark verändert. Die AnarchosyndikalistInnen arbeiteten bis Oktober 1937 in zwei illegalen Betriebsgruppen bei Rheinmetall und Selkado weiter[658]. Sie beschafften antifaschistische Literatur, die über Erfurt nach Sömmerda gelangte, gaben Bücher mit anarchosyndikalistischem und marxistischem Inhalt weiter, hörten ausländische Radiosender und verbreiteten deren Nachrichten[659]. Außerdem unterstützten sie die Angehörigen von inhaftierten GenossInnen durch Geldsammlungen; so z.B. die Familie von Otto Bach. Der Vorsitzende der 1928 gegründeten Sömmerdaer Ortsgruppe[660] des „Reichsverbandes für Geburtenregelung und Sexualhygiene“[661] wurde 1934 wegen in diesem Rahmen vorgenommener Abtreibungen verhaftet und inhaftiert. Die illegale FAUD unterstützte seine Familie mit monatlich 10 Reichsmark. Nach der Entlassung aus dem Gefängnis wurde Bach von seinen GenossInnen geraten nach Holland zu emigrieren, weil mit seiner nochmaligen Festnahme zu rechnen war. Er hatte weitere Abtreibungen vorgenommen. Für die Flucht Bachs sammelten die SyndikalistInnen eine Summe von 200 Reichsmark. Seine erneute Verhaftung verhinderte jedoch die Emigration. Nun wurde die finanzielle Unterstützung seiner Familie erweitert, d.h. auch Erfurter AnarchosyndikalistInnen stellten Geld zur Verfügung. In unregelmäßigen Abständen gingen Beträge von 0,5-5 Reichsmark ein. Die Sammlungen wurden bis zur Verhaftungswelle im Oktober 1937 fortgesetzt[662].

Neben der Unterstützung inhaftierter FAUD Mitglieder sammelten die Sömmerdaer SyndikalistInnen 1936 auch Geld um den Widerstand gegen den faschistischen Militärputsch in Spanien vom 19. Juli desselben Jahres zu unterstützen[663].

Während der Verhaftungswelle in Mittdeutschland die Anfang 1937 begann, wurden in Sömmerda im Oktober und vereinzelt noch im November neun Anarchosyndikalisten festgenommen. Mit ihrer Verhaftung endete die Existenz der illegalen FAUD in der Stadt[664]. Die festgenommenen waren: Walter Arlt, Fritz Eltag, Wilhelm Erfurt, Fritz Jürgel, Paul Kresser, Heinrich Kusche, Heinrich Rittmeyer, Louis Schreiber und Karl Voß. Bis auf Kresser, der in das Konzentrationslager Buchenwald kam, wurden zunächst alle im Gerichtsgefängnis Erfurt inhaftiert[665]. Das zuständige Oberlandesgericht, wahrscheinlich Jena, verurteilte fünf von ihnen zu Haftstrafen von einem Jahr Gefängnis bis zu sieben Jahren Zuchthaus. Karl Voß wurde vor dem Volksgerichtshof der Prozeß gemacht[666].

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien

Geheimes Staatsarchiv Berlin- Dahlem

- Bestand I. HA Rep. 219, Nr. 140

Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG)

- IWMA- Archiv, Nachlaß Rudolf Rocker, Bd. 3 (Revolution und Rückfall in die Barbarei)

Bundesarchiv Koblenz

- Akten des Reichssicherheitshauptamtes Berlin, R 58: 321, 518, 519

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

Bestand Rheinmetall Borsig AG

- Werksdirektion, Protokollbuch über die Sitzungen mit Betriebs,- und Abteilungsleitern Sig. 01/17
- Betriebsversammlungen 1920-1928, Sig. 01/62
- Protokollbuch Betriebsausschuß- Betriebsrat 1929-33, Betriebsrat 1918-24, Sig. 01/62a

Bestand Thüringisches Ministerium für Inneres und Wirtschaft

- Abt. Inneres, Sonder-Akten, ST 17/299

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar- Außenstelle Gotha

Bestand Königlich Preußischens Landratsamt des Kreises Weißensee i. Th.

- Acta spec., betr. Gewerbliche Arbeitseinstellungen, Sig. 63

- Acta betr. Kommunisten, Sig. 69

Bestand Registratur des Präsidialen Zentralbureaus der Königlichen Regierung zu Erfurt

- Acten betr. Märzunruhen 1920, Akte betr. Ausnahmezustand 1921, Sig. 7424
- Acten gen. betr. Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Sig. 10995
- Geheim-Akten betr. politische Stimmung & Maßnahmen für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Sig 12783
- Acta betr. Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, Sig. 12354

Briefe

- Wilhelm Kuhnwald an Rudolf Rocker, Briefe vom 16.11.1947, 15.2.1948 und 7.9.1952, Rocker- Archiv im IISG, Korrespondenz Nr. 138
- Abschrift eines Briefes der Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises Sömmerda an die Redaktion der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 6.7.1958, betr. Beitrag zur Vorbereitung der 40. Jahrestage der Novemberrevolution und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands - aus der Rede Walter Ulbrichts in der Kommission zur Verbreitung der Thesen über die Novemberrevolution

Protokolle

- ! Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Abgehalten vom 27.-30.12.1919 in Berlin
- Protokoll über die Verhandlungen vom 15. Kongreß der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (AS), abgehalten vom 10.-13.4.1925
- Protokoll über die Verhandlungen vom 16. Kongreß der FAUD (AS) abgehalten vom 26.- 28.5.1927 in Mannheim
- Protokoll über die Verhandlungen des 18. Reichskongresses der FAUD (AS), abgehalten vom 29.5.- 1.6.1930 in Berlin
- Protokoll der Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Kreises Sömmerda über die am 19.1.1958 in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr durchgeführte Beratung über die Kapp- Putsch-Tage im März 1920 in Sömmerda (Und Umgebung) vom 22.1. und Protokoll über die Beratung vom 2.2.1958 in der Zeit von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr

Persönliche Erinnerungen

- Erinnerungen des Formers Friedrich Braband vom 27.7.1966, masch. Manuskript der SED Kreisparteikontrollkommission Sömmerda gleichen Datums

- Erinnerungen des Drehers Heinrich Kusche, Historische Sammlung des Robotron Büromaschinenwerkes AG i.L., masch. Manuskript, Datum unbek.

- Erinnerungen von Teilnehmern an den Märzereignissen 1920 in Sömmerda, masch. Manuskript, hg. von der SED-Geschichtskommission Sömmerdas, Datum unbek

- Erinnerungen des Metallarbeiters Victor Bode, masch. Manuskript der SED Kreisleitung Sömmerda von 1968

- Erinnerungen des Modelltischlers Hermann Sonntag, masch. Manuskript, Datum unbek.

- Handgeschriebener Lebenslauf des Maurers Otto Bach, Sömmerda, 12.6.1970

Interviews

- Interview des Verf. mit dem 1909 geborenen Schlosser und ehemaligen FAUD Mitglied Karl Wandt in Sömmerda am 23.9.1992

- Interview der FAU/ IAA Ortsgruppe Gransee mit dem ehemaligen Sömmerdaer KPD Mitglied Karl Hähnel von August 1992

Zeitungen und Zeitschriften

- Der Arbeitslose. Motto: Die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein! Nr. 17, Oktober 1932. Hg. von der Syndikalistischen Arbeiter- Föderation Dresden, FAUD (AS)

- Der Syndikalist. Wöchentliches Organ der sozialrevolutionären Gewerkschaften Deutschlands; ab 1920: Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten); ab 1921: Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten), Berlin, 1.- 14. Jg. (1918-1932)

- Die Schöpfung. Sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland. Publikationsorgan der FAUD(S) Rheinland- Westfalens vom 30.8.1921

- Gebesee'r Zeitung vom 13.1.1922

- graswurzel revolution. Zeitung für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft, Sonderheft Sozialgeschichte des Antimilitarismus, Nr. 117/118, Hamburg 1987
- Kindelbrücker Zeitung. Unparteiisches Organ für die Bewohner des Unstrut- und Wippertales vom 26.3.1920
- Schwarzer Faden. Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, Nr. 2, 1/90 und Nr. 52, 1/1995
- Sömmerdaer Zeitung. Öffentlicher Anzeiger für den Kreis Weißensee, sowie die Amtsgerichtsbezirke Großrudstedt und Kindelbrück vom 27.3., 16.5., 18.5., 19.5., 22.5., 23.5., 30.5., 1.6., 16.7., 9.10. und 24.10.1920, sowie vom 8.1. und 10.1.1922
- Tribüne. Thüringer unabhängiges sozialdemokratisches Organ vom 27.3., 24.4. und 24.10.1920
- Weißenseer Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Weißensee'r Kreis vom 26.3.1920

Filme

- Anarchosyndikalismus, Videofilm der Freien ArbeiterInnen Union- Ost in Zusammenarbeit mit der Videozeitung Berlin, Berlin 1995

Primärliteratur

- Bakunin Michael, Staatlichkeit und Anarchie, Berlin 1989,
- ders., Gott und Staat, Monte Verita, Wien 1991
- ders., Die Reaktion in Deutschland, Hamburg, Zürich 1984
- ders., Gesammelte Werke, 3 Bd. in 1, Topos, Vaduz 1978
- ders., Sozialismus und Freiheit, West-Berlin 1984
- ders. Revolutionärer Katechismus, Volkspreisheft, Ort und Datum unbek.
- Dowe Dieter (Hg.), Reprints zur Sozialgeschichte. Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands. Abgehalten vom 5.- 7. 10. 1920 zu Berlin / Erster Reichsbetriebsräte- Kongreß für die Metallindustrie, Abgehalten vom 5. - 7.12.1921 in Leipzig, Berlin, Bonn 1981
- IAA (Hg.). 10 Jahre Internationaler Klassenkampf. Gedenkschrift zum Zehnjährigen Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin, o. Jahresangabe (1932)
- Kropotkin Peter, Die Eroberung des Brotes, hg. von Haug Wolfgang, Bern, Grafenau 1989
- ders., Gegenseitige Hilfe in der Tier und Menschenwelt, Wien, Grafenau 1989
- ders., Gesetz und Autorität, Berlin 1985
- ders., Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1976

- ders., Syndikalismus und Anarchismus, Meppen 1981
- ders., Der anarchistische Kommunismus seine Grundlagen und Prinzipien, Berlin 1922
- Landauer Gustav, Auch die Vergangenheit hat Zukunft. Essays zum Anarchismus, Frankfurt a.M., 1989
- ders., Aufruf zum Sozialismus, Wetzlar 1978
- ders., Revolution, Berlin 1974
- ders., Stell Dich Sozialist, West- Berlin 1983
- Oerter Fritz, Was wollen die Syndikalisten, Berlin 1920
- Proudhon Pierre- Joseph, oevres complètes, 33 Bd., Paris 1868-1876, Neuauflage in 11 Bd., Paris 1923-1959
- ders., ausgewählte Texte, hg. von Ramm Th., Stuttgart 1963.
- ders. Bekenntnisse eines Revolutionärs, Reinbeck 1969,
- ders. Eigentum ist Diebstahl, anarchistische Texte , 2. Auflage, Berlin 1977.
- ders., Demokratie und Republik, hg. von Elben Druck, Elmstein/Pfalz, Datum unbek.
- Ritter Hermann, Industrieller Antimilitarismus (Gewalt oder Gewaltlosigkeit). Referat auf der Reichskonferenz der Föderation der Metall- und Industriearbeiter F.A.U.D. (Syndikalisten). Abgehalten zu Erfurt am 10. und 11. Juli 1921, als Broschüre gedruckt, Berlin o.J. (1921)
- Roche Karl, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, Berlin 1919
- Rocker Rudolf, Prinzipienklärung des Syndikalismus in: Arbeiterselbstverwaltung. Räte, Syndikalismus, Hg., Karin Kramer Verlag, Berlin 1979
- ders., Über das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus, Berlin 1923, Reprint Frankfurt a.M. 1979
- ders., Parlamentarismus und Arbeiterbewegung, Reprint Frankfurt a.M. 1978
- ders., Der Bankerott des russischen Staatskommunismus, Berlin 1921
- Studienkommission der Berliner Arbeiterbörse, Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, Berlin o.J. (1922)
- Rüdiger Helmut, Konstruktive Zukunftsaufgaben des Syndikalismus, o. Ortsangabe, 1929
- Wartenberg Gerhard, Über Hildburghausen ins Dritte Reich? Nationalsozialismus und Arbeiterklasse, Berlin 1932

Sekundärliteratur

- Aigte Gerhard, Die Entwicklung der revolutionären syndikalistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Die Internationale, Zeitschrift für die revolutionären Arbeiterbewegung,

Gesellschaftskritik und sozialistischen Neuaufbau, Hg. Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho- Syndikalisten), Nr. 6, Berlin 1931

- Aleff Eberhard (Hg.) u.a., Edition Zeitgeschehen, Das Dritte Reich, 19. Aufl., Hannover 1982
- Berner Rudolf, Die unsichtbare Front. Bericht über die illegale Arbeit in Deutschland (1937), hg., annotiert und ergänzt durch eine Studie zu Widerstand und Exil deutscher Anarchisten und Anarchosyndikalisten von Graf Andreas G. und Nelles Dieter, Berlin/Köln 1997
- Boblenz Frank, Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Sömmerda und Umgebung, in: Sömmerdaer Allgemeine (Thüringer Allgemeine), vom 25.3.1995
- Bock Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969
- ders., Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Heft 3, September 1989
- Brunner Detlev, Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte. Bestandsverzeichnis Ostberliner Archive zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1933, Essen 1992
- Carter April, Die politische Theorie des Anarchismus, Berlin 1979
- Chalmers Martin, Von Kirschen, Erdbeeren und einer Ernte. Die blutigen Markunruhen vom 2. Juli 1919. Ein Beitrag zur unruhigen Geschichte Dortmunds und der Dortmunder, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit (AGWA), Nr. 7, Bochum 1985
- Colm Gerhard, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März bis April 1920, Essen 1921
- Deppe Frank, Fülberth Georg, Harrer Jürgen (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977
- Diesterweg Oberschule Sömmerda . Forschungsauftrag der Klasse 9a zum Thema: „Erforscht die Ortsgruppe der KPD ...“, masch. Manuskript, Datum unbek.
- Dörnemann Manfred, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet: Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Strömungen nach dem Sturz des Kaiserreiches, Bochum 1966
- Engelmann Bernd, Einig gegen Recht und Freiheit. Deutsches Anti-Geschichtsbuch 2. Teil, München, Gütersloh, Wien 1975
- Engels Friedrich, „Die Geschichte des gezogenen Gewehrs“, in: Marx/Engels Gesamtausgabe, Berlin, Bd. 15
- Fährnders Walter, Rector Martin, Linksradikalismus und Literatur. Untersuchungen zur Geschichte der sozialistischen Literatur in der Weimarer Republik, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg 1974
- FAU/IAA (Hg.), Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. Zur Geschichte der „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften“ (1897-1919) und der „Freien Arbeiter Union Deutschlands“ (1919-1939)
- Fricke Dieter, Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalistische Gewerkschaften), in: ders., Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, Berlin (Ost) 1976
- Fritsch Werner, Beiträge zur Geschichte Thüringens. Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes gegen Faschismus, Militarismus und Kriegsgefahr in Thüringen, Erfurt 1966

- Gerlach Erich, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. X, Göttingen 1955
- Haug Wolfgang (Hg.), Die Eroberung des Brotes, Bern, Grafenau 1989
- ders., Eine Flamme erlischt. Die Freie Arbeiter Union Deutschlands [Anarchosyndikalisten] von 1932 bis 1937 in: IWK, 25. Jg., 1989, Nr.3
- Havers Frank, Dem Militarismus keinen Mann und Keine Waffe! sei unsere Parole. Boykott der Kriegsproduktion bei Rheinmetall in Sömmerda, in: Freies Schaffen. Rundbrief für alle über den Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Linksradikalismus sowie antiautoritäre Bewegungen forschenden Historikerinnen und Historiker, hobbyhalber oder -ganzer oder so..., Nr. 19, Mai 1996
- Internationaler Arbeiter-Verlag Berlin (Hg.), Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin, 1929
- Internationaler Arbeiter-Verlag Berlin (Hg.), Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929
- Kater Fritz, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1921
- Klan Ulrich/ Nelles Dieter: „Es lebt noch eine Flamme“, Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990
- Körber Bernd, Untergang der Information oder Geschichtsfälschung, Hausarbeit zum Orientierungsseminar 1993 an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Kommunikationswissenschaften, Studiengang Journalisten-Weiterbildung, Sömmerda, Mai 1993
- Kuckuk Peter, Syndikalisten und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: AGWA, Nr. 14, Frankfurt a.M., 1996
- Kühnl Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975
- Kulemann Wilhelm, Die Berufsvereine. 1. Abt.: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder. Organisation der Arbeitnehmer Deutschlands, Bd. 2, Jena 1908
- Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Thüringen. Blätter zur Landeskunde. Thüringen in der deutschen Revolution 1848/49, Erfurt 1994
- Linse Ulrich, Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1918-1933. Zur Geschichte und Ideologie der anarchistischen und unionistischen Kinder- und Jugendorganisation, Frankfurt/M. 1976
- ders., Die „Schwarzen Scharen“ - eine antifaschistische Kampforganisation deutscher Anarchisten in: AGWA, Nr. 9, Bochum 1989
- Lucas- Busemann Erhard, Hat Friedrich Ebert dem Mechterstädter Arbeitermord vom März 1920 nachträglich eine legale Grundlage zu geben versucht?, in: AGWA Nr. 5, Berlin 1982
- Lucas Erhard, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1976
- ders. Märzrevolution 1920, 3 Bd.,
Bd. 1, Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, Frankfurt a.M., 1970
Bd. 2, Der bewaffnete Aufstand in seiner Struktur, Frankfurt a.M., 1973
Bd. 3, Die Niederlage, Frankfurt a.M., 1978
- ders., Die Märzrevolution von 1920 und ihre historische Verarbeitung, in: Schwarzer Faden. Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, Nr. 2, 1990

- Mack Karl, Als Arbeiter und Bauern kamen überein... Beispiele vom Kampf der Arbeiterklasse des Kreises Sömmerda unter Führung ihrer Partei gegen den Faschismus und für die antifaschistisch- demokratische Umgestaltung. Sömmerdaer Heimethefte Nr. 1. Beiträge zur Geschichte des Kreises Sömmerda, ebenda 1989
- Meijer H.Canne, Die Arbeiterrätebewegung in Deutschland (1918-1933), 1985 Erscheinungsort unbek
- Müller Andreas, Aufbruch in neue Zeiten. Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik, in : AGWA, Nr. 8, Bochum 1987
- Müller Dirk H., Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985
- ders., Der Syndikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, in: Matthias E, / Schönhoven K. (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984
- Oberländer Erwin (Hg.), Dokumente der Weltrevolution, Bd. 4, Der Anarchismus, Frankfurt a.M., Wien, Zürich 1972
- Regin Cornelia, Hausfrau und Revolution. Die Frauenpolitik der Anarchosyndikalisten in der Weimarer Republik, in: IWK, Nr. 3, September 1989
- Rheinmetall/Borsig AG (Hg.), „Nikolaus Dreyse und das Werk Sömmerda“, „Sömmerda und seine Geschichte“, in: Betriebszeitung Rheinmetall/Borsig AG, Nr. 7-8, Sömmerda 1942,
- Rübner Hartmut, Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin/Köln 1994
- ders., Linksradikale Gewerkschaftsalternativen: Anarchosyndikalismus in Norddeutschland von den Anfängen bis zur Illegalisierung nach 1933, in: AGWA, Nr.14, Frankfurt a.M., 1996
- Schneider Dieter, Kuda Rudolf, Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt a.M., 1969
- Schönhoven Klaus, Lokalismus, Berufsorientierung, Industrieverband. Zur Entwicklung der organisatorischen Binnenstrukturen der deutschen Gewerkschaften vor 1914 in: Mommsen W./ Husung H.G. (Hg.), Auf dem Weg zur Massengesellschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914, Stuttgart 1984
- Schüle Annetret, BWS Sömmerda. Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen 1816-1995. Dreyse & Collenbusch/ Rheinmetall/ Büromaschinenwerk, Erfurt 1995
- SED- Kreisleitung Sömmerda - Bildungsstätte. Ein Geschichtlicher Rückblick, masch. Manuskript, Datum unbek.
- SED Sömmerda (Kreisleitung), Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.). 12 Tage. Deutsche Arbeitergeschichte im Kreis Sömmerda , Sömmerda, o.J. (wahrscheinlich 1956)
- Seidler Erich, „Waffen für Berlin“, in: Seitdem hat die Welt ihre Hoffnung, Beiträge zur Geschichte der Thüringer Arbeiterbewegung, Ort unbek., 1956
- Stadt Sömmerda (Hg.), Übersicht über die Stadtgeschichte, Manuskript, Stadt- und Kreisbibliothek Sömmerda, o.T., o.J.
- Stowasser Horst, Leben ohne Chef und Staat. Träume und Wirklichkeit der Anarchisten, Frankfurt a.M., 1986

- Tenfelde Klaus, Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905-1919, in: Mommsen Hans, Borsdorf Ulrich (Hg.): Glück auf Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln, 1979
- Theißen R., Walter P., Wilhelms J., Der Anarcho- Syndikalistische Widerstand an Rhein und Ruhr, Meppen/Ems 1980
- Tramke Jürgen, Die Sozialisierungsbewegung im Steinkohlenbergbau an der Ruhr, in: Mommsen Hans, Borsdorf Ulrich (Hg.), Glück auf Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979
- VEB Robotron- Büromaschinenwerk „Ernst Thälmann“ Sömmerda, (Hg.), Wir Über Uns 1817/1945, Betriebsgeschichte VEB Robotron-Büromaschinenwerk „Ernst Thälmann“, Sömmerda, 1989
- ders., Kurzer Abriß über die geschichtliche Entwicklung des VEB Büromaschinenwerkes Sömmerda, masch. Manuskript, 3 S., Datum unbek.
- ders., VEB Robotron Büromaschinenwerk, Geschichte des Betriebes, masch. Manuskript, 18 S., 1974
- ders., Rheinmetall Sömmerda. Zehn Jahre volkseigener Betrieb, masch. Manuskript, 9S., Datum wahrscheinlich 1956
- Vogel Angela, Der deutsche Anarcho-Syndikalismus, Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung, Berlin 1977
- Waldzus Waldemar, Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse Sömmerdas/Thür. und ihre Niederschlagung durch die Konterrevolution im Frühjahr 1920 (Kapp-Putsch), Wissenschaftliche Hausarbeit an der pädagogischen Hochschule Potsdam, Fakultät Philosophie, Fachrichtung Geschichte vom 31.3.1964
- Weberskirch Klaus, Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands im Regierungsbezirk Aachen nach dem ersten Weltkrieg. Magisterarbeit im Fach Geschichte an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 1988
- Wentzel Lothar, Inflation und Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes 1919- 1924, Hannover
- Wienand Peter, Der „geborene“ Rebell. Rudolf Rocker - Leben und Werk, Berlin 1981
- Wolf Siegbert, „ ... bis die Bestie Kapitalismus niedergedrungen und der Moloch Staat zertrümmert ist.“ Der erste Prozeß des Volksgerichtshofes gegen die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) im Sommer 1936 in: AGWA, Nr. 11, Fernwald (Annerod) 1991
- zur Mühlen Patrik v., Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Berlin/Bonn 1985

Romane

- Plievier Theodor, Des Kaisers Kulis, Köln 1984
-

[1] von franz. „syndikat“: Gewerkschaft.

[2] Rübner Hartmut, Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin/Köln 1994, S.141.

[3] Klan Ulrich/ Nelles Dieter: „Es lebt noch eine Flamme“, Rheinische Anarcho-Syndikalistin/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990, S. 27.

[4] zu Proudhon s., z.B., oevres complètes, 33 Bd., Paris 1868-1876, Neuauflage in 11 Bd., Paris 1923-1959, ausgewählte Werke, Hg. Ramm Th., Stuttgart 1963, Bekenntnisse eines Revolutionärs, Reinbeck 1969, Eigentum ist Diebstahl, anarchistische Texte , 2. Auflage, Berlin 1977, Demokratie und Republik, hg. von Elben Druck, Elmstein/Pfalz, Datum unbek.

[5] Zu Bakunin s. u.a.: Oberländer Erwin (Hg.), Dokumente der Weltrevolution, Bd. 4, Der Anarchismus, Frankfurt a.M., Wien, Zürich 1972, S. 146-186. Bakunin Michael, Staatlichkeit und Anarchie, Berlin 1989, Gott und Staat, Monte Verita, Wien 1991, Die Reaktion in Deutschland, Hamburg, Zürich 1984,

Gesammelte Werke, 3 Bd. in 1, Topos, Vaduz 1978, Sozialismus und Freiheit, West-Berlin 1984.

[6] Zu Monatte s. u.a., Oberländer a.a.O., S. 325-346.

[7] Zu Pelloutier, Ebenda, S. 316-324.

[8] Zu Kropotkin s. u.a.: Haug Wolfgang (Hg.), Die Eroberung des Brotes, Bern, Grafenau 1989.

Kropotkin Peter, Gegenseitige Hilfe in der Tier und Menschenwelt, Wien, Grafenau 1989, Gesetz und Autorität, Berlin 1985, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1976, Syndikalismus und Anarchismus, Meppen 1981, Der anarchistische Kommunismus seine Grundlagen und Prinzipien, Berlin 1922. S. auch Oberländer, a.a.O., S. 189-193.

[9] Zu Landauer s. u.a.: Auch die Vergangenheit hat Zukunft. Essays zum Anarchismus, Frankfurt a.M., 1989. Landauer Gustav, Aufruf zum Sozialismus, Wetzlar 1978, Revolution, Berlin 1974. Stell Dich Sozialist, West- Berlin 1983. Oberländer, a.a.O., S. 119-135.

[10] Klan/Nelles, a.a.O., S. 27, mehr dazu, Ebenda, S. 27-29.

[11] Ebenda.

[12] Ebenda, sowie Gerlach Erich: Syndikalismus, in, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. X, Göttingen 1955, S. 271. Über den Zusammenhang zwischen Anarchismus und Liberalismus s., Carter April, Die politische Theorie des Anarchismus, Berlin 1979, S. 19-32.

[13] Vgl., Vogel Angela, Der deutsche Anarcho-Syndikalismus, Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung, Berlin 1977, S. 84-87.

[14] Ebenda, S. 85.

[15] Ebenda, S. 86.

[16] Rocker Rudolf, Prinzipienklärung des Syndikalismus in: Arbeiterselbstverwaltung. Räte, Syndikalismus, Hg., Karin Kramer Verlag, Berlin 1979, S.8-42, hier S.11.

[17] Ebenda.

[18] Klan /Nelles: a.a.O., S. 28.

[19] Ebenda.

[20] Colm Gerhard: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März bis April 1920, Essen 1921, S. 81.

[21] Zur Biographie Kropotkins s. u.a. , Oberländer, a.a.O., S. 142-144.

[22] Vgl. Kropotkin Peter, Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Berlin 1976 , sowie der anarchistische Kommunismus, Berlin 1922.

[23] Vgl. z.B, ders., Gegenseitige Hilfe in der Tier und Menschenwelt, Reprint Wien, Grafenau 1989, sowie Klan/Nelles, a.a.O., S. 29-30.

[24] Z.B. politische Parteien, Zentralgewerkschaften.

[25] Zur Biographie Rockers s. u.a., Wienand Peter, Der „geborene“ Rebell. Rudolf Rocker - Leben und Werk, Berlin 1981.

[26] S. dazu z.B., Klan/Nelles, a.a.O., S. 27- 30 und S. 72-75. Rocker Rudolf, Über das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus, Berlin 1923, Reprint Frankfurt a.M. 1979, S.8 ff, ders. in: Arbeiterselbstverwaltung. Räte, Syndikalismus, S. 13-38. Vogel Angela, a.a.O., S. 169-172. Roche Karl, Was wollen die Syndikalisten? Programm, Ziele und Wege der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, Berlin 1919, S. 9. Oerter Fritz, Was wollen die Syndikalisten, Berlin 1920, S. 11-13. Rübner Hartmut, a.a.O. Kap. 4 und 9. Aigte Gerhard, Die Entwicklung der revolutionären syndikalistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Die Internationale, Zeitschrift für die revolutionäre Arbeiterbewegung, Gesellschaftskritik und sozialistischen Neuaufbau, Hg. Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten), Nr. 6, Berlin 1931, S. 163-166.

[27] Klan/Nelles, a.a.O., S. 30.

[28] *„Mit der Entwicklung des Privatbesitzes und der damit verbundenen Klassengegensätze entstand für die besitzenden Klassen die Notwendigkeit einer mit allen technischen Gewaltmitteln ausgerüsteten politischen Organisation zum Schutz ihrer Privilegien und zur Niederhaltung der breiten Massen --- der Staat. Ist der Staat somit in erster Linie ein Produkt des Privatmonopols und der Klassenteilung, so wirkt er, einmal in Existenz, mit allen Mittel der List und Gewalt für die Aufrechterhaltung des Monopols und der Klassenunterschiede, folglich für die Verewigung der wirtschaftlichen und sozialen Versklavung der breiten Massen des Volkes und hat sich im Laufe seiner Entwicklung zur gewaltigsten Ausbeutungsinstitution der zivilisierten Menschheit emporgeschwungen.*

Die äußerliche Form des Staates ändert an dieser geschichtlichen Tatsache nichts. Monarchie oder Republik, Despotie oder Demokratie --- sie alle stellen nur verschiedenen politische Ausdrucksformen des jeweiligen wirtschaftlichen Ausbeutungssystems vor, die sich zwar in ihrer äußerlichen Gestaltung, nie aber in ihrem innerlichen Wesen voneinander unterscheiden und in all ihren Formen nur eine Verkörperung der organisierten Gewalt der besitzenden Klassen sind.

Mit der Entstehung des Staates beginnt die Ära der Zentralisation, der künstlichen Organisation von oben nach unten. (...) Ist doch der Zentralismus die extremste Verkörperung jenes Systems, das die Regelung der Angelegenheiten Aller einzelnen Personen in Bausch und Bogen überträgt: Dadurch wird der einzelne zur Marionette, die von oben her gelenkt und geleitet wird, ein totes Rad in einem ungeheuren Mechanismus. Die Interessen der Allgemeinheit müssen den Privilegien einer Minderheit das Feld räumen, die persönliche Initiative dem Befehl von oben, die Verschiedenartigkeit der Uniformität, die innere Verantwortlichkeit einer toten Disziplin, die Erziehung der Persönlichkeit einer geistlosen Dressur --- und das alles zu dem Zwecke loyale Untertanen heranzubilden, die an dem Fundament des Bestehenden nicht zu rütteln wagen, willige Ausbeutungsobjekte für den kapitalistischen Arbeitsmarkt. So wird der Staat zum mächtigsten Hemmnis jedes Fortschritts und jeder kulturellen

Entwicklung, zum festen Bollwerk der besitzenden Klassen gegen die Befreiungsbestrebungen des arbeitenden Volkes“, Rocker Rudolf, in: Arbeiterselbstverwaltung. Räte, Syndikalismus, S. 9-10.

[29] Oerter Fritz, a.a.O., S. 6.

[30] Ebenda.

[31] Ebenda.

[32] Ebenda.

[33] 27. - 30.12. 1919, in Berlin. S. dazu das Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften vom 27.-30.12.1919 in Berlin.

[34] Oerter Fritz, a.a.O., S. 6.

[35] Ebenda.

[36] Ebenda.

[37] Vgl. dazu z.B., Rocker Rudolf, Parlamentarismus und Arbeiterbewegung, Reprint Frankfurt a.M., 1978, sowie, ders. in: Arbeiterselbstverwaltung. Räte Syndikalismus, S. 13-38, ders., Der Bankerott des russischen Staatskommunismus, Berlin, 1921.

[38] Oerter, a.a.O., S. 6.

[39] Klan/Nelles, a.a.O., S. 31.

[40] Oerter, a.a.O., S.6. Das bedeutet, daß es der Anspruch der AnarchosyndikalistInnen war, schon im „hier und jetzt“ mit der Umgestaltung der Gesellschaft zu beginnen und nicht bis „nach der Revolution“ zu warten.

[41] *„Die heutige Gesellschaftsform, die auch die kapitalistische genannt wird, gründet sich auf die wirtschaftliche, politische und soziale Versklavung des werktätigen Volkes und findet einerseits im sogenannten ‘Eigentumsrecht’, d.h. im Monopol des Besitzes, andererseits im Monopol der Macht, ihren wesentlichen Ausdruck.*

Durch die Monopolisierung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel in der Hand kleiner privilegierter Gesellschaftsgruppen sind die produzierenden Klassen gezwungen, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten den Eigentümern zu verkaufen, um ihre Leben fristen zu können, und müssen infolgedessen einen erheblichen Teil ihres Arbeitsertrages an die Monopolisten abtreten. Auf diese Weise in die Stellung rechtloser Lohnsklaven gedrängt, haben sie keinerlei Einfluß auf den Gang und die Gestaltung der Produktion (...) Es ist daher auch ganz natürlich, daß bei einem solchen Zustand der Dinge die Grundlage der heutigen Gütererzeugung nicht durch die Bedürfnisse der Menschen, sondern in erster Linie durch die Voraussetzung des Gewinns für den Unternehmer bestimmt wird. Da aber dasselbe System auch dem Austausch und der Verteilung der Produkte zugrunde liegt, so sind die Folgen auch auf diesem Gebiete dieselben und finden in der rücksichtslosen Ausbeutung der breiten Massen zugunsten einer kleinen Minderheit Besitzender ihren Ausdruck. Ist die Beraubung des Produzenten der mehr oder weniger verschleierte Zweck der kapitalistischen Produktion, so ist der Betrug an den Konsumenten der eigentliche Zweck des kapitalistischen Handels“. Rudolf Rocker in: Arbeiterselbstverwaltung. Räte, Syndikalismus, S.8.

[42] Kuckuk Peter, Syndikalisten und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 14, Frankfurt a.M., 1996, S. 16, zukünftig abgekürzt als AGWA, Nr. 14, S. 16.

[43] Ab November 1922: Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten), FAUD(AS)

[44] Sie hießen zunächst Arbeiterbörsen, später wurde der geschlechtsneutrale Begriff eingeführt. S. Rübner, a.a.O., S. 49.

- [45] Vgl. dazu, Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus. Hrsg. von der Studienkommission der Berliner Arbeiterbörse, Berlin o.J. (1922), S. 8-19. Oerter, a.a.O., S. 11-13. Roche, a.a.O., S.9-13. Rübner, a.a.O., Kap. 4. Klan/Nelles, a.a.O., S.32-33. Bock Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969, S.153-167.
- [46] Z.B. Föderation der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Bauarbeiter etc. Waren an einem Ort weniger als 25 Personen eines Industriezweiges in der FAUD, bildeten diese zunächst sog. Vereinigungen aller Berufe. Waren mehr als 25 Personen vorhanden, dann sollten die entsprechenden Ortsvereine sich zur Föderation zusammenschließen.
- [47] Da die FAUD keine Zentralkasse hatte, riefen z.B. streikende Organisationen, wenn die eigenen Finanzen nicht mehr ausreichten, zu Solidaritätszahlungen innerhalb der FAUD auf.
- [48] Rübner Hartmut, Linksradikale Gewerkschaftsalternativen: Anarchosyndikalismus in Norddeutschland von den Anfängen bis zur Illegalisierung nach 1933, in: AGWA, Nr. 14, Frankfurt a.M., 1996, S. 67-108, hier S. 67-68.
- [49] Vgl., die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, S. 8-19. Rübner, Freiheit und Brot, Kap. 4. Klan/Nelles, S. 32-33.
- [50] Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, S. 8.
- [51] Rübner, a.a.O., S. 51.
- [52] Zu den Industrieföderationen s. Anm. 46.
- [53] Oerter, a.a.O., S. 7.
- [54] Föderation der Bergarbeiter, Bauarbeiter, Metall- und Industriearbeiter, Kommunal- und Verkehrsarbeiter, Holzarbeiter, Textil- und Bekleidungsarbeiter, Rübner, a.a.O., S. 52.
- [55] Zur „direkten Aktion vgl., Rüdiger Helmut, Konstruktive Zukunftsaufgaben des Syndikalismus, o. Ortsangabe, 1929, S. 4-9. Rübner, a.a.O., Kap. 8. Klan/Nelles, a.a.O., S. 33-38. Vogel, a.a.O., S. 173-188
- [56] Klan/Nelles, a.a.O., S. 33.
- [57] Lucas Erhard, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt a.M. 1976, S. 163.
- [58] Vogel, a.a.O., S. 177.
- [59] Vogel, a.a.O., S. 180.
- [60] Für den Aufbau einer herrschaftslosen Gesellschaft nach einem siegreich beendeten Generalstreik wurden z.B. von der Studienkommission der Berliner Arbeitsbörse Richtlinien entworfen, s.: Die Arbeiterbörsen des Syndikalismus, S. 20-47. Es wurde betont, daß mit diesen Richtlinien „*nur ein möglicher Weg zu einem erwünschten idealen Ziel vorgezeichnet*“ werde, Ebenda, S. 27, Unterstreichung durch den Verf.
- [61] A.a.O., S. 33-34.
- [62] Rübner, a.a.O., S. 133-134. Vgl. auch, Aigte in : Die Internationale, Nr. 8-9 (Juni/Juli 1931), S. 202-203,
- [63] Lucas Erhard, Märzrevolution 1920, Bd. 1, Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, Frankfurt a.M., 1970, S. 63.
- [64] Vgl., Klan/Nelles, a.a.O., S. 34.

[65] Zur Organisationsgeschichte des Syndikalismus in Deutschland bis zur Gründung der FAUD(S), vgl. z.B.: Aigte, Die Entwicklung der revolutionären syndikalistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Die Internationale, Nr. 6, Mai 1931, S. 156-162. Kulemann Wilhelm, Die Berufsvereine. 1. Abt.: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder. Organisation der Arbeitnehmer Deutschlands, Bd. 2, Jena 1908, S. 96-108.

Klan/Nelles, a.a.O., Kap.1. Rübner, a.a.O., S. 13-40. Bock, a.a.O., Kap. II.3, ders., Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Heft 3, September 1989, S. 295-316. FAU/IAA (Hg.), Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. Zur Geschichte der „Freien Vereinigung Deutscher Gewerkschaften“ (1897-1919) und der „Freien Arbeiter Union Deutschlands“ (1919-1939), München 1986, S. 3-8. Müller Dirk H., Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985, S. 140-197, ders., Der Syndikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, in: Matthias E./ Schönhoven K. (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 57-68. Tenfelde Klaus, Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft 1905-1919, in: Mommsen Hans, Borsdorf Ulrich (Hg.): Glück auf Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln, 1979, S. 199-225. Vogel Angela, Der deutsche Anarcho-Syndikalismus, Teil A. Schönhoven Klaus, Lokalismus, Berufsorientierung, Industrieverband. Zur Entwicklung der organisatorischen Binnenstrukturen der deutschen Gewerkschaften vor 1914, in: Mommsen W./Husung H.G. (Hg.), Auf dem Weg zur Massengesellschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914, Stuttgart 1984, S. 277-296. Fricke Dieter, Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalistische Gewerkschaften), in: ders., Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, Berlin (Ost) 1976, S. 746-756.

[66] Rübner, a.a.O., S. 33.

[67] Die FVdG war zu diesem Zeitpunkt mit etwa 60000 Mitgliedern zu einer Massenbewegung geworden, nachdem sie zu Beginn des 1. Weltkrieges auf 6454 geschrumpft war. 1907 waren es noch 17633 gewesen. Rübner, a.a.O., S. 28 und 36.

[68] Vgl., Klan /Nelles, a.a.O., S. 72, Rübner, a.a.O., S.41.

[69] Zur Geschichte der linkskommunistischen/unionistischen Organisationen in Deutschland, s., Bock. a.a.O., Kap. IV, V, VII, VIII, sowie XI/2. Meijer H.Canne, Die Arbeiterrätebewegung in Deutschland (1918-1933), 1985 Erscheinungsort unbek. Fährnders Walter, Rector Martin, Linksradikalismus und Literatur. Untersuchungen zur Geschichte der sozialistischen Literatur in der Weimarer Republik, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg 1974, Kap. II und III.

[70] Das war ihr laut Klan/Nelles aufgrund ihrer gefestigten organisatorischen und ideologischen Tradition möglich, siehe a.a.O., S. 72.

[71] Vgl., „Richtlinien der ‘Freien Arbeiter-Union’ für Rheinland-Westfalen“, Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 357-358.

[72] Die Begründung lautete: *„Alle politischen Parteien stehen auf dem Standpunkt der Eroberung der politischen Macht im Staate, auch die, welche in ihren Programmen die marxistische oder materialistische Geschichtsauffassung zur Grundlage haben. Sie wollen die politische Macht im Staate erobern, um durch Gebrauch der Saaatsgewalt die geistigen und wirtschaftlichen Verhältnisse umzuformen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß jede Partei, in den Besitz der Macht gelangt, stationär und in der Folge reaktionär wirken muß. Parteien sind Organisationen von Gesinnungsverwandten, nicht von Interessensgleichen (...). Demzufolge können Mitglieder anarcho- syndikalistischer Organisationen einer politischen Partei nicht angehören“*, Rübner, a.a.O., S. 73.

[73] So spaltete sich z.B. die aus der Allgemeinen Bergarbeiter-Union hervorgegangene marxistisch orientierte „Union der Hand-und Kopfarbeiter Deutschlands“ (UdHuK) 1921 von der FAUD ab. Das bedeutet für diese eine Mitgliederverlust von ca. 80000 Personen, bei vorher ca. 150000, vgl. Bock, Anarchosyndikalismus in Deutschland, S. 322-323. Berner Rudolf, Die unsichtbare Front. Bericht über die illegale Arbeit in Deutschland (1937), hg.,

annotiert und ergänzt durch eine Studie zu Widerstand und Exil deutscher Anarchisten und Anarchosyndikalisten von Graf Andreas G. und Nelles Dieter, Berlin/Köln 1997, S. 83.

[74] S. Anm. 26. Oerter, Was wollen die Syndikalisten. K.Kramer Verlag, Arbeiterselbstverwaltung. Räte, Syndikalismus, S. 8-42, sowie Protokoll über den 12. Kongreß der FVdG.

[75] Klan/Nelles, Es lebt noch eine Flamme, S. 74.

[76] So war sie z.B. bei Streiks dafür zuständig Gelder an die jeweils streikenden Organisationen zu vermitteln. Die FAUD hatte keinen zentralen Streikfonds um das Prinzip der freiwilligen, direkten Solidarität nicht zu verwässern und weil eine zentrale Streikkasse nach Meinung der AnarchosyndikalistInnen den spontanen Kampfwillen einschränke, bzw. zerstöre.

Reichte nun einer lokalen Organisation ihr eigener Streikfond nicht mehr aus, so rief diese, oder die Geschäftskommission im Syndikalist zur Solidarität durch die anderen FAUD Ortsvereine auf und ließ der jeweiligen Börse die eingegangenen Solidaritätsgelder zukommen.

[77] Neben dem Syndikalist wurden von den FAUD Organisationen noch 139 weitere lokale oder regionale Publikationen herausgegeben, die unterschiedliche Schwerpunkte hatten: Mitgliederzeitschriften, regionale Blätter, Fach- und berufsbezogene Blätter, Betriebszeitungen, Agitationsblätter anlässlich Maidemonstrationen, Interne Diskussionsorgane und Publikationen zu theoretischen Fragen, ab 1933 Publikationen in der Illegalität, bzw. internationale Ausgaben, Jugend- und Kinderzeitschriften, Blätter der oppositionellen Freidenkerbewegung, Zeitschriften für Gruppierungen mit Sonderinteressen und internationale Publikationen, Blätter der „schwarzen Scharen“ (antifaschistische Kampforganisationen der FAUD), Zeitschriften mit kulturellen Intentionen, Periodika aus dem syndikalistischen Umfeld, bzw. mit anarchosyndikalistischen Tendenzen.

Zu den einzelnen Publikationen s., Rübner a.a.O., S. 279-294, sowie Graf/Nelles, Die unsichtbare Front, S. 131-152.

[78] Internationale Arbeiterassoziation, gegründet 1922 in Berlin.

[79] Rübner, a.a.O., S. 57. Einen knappen Gesamtüberblick über den organisatorischen Aufbau der FAUD gibt Rübner im Kap. 4., ebenso Klan/Nelles, Es lebt noch eine Flamme, S. 118-123.

[80] Vgl., Tramke Jürgen, Die Sozialisierungsbewegung im Steinkohlenbergbau an der Ruhr, in: Mommsen Hans, Borsdorf Ulrich (Hg.), Glück auf Kameraden. Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979, S. 225-249. Ebenda, Tenfelde Klaus, Linksradikale Strömungen in der Ruhrbergarbeiterschaft, S. 199-223. Die FAUD war Ende 1919 fast an jedem Ort des Ruhrgebietes vertreten, allein die Bergarbeiterföderation hatte hier 28000 Mitglieder. In der Metallarbeiterföderation waren 10000 Personen organisiert, ebenda, S. 223.

Zur Sozialisierungsbewegung siehe weiterhin, Stowasser Horst, Leben ohne Chef und Staat. Träume und Wirklichkeit der Anarchisten, Frankfurt a.M., 1986, S. 135-163. Klan/Nelles, a.a.O., S. 63-69.

[81] Vgl., Klan/Nelles, a.a.O., S. 97-98. Chalmers Martin, Von Kirschen, Erdbeeren und einer Ernte. Die blutigen Markunruhen vom 2. Juli 1919. Ein Beitrag zur unruhigen Geschichte Dortmunds und der Dortmunder, in: AGWA, Nr. 7, Bochum 1985, S. 57-67.

[82] Allein in Dortmund zählte die FAUD Mitte 1920 ca. 20000 Mitglieder. Vgl. Müller Andreas, Aufbruch in neue Zeiten. Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik, in : AGWA, Nr. 8, Bochum 1987, S. 121-154, hier S. 128.

In Mühlheim und Hamborn kam es während des Märzauflandes aufgrund der mehrheitlich syndikalistisch organisierten Betriebsräte zur kollektiven Leitung der Thyssen-Betriebe. *„Die Mitglieder der Familie Thyssen waren bei der Niederlage der Reichswehr aufs linke Rheinufer geflohen. Die Lücken in der Leitung der Betrieb wurden von den Betriebsräten gefüllt, und zwar mit einer solchen planvollen Überlegenheit, daß ein Mitglied der Familie Thyssen in Den Haag gegenüber einem Vertreter der englischen Botschaft daraus den Schluß zog, der ganze*

Aufstand müsse von den <<Spartakisten>> von langer Hand gründlich vorbereitet gewesen sein“, Lucas E., Märzrevolution 1920, Bd. 2: Der bewaffnete Aufstand in seiner Struktur, Frankfurt a.M., 1973, S. 49-50.

An der während des Aufstandes gebildeten sog. ‘Roten Ruhr Armee’ waren nach einer Angabe in der zeitgenössischen Arbeit Gerhard Colms 44,9% FAUD-Mitglieder beteiligt, neben 53,2% ADGB,- 1,1% Hirsch-Dunkerschen und 0,8% Mitgliedern christlicher Gewerkschaften, Zahlen nach: Colm Gerhard, Beitrag zur Geschichte des Ruhraufstandes von März-April 1920, Essen 1921. Colms Zahlen sind sicher mit Vorsicht zu genießen, was er selbst auf Seite 49 mit der Begründung angibt, daß „die Rote Armee ein dauernd im Wechsel befindliches Gebilde“ war. Sie geben aber sicherlich eine Tendenz wieder. Die Basis von Colms Angaben waren Listen der Revolutionsopfer auf seiten der ArbeiterInnenschaft. Bei 374 war die gewerkschaftliche Zugehörigkeit angegeben.

Nach wie vor ein Standardwerk zum „Kapp-Putsch“ und Märzaufstand: Lucas Erhard, Märzrevolution 1920, 3 Bd., zukünftig abgekürzt als Lucas, Märzrevolution

- Bd. 1, Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, Frankfurt a.M., 1970
- Bd. 2, Der bewaffnete Aufstand in seiner Struktur, Frankfurt a.M., 1973
- Bd. 3, Die Niederlage, Frankfurt a.M., 1978

Außerdem sehr interessant zum Thema, ders., Die Märzrevolution von 1920 und ihre historische Verarbeitung, in: Schwarzer Faden. Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, Nr. 2, 1990; S. 49-55

[83] Vgl. Klan /Nelles, a.a.O., S. 91-99.

[84] Einen Überblick z.B. über die Kämpfe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geben Klan und Nelles a.a.O. auf den Seiten 61-69 und 76-98.

[85] Die sog. „Zentralarbeitsgemeinschaft“ (zwischen ArbeiterInnen und UnternehmerInnen) und das folgende Betriebsrätegesetz legte die ArbeiterInnenorganisationen auf den sog. Betriebsfrieden fest, d.h., auf den Wiederaufbau, der Ende 1918/1919 angeschlagenen kapitalistischen Wirtschaft, welche ja eigentlich von sehr vielen ArbeiterInnen hatte zugunsten des Sozialismus überwunden werden sollen. Vgl., Internationaler Arbeiter-Verlag Berlin (Hg.), Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin, 1929, S. 414-444. Dowe Dieter (Hg.), Reprints zur Sozialgeschichte. Protokoll der Verhandlungen des Ersten Reichskongresses der Betriebsräte Deutschlands. Abgehalten vom 5.- 7. 10. 1920 zu Berlin / Erster Reichsbetriebsräte- Kongreß für die Metallindustrie, Abgehalten vom 5. - 7.12.1921 in Leipzig, Berlin , Bonn 1981, Anhang S. 79-117. Rübner, Freiheit und Brot, S. 33-36 und Kap. 12.

[86] Colm, a.a.O., S.82.

[87] Rübner, a.a.O., S. 34.

[88] Bock, Anarchosyndikalismus in Deutschland, S. 297.

[89] Z.B., Klaviermacher, Stockarbeiter, Korbmacher, Kistenmacher, Fliesenleger, Messerschläger, Messerreider, Federmesserreider, Ausmacher, Bock, .a.a.O., S. 301, Müller Dirk H., Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte, S. 141.

[90] Bei einer Mitgliederzahl der FVdG von ca. 8000 im Jahre 1910 (Aigte, a.a.O., S. 160) etwa 450 Personen, Tenfelde, a.a.O., S. 216.

[91] Klan/Nelles, a.a.O., S. 338.

[92] Vgl., ebenda S. 348 und Bock, a.a.O., S. 297.

[93] Bock, a.a.O., S. 313.

[94] Klan/Nelles, a.a.O., S. 341.

[95] Ebenda, S. 341-346.

[96] Bock, a.a.O., S. 312.

[97] Ebenda, S. 316.

[98] Die FAUD war bis 1921 auf etwa 150000-200000 Mitglieder angewachsen (Klan /Nelles, a.a.O., S.123). Danach ging ihre Zahl bis etwa Ende 1922 kontinuierlich zurück auf ca. 70000 (Bock, a.a.O., S. 323). Danach fiel sie rapide bis auf etwa 25000 i.J. 1925 (ebenda) und auf 6620 Anfang 1931 (Haug Wolfgang: Eine Flamme erlischt. Die Freie Arbeiter Union Deutschlands [Anarchosyndikalisten] von 1932 bis 1937 in: IWK, Nr.3, 1989, S. 359-379, hier S. 360) . Im März 1932 verfügte die FAUD nur noch über 4307 eingeschriebene Mitglieder, die sich auf 157 Ortsgruppen verteilten (Graf/Nelles, Die unsichtbare Front, S.83).

[99] Klan/Nelles, a.a.O., S.109.

[100] Ebenda. Gemeint waren z.B. Kämpfe zur Verbesserung der Lohn-und Arbeitsbedingungen und Unterrichtung der Mitglieder im sozialrevolutionären Sinn.

[101] Ebenda, S. 125.

[102] Bzgl. der daraus resultierenden Diskussionen und Auseinandersetzungen, vgl. Rübner, a.a.O., Kap. 6, 8 und 10, Klan/Nelles Kap. 3 und 4.

[103] Bock, a.a.O., S. 319-320.

[104] Vgl. Müller Andreas, Aufbruch in neue Zeiten, S. 140-154. Wie wenig diese Menschen begriffen hatten, was für einer Organisation sie beigetreten waren, belegt ein Zitat, indem die SPD und alle links von ihr stehenden Organisationen als Marxisten bezeichnet werden und indem 8 ehemalige Mitglieder der FAUD „begründen“ warum sie nun zu den Gründungsmitgliedern einer NSDAP-Ortsgruppe in Mengede, einem heutigen Vorort im Nordwesten Dortmunds gehörten (Gründungsdatum: 15.10.22), Müller, a.a.O., S.141-142.

Bock bemerkt dazu richtig, jedoch m.E. zu sehr verallgemeinernd, da es sich bei dem obigen Beispiel um eines von sehr wenigen handelt, daß diese *„kurzfristig mobilisierten und ungefestigten Arbeiter(...) unter dem Einfluß konkurrierender, tendentiell organisationsfeindlicher Anarchismuskonzeptionen bis zum Bruch mit ihrer Bewegung und zum übersteigen auf eine in allen wesentlichen Punkten konträre Bewegung getrieben wurden“*, a.a.O., S. 321.

[105] S. Anm. 73.

[106] Zur UdHuK s. Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 179-187, Anarchosyndikalismus in Deutschland, S. 321-324. FAU/IAA, Anarcho-Syndikalismus in Deutschland, S. 13.

[107] Ebenda.

[108] Ebenda.

[109] Duisburg, Oberhausen, Essen III, Gelsenkirchen, Recklinghausen-West, Herne. Vgl. Bock, Anarchosyndikalismus in Deutschland, S. 322.

[110] Ebenda, S. 323.

[111] Vgl. Anmerkung 73.

[112] In der Literatur werden u.a. noch folgende andere Gründe genannt: das Verbot der FAUD während des Ausnahmezustandes zur Zeit der Ruhrbesetzung (Nov. 1923- März 1924) und ihre Weigerung sich den nationalistischen Auswüchsen auch in der ArbeiterInnenbewegung anzuschließen (Klan/Nelles, a.a.O., S. 124); wahrscheinlich spielte auch die Angst vor einem Arbeitsverlust bei einem Bekenntnis zur FAUD eine Rolle (Wienand Peter, Der „geborene“ Rebell: Rudolf Rocker. Leben und Werk, Berlin 1981, S. 337); der Druck, der von Seiten der Zentralgewerkschaften auf die FAUD-Mitglieder ausgeübt wurde, welcher nicht selten zur Entlassung der AnarchosyndikalistenInnen führte (Klan/Nelles, a.a.O., S. 125); die rheinische SeparatistInnenbewegung (Klan/Nelles, a.a.O., S.124-125., Weberskirch Klaus, Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands im Regierungsbezirk Aachen nach dem ersten Weltkrieg. Magisterarbeit im Fach Geschichte an der Rheinisch- Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 1988, S. 137-153); die trotz ihrer Mitgliedschaft in der FAUD bei vielen Mitgliedern immer noch vorhandene Obrigkeitgläubigkeit (Wienand, a.a.O., S.337); Erwerbslosigkeit und Inflation (Klan/Nelles, a.a.O., S.123); die Konzentration auf das wirtschaftliche Fortkommen während der Phase der relativen wirtschaftlichen Stabilität der Weimarer Republik von 1924-29 (Wienand, a.a.O., S.337) und die nicht zu unterschätzende, integrative Wirkung des „Wohlfahrtsstaates“, die die anarchosyndikalistische Bewegung mit ihren radikalen Forderungen ins gesellschaftliche Abseits drängte. Diesem Prozeß entgingen die traditionellen ArbeiterInnenverbände durch ihre Verankerung als gesellschaftliche, d.h. systemstabilisierende Institutionen (Rübner, a.a.O., S. 260-261). Diese Aufzählung ist bestimmt nicht erschöpfend, da es mit Sicherheit noch andere Gründe gab, die FAUD zu verlassen. Ich denke aber, daß die genannten Gründe die wichtigsten sind.

[113] Zum 15. Kongreß vgl., Bock, a.a.O., S. 325-326. Wienand Peter, Der „geborene“ Rebell, S. 336-337.

Klan/Nelles, a.a.O., S.136-139. Vogel, Der deutsche Anarcho- Syndikalismus, S. 203-210.

[114] Klan/Nelles, a.a.O., S. 349.

[115] Ebenda, S. 144-148.

[116] Ebenda, S. 139.

[117] S. Abdruck des Textes in: Dowe, Reprints zur Sozialgeschichte, Anhang, S. 79-119.

[118] Bock, a.a.O., S, 336.

[119] Klan/Nelles, a.a.O., S.241, vgl. auch S. 144-146.

[120] S. dazu Wienand, a.a.O., S. 336.

[121] Ebenda, S. 338.

[122] Zu den Kulturinitiativen s., Rübner, a.a.O., Kap. 11. Klan/Nelles, Kap. 6-9. Bock, Anarchosyndikalismus in Deutschland, Kap. 6.

[123] „ (...) daß die organisierten anarchosyndikalistischen Kulturinitiativen (...) wegen ihrer Distanz zu den inner- und zwischenorganisatorischen Machtkämpfen ein privilegierter Ort für die Erprobung und Festigung der hohen Ideale der Anarcho-Syndikalisten gewesen seien“, Bock, Anarchosyndikalismus in Deutschland, S. 329. Graf und Nelles betonen ebenfalls, daß „je mehr sie [die FAUD, d. Verf.] also seit Mitte der 20er Jahre auf sich selbst gestellt war, desto intensiver wirkte sie als Kulturbewegung und Sozialisationsagentur für ihre Minitanten. (...) Vielleicht liegt die eigentliche innovative Leistung des Anarchosyndikalismus in der Wertorientierung und Verhaltensdisposition der Kerngruppe jener Arbeiter, die [wirkliche, d. Verf.] Träger einer freiheitlichen Sozialismuskonzeption waren“, Graf/Nelles, Die unsichtbare Front, S. 84.

[124] Klan/Nelles, a.a.O., S. 157. Im Dezember 1929 waren 2,9 Mio. Menschen erwerbslos, weitere 3 Mio. leisteten Kurzarbeit, vgl. Engelmann Bernd, Einig gegen Recht und Freiheit. Deutsches Anti-Geschichtsbuch 2. Teil, München, Gütersloh, Wien 1975, S. 80. Am 31.1.1933 waren über 6 Mio. Menschen erwerbslos, s. Aleff Eberhard (Hg.) u.a., Edition Zeitgeschehen, Das Dritte Reich, 19. Aufl., Hannover 1982, S. 36.

[125] Klan/Nelles, a.a.O., S. 157.

[126] 1931: 78%, 1932: 85%, ebenda.

[127] Aleff, a.a.O., S. 35-36. Zum kompletten Parteiprogramm der NSDAP s., Kühnl Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 105-108.

[128] Graf/Nelles, a.a.O., S. 84.

[129] Beispiele publizistischer Art, s. Theißen R., Walter P., Wilhelms J., Der Anarcho- Syndikalistische Widerstand an Rhein und Ruhr, Meppen/Ems 1980, S. 37-39 und S. 41, sowie Klan/Nelles, „Es lebt noch eine Flamme, S. 159.

[130] Vgl. beispielsweise die Schriften von Gerhard Wartenberg, der seine Analysen mit praktisch-politischen Folgerungen verband (Graf/Nelles, a.a.O., Anm. 92). Die bekannteste ist wahrscheinlich Über Hildburghausen ins Dritte Reich? Nationalsozialismus und Arbeiterklasse, Berlin 1932.

Es war den FAUD-Mitgliedern bewußt, was auf sie zukommt, *„wenn der Tanz des Dritten Reiches losgeht, wenn die Auflösung aller Arbeiterkoalitionen von irgendeinem Hitler, Frick oder anderm Best verhängt wird, wenn standrechtliche Erschießungen, die Progrome, Plünderungen, Massenverhaftungen das Recht in Deutschland darstellen“* würden (Graf/Nelles, a.a.O., S. 85).

[131] Ebenda.

[132] Ebenda.

[133] Vgl., Wolf Siegbert, „... bis die Bestie Kapitalismus niedergerungen und der Moloch Staat zertrümmert ist.“ Der erste Prozeß des Volksgerichtshofes gegen die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) im Sommer 1936 in: AGWA, Nr. 11, Fernwald (Annerod) 1991, S. 71-100, hier S. 77.

[134] Rudolf Rocker schrieb zum Volksfrontgedanken u.a., daß es bezeichnend sei, daß er ausgerechnet von

den sozialistischen Parteien propagiert würde. Gerade ihr „blinder Bruderhaß“ habe die ArbeiterInnenbewegung aller Länder bis zu einem Grad zersplittert, wie es vor dem 1. Weltkrieg unvorstellbar gewesen sei. *„Nie zuvor war die Arbeiterschaft geistig und organisatorisch so zerklüftet und zerrissen, nie zuvor hatte sie ihr großes Endziel, die Überwindung der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung so sehr aus dem Auge verloren, um ihre Kräfte in inneren Streitigkeiten zu verzetteln, ihre Aktionsfähigkeit nutzlos zu vergeuden, die sie gerade heute nötiger hätte als je zuvor,“* Rudolf Rocker, Der Sozialismus und die Grundsätze der IAA, in: IAA (Hg.). 10 Jahre Internationaler Klassenkampf. Gedenkschrift zum Zehnjährigen Bestehen der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Berlin, o. Jahresangabe (1932), S. 10.

[135] Vgl. ebenda, S. 10- 15 und Schapiro Alexander, Die Taktik der IAA, ebenda, S. 15-18

[136] Wienand, Der geborene Rebell, S. 258.

[137] Rudolf Rocker gab der KPD die „Hauptschuld“ am Aufstieg der NSDAP: *„Sie hatte die Selbstzerfleischung der sozialistischen Arbeiterschaft zur Methode erhoben und trieb mit ihrer widersinnigen und hirnlosen Taktik die Arbeiter in die Arme der Faschisten“*, Wienand, a.a.O., S. 358.

[138] Theißen u.a., a.a.O., S. 42.

[139] Wolf, a.a.O., S. 77.

[140] Ebenda, S. 95.

[141] Z.B. in Wuppertal: FAUD, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), kommunistische Parteioption (KPO), „Partisanen“ - eine Abspaltung des Rotfrontkämpferbundes der KPD, Klan/Nelles, a.a.O., S. 160-161.

Z.B. in Berlin: FAUD, Bund revolutionärer Industrieverbände Deutschlands, USPD, Anarchistisch-Syndikalistische Jugend Deutschlands, Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Freier Arbeiter-Sängerbund Deutschlands, Theißen u.a., a.a.O., S. 41.

[142] Zur SAJD vgl. Linse Ulrich, Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1918-

1933. Zur Geschichte und Ideologie der anarchistischen und unionistischen Kinder- und

Jugendorganisation, Frankfurt/M. 1976. Rübner, Freiheit und Brot, Kap. 11.1.5. Klan/Nelles, a.a.O.,

Kap. 6.

[143] Zu den Schwarzen Scharen s., Linse Ulrich, Die „Schwarzen Scharen“ - eine antifaschistische Kampforganisation deutscher Anarchisten in: AGWA, Nr. 9, Bochum 1989, S. 47-66. Klan/Nelles, a.a.O., S. 160-161. Bock, Anarchosyndikalismus in Deutschland, S. 332.

[144] Linse, a.a.O., S. 59.

[145] Vgl. Graf/Nelles, Die unsichtbare Front, S. 71-130. Haug, Eine Flamme erlischt, S. 358-379. Theißen u.a., a.a.O.

[146] Graf/Nelles, a.a.O., S. 105.

[147] Bock, a.a.O., S. 337.

[148] Zum anarchistisch-anarchosyndikalistischen Widerstand in Deutschland s. besonders, Graf/Nelles, a.a.O., S. 9-108. Zum anarchistisch-anarchosyndikalistischen Widerstand im Exil s. besonders, Ebenda, S. 108-129, sowie v. zur Mühlen Patrik, Deutsche Anarchosyndikalisten in Spanien in: ders., Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, Berlin/Bonn 1985, S. 85-111, sowie die zahlreichen Quellen- und Literaturangaben bei Graf/Nelles, S. 131-152.

[149] Einen umfassenden Überblick über die Geschichte der Industrialisierung Sömmerdas gibt Annegret Schüles Buch : BWS Sömmerda. Die wechselvolle Geschichte eines Industriestandortes in Thüringen 1816-1995. Dreyse & Collenbusch/ Rheinmetall/ Büromaschinenwerk, Erfurt 1995, auf das ich mich zu einem großen Teil stütze. Es ist sehr gut recherchiert und außerdem die jüngste Publikation zur Geschichte der Stadt. Annegret Schüle konnte die Geschichte Sömmerdas, bzw. des bis zu seiner Abwicklung sog. Büromaschinenwerkes Sömmerda von seiner Entstehung 1816 bis zu seinem Ende 1995 verfolgen und hatte damit den Überblick über eine ganze Epoche.

Neben Schüles Buch wurde von mir noch folgende Literatur herangezogen: Wir Über Uns 1817/1945,

Betriebsgeschichte VEB Robotron-Büromaschinenwerk „Ernst Thälmann“ Sömmerda, Hg. ders. 1989,

ders., Kurzer Abriss über die geschichtliche Entwicklung des VEB Büromaschinenwerkes Sömmerda, masch. Manuskript, 3 S., Datum unbek., ders., VEB Robotron Büromaschinenwerk, Geschichte des Betriebes, masch. Manuskript, 18 S., 1974, ders., Rheinmetall Sömmerda. Zehn Jahre volkseigener Betrieb, masch. Manuskript, 9S., Datum wahrscheinlich 1956. Rheinmetall/Borsig AG (Hg.), „Nikolaus Dreyse und das Werk Sömmerda“, „Sömmerda und seine Geschichte“, in: Betriebszeitung Rheinmetall/Borsig AG, Nr. 7-8, Sömmerda 1942.

[150] Schüle, a.a.O., S. 38.

[151] Gegründet 1816, Ebenda, S. 20.

[152] Gegründet 1858, Betriebszeitung Rheinmetall /Borsig AG, S. 14.

[153] Schüle, a.a.O., S. 15. Vgl. auch Betriebszeitung Rheinmetall/Borsig AG, S. 3 und Wir Über Uns, S. 7

[154] Durch den Hinterlader sollten Ladegeschwindigkeit, Zündungs- und Treffsicherheit erhöht werden, Schüle, a.a.O., S. 16.

[155] Ebenda, S. 18.

[156] Ebenda, S. 19.

[157] Vgl. Wir Über Uns, S. 8.

[158] Ebenda.

[159] Friedrich Kronbiegel starb am 20.6.1820. Carl Collenbusch, der ehemalige Geschäftsführer Kronbiegels trat an dessen Stelle.

[160] Schüle, a.a.O., S. 27.

[161] Ebenda, S. 28.

[162] Ebenda, S. 32.

[163] Ebenda, Tabelle S. 381.

[164] Von 8-10000 Talern 1823 auf 14-16000, Wir über uns, S. 10.

[165] Schüle, a.a.O., S. 34.

[166] Ebenda, S. 36.

[167] Ebenda, S. 37.

[168] Ebenda. 1913 gehörte die Firma mit ihren Nieten zu den Marktführern.

[169] 1915: 7682

1916: 9506

1917: 9750

Vgl., ebenda, Tabelle S. 383.

[170] Ebenda, S. 40.

[171] Die Laborierbetriebe zur Munitionsherstellung.

[172] Selve Magdeburg, Kronbiegel Sömmerda und Dornheim Weimar hatten diese Aktiengesellschaft gemeinsam gegründet.

[173] Schüle, a.a.O., S.40.

[174] A.a.O., S. 43. Wir über Uns, S. 11.

[175] Ebenda. Friedrich Engels schrieb: „Nachdem er (Dreyse) zuerst die Methode entwickelt hatte, eine Schußwaffe durch eine plötzlich in die in der Patrone enthaltene Explosivmasse eindringende Nadel abzufeuern, vollendete er seine Erfindung schon 1835, indem er einen Hinterlader konstruierte, der mit diesem nadelzündenden Mechanismus versehen war (...). Über den Hinterladermechanismus wollen wir nur sagen, daß er von all denen, die bisher vorgeschlagen wurden, der einfachste, handlichste und dauerhafteste zu sein scheint“, Engels Friedrich, „Die Geschichte des gezogenen Gewehrs“, in: Marx/Engels Gesamtausgabe, Berlin, Bd. 15, S. 216-217.

Ein Major der preußischen Armee soll 1838 zum Kronprinz Friedrich Wilhelm gesagt haben:

„Königliche Hoheit, 60000 mit diesen Gewehren bewaffnete Mann unter Führung eines talentvollen Generals und Se. Majestät der König werden bestimmen können, wo Preußens Grenze gehen soll“, Schüle, a.a.O., S. 44. Schüle betont, daß die Dreysesche Waffe der Urtyp des modernen Hinterladers mit Schlagbolzen war, wie er heute in allen Armeen der Welt eingesetzt wird, ebenda.

[176] Dreyse erhielt für seine Erfindungen zusätzlich eine „Privatbelohnung“ von 10000 Talern, ebenda.

[177] Die Alleinherstellung wurde patentrechtlich geschützt.

[178] Schüle, a.a.O., S. 50.

[179] Dreyse wurde für seine Verdienste für die preußische Monarchie geehrt. 1846 oder 1847 wurde er zum Kommissionsrat und 1854 zum geheimen Kommissionsrat ernannt. 1864 wurde er in den erblichen Adelsstand erhoben. Zwischen 1850 und 1860 entwickelte Dreyse neben der Zündnadelhinterladerproduktion u.a. noch Zündnadelstandgewehre, kleine Geschütze, eine Zündnadelpistole und sog. Zündnadelwallbüchsen. Das waren schwere, großkalibrige Gewehre für den Festungskrieg.

[180] Wir Über Uns, S. 13.

[181] Schüle, a.a.O., S. 60.

[182] Ebenda, S. 61. Schüle erwähnt weiterhin, daß sich die Heeresreform, die Arbeit des Generalstabes unter Moltke und eine gute Logistik ebenfalls für die Preußen auszahlten.

[183] Vgl. Wir Über Uns, S. 15.

[184] Vgl. Schüle, a.a.O., S. 66.

[185] In Frankreich war von Chassepot ein Gewehr entwickelt worden, daß leichter, kürzer, einfacher zu bedienen und besser abgedichtet war als Dreyses. Seine Schußweite war mit 1000 Metern fast doppelt so hoch, ebenda, S. 64.

[186] Ebenda.

[187] Ebenda, S. 382.

[188] Der Betrieb hieß nun „Munitions- und Waffen- Fabriken Aktiengesellschaft vormals von Dreyse“, (zukünftig abgekürzt „Aktiengesellschaft vormals von Dreyse“) und hatte ein Aktienkapital von 1 600 000 Mark, Wir Über Uns, S. 16. Von 1816-1900 waren folgende Dinge produziert worden:

Metallwaren auf dem Weg der Kaltverformung

Fabrikationseinrichtungen, Knöpfe, Nägel, Fensterbeschlagteile, Blechwaren, Eisengußteile für landwirtschaftliche Maschinen

Waffen und Munition

Zündhütchen, Zündnadelhinterlader, Zündnadelgewehr M/45 (In Varianten), Zündnadelgewehr M/46, Zündnadeljägerbüchse M/49, Zündnadelbüchse M/54, Zündnadelpistole, Zündnadelkarabiner M/57, Füsiliergewehr M/60, Zündnadelgewehr M/62, Zündnadelwallbüchse M/65, Zündnadelgeschütze,

Zündnadelgranatgewehr, Festungswehr bzw. Granatbüchse, Defisions-Zündnadelgewehr U/M, aptiertes Zündnadelgewehr M/41, aptiertes Zündnadelgewehr M62, Versuchsgewehre/Jägerbüchse,

vgl., Schüle a.a.O., S.387-388.

[189] Die Aktienverteilung sah folgendermaßen aus:

Nikolaus von Dreyse 500000 Mark, Trinkaus Düsseldorf 190000 Mark, v. Erlanger & Söhne Frankfurt a.M 190000 Mark, Gebr. Sulzbach Frankfurt a.M. 190000 Mark, Schlesinger- Trier & Co Berlin 190000 Mark, Erhardt Düsseldorf 190000 Mark, Rheinmetall Düsseldorf 150000 Mark, vgl. Schüle, a.a.O., S. 7.

[190] Schüle, a.a.O., S. 76.

[191] Ebenda, S. 77.

[192] Ebenda, S. 81-82.

[193] Ebenda, Tabelle S. 383.

[194] Ebenda, S. 93.

[195] Ob es diese tatsächlich gegeben hat, ist mir nicht bekannt, jedoch wahrscheinlich. Zu den Wohnverhältnissen vgl. Schüle, a.a.O., S. 93-94.

[196] Sie waren eine Rheinmetallerfindung.

[197] Vgl. Wir Über Uns, S. 42, Schüle a.a.O., Tabelle S. 383-384, VEB Robotron, Geschichte des Betriebes, S. 6. In der Rheinmetallbetriebszeitung von 1942 werden diese Massenentlassungen im Kapitel „Nach dem Weltkrieg“ bezeichnenderweise nicht erwähnt, s. ebenda S. 7. Der kriegskonjunkturelle Anstieg der Belegschaft wird jedoch auf S. 6 („Das Werk im Weltkrieg“) auch hier hervorgehoben.

[198] Erst im Mai 1921 entschieden die alliierten Regierungen darüber, welche Firmen wieder welche Rüstungsgüter herstellen durften. Eine dementsprechende Liste wurde am 4.7.1921 vom Reichswehrminister veröffentlicht. Rheinmetall gehörte zu den Unternehmen welche die Erlaubnis erhielten. Vgl. Havers Frank, Dem Militarismus keinen Mann und Keine Waffe! sei unsere Parole. Boykott der Kriegsproduktion bei Rheinmetall in Sömmerda, in: Freies Schaffen. Rundbrief für alle über den Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Linksradikalismus sowie antiautoritäre Bewegungen forschenden Historikerinnen und Historiker, hobbyhalber oder -ganzer oder so..., Nr. 19, Mai 1996, S. 5-9, sowie Schüle, a.a.O., S. 131.

[199] Schüle, a.a.O., S. 113.

[200] Das Büromaschinenvertriebsnetz umfaßte letztlich Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bulgarien, die Türkei, Ägypten, die Schweiz, Italien, Frankreich, England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien, Argentinien, Brasilien, Chile, Peru, China, Japan und Australien, s. Ebenda, S. 130.

[201] Ebenda, S. 136. Die Wellen und Gelenke fanden weiterhin in Triebwagen der Bahn, Straßenbahnen, Flugzeugen, Luftschiffen, Werkzeug- und Druckmaschinen, Bremsprüfständen, Drehantrieben von Kränen und weiteren Bereichen des Maschinenbaus Verwendung.

[202] Die Betriebsleitung wollte schon im April 1921, wieder mit der Rüstungsproduktion beginnen, scheiterte jedoch am Widerstand der ArbeiterInnen. Vgl. dazu Kap. 4.4.

[203] Schüle, a.a.O., S. 133.

[204] Ebenda, S. 134.

[205] Von 1901-1933 wurden bei Rheinmetall-Sömmerda folgende Dinge produziert:

Waffen und Munition

Zünder, Richtmittel für Geschütze, automatische Pistolen, Maschinengewehre

Automobiltechnik

Vergaser, Kardanwellen, Kardangelenke

Büromaschinen

Standardschreibmaschinen, Kleinschreibmaschinen, Handrechenmaschinen, elektrische Rechenmaschinen, Halbautomaten, Superautomaten, Addier- und Saldiermaschinen, mechanische Fakturiermaschinen

sonstige Produkte

Wasserhähne, Dampfmaschinen, Milchzentrifugen, Kochkisten, Schleifhexen

vgl. Schüle, a.a.O., S. 388-389 und 391.

[206] Vgl. Schüle, a.a.O., S. 55. In einem zeitgenössischen Bericht wird gesagt, daß mit „*überall stattfindenden Versammlungen (...) die Massen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen suchten*“ und das es zu „*heftigen Ausschreitungen (...) in den ländlichen Gegenden des preußischen Teils Thüringens*“ kam. Vgl. Thüringen. Blätter zur Landeskunde. Thüringen in der deutschen Revolution 1848/49, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt 1994, S. 3.

[207] Ein Dr. Stockmann, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, Schüle, a.a.O., S. 55

[208] Vgl. Betriebszeitung Rheinmetall/Borsig AG, Nr. 7-8 1942, zum 125jährigen Jubiläum, S. 8-10, sowie die Auszüge der Gesetze bei Schüle, a.a.O., S. 30-31.

[209] In einem Bericht von 1939 wird erwähnt, daß „*auf der anderen Seite (...) in einer weiteren Werkstatt Dreyse Liebhaber, die geschicktesten Schlosser, Feiler und Dreher*“ arbeiteten, s. Schüle, a.a.O., S. 46.

[210] Die Art und Weise der Führung des Betriebes durch Dreyse läßt sich also durchaus als „Zuckerbrot und Peitsche“ bezeichnen.

[211] Der monatliche Lohn eines ungelerten Fabrikarbeiters betrug 110 Taler. Eine zu der Zeit durchaus übliche 5-6 köpfige Familie hatte an laufenden Kosten 65 Taler für Nahrung, 15 Taler für Wohnung, 8 Taler für Brennmaterial, 15 Taler für Kleidung und Wäsche, 4 Taler für Hausrat und Werkzeug und 3 Taler für nicht näher definierte Abgaben zu zahlen. Das bedeutete, daß bei nur einem Verdienst, mit diesen Ausgaben der komplette Lohn verbraucht war, vgl. Wir Über Uns, S. 15.

[212] Schüle, a.a.O., S. 52.

[213] Belegt ist, daß es neben den SchlosserInnen, DreherInnen, MechanikerInnen und BüchsenmacherInnen auch RohrschmiedInnen, AusglüherInnen, RohrvorböhrerInnen, RohrglatzböhrerInnen, RohrzieherInnen, KammerböhrerInnen, SchließchenfräserInnen, SchließchenböhrerInnen, RingfedernfeilerInnen, BajonettfedernfeilerInnen, NadelmacherInnen, SchäfterInnen, KappenfeilerInnen, SchmirglerInnen, VisieraufsetzerInnen und ZusammensetzerInnen gab, vgl. Wir Über Uns, S. 15. Zu den Arbeitszeiten vgl. auch Schüle, a.a.O., S. 52, Anm. 146.

[214] Es drängt sich der Eindruck auf, daß die von Dreyse eingerichtete Betriebskrankenkasse zu einem Teil von den ArbeiterInnen selbst finanziert werden mußte.

[215] Schüle, a.a.O.

[216] Vgl. § 37 der Arbeitsgesetze in der Betriebszeitung Rheinmetall/ Borsig AG, S. 10, sowie Schüle, a.a.O., S. 52.

[217] Schüle, a.a.O., S. 56 und Wir Über Uns, S. 13, hier wird angegeben, daß die Ursache der Revolte auf das noch Vorhandensein der Ideen der Revolution von 1848/49 zurückzuführen sei. Das erscheint mir nicht zutreffend. M.E. ging es den ArbeiterInnen ganz konkret darum ihre Arbeitssituation erträglicher zu gestalten, da 1851 an eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht mehr zu denken war.

[218] Übersicht über die Stadtgeschichte, o.T., o.J., Manuskript, Stadt- und Kreisbibliothek Sömmerda, S. 1 .In dieser Darstellung wird keine Quelle für die aufgestellte Behauptung angegeben. Jedoch scheint mir ein Streik, 3 Jahre nach der Fabrikrevolte durchaus möglich, wenn dieses Kampfmittel in Deutschland zu diesem Zeitpunkt auch noch selten war.

[219] Schüle, a.a.O., S. 67.

[220] Vgl. Kap. 2.1.

[221] Zum Holzarbeiterverband Sömmerdas vgl., Schüle, a.a.O., S. 67.

[222] Durch das Sozialistengesetz (1878-1890) wurde jede überörtliche Organisierung sozialistischer Couleur verboten. Lediglich die Reichstagsfraktion der SPD durfte legal agieren. In Sömmerda gab es keine, wie in anderen Orten schon vor dem Sozialistengesetz bewußt auf die lokale Ebene beschränkte sozialdemokratischen Gewerkschaftsgründungen. Diese sog. „lokalistische Gewerkschaftsopposition“ innerhalb der entstehenden Zentralgewerkschaften unterstellte sich keiner Zentrale, um schnell handlungsfähig zu sein und um ihre basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen beizubehalten. Agierten die Lokalisten über ihren Ort hinaus geschah das auf der Basis freier Vereinbarungen und freier Solidarität.

Die lokalistischen Gewerkschaften gelten als die Vorläuferinnen der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, der späteren FAUD. Ihnen konnte das Sozialistengesetz nicht sonderlich viel anhaben, da sie es gewohnt waren, lokal und auf sich selbst gestellt zu handeln. Ich würde sagen, daß das Sozialistengesetz die Effektivität ihrer Form der ArbeiterInnenorganisierung sogar noch bestätigte.

[223] Zur Gründung des DMV, der SPD und der Konsumgenossenschaft in Sömmerda vgl. die Erinnerungen des Formers Friedrich Braband vom 27.7.1966, masch. Manuskript der SED.

Kreispartei kontrollkommission Sömmerda gleichen Datums, sowie die Erinnerungen des Drehers Heinrich Kusche, Historische Sammlung des Robotron Büromaschinenwerkes AG i.L., masch. Manuskript, Datum unbek. S. 1.

[224] Vgl. Schüle, a.a.O., S. 81.

[225] zum Formerstreik vgl., Schreiben der Polizeiverwaltung Sömmerda an den königlichen Landrat zu Weißensee vom 10.5.1900, Schreiben des Magistrats Sömmerda an den königlichen Landrat zu Weißensee vom 31.5.1900 und 5.6.1900, in: Königlich Preußischens Landratsamt des Kreises Weißensee, Acta spec., betr. Gewerbliche Arbeitseinstellungen, Sig. 63, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (zukünftig abgekürzt als THSTAW) Außenstelle Gotha, sowie Wir Über Uns, S. 20.

[226] Etwa 50% aller ArbeiterInnen Sömmerdas waren Facharbeiter, vgl. die Statistik bei Waldszus Waldemar, Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse Sömmerdas/Thür. und ihre Niederschlagung durch die Konterrevolution im Frühjahr 1920 (Kapp-Putsch), Wissenschaftliche Hausarbeit an der pädagogischen Hochschule Potsdam, Fakultät Philosophie, Fachrichtung Geschichte vom 31.3.1964, S.6, Erinnerungen von Teilnehmern an den Märzereignissen 1920 in Sömmerda, masch. Manuskript, hg. von der SED-Geschichtskommission Sömmerdas, Datum unbek., S. 18, zukünftig abgekürzt als Erinnerungen von Teilnehmern an den Märzereignissen, S. 18.

[227] Vgl., Wir Über Uns, S. 20, Schüle, a.a.O., S. 97-98.

[228] Ebenda.

[229] Er gehörte der deutschen Turnerschaft an.

[230] Vgl., Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 1.

[231] Ebenda, vgl. auch die Erinnerungen des Metallarbeiters Victor Bode, masch. Manuskript der SED-Kreisleitung Sömmerda, 1968, S. 1.

[232] Schüle, a.a.O., S. 98.

[233] Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 1.

[234] Vgl., Wir Über Uns, S. 20.

[235] Heinrich Kusche ist ein Beispiel für die Wichtigkeit von Arbeitern, die von außerhalb nach Sömmerda kamen. Er war als 16jähriger im Jahre 1900 aus Berlin kommend in die Stadt gezogen. Nach Zeitzeugenberichten war er sehr wichtig für die wachsende Gewerkschaftsbewegung in Sömmerda. Er wurde 1908 Bevollmächtigter des DMV und war 1914 Vorsitzender der SPD, s. Schüle, a.a.O., S. 98 und Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 1-2.

[236] DMV, Fabrikarbeiterverband, Holzarbeiterverband.

Zur Geschichte der freien Gewerkschaften vgl. zum Beispiel: Deppe Frank, Fülberth Georg, Harrer Jürgen (Hg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1977, Kater Fritz, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1921, Wentzel Lothar, Inflation und Arbeitslosigkeit. Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiter- Verbandes 1919-1924, Hannover 1981, zukünftig abgekürzt als Wentzel, Inflation und Arbeitslosigkeit, Brunner Detlev, Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte. Bestandsverzeichnis Ostberliner Archive zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1933, Essen 1992.

[237] Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, hg. vom Internationalen Arbeiter-Verlag Berlin, 1929, S. 430, zukünftig abgekürzt als Illustrierte Geschichte, S. 430.

[238] Zu den Aufgaben und Rechten der ArbeiterInnenausschüsse vgl., Ebenda, S. 429-430.

[239] Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 2.

[240] Vgl. Wir Über Uns, S. 32.

[241] Zur Gründung der USPD in Sömmerda vgl.: Beitrag zur Vorbereitung der 40. Jahrestage der Novemberrevolution und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands - aus der Rede Walter Ulbrichts in der Kommission zur Verbreitung der Thesen über die Novemberrevolution, Abschrift eines Briefes der Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung des Kreises Sömmerda an die Redaktion der Zeitung „Neues Deutschland“ vom 6.7.1958, S. 2, Erinnerungen Victor Bodes, S. 2, Schüle, a.a.O., S.101.

[242] Protokollbuch über die Sitzungen mit Betriebs,- und Abteilungsleitern 1917-21, Sitzung vom 27.8.1917, Rheinmetall Borsig AG Werksdirektion, Sig. 01/17, THSTAW, zukünftig abgekürzt als Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion.

[243] Ebenda.

[244] Ebenda.

[245] Ebenda, durch den Krieg hatte die Unternehmensleitung ein wirksames Repressionsmittel gegen die Arbeiter zu Hand. Sie waren aufgrund ihrer Tätigkeit in der Rüstungsindustrie vom Kriegsdienst freigestellt. Die Betriebsleitung konnte diese Freistellung jederzeit wieder rückgängig machen

[246] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion.

[247] Ebenda.

[248] Erinnerungen Victor Bodes, S. 3.

[249] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 24.9.1917

[250] Vgl. ebenda, Sitzung vom 25.2. und vom 1.10.1918.

[251] Ebenda. Ob die Betriebsleitung erfolgreich war, ist mir nicht bekannt. In der Betriebschronik Wir Über Uns wird auf der Seite 33 angegeben, daß Wesemann an der „geschlossenen Abwehr der Arbeiter“ scheiterte. Diese Aussage wird jedoch nicht belegt.

[252] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 4.11.1918.

[253] Wesemann gewährte eine 10%ige Lohnerhöhung, mit der Einschränkung, daß diese nur tüchtige ArbeiterInnen bekommen sollten. Außerdem wurde ebenfalls mit Einschränkungen eine leichte Erhöhung der Familienunterstützung zugesagt.

[254] S. Anm. 46.

[255] Ebenda.

[256] Zu den Revolutionären Obleuten siehe u.a., Schneider Dieter, Kuda Rudolf, Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente, Frankfurt a.M., 1969, S. 16-21.

[257] Nach der Revolte der Kieler Matrosen waren in mehreren Städten des Kaiserreiches ab dem 4.11.1918 schon Arbeiter- und Soldatenräte gebildet worden.

[258] Zu Konstruktion, Fertigung und Transport und Einsatz der Handgranaten vgl., Seidler Erich, „Waffen für Berlin“, in: Seitdem hat die Welt ihre Hoffnung, Beiträge zur Geschichte der Thüringer Arbeiterbewegung, Ort unbek., 1956, S. 20-21. Erinnerungen Victor Bodes, S. 2-3. Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 3. Zur Vorbereitung der Revolution 1918, masch. Manuskript Karl Hähnel, S. 1, Beitrag zur Vorbereitung der 40. Jahrestage der Novemberrevolution (s. Anm. 36), S. 2-4, Wir Über Uns, S. 33, Schüle, a.a.O., S. 104-105.

[259] Er wurde erst im Juli 1920 aufgelöst. Bis dahin existierte er als Arbeiterrat weiter. Vgl. Schreiben des Magistrats Sömmerda an den Landrat von Weißensee vom 7.7.1920, Acten gen. betr. Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Regierung Erfurt, Sig. 10995, THSTAW- Außenstelle Gotha.

[260] Vgl. handgeschriebener Lebenslauf Otto Bachs, Sömmerda, 12.6.1970, S. 8. Für diese Tätigkeit wurden Otto Bach und ein anderer Arbeiter später zu 4 Wochen Gefängnis wegen „Anmaßung einer Amtshandlung“ verurteilt, ebenda.

[261] Vgl. Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 4.

[262] Schüle, a.a.O., S. 108.

[263] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 12.11.1918.

[264] Ebenda.

[265] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 6.1.1919.

[266] Ebenda, Sitzung vom 12.11.1918.

[267] Ebenda, Sitzung vom 18.11.1918.

[268] Wesemann hatte sich vor seiner Drohung der Solidarität der Beamten versichert, wie aus der Darstellung des Buchhalters Schmied deutlich wird: „Ein Angestellter durfte in den ersten 8 Tagen das Werk nicht betreten. Das Geld wurde inzwischen bei den Leuten alle (...). Jetzt wollte der Arbeiterrat unsere Vorräte verkaufen, um Geld für die Löhnung zu erhalten. Da mußten wir nun eingreifen, um das zu verhüten. Ich habe nun die Beamten zusammengerufen und wir haben uns mit Herrn Baumeister solidarisch erklärt. Falls der Arbeiterrat von seinem Direktionssitz nicht zurücktritt und Herrn Baumeister Wesemann seine Rechte als Direktor nicht wieder einräumt, werden wir die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Unserem Beschluß mußte sich der Arbeiterrat fügen“, vgl. Schüle, a.a.O., S. 110, Anm. 131.

Die Beamten hatten, wie Wesemann sehr gut durchschaut, daß der Arbeiterrat nicht in der Lage war, neben der Produktion auch die Verwaltung des Betriebes zu übernehmen und daher auf ihre Mitarbeit angewiesen war. Das war m.E. auf die sozialdemokratische Sozialisation der ArbeiterInnen zurückzuführen. Sie hatten immer nur für die Eroberung der politischen Macht durch eine politische Partei gekämpft, aber nicht für die Übernahme des gesamten gesellschaftlichen Organismus durch sie selbst.. Das die Sömmerdaer ArbeiterInnen trotzdem versucht hatten, die Betriebe in Eigenregie sofort zu übernehmen, stellt eine der wenigen Ausnahmen in den ersten Jahren der Weimarer Republik dar. Vgl. dazu auch Tramke Jürgen, Die Sozialisierungsbewegung im Steinkohlenbergbau an der Ruhr, S. 225-248.

[269] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 18.11.1918.

[270] Ebenda.

[271] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 27.1.1919.

[272] Vgl. Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 3, Schüle, a.a.O., S. 111-112.

[273] Zur versuchten MG-Lieferung vgl. Wir Über Uns, S. 39, Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 3, Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 13.1.1919, Schüle, a.a.O., S. 112.

[274] „Die Arbeiterausschüsse wurden als Räteersatz angeboten, die getrennten Wahlen für Arbeiter und Angestellte sollten beibehalten, die Befugnisse der Belegschaftsvertreter auf Produktionsförderung, Beschwichtigung und Kleinkram beschränkt bleiben. Von Betriebsräten wollten die Ebert-Scheidemann-Bauer noch Anfang Februar überhaupt nichts wissen. Erst unter dem Druck der Streiks besonders an der Ruhr und dem drohenden Übergreifen auf andere Teile des Reiches wurde nach Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft Mitteldeutschlands am 14. Februar in Weimar die Wahl von Betriebsräten zugestanden, die jedoch nicht von der Belegschaft direkt, sondern von dem Arbeiter- und Angestelltenausschuß jedes Betriebs gewählt werden sollten. Die Befugnisse dieser Betriebsräte waren höchst unklar formuliert und durch ‘Verständigung’ bei strittigen Fragen und Einschaltung der Schlichtungsstelle als letzte Instanz entwertet. Obendrein behielt sich die Regierung die Entscheidung vor, ob diese Regelung obligatorisch oder fakultativ sein sollte, wie denn überhaupt diese ‘Zugeständnisse’ zunächst papierne Richtlinien waren, die ‘den Arbeitgebern und Arbeitnehmern empfohlen’ wurden“. Illustrierte Geschichte, S. 373.

[275] Erinnerungen Victor Bodes, S. 9.

[276] Vgl. Sömmerdaer Zeitung. Öffentlicher Anzeiger für den Kreis Weißensee, sowie die Amtsgerichtsbezirke Großrudstedt und Kindelbrück vom 16.5., 18.5., 19.5., 22.5., 23.5., 30.5. und 1.6.1920, zukünftig abgekürzt als Sömmerdaer Ztg., 1.6.1920, sowie Erinnerungen Victor Bodes, S. 10. Erinnerungen Heinrich Kusches, S. 3. Ein Geschichtlicher Rückblick, masch. Manuskript der SED-Kreisleitung Sömmerda - Bildungsstätte, Datum unbek., S. 7-14. Boblenz Frank, Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Sömmerda und Umgebung, in: Sömmerdaer Allgemeine (Thüringer Allgemeine), 25.3.1995.

[277] Am 8.2.1919 hatte Reichswehr-Einheit versucht den Erfurter Arbeiterrat abzusetzen. Diese Einheit wurde von Arbeitern überwältigt und entwaffnet, s. Sömmerdaer Ztg. vom 16.5.1920 und Illustrierte Geschichte, S. 383.

Bode gibt an, daß die schwer bewaffnete, von den Sömmerdaer und Weißenseer Arbeitern verfolgte Einheit zur Verstärkung der Lüttwitz-Noske Truppen in Berlin unterwegs war, s. Erinnerungen, S. 10.

[278] Der Dreher Friedrich Rink, der Former Wilhelm Braun und ein Arbeiter namens Urban Liauning, vgl. Schüle, a.a.O., S. 144 und Der Syndikalist 15/21.

[279] Vgl. Sömmerdaer Ztg. vom 16.5.1920.

[280] Ebenda, 1.6.1920. Von den am Gefecht beteiligten Soldaten wurde niemand angeklagt, obwohl einige von ihnen gefangene Arbeiter gefoltert hatten.

[281] Wahrscheinlich der Landrat von Weißensee.

[282] Der Bürgermeister gab in seinem Brief an, daß die Arbeiter, die er als „Mob“ bezeichnete noch 400 Gewehre, 25 Maschinengewehre und 150 Pistolen hätten. Vgl. Regierung Erfurt. Geheim-Akten betr. politische Stimmung & Maßnahmen für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, Sig 12783.

[283] Am Ende seines Briefes schrieb der Sömmerdaer Bürgermeister: *„Regierungstruppen müssen sofort einrücken. Ich bitte ergebenst, das weitere gütigst veranlassen zu wollen. Dieses Schreiben bitte ich mit Vorsicht zu behandeln, da die Arbeiter überall ihre Spitzel haben“*.

Der Landrat des Kreises Eckartsberga zu dem Kannawurf gehörte schrieb ebenfalls am 12. März in einem Eilbrief an den Regierungspräsidenten in Erfurt: *„Angeblich soll der Überfall der Gemeinde für Freitag, den 14. d. Mts., oder Sonnabend, den 15. d. Mts. geplant sein. In der Gemeinde (Kannawurf, d. Verf.) ist eine Bauernwehr gebildet, (...) . Der Amtsvorsteher hat mich dringend gebeten, für die Wehr so schnell wie möglich Waffen und Munition zu liefern. Ob die Befürchtung der Gemeinde begründet ist, habe ich nicht feststellen können. (...) Der Amtsvorsteher in Kannawurf hat ferner gebeten, zu erwägen, ob nicht eine allgemeine Beschlagnahme der Waffen in Sömmerda möglich sei. Man nehme in Kannawurf und Umgegend an, das für die umliegenden Ortschaften erst dann Ruhe, Ordnung Sicherwiederkehren werden, wenn diese Maßnahme durchgeführt sei. Ich kann nicht beurteilen, ob diese Maßnahme unter den jetzt herrschenden Verhältnissen möglich und opportun ist. Sie würde hier jedenfalls allgemein mit Freuden begrüßt werden“*. Vgl. Anm. 77.

Die Sömmerdaer ArbeiterInnen wurden erst ein Jahr später, am 24.3.1920 entwaffnet. Vgl. Kap. 5.1.4. dieser Arbeit.

[284] Der Syndikalist. Wöchentliches Organ der sozialrevolutionären Gewerkschaften Deutschlands; ab 1920: Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten); ab 1921: Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands

(Anarcho-Syndikalisten), Berlin, 1.- 14. Jg. (1918-1932), Nr. 43/1919, zukünftig abgekürzt als Der Syndikalist 43/19, oder Der Syndikalist 14.7.1919.

[285] In den nächsten Monaten nach der Gründung der „Freien Vereinigung aller Berufe Sömmerda und Umgebung“ zerfiel die USPD Sömmerdas nach und nach. Im März 1920 war sie nicht mehr existent, vgl. Waldszus, a.a.O. (s. Kap. 3, Anm. 21), S. 8.

[286] Wahrscheinlich u.a. Otto Bach, Louis Schreiber und Hermann Sonntag.

[287] Der Text lautete: *„In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein muß - ferner in Erwägung, daß der systematische Völkermord und die gewaltsame Unterdrückung der besitzlosen Volksmassen nur durch die Mithilfe der Arbeiter möglich wird, beschließt die Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter, allen in der Waffenindustrie beschäftigten Arbeitern vorzuschlagen, jene fernere Erzeugung von Kriegsmaterial prinzipiell abzulehnen und eine Umstellung der Betriebe für Friedensarbeit zu erwirken. Gleichzeitig er bietet der Kongreß dem Proletariat aller Länder seine brüderlichen Grüße und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die von ihm gefaßten Beschlüsse zur Verwirklichung des Internationalen revolutionären Sozialismus beitragen mögen“*, vgl., graswurzel revolution. Zeitung für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft, Sonderheft Sozialgeschichte des Antimilitarismus, Nr. 117/118, Hamburg 1987, S. 36, sowie Der Syndikalist 17/19.

[288] Eine Erklärung für die Anwesenheit Sömmerdaer Arbeiter auf der Reichskonferenz könnte sein, daß sie nach der Niederlage der „Novemberrevolution“ und ihrem eigenen „Versagen“ nach neuen, radikaleren Formen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung suchten, da sich die bisher angewandten zur Erkämpfung „des Sozialismus“ als untauglich erwiesen hatten. Die „freien Gewerkschaften“ waren schon kurz nach dem Krieg wieder in sozialpartnerschaftliche Beziehungen mit dem Kapital getreten, in die sog. „Zentralarbeitsgemeinschaft“. Das bedeutete, daß sie jeder revolutionären Gesellschaftsveränderung abgeschworen hatten, ebenso wie die SPD.

Mit Sicherheit trafen auf die Sömmerdaer ArbeiterInnen auch folgende, allgemein gehaltenen Erklärungsversuche für die Attraktivität der anarchosyndikalistischen Idee zu: *„Offenbar waren es dem syndikalistischen System innewohnende Gedanken wie die Idee von der selbständigen Regelung der Wirtschaft, welche die Arbeiter in so starkem Maße für die Sondergründungen einnahmen. Hauptsächlich aber die Vorstellung vollkommener gesellschaftlicher Gleichberechtigung aller Werktätigen hatte mächtige Sympathien (...) wachgerufen. Nicht die schwierige staatsphilosophische Prinzipienlehre schweißt die Empörten zusammen, sondern die Möglichkeit der straffen Hierarchie der Zentralverbände zu entrinnen. Immerhin bot der föderalistische Aufbau der 'Freien Vereinigung' jedem einzelnen mannigfaltigen Spielraum. Die Selbständigkeit der Vereine konnte die Durchführung der Sozialisierung den verschiedenen ökonomischen Bedingungen entsprechend nutzen. Demgegenüber verkörperten die alten Zentralverbände Abbilder des zentralen Staates selbst. Ihre Beamten trachteten nach nichts anderem, als ihn zu erhalten; sie waren Feinde der radikalen Revolution und damit von selbst Feinde der staatsnegierenden syndikalistischen Bewegung“*, Dörnemann Manfred, Die Politik des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands von der Novemberrevolution 1918 bis zum Osterputsch 1921 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet: Ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den linksradikalen Strömungen nach dem Sturz des Kaiserreiches, Bochum 1966, S. 102.

Der Besuch des Kongresses der Rüstungsarbeiter könnte auch, bzw. zusätzlich auf die bei einigen Sömmerdaer Arbeitern schon vorhandene Kenntnis der syndikalistischen Bewegung zurückzuführen sein. In einem Videofilm wird dementsprechend behauptet, daß Sömmerdaer Gesellen nach dem 1. Weltkrieg auf ihrer Wanderschaft durch Frankreich und Belgien mit der Idee des revolutionären Syndikalismus in Kontakt gekommen waren. Da nun in Erfurt einer der wichtigsten Theoretiker dieser Bewegung sprach und auch dessen Thema den Sömmerdaer Rheinmetallarbeitern sehr gelegen kam, da sie darauf bedacht waren die Rüstungsbetriebe in denen sie arbeiteten auf Friedensproduktion umzustellen lag es sehr nahe in Erfurt anwesend zu sein, vgl. Anarchosyndikalismus, Videofilm der Freien ArbeiterInnen Union- Ost in Zusammenarbeit mit der Videozeitung Berlin, Berlin 1995.

[289] Vgl. Nachlaß Rudolf Rockers, Bd. 3 (Revolution und Rückfall in die Barbarei), S. 91, im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (IISG).

[290] Ebenda.

[291] Hier irrte sich Rocker, wie in Kap. 3 dargestellt. Der Schwerpunkt der Sömmerdaer ArbeiterInnen lag m.E. aber auch vor ihrem Übertritt in die FAUD in der Gewerkschaftsarbeit.

[292] Nachlaß Rockers, S. 92.

[293] Ebenda.

[294] Vgl. Erinnerungen Victor Bodes, S. 12, sowie Heinrich Kusches, der zu dem Übertritt in seinen Erinnerungen auf S. 4 schrieb: „*Nachdem wir vorher fast alle der USPD angehörten, wurden wir fast zu 95% Syndikalisten*“.

[295] Vgl. Der Syndikalist 14.7.19.

[296] Zukünftig abgekürzt als FVaB Sömmerda.

[297] S. Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, vom 27.-30.12.1919 in Berlin, Präsenzliste. Auf diesem Kongreß war Heinrich Kusche als Delegierter der FVaB (220 Personen) der Sömmerdaer Nachbarorte Weißensee und Großballhausen anwesend, ebenda.

[298] Ebenda, S. 40

[299] Ebenda. Die freien, christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften wurden aufgrund ihrer Organisationsstruktur von den SyndikalistInnen mit dem abwertend gemeinten Begriff Zentralverbändlerei oder Verbändlerei belegt.

[300] „*Gleich nach Ausbruch der Revolution hatte die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands den Verrat der politischen Parteien und Zentralgewerkschaften zu verspüren bekommen. Die denkfähigsten Arbeiter übernahmen bei der Massenflucht aus den autoritären Richtungen die Führung über diejenigen Arbeiter, die leider bis heute noch nicht das selbständige Denken und Handeln gelernt haben. Es war aber für uns schon damals sicher, daß es die pseudorevolutionären Pfaffen und Arbeiter- Händler durch Intrigen verstehen werden, die denkundefähigsten Arbeiter wieder in ihre Fangarme treiben zu können. Alles dies tritt bei uns am Orte in der krassesten Form in Erscheinung. Niemals hätte ein denkfähiger Arbeiter, der Sömmerda vor und nach dem Kriege bis 1923 gekannt hat, sich träumen lassen, was heute in Sömmerda ist. Es gab Elemente, die es fertiggebracht hatten, bei dem geschlossenen Übertritt geheim weiter zentralistisch und offen föderalistisch organisiert zu sein (...). Das solidarische Klassenbewußtsein (...) ist erloschen. Wer hat es ertötet? Die schon eben angeführten Genügsamkeitsrevolutionäre*“, Der Syndikalist 15/26. Das daß nicht wenige waren, zeigt der Mitgliederverlust der FAUD und die rasche Reorganisation der freien, christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften nach dem sog. „Kapp-Putsch“.

[301] Aussagen von Teilnehmern an den Märzereignissen 1920 in Sömmerda, masch. Manuskript der SED Geschichtskommission Sömmerdas, Datum unbek., S. 19 zukünftig abgekürzt als Aussagen von Teilnehmern an den Märzereignissen 1920, S. 19, Waldzus Waldemar (s. Kap. 3, Anm. 21), S. 8. Damit war der Höchststand während der Weimarer Republik erreicht.

[302] Betriebsversammlungen 1920-1928, Bericht über die Sitzung der Betriebsdirektion mit dem Betriebsrat vom 30.4.1920, Rheinmetall Borsig AG, Werk Sömmerda Sig. 01/62, THSTAW, zukünftig abgekürzt als Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. S. auch Der Syndikalist 2/20.

[303] Vgl. Der Syndikalist 48/21.

[304] Ebenda 4/22.

[305] Vgl. Abschrift des Protokolls der Vernehmung des Malers Paul Wimmeler durch die Kriminalabteilung Gera vom 14.4.1926, S. 1, Thüringisches Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abt. Inneres, Sonder-Akten, ST 17/299, THSTAW.

[306] S. Protokoll über die Verhandlungen des 18. Reichskongresses der FAUD (AS), abgehalten vom 29.5.-1.6.1930 in Berlin, Präsenzliste S. 93/94.

[307] Vgl. die Statistik über die Abstimmung zur Einrichtung eines Reichssolidaritätsfonds in der FAUD, 1931, S. 22, Akten des Reichssicherheitshauptamtes Berlin, R 58/321, Bundesarchiv Koblenz, zukünftig abgekürzt als R 58/321, BAK .

[308] Vgl.: Statistik über die Industrieföderationsmitgliedschaft der FAUD (AS) vom 25.3.1932, S. 23, Bestand I. HA Rep. 219, Nr. 140, Geheimes Staatsarchiv Berlin- Dahlem.

[309] Vgl. Der Syndikalist 7/21.

[310] S. ebenda 8/23 und 15/26.

[311] Ebenda 28/32.

[312] Erinnerungen von Hermann Sonntag, masch. Manuskript, Datum unbek., S. 15.

[313] Vgl. Der Syndikalist 19.7.19.

[314] Ebenda 43/19.

[315] Ebenda.

[316] Ebenda 7/20. Zukünftig abgekürzt als MetallarbeiterInnenföderation

[317] Vgl. Protokoll der Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Kreises Sömmerda über die am 19.1.1958 in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr durchgeführte Beratung über die Kapp- Putsch-Tage im März 1920 in Sömmerda (Und Umgebung), vom 22.1.1958, S. 2

[318] Ehmar war als Delegierter der Metall- und BauarbeiterInnenföderation auf dem 15. Reichskongreß der FAUD anwesend. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen vom 15. Kongreß der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (AS), abgehalten vom 10.-13.4.1925 in Dresden, Delegiertenliste S. 102-103.

[319] Der Syndikalist 4/23.

[320] Ebenda 29/21.

[321] Ebenda 43/21.

[322] Ebenda 2/23.

[323] Ebenda 46/22.

[324] Ebenda.

[325] Vgl. Der Syndikalist 30/20 und Waldszus, a.a.O., S. 8.

[326] Der Syndikalist 30/20.

[327] Sie fand in Erfurt am 14. und 15.4.1923 statt. Vgl. Der Syndikalist 19/23.

[328] Die KPD Sömmerdas, die am 9.11.1922 von Bode gegründet worden war, kam während der gesamten Weimarer Republik nicht über einen Mitgliederstand von 38 Personen hinaus.

Der erste Gründungsversuch fand im Januar 1919 statt. Von 40-50 Personen war eine Ortsgruppe ins Leben gerufen worden. Diese löste sich jedoch schon ca. zwei Monate später wieder auf, da fast alle ihre Mitglieder der FVaB beitraten. Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei zeigt, daß der Charakter und die Struktur der FAUD trotz der Mitgliedschaft in dieser Organisation nicht durchschaut worden war. Die fatale Trennung von ökonomischen (Gewerkschaft) und politischem (Partei) Kampf, die sie von früher kannten und die völlig versagt hatte, war in den

Köpfen sehr vieler der neuen FAUD Mitglieder nicht überwunden worden. Sie sahen die FAUD als reine Gewerkschaft, jedoch nicht als das, was sie nach ihrer Programmatik eigentlich sein sollte: eine radikale politische und ökonomische Kampforganisation in einem, und die Keimzelle einer zukünftigen herrschaftslosen Gesellschaft. Vgl. dazu Kap. 1

Zur KPD Sömmerdas vgl., Körber Bernd, Untergang der Information oder Geschichtsfälschung, Hausarbeit zum Orientierungsseminar 1993 an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Kommunikationswissenschaften, Studiengang Journalisten- Weiterbildung, Sömmerda, Mai 1993, S. 7. Erinnerungen Victor Bodes, S. 16. Fritsch Werner, Beiträge zur Geschichte Thüringens. Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes gegen Faschismus, Militarismus und Kriegsgefahr in Thüringen, Erfurt 1966, S. 168 und 172. Schüle, a.a.O., S. 369. Wir Über Uns, S. 38 und 56.

[329] Vgl. Der Syndikalist 19/23.

[330] Der vermeintlich hohe Betrag ist durch die extreme Inflation im Jahre 1923 zu erklären.

[331] Der Syndikalist 19/23.

[332] Ebenda.

[333] S. Rübner, a.a.O. (Vgl. Kap. 1, Anm. 2), S. 282, sowie Bericht des Militärbefehlshabers in Thüringen an den Landrat von Weißensee vom 7.12.1923, Preußisches Landratsamt des Kreises Weißensee i. Th., betr. Kommunisten, Sig. 69, THSTAW- Außenstelle Gotha, zukünftig abgekürzt als Landratsamt Weißensee, betr. Kommunisten.

[334] Zukünftig abgekürzt als BauarbeiterInnenföderation.

[335] Der Syndikalist 21/23. Warum sich die BauarbeiterInnenföderation erst etwa acht Monate nach ihrer Gründung der Arbeitsbörse anschloß ist nicht bekannt.

[336] Der Syndikalist 13/22. In dem Artikel zur Gründung der Föderation wird darauf hingewiesen, daß es nicht reicht nur das Mitgliedsbuch der FAUD in der Tasche zu haben, sondern daß es wichtig ist, die anarchosyndikalistischen Prinzipien, bzw. Ideen auch konsequent umzusetzen. Es wird hervorgehoben, daß jedes Mitglied der FAUD „*Organisator und Agitator*“ sein muß. Dieser Hinweis hatte vermutlich seine Ursache in bis zu dem Zeitpunkt gemachten schlechten Erfahrungen mit den plötzlich in die FAUD eingetretenen Mitgliedern, die kaum Kenntnisse über die FAUD und ihre Mittel und Ziele hatten. Vgl. Anm. 46.

[337] Der Syndikalist 14/24.

[338] Ebenda 3/23.

[339] Ebenda.

[340] Vgl. dazu: Der Syndikalist 17/23, sowie Linse Ulrich, die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1918-1933, S. 44.

[341] Vgl. zum Beispiel Der Syndikalist 2/22 und 48/21.

[342] S. Anm. 23. Bach hatte beide Föderationen auch schon auf dem 16. Reichskongreß der FAUD vertreten. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen vom 16. Kongreß der FAUD (AS) abgehalten vom 26.- 28.5.1927 in Mannheim, Delegiertenliste S. 91-94.

[343] Sie wurden auf dem 19. Reichskongreß der FAUD vom 25. -18.3.1932 von Louis Schreiber und H.

Reichenbach vertreten. Vgl. Delegiertenliste des 19. Reichskongresses der FAUD, R 58/321, S. 167-

170, BAK.

[344] S. Anm. 25.

[345] Wentzel, Inflation und Arbeitslosigkeit, S. 44.

[346] Tarifverträge und die Beteiligung an Betriebsratswahlen wurden von der Sömmerdaer FVaB von Anfang an akzeptiert. In dieser Beziehung führten die Sömmerdaer ArbeiterInnen nahtlos die Praktiken der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung weiter, die sie aus ihrer Zeit in den freien,- reformistischen Gewerkschaften gewohnt waren. Es herrschte die Meinung vor, daß Tarife und Betriebsräte „*besser als nichts*“ seien. Interview des Verf. mit dem 1909 geborenen Schlosser und ehemaligen FAUD Mitglied Karl Wandt (ein Sohn von Motitz Wandt) in Sömmerda am 23.9.1992. Die FVaB, bzw. FAUD Sömmerdas stand damit in klarem Widerspruch zur offiziellen Linie der FVdG/FAUD, vgl. Kap. 1.2.3.).

[347] Vgl. Königlich Preussisches Landratsamt des Kreises Weißensee, Acta spec., betr. Gewerbliche Arbeitseinstellungen, Sig. 63, THSTAW- Außenstelle Gotha, zukünftig abgekürzt als Acta betr. Gewerbliche Arbeitseinstellungen, Streiknachweisung vom 14.10.1919.

[348] Der Syndikalist 44/19.

[349] Ebenda.

[350] Ebenda.

[351] Ebenda. Der Schreiber des Artikels war einer der wenigen Sömmerdaer, die schon frühzeitig Kritik im Sinne der anarchosyndikalistischen Theorie am Tarifwesen äußerte, da es der ganzen Arbeiterschaft „*hindernd im Wege*“ stehe.

[352] Im November 1919 hatte die FVaB Sömmerdas bereits 1600 Mitglieder. Der Syndikalist 44/19. Die Belegschaft Rheinmetalls betrug 1500 Personen.

[353] Er stellte ein Beispiel für die Niederlage der deutschen ArbeiterInnen im Kampf um ihre revolutionären Arbeiter,- bzw. Betriebsräte dar.

[354] Protokollbuch Betriebsausschuß- Betriebsrat 1929-33, Betriebsrat 1918-24, Sitzung vom 11.11.1919, Rheinmetall Borsig AG, Sig. 01/62a, THSTAW, zukünftig abgekürzt als Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Betriebsausschuß, Sitzung vom 11.11.1919.

[355] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzung vom 28.4.1919.

[356] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Betriebsausschuß, Sitzung vom 14.11.1919.

[357] Ebenda.

[358] Dieser wurde oftmals nicht erreicht. Vgl. Rheinmetall Borsig AG , Protokollbuch Betriebsausschuß, Sitzung vom 14.11.1919.

[359] S. Acta betr. Gewerbliche Arbeitseinstellungen, Tarifvertrag zwischen dem Verband Thüringer Metallindustrieller, Erfurt und dem Deutschen Metallarbeiter- Verband, V. Bezirk, Halle, dem Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter, H.- D., XI. Bezirk, dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer Deutschlands, Bezirk Thüringen, dem Verband Deutscher Sattler, Tapezierer und Portefeuller, dem Deutschen Holzarbeiterverband, Gau Thüringen, dem Verband der Maler und Lackierer, dem Deutschen Bauarbeiterverband, Gau Thüringen und dem Deutschen Transportarbeiterverband, vom 1.4.1920.

[360] Namentlich bekannt sind die Arbeiter Walter Arlt und Arno Mettfessel, s. Sömmerdaer Ztg. vom 9.10.1920.

[361] Ob diese Aktionen von den Sömmerdaer AnarchosyndikalistInnen auch propagandistisch unterstützt wurden, wie es z.B. in Berlin und im Rheinland der Fall war, ist nicht bekannt. In Berlin- Neukölln wurden Lebensmittelplünderungen 1921 von der FAUD folgendermaßen kommentiert: „*Die Expropriation, zu der die*

Ärmsten der Armen griffen, war ein revolutionäres Handeln. Ein wirklicher Revolutionär (...) muß in dem Moment, wo der Kampf um sein Lebensdasein geführt wird, sich aus seinem inneren Gefühl heraus empören und zur direkten Aktion übergehen“.

In Wuppertal wurden im August 1923 von der FAUD Plakate geklebt, die zur „*Beschlagnahmung aller Lebensmittel für das Volk und durch das Volk*“ aufriefen.

Vgl. Klan/Nelles „Es lebt noch eine Flamme“ (s. Kap. 1, Anm. 3), S. 95-98.

[362] Vgl. Sömmerdaer Ztg. vom 9.10.1920. In dem im Oktober 1920 gegen die beteiligten ArbeiterInnen stattfindenden Prozeß sagte der Bürgermeister aus, das die ganze Aktion „*durchaus ungesetzlich war*“ und er sich nur aufgrund von Drohungen gegen ihn und wegen der großen „*Straßenzusammenrottungen*“ zu seinen Handlungen habe bewegen lassen, ebenda.

[363] Sömmerdaer Ztg. vom 9.10.1920.

[364] S. den Bericht des Landrates von Weißensee an den Regierungspräsidenten in Erfurt vom 26.8.1919, S. 2, Regierung zu Erfurt, Acta betr. Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, Sig. 12354. In seinem Schreiben berichtet der Landrat außerdem davon, das bereits zu diesem Zeitpunkt neben den Flurwachen und Feldschutzorganisationen in zwölf Gemeinden des Kreises Bürgerwehren gebildet worden waren und er dementsprechend Anträge für zu Beschaffung von Waffen vorliegen habe.

[365] Sömmerdaer Ztg. vom 24.10.1920.

[366] Ebenda.

[367] Zum Putsch und seinen Entstehungsbedingungen (Niederlage der Novemberrevolution und die Errichtung der Militärdiktatur) vgl. Lucas, Märzrevolution, Bd. 1.

[368] Die Brigade war nach ihrem Kommandeur, dem Korvettenkapitän Hermann Erhardt benannt worden

[369] Die SPD stellte in dieser Regierung den Reichkanzler, den Außenminister, den Reichswehrminister, den Wirtschaftsminister, den Ernährungsminister und den Arbeitsminister.

[370] Zum Text des Versailler Friedensvertrages s. Illustrierte Geschichte (vgl. Kap. 3, Anm. 32), S. 401-404.

[371] Der deutschen Armee wurde nach dem ersten Weltkrieg laut Versailler Friedensvertrag ein Heer von 100000 und eine Marine von 15000 Mann zugestanden. Daraufhin bildeten viele Offiziere der ehemaligen kaiserlichen Armee illegale Kampfverbände, die durchaus als präfaschistisch bezeichnet werden können, sogenannte Freikorps. Mitglieder der Erhardtbrigade trugen bereits beim Einmarsch in Berlin ein Hakenkreuz am Helm.

[372] Engelmann, a.a.O. (s. Kap. 1, Anm. 126), S. 65.

[373] Ebenda.

[374] Ebenda.

[375] SPD, USPD, KPD.

[376] Schwarzer Faden, Nr. 2/1990 (s. Kap. 1, Anm. 83), S. 49.

[377] Klan/Nelles, „Es lebt noch eine Flamme“ (s. Kap. 1, Anm. 3), S. 76.

[378] Engelmann, a.a.O. (s. Kap. 1, Anm. 126), S. 71.

[379] Vgl. Kap. 1, Anm. 20 und 83.

[380] Vgl. Erinnerungen Victor Bodes, S. 37.

[381] Die Verordnung des verschärften Belagerungszustandes bedeutete, daß die Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren und sämtliche sonstigen Sicherheitsorgane dem Bezirksbefehlshaber unterstellt wurden, daß Von Selle sämtliche Kraftfahrzeuge einschließlich Treibstoff beschlagnahmte, daß die bisherigen Behörden ihm nun ebenfalls unterstellt waren, daß Verbot sämtlicher Versammlungen politischer Parteien. Alle übrigen Versammlungen, z.B. gewerkschaftliche, Belegschafts-, und Betriebsversammlungen mußten mindestens vier Tage bevor sie stattfanden bei der Ortspolizei angemeldet und die Genehmigung von Selles eingeholt werden. Er ließ sie dann überwachen. Weiterhin waren Druck und Vertrieb „kommunistischer, spartakistischer und USP-Zeitungen, Schriften, Handzettel usw.“, (...) sowie die Herausgabe neuer Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate politischen Inhalts verboten. Ebenso „jede Aufreizung der Bevölkerung, Aufforderung zu Gewalttaten und Streiks (...)“. Alle Zeitungen des Bezirkes wurden unter Zensur gestellt. Haussuchungen und Verhaftungen konnten nun ohne Beschränkung von den zuständigen Militär-, und Zivilbehörden vorgenommen werden. Offiziere erhielten die Funktion von Polizei und Hilfspolizeibeamten. Der Bevölkerung wurde das tragen von Waffen ebenso verboten, wie Versammlungen und Umzüge auf Straßen und Plätzen. Von Selle kündigte an, gegen diese mit Waffengewalt vorzugehen. Jeder nichtamtliche Fernsprechkverkehr über den Bereich der Reichswehrbrigade 11 wurde verboten. Gaststätten mußten um 22.00 Uhr schließen. Der Ausschank alkoholischer Getränke war verboten. „Alle Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen dieses Erlasses, sowie die Aufforderung und Anreizung dazu werden, soweit nicht höhere Strafen verwirkt sind, mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis 15000 Mk. bestraft“, vgl. Tribüne. Thüringer unabhängiges sozialdemokratisches Organ“ vom 27.3.1920, zukünftig abgekürzt als Tribüne vom 27.3.1920. Die angesprochenen höheren Strafen waren Todesurteile die durch, unter dem verschärften Belagerungszustand mögliche Standgerichte und sog. außerordentliche Volksgerichte und Kriegsgerichte für Delikte wie „Rädelsführerschaft bei Aufruhr und Landfriedensbruch“ verhängt werden konnten, s. dazu Lucas- Busemann Erhard, Hat Friedrich Ebert dem Mechterstädter Arbeitermord vom 25. März 1920 nachträglich eine legale Grundlage zu geben versucht?, in: AGWA (s. Kap. 1, Anm. 42), Nr. 5, Berlin 1982, S. 13-27, hier S. 19-25, sowie ders., Märzrevolution, Bd. 2, S. 100.

[382] „Nach eingegangenen Berichten ist die Regierung in Berlin in ihren Entschlüssen gehemmt, um die Regierungsgewalt in Berlin wird gekämpft. Ich werde das Übergreifen dieser Zustände auf das Gebiet der 11. Reichswehrbrigade verhindern und in ihm die Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln aufrechterhalten“, Tribüne vom 27.3.1920.

[383] Kurt Neubert war nicht in die FAUD eingetreten, sondern in der USPD geblieben, s. Schüle, a.a.O., S. 145, Erinnerungen Victor Bodes (s. Kap. 3, Anm. 26), S. 44.

[384] Vgl. dazu u.a., Waldszus, a.a.O., S. 12-13. Protokoll der Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des Kreises Sömmerda über die am 19.1.1958 in der Zeit von 9.00 bis 12.00 durchgeführte Beratung über die Kapp- Putsch- Tage im März 1920 in Sömmerda (und Umgebung), S. 2, sowie Protokoll der Beratung vom 2.2.1958, S. 1, zukünftig abgekürzt als Protokoll über die Kapp- Putsch- Tage S. 1. 12 Tage. Deutsche Arbeitergeschichte im Kreis Sömmerda, hg. von der Kreiskommission zur Erforschung der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung der SED Sömmerda, o.J. (wahrscheinlich 1956), S. 8, zukünftig abgekürzt als 12 Tage, S. 8.

[385] Vgl. Protokoll über die Kapp- Putsch- Tage, S. 3.

[386] Zukünftig abgekürzt als Ek.

[387] Zum Leiter der Arbeiterwehr wurde Fritz Voigt gewählt. Otto Bach und Walter Arlt waren zwei der sechs gewählten Zugführer, s. Protokoll über die Kapp- Putsch- Tage, S. 3.

[388] Ebenda.

[389] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Sitzung der Betriebsleitung mit 3 Vertrauensleuten der Arbeiterschaft vom 8.4.1920 und Bericht über die Sitzung vom 22.12.1920.

[390] Ob Fricke letztendlich entwaffnet wurde ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, daß er persönliche Rache an Schmidt nahm, indem er ihn beim Einmarsch der Reichswehr am 24.3. ermorden ließ, vgl. 12 Tage, S. 27.

[391] S. Erinnerungen von Teilnehmern an den Märzereignissen, S. 24, sowie 12 Tage, S. 10.

[392] Leutnant der Reserve Hohendahl.

[393] Waldszus, a.a.O., S. 17, Erinnerungen Victor Bodes, S. 41.

[394] Der Syndikalist 13/20.

[395] Ebenda.

[396] Hohendahl wurde am 20.3. nach der Intervention einiger Beamter Zuhause unter Arrest gestellt. Dort wurde er am Tage des Einmarsches der Reichswehr u.a. von Bürgern, welche die Arbeiterwache überwältigt hatten befreit.

[397] Auch die Einsetzung Kusches als Bürgermeister ist aus anarchosyndikalistischer Sicht völlig unverständlich, weil damit von der FAUD ein staatliches Amt aufrecht erhalten wurde. Abgesehen davon, war es schlicht überflüssig dieses Amt bestehen zu lassen, weil sich die FAUD Sömmerdas genug eigene Strukturen geschaffen hatte.

[398] „Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Sömmerdaer sich nicht mit den Parolen der Ebert-Regierung zufrieden gaben (...), sondern darauf bedacht waren, durch eine allgemeine Entwaffnung der bis zum äußersten gegen die 'Spartakisten' aufgehetzten Bourgeoisie die Voraussetzung für eine Neuauflage eines reaktionären Putsches beseitigen zu wollen“, Der Syndikalist 12/32.

[399] Sömmerdaer Ztg. vom 19.3.1920. Entweder hatten sich die LandarbeiterInnen, sowie Teile der Angestellten und BeamtenInnen gar nicht am Streik beteiligt, oder sie haben die Arbeit nach der Niederlage der Putschisten wieder aufgenommen.

[400] Ob vom 13.3.-17.3. oder darüber hinaus, oder ab dem 17.3. ist unbekannt.

[401] Sömmerdaer Ztg. vom 17.4.1920.

[402] Ebenda.

[403] Vgl. 12 Tage, S. 14 und Der Syndikalist 13/20.

[404] Nachbarstadt Sömmerdas, ca. 35 km nordöstlich.

[405] Sömmerdaer Ztg. vom 26.3.1920, Waldszus, a.a.O., S. 17, Schüle. Die Behauptung, daß an diesem Tag von der FAUD in Sömmerda auch die Räterepublik ausgerufen worden sein soll, ist nicht haltbar. Vgl. dazu Waldszus, a.a.O., S. 15-18. Neben den Erörterungen von Waldszus ist es auffällig, daß eine Ausrufung der Räterepublik in Sömmerda in keiner der mir vorliegenden persönlichen Erinnerungen, Zeitungen oder Dokumente der Sömmerdaer-, bzw. thüringischen ArbeiterInnen erwähnt wird. Dafür wird dieser Punkt in einem amtlichen Bericht gleich zweimal angeführt, s. dazu den Bericht des Regierungspräsidenten von Erfurt an den Oberpräsidenten in Magdeburg bzgl. der „Unruhen im Regierungsbezirk Erfurt“, vom 31.3.1920, S. 2 und 4, Registratur des Präsidialen Zentralbureaus der Königlichen Regierung zu Erfurt, Akten betr. Märzunruhen 1920, Sig. 7424, THSTAW- Außenstelle Gotha. Diese zweimalige Behauptung könnte der versuchten Legitimation der Morde vom 24.3.1920 gedient haben. Für Bürgertum, Militär und Regierungsstellen war der Begriff „Räterepublik“ offensichtlich ebenso ein Kampfbegriff, der jedes Vorgehen gegen ArbeiterInnen legitimierte, wie das Wort „Spartakus“, unter dem alle ArbeiterInnen links von der SPD subsumiert wurden. In der bürgerlichen Presse wurden die ArbeiterInnen Sömmerdas als „Pestbeule“, „bewaffnete Banden“ und als „Durch Aufwiegler irregeleitete Menschen, denen man das arme Hirn mit an Wahnsinn grenzenden Ideen angefüllt (hat), die zu verarbeiten es aber zu schwach ist“, bezeichnet und festgestellt, daß „der Denkwort, welchen Spartakus heute (24.3.1920, d. Verf.) erhalten hat, (...) kühlend auf seine überhitzten Gemüter wirken und nun endlich Ruhe auch in unserer Gegend wieder einkehren“ wird, vgl. Kindelbrücker Zeitung. Unparteiisches Organ für die Bewohner des Unstrut- und Wippertales, zukünftig abgekürzt als Kindelbrücker Ztg., sowie Weißenseer Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Weißensee'r Kreis vom 26.3.1920.

[406] Waldszus, a.a.O., S. 19 und 21.

[407] Zum Verlauf der Entwaffnungen der Einwohnerwehren vgl., Waldszus, a.a.O., S. 19-25., Erinnerungen von Teilnehmern an den Märzereignissen, S. 26-37., Erinnerungen Victor Bodes, S. 42-43., 12 Tage, S. 15-21, handgeschriebener Lebenslauf Otto Bachs, vom 12.6.1970, S. 14-15.

[408] S. 12 Tage, S. 21, Illustrierte Geschichte, S. 472-473.

[409] Vgl. 12 Tage, S. 24 und die Erinnerungen von Hermann Sonntag, S. 17. Er hatte telefonische Rücksprache mit dem Erfurter Aktionsausschuß gehalten und auf die Frage, warum die SömmerdaerInnen nicht vom ausrücken der Reichswehreinheit informiert worden seien, die Antwort erhalten, daß man in Erfurt davon nichts wisse. Angeblich soll zu Sonntag noch gesagt worden sein, daß auch in Erfurt, Gotha und Suhl die Arbeiterwehren niedergeschlagen würden und sie sehen sollten, wie sie allein fertig würden. Falls das stimmt würde das, trotz ansatzweisem Informationsaustausch der verschiedenen ArbeiterInnenorgane darauf schließen lassen, daß eine überörtliche Organisierung überhaupt nicht im von Interesse war und sich mehr oder weniger freiwillig in örtliche Isolation begeben wurde.

[410] Vgl. Waldszus, a.a.O., S. 26, 12 Tage, S. 24.

[411] Ebenda, S. 5.

[412] Schon am diesem Tag hatten v. Stolzmann u.a. folgenden Aufruf erlassen, der die Stimmung gegen die bewaffneten ArbeiterInnen Thüringens weiter anheizen sollte: *„Die unheilvolle Wahnsinnstat der Berliner Umstürzler ist vorüber. Trotzdem ist das Vaterland erneut in höchster Gefahr. verbrecherische Elemente sind im Aufruhr. Sie hemmen die Wiederaufnahme der Arbeit und das Wirtschaftsleben, um unser Vaterland dem Abgrund zuzutreiben. Im Bereich der Brigade ist Thüringen am schwersten gefährdet. Organisierte bewaffnete Banden durchziehen bereits raubend und plündernd das Land (...) Jeder, der eine Waffe führen kann, ist unter Zurückstellung allen Haders verpflichtet, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen“*, vgl. Lucas- Buseman Erhard, Hat Friedrich Ebert dem Mechterstädter Arbeitermord vom 25. März 1920 nachträglich eine legale Grundlage zu geben versucht?, S. 14.

[413] Ebenda. Es wurden 11 Soldaten getötet und 27 verletzt.

[414] Es wurde von Hünicken die Parole ausgegeben: *„Ich weiß mich mit euch allen einig, daß das Blut unserer Toten und Verwundeten (gemeint war Gotha, d. Verf.) nicht umsonst geflossen sein darf!“*. Während des Marsches nach Sömmerda, wurde von Hünicken angeordnet, daß er keine Gefangenen sehen wolle, vgl. Waldszus, a.a.O., S. 43, sowie Erinnerungen Victor Bodes, S. 42.

[415] Ebenda, S. 26, sowie 12 Tage, S. 22, Schüle, a.a.O., S. 371.

[416] Zu den Gefechten und den Morden in Schallenburg und Tunzenhausen liegen mir mehrere Berichte vor, die sich in einigen Punkten leicht voneinander unterscheiden, jedoch im wesentlichen identisch sind. Das folgende Zitat ist der Arbeit von Waldszus, S. 26-30 entnommen: *(...) Die Kavallerie wurde zunächst auf Schallenburg angesetzt, das von der Arbeiterwehr besetzt war. Sie traf (...) auf ihrem Weg von Alperstedt, etwa 500 m vor Schallenburg, auf eine Wache der Arbeiterwehr dieses Dorfes, Albert Winter und Otto Jessing (Mitglied der FAUD Sömmerda, s. Der Syndikalist 15/21, d. Verf.) Die 2 Schallenburger, die die Reichswehr führten, sagten, daß das die 'Richtigen' wären. Daraufhin wurden Winter und Jessing ein Stück des Weges mitgetrieben, gepeitscht und mit Kolben geschlagen. Dabei brach einem der Mörder der Kolben ab. Albert Winter wurde nach schwerer Mißhandlung durch Genickschuß getötet. Otto Jessing erhielt nach ebenfalls schwerster Mißhandlung einen Schuß in den Oberschenkel und starb nach mehrfacher Operationen im Erfurter Krankenhaus. (...) Nachdem etwa 1,5 km östlich von Schallenburg die beiden Geschütze in Stellung gebracht waren, marschierte die Eskadron Schelle auf Schallenburg zu. Dort wurden sie durch Schüsse empfangen. Es kam zu einem kurzen Feuergefecht. Eine Infantriekompagnie wurde eingesetzt. Nun erst gelang es, die Arbeiterwehr zurückzudrängen. Schallenburg wurde durchsucht und Verhaftungen vorgenommen. Etwa 30 Arbeiter wurden festgenommen und hinter eine Feldscheune zur Erschießung geführt. Die Erschießung wurde dann doch unterlassen. (...) In Tunzenhausen entwickelte sich ebenfalls Geplänkel (...) Das Dorf wurde umzingelt (...) Der erste Zug der 4. Infantriekompagnie unter Führung von Leutnant Hagedorn drang in Tunzenhausen ein. (...) Vor dem Dorf, auf der Straße nach Sömmerda stand eine Gruppe von Arbeitern. Als die Arbeiter die Soldaten von Schallenburg kommen sahen, gingen sie ins Dorf zurück. An der Kirche wurden sie von einer Gruppe der Reichswehr wieder zum Gut zurückgetrieben. Aus Richtung Sömmerda kam ebenfalls eine Gruppe Soldaten entgegen. Der*

Kommandeur der Einheit, Leutnant Hagedorn, stand mit dem Gutsbesitzer Hofmeister im Gutsgarten. Der Gutsbesitzer rief: 'Die müssen alle erschossen werden!' Der Leutnant (...) befahl auch, die Erschießung vorzunehmen. Die Arbeiter wurden auf Waffen untersucht, trugen aber keine bei sich. darauf wurden sie in Reihe aufgestellt. Hagedorn gab der Gruppe Weber den Befehl, die Arbeiter zu erschießen. Er wurde von den Soldaten auf die Unschuld der Menschen hingewiesen. Hagedorn wiederholte den Befehl. Die Gruppe Weber weigerte sich daraufhin, die Erschießung durchzuführen. (...) Hagedorn bestimmte eine andere Gruppe. Diese führte den Mordbefehl aus. Da Hermann Schönfeld nach der Erschießung sich noch regte, wurde ihm der Schädel aufgespalten. (...) Otto Schönfeld wurde zuletzt erschossen. Vorher bat er auf Knien ihn leben zu lassen, da seine beiden Söhne schon erschossen seien. Der Leutnant lehnte ab. Der Soldat, der ihn erschießen sollte, weigerte sich, es zu tun. Darauf sagte Hagedorn: 'Wenn ihr Feiglinge seid, dann erschieß ich ihn!' Er erschoss ihn persönlich (...) Der Arbeiter Hermann Heßler fuhr mit dem Fahrrad in Richtung des Gutshofes. Als er die Soldaten sah, fuhr er zurück zum Gasthaus 'Weißes Roß'. Der vom Gutshof kommende Gutsbesitzer (...) zeigte auf ihn und sagte: 'Das ist auch einer, weg damit!' Darauf schossen die Soldaten ihm in das linke Bein. Hofmeister hetzte erneut: 'Schießt ihm nicht in das Bein, schießt ihm in den Schädel!' Darauf wurde er niedergeschossen. (...) Der Arbeiter Karl Henne befand sich in Begleitung von Arno Haase auf dem Weg zum Arzt nach Sömmerda. An der Kirche wurde er von Soldaten umringt und die begleitende Person weggestoßen. Henne wurde zur Kirchhofsmauer geschleppt. Dort sagte der Landwirt Paul Heyde: 'Das ist auch so einer!' Hagedorn befahl nun die Erschießung, die auch durchgeführt wurde. (...) Edmund Schöffner wurde aus dem Hause des Rudolf Schöffner von zwei Soldaten (...) gewaltsam abgeholt und zur Kirchhofsmauer geführt. Der Sohn des Gutsbesitzers sagte dort: 'Zwei Reihen Bürgerwehr und durch mit ihm richtig verprügeln und dann gleich erschossen.' Darauf schossen die Soldaten ihm in die Beine. Er brach zusammen und wurde durch Mißhandlungen und Beschimpfungen gequält. Durch Schüsse in den Kopf und in die Brust wurde er dann getötet. Den tödlichen Schuß feuerte der Gutsbesitzersohn (...) in die Schläfe Schöffners ab“.

[417] Walter Arlt wurde gegen Mittag des 24.3. dann auf dem Marktplatz von Sömmerdaer Bürgern fast totgeschlagen, vgl. Sömmerdaer Ztg. vom 16.7.1920.

[418] Diese Bedingungen zeigen abermals, daß Hünicken gar nicht verhandeln wollte. Die Waffenabgabe war in dem genannten Zeitraum kaum möglich. Außerdem hätte die Sömmerdaer FAUD wohl auch niemanden an die Reichswehr ausgeliefert.

[419] Vgl. Tribüne vom 24.10.1920 und Kinderbrücker Ztg. vom 26.3.1920.

[420] Vgl. Waldszus a.a.O., S. 36, Erinnerungen Victor Bodes, S. 46, Wir Über Uns, S. 49.

[421] Vgl. Wir Über Uns, S. 49.

[422] S. Anm. 107.

[423] Er war am Gefecht bei Kindelbrück beteiligt und seitdem auf der Flucht gewesen, da ein Haftbefehl gegen ihn vorgelegen hatte, vgl. Der Syndikalist 13/20 und 12/32, sowie Protokoll über die Kapp- Putsch- Tage vom 19.1.1958, S. 4.

[424] Vgl. Tribüne vom 24.4.1920, Waldszus, a.a.O., S. 38, Schüle hebt hervor, daß neben den willkürlichen Tötungen, gezielt langjährig sozialistisch engagierte Arbeiter ermordet wurden, a.a.O., S. 145. Das deckt sich mit den in dieser Arbeit bisher dargestellten politischen Werdegängen bestimmter Sömmerdaer Arbeiter.

[425] Vgl. Aussagen von Teilnehmern an den Märzereignissen 1920, S. 49 und Waldszus, a.a.O., S. 40.

[426] Vgl. 12 Tage, S. 27-28. Im Gegensatz dazu wurden Ermittlungen und Verfahren gegen die Mörder aus den Reihen des Militärs verschleppt und verliefen schließlich ganz im Sande. Lediglich Bürgermeister Hohendahl wurde seines Amtes enthoben und nach Werdohl in Westfalen versetzt. Vgl. dazu, Waldszus, a.a.O., Kap. C.

Auch zur Einnahme Sömmerdas und zu den Morden in der Stadt liegen mir mehrere Berichte vor, die zwar in einem ziemlich pathetischen und haßerfüllten Stil geschrieben sind, jedoch m. E. trotzdem die Geschehnisse vom 24.3.1920 in Sömmerda, wenn auch mit einigen Nuancen, grundsätzlich recht authentisch wiedergeben und im wesentlichen auch mit den auf das allerwichtigste beschränkten Ausführungen Schüles, a.a.O., S. 145 und 371-375 übereinstimmen. Das folgende Zitat ist den Seiten 25-28 der Broschüre -12 Tage - entnommen: „Inzwischen waren

die Noskiten (damit ist die Reichswehr gemeint, da sie dem SPD Innenminister Noske unterstellt war, unter dessen Oberbefehl die revolutionäre Bewegung der Jahre 1918-20 zerschlagen wurde) in Sömmerda eingedrungen und nahmen mit Angehörigen der Einwohnerwehr bei den Arbeitern Haussuchungen vor und führten Festnahmen durch. Der Bürgermeister Hohendahl war von Angehörigen der Bürgerwehr befreit worden. Angehörige der Einwohnerwehr der benachbarten Dörfer waren auch schon überall in Sömmerda eingedrungen und ein Teil von ihnen hatte sich auf dem Marktplatz versammelt. Ein Teil der Genossen und verhafteten Arbeiter waren unter Johlen und Schlägen bereits in den Rathauskeller geworfen worden.

Als die zwei Ulanen mit dem Genossen Neubert in der Mitte den Marktplatz erreichten, war Hohendahl auf den Sockel des Dreysedenkmales gestiegen. Als er den Genossen Neubert erblickte, rief er laut über die Versammelten hinweg: 'Dieser Mensch hat aufgehört zu leben'.

Genosse Neubert wurde in das bereits eingerichtete Standquartier der Führung der Noskiten, das Hotel 'Zum Schwan' gebracht, verhört und wiederum mißhandelt.

Am frühen Morgen wurde er durch 2 Reiter die Marktstraße und den früheren Stadtring entlang an seinem Vaterhaus vorbeigeführt und im Raum der jetzigen Gärtnerei Rheinmetall feige ermordet. (...) Bei der Einlieferung der Festgenommenen im Rathauskeller bildete sich ein Spalier von bewaffneten Noskiten und Mitgliedern der Bürgerwehr, durch welches die Genossen schreiten mußten. Dabei wurde auf sie mit Gewehrkolben, Reitpeitschen und sonstigen Schlaginstrumenten eingeschlagen. Der Führer der Bürgerwehr von Sömmerda (...) hatte seinen Spaß daran, wenn die bis zur Rathaustür geschrittenen Genossen über sein blitzschnell vorgestrecktes Bein stolperten und in den Keller stürzten. In den Nachmittagsstunden des 24. März wurden die eingekerkerten Genossen (...) einzeln aus dem Keller gebracht. Vor dem Rathaus waren die Führung der Noskiten, die Reaktionäre der Bürgerwehr und die Einwohnerwehren der benachbarten Gemeinden zusammengeströmt. In ihrer Mitte stand Hohendahl und hielt ein 'Volksgericht' ab.

Als die einzelnen Genossen vor der johlenden Menge standen, die wiederum auf sie einschlug, wurde ihnen von Hohendahl das Urteil (...) verkündet. Die Schuldiggesprochenen wurden durch Angehörige der Bürgerwehr und der Noskiten in den Rathausaal gebracht.

Die Rathaustreppe war auf beiden Seiten mit Noskiten und Angehörigen der Bürgerwehr besetzt, die auf die auf der Treppe hinaufschreitenden Arbeiter weiter einschlugen. Wenn einer von den zum Verhör gebrachten nach der Meinung der Henker zu langsam die Treppe hinaufrannte, wurde er von oben zurückgejagt und es hieß, er müsse doppelte Ration erhalten. Vor dem Tribunal wurde über die 'Schwerverbrecher' entschieden. (...) Danach wurden sie wieder in den Rathauskeller gebracht, wo sie mit dem Gesicht zur Kellerwand und mit erhobenen Händen die ganze Nacht stehen mußten. Wenn einer von ihnen ermüdete und die Hände sinken ließ, wurde er (...) mit dem Gewehrkolben gestoßen (...).

[427] Ca. 4-6 Wochen.

[428] Vgl. Telegramm des Regierungspräsidenten von Erfurt an den Reichspräsidenten der Weimarer Republik vom 4.4.1920 und Verordnung General von Stolzmanns an den Regierungspräsidenten von Erfurt vom 26.3.1920, Registratur des Präsidialen Zentralbureaus der Königlichen Regierung zu Erfurt, Akten betr. Märzunruhen 1920, Sig. 7424, THSTAW- Außenstelle Gotha.

[429] Vgl. Waldszus, a.a.O., S. 82.

[430] S. Sömmerdaer Ztg. vom 27.3.1920.

[431] Selbst am 22.4.1920 ist noch davon die Rede, daß verschiedene der Flüchtigen nicht nach Sömmerda zurückkehren würden, weil sie mit ihrer sofortigen Verhaftung rechnen müßten, vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen, Bericht über die Sitzung vom 22.4.1920.

[432] Das bedeutete Entlassungen.

[433] Vgl. Waldszus, a.a.O., S. 82.

[434] Das ist angesichts der Tatsache, daß die FAUD im März 1920 die einzige ArbeiterInnenorganisation am Ort war und somit keinerlei Rücksichten auf die Ziele anderer Gewerkschaften oder ArbeiterInnenparteien zu nehmen brauchte, völlig unverständlich, weil nicht im voraus abzusehen war, daß die aufständischen Zentren relativ schnell isoliert würden und eine Sozialisierung der Betriebe damit sinnlos wäre. Vielleicht schreckten aber auch die Erinnerungen an die fehlgeschlagene Übernahme Rheinmetalls im November 1918 und die eventuelle Erkenntnis, daß sie im März 1920 auch nicht besser über die eigenständige Führung der Betriebe informiert waren, die ArbeiterInnen Sömmerdas ab. Vgl. dazu Lucas, Märzrevolution Bd. 3, Kap. 1.1.: Auseinandersetzungen um die Ziele der Aufstandsbewegung.

[435] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion, Sitzungen vom 29.3. und 6.4.1920.

Es sollten nicht nur die noch flüchtigen Arbeiter entlassen werden, sondern auch die, die ihre Arbeit bis zum 30.3. wieder aufgenommen hatten. Die Hervorhebung, daß besonders radikale Arbeiter zu entlassen sein, meint wahrscheinlich schon lange Zeit aktive und bei ihren Kollegen besonders geschätzte Beschäftigte, wie sich noch zeigen sollte, da zum Zeitpunkt der Sitzungen bis auf wenige Ausnahmen alle ArbeiterInnen Sömmerdas Mitglied einer radikalen Organisation, der FAUD waren. Vermutlich versprach sich die Betriebsleitung von Rheinmetall mit der Entlassung von wichtigen FAUD Mitgliedern die Organisation so zu schwächen, daß es ihr nicht mehr möglich war, Auseinandersetzungen nach ihren Vorstellungen zu führen, da, wie bereits nachgewiesen, wichtige Organisationsgründungen und Kämpfe in Sömmerda immer von einer relativ kleinen Gruppe von Arbeitern angestoßen wurden und der Rest aus Vertrauen mitzog. Aufgrund der Tatsache, daß viele Mitglieder der FAUD, trotz ihrer Organisierung in dieser Gewerkschaft keine überzeugten AnarchosyndikalistInnen geworden waren, sondern sozusagen auf einer Welle mitgeschwommen waren, wurde wahrscheinlich u.a. durch die Entlassungen bei Rheinmetall die Reorganisation der reformistischen Gewerkschaften forciert. Die FAUD verlor bis Herbst 1921 etwa 1300 Mitglieder. Sie organisierten sich zu einem großen Teil wieder im DMV, im Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, im christlichen MetallarbeiterInnenverband und im BauarbeiterInnenverband, deren Mitglieder sie wie dargestellt, ja teilweise bei dem Massenübertritt zur FVaB auch geblieben waren. Vermutlich erschien den ArbeiterInnen eine Organisierung in diesen Gewerkschaften nach den erlittenen Niederlagen nun weniger gefährlich als in der FAUD. Vgl. dazu auch Der Syndikalist 2/22, Wir Über Uns, S. 53 und Gebesee'r Zeitung vom 13.1.1922.

[436] Gemeint sind die Entwaffnungen der Bürgerwehren und die Lebensmittelbeschlagnahmen. Das bedeutete, daß alle Mitglieder der Arbeiterwehr entlassen werden sollten.

[437] Ein oder mehrere solcher Fälle sind nicht bekannt. Diese Begründung beruht wahrscheinlich auf der Phantasie der Betriebsleitung, die sich nicht vorstellen konnte, daß sich die ArbeiterInnen freiwillig und gemeinsam gegen den Putsch gewehrt und die darauffolgenden Aktionen durchgeführt haben. Aus dem Protokoll einer Betriebsversammlung geht hervor, daß die sie alle Entscheidungen in gemeinsamen Sitzungen getroffen haben, s. Rheinmetall Borsig AG, Betriebsversammlungen, Bericht der Versammlung vom 29.4.1920.

[438] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Sitzung der Betriebsleitung mit 3 Vertrauensleuten der Arbeiterschaft vom 8.4. und Bericht über die Versammlung vom 29.4.1920

[439] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Versammlung vom 29.4.1920. Nach einer anderen Quelle war auch Walter Arlt betroffen, vgl. Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Betriebsausschuß, Sitzung vom 18.5.1920.

[440] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Versammlung vom 29.4.1920

[441] Ebenda. Bericht über die Sitzung der Direktion mit sämtlichen Abteilungs- und Betriebsleitern vom 30.4.1920.

[442] Ebenda.

[443] Ebenda.

[444] Ebenda.

[445] Auf diesen „schwarzen Listen“ der Unternehmer waren radikale ArbeiterInnen namentlich verzeichnet. Vor ihrer Einstellung wurde gewarnt.

[446] Das bedeutete, daß Facharbeiter von außerhalb nicht in die Stadt, bzw. den Betrieb gelassen wurden.

[447] Der Syndikalist 30/20.

[448] Gemeint war die Sperre.

[449] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Sitzung der Betriebsleitung mit dem Arbeiterausschuß und zwei der entlassenen Arbeiter (Heinrich Kusche und Fritz Jürgel) vom 30.8.1920.

[450] Hermann Sonntag wurde entweder nicht wieder eingestellt, oder wollte nicht mehr bei Rheinmetall arbeiten. Er gründete nach seiner Entlassung einen eigenen Handwerksbetrieb, war jedoch weiterhin auf Betriebsversammlungen, Sitzungen mit der Betriebsleitung etc. anwesend. Die Betriebsleitung versuchte vergeblich dies zu verhindern. Sonntags Anwesenheit wurde mit dem Betriebsrätegesetz begründet, daß den Arbeitgeber verpflichtete, Sitzungen mit dem Betriebsrat und auswärtigen OrganisationsvertreterInnen abzuhalten, vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Niederschrift über die Sitzung des Betriebsrates mit der Betriebsleitung vom 27.6.1921 und Bericht über die Betriebsversammlung am 2.11.1921.

[451] Ebenda. Bericht über die Sitzung der Betriebsleitung mit dem Betriebsausschuß vom 22.12.1920.

[452] Ebenda und Der Syndikalist 1/21. Die Gegenstimmen beruhen wahrscheinlich auf der Ausklammerung der an Waffentnahmen beteiligten Arbeiter, wie z.B. Karl Voß. S. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Sitzung der Direktion mit sämtlichen Abteilungs- und Betriebsleitern vom 30.4.1920. Das von Wesemann zugesagte Gespräch mit der Generaldirektion ist dann entweder nicht zustande gekommen, oder diese hat die Wiedereinstellung der betroffenen Arbeiter abgelehnt. Aus einer Belegschaftsstatistik für 1920 und 1921 geht hervor, daß die Belegschaft von 1400 auf 1384 gesunken war. Das könnte bedeuten, daß 16 an Waffentnahmen beteiligte Arbeiter nicht wiedereingestellt wurden. Vgl. Schüle, a.a.O., S. 384.

[453] Vgl. Anm. 230 und Kap. 4.1.1.

[454] Das bedeutet, daß sie auch ihr Vertrauen zu sich selbst wieder verloren, denn s i e waren die FAUD.

Hier zeigt sich deutlich, daß viele der Mitglieder der Sömmerdaer FAUD nur beigetreten waren um nicht unorganisiert zu sein und sich durch die radikalen Inhalte, die sie in ihrer Tiefe gar nicht begriffen hatten, eine schnelle Verbesserung ihrer persönlichen Situation erhofften. Daher blieben sie nur solange in der Organisation, wie diese relativ erfolgreich agierte. Diese ArbeiterInnen waren aber keine selbständig denkenden und handelnden Individuen geworden, obwohl sie in einer Organisation waren, die genau solcher Menschen bedurft hätte. Die erste größere Niederlage am Ort, wurde offensichtlich „der Organisation“ zugeschrieben. Eine Analyse von selbst gemachten Fehlern unterblieb, weil in den Köpfen dieser Menschen die Trennung von Individuum und Organisation welche verantwortlich „handelt“ bestehen geblieben war. Hier wurden viele Sömmerdaer ArbeiterInnen schon 1920 von ihrer Vergangenheit im DMV, BauarbeiterInnenverband etc. wieder eingeholt. Das hatte dann zur Konsequenz, daß, wenn die eine Organisation „versagte“, eben wieder die Mitgliedschaft in einer anderen mit festeren Lenkungs- und Leitungsstrukturen gesucht wurde, da es hier einfacher war, die eigene Verantwortung wegzuschieben und leitende Funktionäre für eventuelle Niederlagen verantwortlich zu machen.

[455] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Sitzung mit 3 Vertrauensleuten der Arbeiterschaft vom 8.4.1920.

[456] Bauer.

[457] Noske.

[458] Ebert.

[459] Ebenda.

[460] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Sitzung der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat vom 18.5.1920.

[461] Vermutlich war die FAUD so kurz nach den Märzereignissen nicht gewillt, bzw. noch nicht wieder in der Lage neben, oder statt der Verhandlungen mit der Betriebsleitung radikalere direkte Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderung durchzuführen. Als sie im August dann die Sperre über Sömmerda verhängte, war die Bezahlung der Streiktage kein Thema mehr.

[462] Von der Ortsklasse hing die Höhe der zu zahlenden Stundenlöhne ab.

[463] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Sitzung der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat vom 28.4.1920.

[464] Ebenda. Bericht über die Sitzung der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat vom 30.4.1920. Der DMV nutzte offensichtlich die schwierige Situation der FAUD ebenso aus, wie die Betriebsleitung von Rheinmetall. Es wurde die Chance genutzt, der FAUD einen empfindlichen Schlag zu versetzen, um selbst in Sömmerda wieder Fuß zu fassen.

[465] Ebenda. Da die Höhe der Löhne für die Lebenshaltung der ArbeiterInnen äußerst wichtig war, meinten wahrscheinlich viele von ihnen, daß sie in einer Organisation, die Schwierigkeiten habe Lohnkämpfe zu führen nun nichts mehr zu suchen hätten. Das Nichtverhandeln mit der FAUD war ein ziemlich geschickter Schachzug Wesemanns, der die Position der Schwäche, in welche die Organisation durch die Tage vom 13.-24.3.1920 hineingeraten war, konsequent ausnutzte. Die FAUD hatte dem erst mal nichts mehr entgegenzusetzen und mußte dem Mitgliederverlust und der Reorganisation der reformistischen Gewerkschaften tatenlos zusehen.

[466] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Sitzung der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat vom 30.4.1920.

[467] Das war noch vor Inkrafttreten des Versailler Vertrages, der deutschen Firmen verbot Rüstungsgüter herzustellen. Er wurde erst am 28.6.1919 unterzeichnet, vgl. dazu Kap. 2.

[468] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Werksdirektion. Sitzung vom 28.4.1919.

[469] Ebenda. Sitzung vom 12.5.1919.

[470] Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Betriebsausschuß. Sitzung des Betriebsratsausschusses mit der Direktion vom 9.4.1921.

[471] Vgl. das Flugblatt „An das Proletariat“ beigelegt einem Schreiben der Polizeiverwaltung Erfurt an den Regierungspräsidenten in Erfurt vom 27.4.1921, Regierung Erfurt, Akte betr. Ausnahmezustand 1921, Sig. 7424, THSTAW- Außenstelle Gotha.

[472] Der Syndikalist 20/21.

[473] Ebenda.

[474] Vgl. dazu Industrieller Antimilitarismus (Gewalt oder Gewaltlosigkeit). Referat des Genossen Hermann Ritter (Erfurt) auf der Reichskonferenz der Föderation der Metall- und Industriearbeiter F.A.U.D. (Syndikalisten). Abgehalten zu Erfurt am 10. und 11. Juli 1921, als Broschüre gedruckt, Berlin o.J. (1921).

[475] Vgl. Der Syndikalist 29/21.

[476] Ob die Betriebsrätekonferenz zustande gekommen ist, ist unbekannt. Bei dem negativen Einfluß, den die Vorstände des DMV bzgl. der Kampagne ausübten, erscheint mir das jedoch unwahrscheinlich.

[477] Der Syndikalist 40/21.

[478] Ebenda.

[479] Ob die FAUD Kampagne noch in anderen Städten, bzw. Betrieben Erfolg hatte, ist mir nicht bekannt.

[480] Der Syndikalist 43/21.

[481] Ebenda 35/21.

[482] Die Beschäftigtenzahl betrug zu diesem Zeitpunkt 1350 Personen. Vgl. Acta betr. Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Nachweisung über den Ausbruch eines Streiks vom 26.8.1921.

[483] Vgl. dazu Kap. 2.

[484] Vgl. Wentzel, Inflation und Arbeitslosigkeit, Kap. 2.8.

[485] Der Syndikalist 35/21.

[486] Ebenda 36/21.

[487] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Versammlung vom 28.2.1921

[488] Meister und Betriebsleiter.

[489] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Versammlung vom 28.2.1921.

[490] Ebenda.

[491] Ebenda.

[492] Ebenda. Jürgels Aufforderung war ein klares Angebot der FAUD mit dem inzwischen reorganisierten DMV und dem christlichen Metallarbeiterverband (CMV) zusammenarbeiten zu wollen, da die ArbeiterInnen trotz ihrer Mitgliedschaft in Gewerkschaften unterschiedlicher Ausrichtung zuallererst gemeinsame ökonomische Interessen haben. Gleichzeitig wird die Befürchtung deutlich, daß sich die Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften von ihren Führern aus den anstehenden Auseinandersetzungen herausziehen lassen könnten, um sich auf Kompromisse mit den Unternehmern einzulassen. Diese Befürchtung sollte sich im Februar 1922 bestätigen.

[493] 10 von den 11 Mitgliedern waren zu diesem Zeitpunkt noch Mitglieder der FAUD.

[494] Versammlungen, Zeitungen, Flugblätter u.ä.

[495] Wesemann reagierte darauf mit der Drohung, daß er sich nicht bieten lasse, wenn Werksangelegenheiten in Zeitungen besprochen würden, was er mit den Entlassungen und Lohnsenkungen ja bereits verdeutlicht hatte.

[496] Es wurde immer noch 6 Tage pro Woche gearbeitet.

[497] Niederschrift über die Sitzung des Betriebsrates mit der Betriebsleitung vom 27.6. 1921.

[498] Acta betr. Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Bericht des Landrates von Weißensee vom 25.8.1921

Die Betriebsräte und Vorstände der drei am Streik beteiligten Gewerkschaften - FAUD, DMV, CMV - wollten vor einem Streik zunächst eine Schlichtungsstelle anrufen, was aber von den übrigen Mitgliedern abgelehnt wurde. Vgl. dazu die Nachweisung über den Ausbruch eines Streiks vom 26.8.1921, Akte wie oben.

[499] 1350 Personen.

[500] Vgl. Der Syndikalist 35/21. Hier wurde dazu aufgerufen, den Ziegeleiarbeitern der FAUD Sömmerda 25000 Mark an Solidaritätsbeiträgen zukommen zu lassen. S. auch Gebesees Ztg. vom 27.8. 1921, sowie Die Schöpfung.

Sozialrevolutionäres Organ für das sozialistische Neuland. Publikationsorgan der FAUD(S) Rheinland- Westfalens vom 30.8.1921. Die Schöpfung war die erste anarchosyndikalistische Tageszeitung in Deutschland.

[501] Bericht des Landrates von Weißensee vom 25.8.1921, s. Anm. 215.

[502] Gebesee'r Ztg. vom 27.8.1921 sowie Die Schöpfung vom 30.8.1921.

[503] Ebenda.

[504] Ebenda.

[505] Vgl. Sömmerdaer Ztg. vom 8.1.1922.

[506] S. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Betriebsversammlung am 2.11.1921.

[507] Wie hoch diese Abzüge waren, ist nicht mehr zu ermitteln. Aus dem Protokoll geht ebenfalls hervor, daß die Betriebsleitung versuchen wolle, durch Überstunden bei gleichzeitigem Personalabbau den während der „Revolution“ 1918 erkämpften 8- Stundentag abzuschaffen und die 12- Stundenschicht einzuführen. Hermann Sonntag rief zum Widerstand mit allen Mitteln dagegen auf und forderte die Einstellung von Erwerbslosen.

[508] Möglicherweise war die Widerstandskraft der Belegschaft erlahmt, nachdem sie vom 3. bis zum 22. Oktober 1921 ausgesperrt worden waren. Hermann Sonntag kommentierte: *„Wenn man sich heute die Verhältnisse ansehe, müsse man glauben, die Arbeiterschaft der Rheinischen sei um 100 Jahre zurückgekommen“*.

Um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen hatten die Thüringer MetallarbeiterInnen am 24. September an 14 Orten die Arbeit niedergelegt. Die Metallindustriellen antworteten flächendeckend mit einer Aussperrung. Dadurch wuchs die Zahl der Streikenden auf etwa 28000 an. Die SömmerdaerInnen beteiligten sich an diesem Streik nicht, wurden aber trotzdem ausgesperrt. Die Streiks zogen sich teilweise noch bis Dezember hin, weil die Streikenden in verschiedenen Metallwerken den Beschluß eines Schlichtungsausschusses nicht angenommen hatten. In Sömmerda hatten dann Verhandlungen dazu geführt, daß den ArbeiterInnen Teuerungszulagen gezahlt wurden. Daraufhin wurde die Aussperrung von Rheinmetall zurückgezogen.

Vgl. dazu Wentzel, Inflation und Arbeitslosigkeit, S. 124. Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Berichte der Polizeiverwaltung Sömmerda an den Landrat von Weißensee vom 4.10. und 22.10.1921. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen, Bericht über die Betriebsversammlung am 2.11.1921.

[509] Vgl. Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Brief des Sömmerdaer Polizeikommissars Haake an den Landrat von Weißensee vom 5.1.1922, sowie Der Syndikalist 2/22.

[510] Ebenda, 11/22 und Gebesee'r Ztg. vom 13.1.1922.

[511] Der Syndikalist 11/22.

[512] Ebenda.

[513] Er dauerte vom 6.1. bis 25.2.1922. Es streikten 1400 ArbeiterInnen. Vgl. Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen, Briefe der Betriebsleitung von Rheinmetall Sömmerda an den Landrat von Weißensee vom 5.1. und 25.2.1922.

[514] Ebenda, Brief der Betriebsleitung an den Landrat von Weißensee vom 10.1.1922, sowie Der Syndikalist 11/22.

[515] Ebenda.

[516] Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen, Brief der Betriebsleitung von Rheinmetall Sömmerda an den Landrat von Weißensee vom 5.1.1922.

[517] Die FAUD hatte zu diesem Zeitpunkt bei Rheinmetall noch etwa 600 Mitglieder. Vgl. Der Syndikalist 2/22.

[518] Vgl. Der Syndikalist 2/22.

[519] Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Brief der Betriebsleitung von Rheinmetall Sömmerda an den Landrat von Weißensee vom 9.1.1922.

[520] Der Syndikalist 11/22, Sömmerdaer Ztg. vom 10.1.1922.

[521] Ebenda.

[522] Ebenda.

[523] Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Brief der Betriebsleitung von Rheinmetall Sömmerda an den Landrat von Weißensee vom 9.1.22.

[524] Ebenda. Offensichtlich waren der Direktion die Novembertage von 1918 noch gut in Erinnerung. Vgl. Kap. 3.

[525] Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Schreiben der Betriebsleitung an die Polizeiverwaltung Sömmerda vom 11.1.1922.

[526] Wesemann war am 10.1.1921 die Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen entzogen worden. Ab sofort übernahm die Generaldirektion diese allein. Ebenda, Schreiben der Betriebsleitung an den Landrat von Weißensee vom 10.1.1922.

[527] Ebenda.

[528] Ebenda. Schreiben der Betriebsleitung an die Polizeiverwaltung von Sömmerda vom 11.1.1922.

[529] Ebenda. Schreiben des Landrates von Weißensee an den Regierungspräsidenten in Erfurt vom 19.1.1922.

[530] Ebenda. Schreiben der Polizeiverwaltung Sömmerda an den Landrat von Weißensee vom 17.1.1922. Die Versuche der ArbeiterInnen den Streikbruch zu verhindern wurden von der Polizei als Terror bezeichnet.

[531] Der Syndikalist 11/22.

[532] Bzgl. aller 9 Punkte vgl. Der Syndikalist 11/22. Als zehnter Punkt wurde von dem Sömmerdaer Schreiber des Artikels, der von Zuchthausbedingungen sprach angegeben, daß sich alle Arbeiter auf Befehl aufzuhängen hätten.

[533] Vgl. Der Syndikalist 11/22.

[534] Ein Vertreter des CMV kritisierte diese Haltung mit der Aussage, daß das bedauerlich genug sei. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, daß die Vertreter von DMV, CMV und HD von der Betriebsleitung erfahren hatten, daß sie nicht mehr auf der Liste der zu Entlassenden ArbeiterInnen standen. Vgl. Der Syndikalist 11/22.

[535] Ebenda.

[536] Ebenda.

[537] Ebenda.

[538] Ebenda.

[539] Ebenda.

[540] Entweder hatten sich auch viele FAUD Mitglieder für die Wiederaufnahme der Arbeit entschieden, oder durch Nichtabstimmung oder ungültige Abstimmung ein Ergebnis im Sinne von Betriebsleitung, DMV, CMV und HD ermöglicht. Die angegebenen Zahlen lassen derartiges vermuten. Bei einer Präsenz von etwa 600 FAUD Mitgliedern

bei Rheinmetall waren 258 Stimmen dafür weiter zu streiken und etwa 260 Personen waren gar nicht zur Stimmabgabe erschienen, oder hatten ein ungültiges Votum abgegeben. Die beiden Zahlen entsprechen zusammen etwa der Stärke der FAUD bei Rheinmetall. Vgl. dazu Der Syndikalist 11/22 und Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen. Schreiben der Betriebsleitung Rheinmetalls an den Landrat von Weißensee vom 25.2.1922.

[541] Bzgl. der Vorstände des DMV, CMV und HD kommentierte die Sömmerdaer FAUD im Syndikalist Nr. 11/22: „Bei Beginn des Streiks erklärten diese Subjekte: ‘nie wieder in die Rheinmetall’, heute waren sie die ersten, die ihren segensreichen Arbeitsplatz so schnell wie möglich aufsuchten. Keiner ist von diesen Verrätern gemäßregelt auf der Strecke geblieben, (...) . So sieht die Solidarität dieser Sorte Arbeiter aus. Egoistisch und rachsüchtig, bis zur höchsten Potenz elende Sklavenseelen“.

[542] Der Syndikalist 9/22.

[543] Ebenda 11/22.

[544] Brief von Wilhelm Kuhnwald an Rudolf Rocker vom 7.9.1952. Rocker- Archiv, Korrespondenz Nr. 138, IISG Amsterdam.

[545] Der Syndikalist 15/22.

[546] Vgl. Acta betr., Gewerbliche Arbeitseinstellungen: Berichte der Sömmerdaer Polizeiverwaltung an den Landrat von Weißensee über die wirtschaftlichen Folgen eines Eisenbahnerstreiks vom 24.2.1922. Schreiben des Landrates von Weißensee an die Polizeiverwaltung Sömmerdas vom 3.8.1922 über einen Streik bei Dreyse & Collenbusch. Nachweisung über den Ausbruch eines Streiks in der Dachziegelfabrik Martini vom 11.8.1923. Bericht der Betriebsleitung von Martini an den Landrat von Weißensee vom 11.6.1925 über den an diesem Tag in ihrem Betrieb ausgebrochenen Streik, sowie Bericht des Landrates an den Regierungspräsidenten in Erfurt über den Verlauf desselben Streiks (er dauerte vom 11.6.-16.6.1925) vom 16.6.1925. Nachweisung über den Ausbruch eines Streiks der Buchdrucker vom 31.3.1928.

Der Syndikalist 5/25, 1/26, 24/26, 14/29, 15/29. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Berichte über die Versammlungen vom 6.12.1923, 23.1.1924, 5.3.1924, 5.12.1924, 5.3.1925 und 24.4.1925.

[547] Ebenda.

[548] Ebenda.

[549] Der Syndikalist 5/25. Diese Aussage läßt auf mangelnde Überzeugungskraft der FAUD Mitglieder schließen und auf die Tatsache, daß die Organisation in den Betrieben größtenteils auch nur als eine ganz normale, legal arbeitende Gewerkschaft gesehen wurde und nicht als das, was sie nach ihrem Selbstverständnis eigentlich war: eine sozialrevolutionäre Klassenkampforganisation.

[550] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Bericht über die Versammlung vom 6.12.1923.

[551] Ebenda.

[552] Ebenda.

[553] Ebenda.

[554] Ebenda.

[555] Erinnerung sei hier an die von der FAUD mitgetragene Umwandlung des revolutionären ArbeiterInnenrates bei Rheinmetall in einen gesetzegültigen ArbeiterInnenausschuß im November 1919. Vgl. Kap. 3.

[556] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Berichte über die Versammlungen vom 6.12.1923 und 24.4.1925.

[557] Im März 1924 waren in Sömmerda 600 Personen erwerbslos. S. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Versammlung vom 5.3.1924.

[558] Ebenda.

[559] Ebenda.

[560] Ebenda.

[561] Ebenda. Versammlung vom 23.1.1924.

[562] Es ging der FAUD darum den Kontakt mit der gesamten Belegschaft wieder herzustellen, weil diese die „*abstrakte Haltung der Syndikalist*“ (gemeint war die Nichtbeteiligung an den Betriebsratswahlen) nicht verstanden habe, s. Der Syndikalist 5/25.

[563] Der DMV stellte 2 und der HD 1 Betriebsratsmitglied. Das die Entscheidung wieder im Betriebsrat mitzuarbeiten nicht unumstritten war, zeigt die Aufforderung an alle FAUD Mitglieder bei Rheinmetall den Betriebsrat auch zu unterstützen. Vgl. Der Syndikalist 5/25.

Die FAUD war bis zum Ende der Weimarer Republik im Betriebsrat vertreten. Vgl. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Protokoll der Sitzung des Betriebsrates mit der Betriebsleitung vom 4.4.1928. Abschrift der Sitzung des Betriebsausschusses mit der Betriebsleitung vom 20.3.1929. Protokoll der Betriebsausschußsitzung vom 4.2.1931. Protokoll der Sitzung des Betriebsrates mit der Betriebsleitung vom 18.1.1932. Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses mit der Betriebsleitung vom 31.5.1932.

[564] Da die FAUD 1925 zu wenig Mitglieder bei Rheinmetall hatte um allein durch deren Abstimmung eine 2/3 Mehrheit zu erlangen, muß sie auch von im DMV, CMV und/oder bei den HD organisierten ArbeiterInnen, bzw. von nicht organisierten gewählt worden sein.

[565] Vgl. Der Syndikalist 5/25.

[566] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Versammlung vom 5.12.1925.

[567] Der Syndikalist 5/25.

[568] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Versammlung vom 5.12.1925.

[569] Vgl. dazu Kap. 1.2.3.

[570] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Versammlung vom 5.3.1925. Auch hier werden Auseinandersetzungen innerhalb der FAUD Sömmerda deutlich. Der größte Teil hatte sich, wie bereits erwähnt von Anfang an für Tarifverträge ausgesprochen. Auch diese Diskussion setzte viel zu spät ein, um noch radikalisierte Wirkung ausüben zu können.

[571] S. Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Versammlung vom 5.3.1925.

[572] Ebenda.

[573] Ebenda.

[574] Vgl. Kap. 4.2.2.

[575] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Versammlung vom 24.4.1925

[576] Ebenda. Bezeichnend ist, daß Bothe einen Streik nun als „das äußerste“ bezeichnet und derselbe nicht mehr als normales und jederzeit anwendbares Mittel gesehen wird.

[577] Ob Bothe Mitglied der FAUD war, ist nicht bekannt.

[578] Rheinmetall Borsig AG Betriebsversammlungen. Versammlung vom 24.4.1925.

[579] Ebenda. Versammlung vom 5.3.1925.

[580] Ebenda. Versammlung vom 24.4.1925.

[581] Vgl. Der Syndikalist 15/26.

[582] Vgl. Rheinmetall Borsig AG Protokollbuch Betriebsausschuß. Betriebsversammlung vom 4.12.1925 und Betriebsratsvollsitzung vom 8.12.1925.

[583] Statt zu fordern, daß als erstes Frauen zu entlassen seien, hätten der Betriebsrat und die Belegschaft auch versuchen können zu erreichen, daß die Löhne der Frauen denen der Männer angepaßt wurden. Deren Verdienst war durchschnittlich um 30% höher als der von Frauen. Vgl. Der Syndikalist 5/25.

[584] Ebenda.

[585] Regin Cornelia, Hausfrau und Revolution. Die Frauenpolitik der Anarchosyndikalistin in der Weimarer Republik, in IWK, Nr. 3, September 1989, S. 379-397, hier S. 388.

An dieser Haltung wird deutlich, daß der größte Teil der anarchosyndikalistisch organisierten Männer genauso dachte, wie der Rest ihrer Geschlechtsgenossen, obwohl die FAUD anderes propagierte und die Frauen in syndikalistischen Frauenbünden zu organisieren versuchte, vgl. ebenda.

[586] Vgl. Der Syndikalist 15/31.

[587] Zum Verlauf der Trauerfeierlichkeiten, die von 5.00 bis etwa 17.00 Uhr dauerten vgl. Der Syndikalist 18/20.

[588] Vgl. Schreiben der Polizeiverwaltung Sömmerda an den Regierungspräsidenten in Erfurt vom 23.4.1920, Landratsamt Weißensee, betr. Kommunisten.

[589] Der Syndikalist 18/20.

[590] Vgl. Der Syndikalist 15/21.

[591] Vermutlich war das die folgenden Jahre auch noch so.

[592] Das Reichsbanner war eine paramilitärische Kampforganisation der SPD.

[593] Der Syndikalist 13/27.

[594] Ebenda.

[595] Bericht der Polizeibeamten Langmann und Schleef und Pfeifer vom 7.3.1927. Landratsamt Weißensee, betr. Kommunisten.

[596] Ebenda, sowie Interview des Verfassers mit Karl Wandt vom 23.9.1992.

[597] Vgl. Der Syndikalist 13/27.

[598] Vgl. Vernehmungsprotokoll Hermann Bachs vom 14.3.1927. Landratsamt Weißensee, betr. Kommunisten.

[599] Der RFB war eine paramilitärische Kampforganisation der KPD. Die Sömmerdaer Ortsgruppe ist vermutlich 1924 gegründet worden. Vgl. dazu Fritsch Werner, Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes gegen Faschismus, Militarismus und Kriegsgefahr in Thüringen, Kap. 1.2.

[600] Vgl. die Vernehmungsprotokolle der Arbeiter Fritz Hemme, Paul Müller, Friedrich Schönau, Georg Goethe und Oskar Jessing vom 14.3.1927. Landratsamt Weißensee, betr. Kommunisten.

[601] Der Syndikalist 13 /27.

[602] Ebenda.

[603] Ebenda.

[604] Vgl. dazu den ausführlichen Bericht im Syndikalist 15/31.

[605] Vgl. Brief des Arbeiters Wilhelm Kuhnwald an Rudolf Rocker vom 16.11.1947. Rocker- Archiv, Korrespondenz Nr. 138, IISG Amsterdam.

[606] Ebenda.

[607] Brief Kuhnwalds an Rocker vom 15.2.1948. Rocker- Archiv, Korrespondenz Nr. 138, IISG Amsterdam.

[608] Vgl. Der Syndikalist, 17/24.

[609] Ebenda, 19/21.

[610] Vgl. Der Arbeitslose. Motto: Die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein! Nr. 17, Oktober 1932. Hg. von der Syndikalistischen Arbeiter- Föderation Dresden, FAUD (AS). Erschien von 1930- März/ April 1933.

[611] Vgl. Der Syndikalist 45/32 und Rübner, Freiheit und Brot, S. 176.

[612] Der Syndikalist 19/21.

[613] Zu den Siedlungsexperimenten der FAUD und in ihrem Umfeld vgl. Rübner, a.a.O., Kap. 11.1.1., sowie Klan/Nelles, Es lebt noch eine Flamme, Kap. 7.

[614] Der Syndikalist 19/21.

[615] Ebenda, 17/24.

[616] Ebenda.

[617] Ebenda.

[618] Ebenda.

[619] Ebenda.

[620] Der Arbeitslose, Nr. 17, Oktober 1932.

[621] Linows Ausführungen stehen in krassem Widerspruch zu der von einigen Anarchosyndikalistinnen (u.a. Hermann Sonntag und Heinrich Kusche) in Sömmerda trotz ihrer Mitgliedschaft in der FAUD seit 1919 immer wieder praktizierten Mitarbeit im Sömmerdaer Stadtparlament. Vgl. Kapitel 8.

[622] Vgl. Haug, Eine Flamme erlischt (s. Kap. 1, Anm. 99), S. 361/362.

[623] Vgl. Brief von Wilhelm Kuhnwald an Rocker vom 16.11.1947. Rocker- Archiv, Korrespondenz Nr. 138, IISG Amsterdam.

[624] Vgl. Plievier Theodor, Des Kaisers Kulis (Nachwort), Köln 1984.

[625] Rübner, a.a.O., S. 176.

[626] Ebenda.

[627] Zur Gilde freiheitlicher Bücherfreunde vgl. Schwarzer Faden. Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit, Nr. 52, 1/95, S. 52-57, sowie Rübner, a.a.O., Kap. 11.2.1.

[628] S. Der Syndikalist 45/32.

[629] Vgl. dazu Kap. 2.

[630] Der Syndikalist 1/27.

[631] Vgl. dazu Der Syndikalist 46/31. Zu den Genossenschaftsprojekten der gesamten FAUD s. Rübner, a.a.O., Kap. 11.1.2., sowie Klan/ Nelles, a.a.O., S. 284- 286. Rübner interpretiert auf S. 179 die genossenschaftlichen Initiativen der FAUD als Versuch ihre Isolation als Gewerkschaft zu überwinden. Das trifft sicherlich auch für Sömmerda zu, wenngleich die Organisation sich hier im Gegensatz zu vielen anderen Orten bis 1933 einen gewissen Einfluß in den Betrieben sichern konnte.

[632] Der Syndikalist 46/31.

[633] Ebenda.

[634] Ebenda.

[635] Ebenda.

[636] Ebenda.

[637] Rübner, Freiheit und Brot, S. 162.

[638] Es sind nur Männer bekannt.

[639] Bei der Reichstagswahl im Juni 1920 erhielt die in Sömmerda nicht mehr existente USPD 1926

Stimmen. Die AnarchosyndikalistInnen haben sich mit ziemlicher Sicherheit an den Wahlen beteiligt und für die USPD gestimmt. Die FAUD hatte zwar zu diesem Zeitpunkt schon Mitgliederverluste hinnehmen müssen, war aber immer noch sehr stark und offensichtlich haben an der Wahl alle ArbeiterInnen der Stadt teilgenommen. Vgl. dazu den Forschungsauftrag der Klasse 9a der Diesterweg Oberschule in Sömmerda zum Thema: „Erforscht die Ortsgruppe der KPD ...“, S. 13, masch. Manuskript, Datum unbek. Bei den Reichstagswahlen 1932 wählten die AnarchosyndikalistInnen die KPD. Vgl. das Interview der FAU/ IAA Ortsgruppe Gransee mit dem ehemaligen Sömmerdaer KPD Mitglied Karl Hähnel von August 1992. Die handschriftlichen Notizen befinden sich im Besitz d. Verf.

[640] Vgl. Sömmerdaer Ztg. vom 3.2.1920.

[641] Vgl. Der Syndikalist 27/32 und Erinnerungen Victor Bodes, S. 16.

[642] S. Sömmerdaer Ztg. vom 3.2.1920.

[643] Ebenda, 13.2.1920.

[644] Vgl. Weißensee'r Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Weißensee'r Kreis vom 16.12.1919 und Geheim- Akten betr. politische Stimmung und Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, Regierung Erfurt, Sig. 12784, Schreiben des Landrates von Weißensee an den Regierungspräsidenten in Erfurt vom 12.1.1920.

[645] Weißensee'r Zeitung vom 16.12.1919.

[646] Sömmerdaer Ztg. vom 3.2.1920. Über eine personelle Umbesetzung des Beirats ist nichts bekannt.

[647] Vgl. Der Syndikalist 47/28.

[648] Ebenda.

[649] Vgl. Erinnerungen Victor Bodes, S. 16.

[650] Die 1929 in das Stadtparlament gewählten SyndikalistInnen waren dort noch tätig. Bis 1932 hatten keine Neuwahlen stattgefunden. Vgl. Der Syndikalist 27/32.

[651] Ebenda.

[652] Ebenda.

[653] Ebenda.

[654] Ebenda.

[655] Die Arbeit im Stadtparlament bedeutete das Verlassen der eigentlichen Kampfbereiche der FAUD, den ökonomischen, d.h. betrieblichen Bereich und hatte auch nichts mit freiheitlicher und radikaler Kulturarbeit zu tun. Die beteiligten AnarchosyndikalistInnen begaben sich freiwillig in staatliche und damit nach ihrer eigenen Theorie antiemanzipatorische Bereiche. Hier kam trotz langer Mitgliedschaft in der FAUD abermals die sozialdemokratische Sozialisation der involvierten Arbeiter zum Vorschein.

[656] Vgl. Anm. 41 und 42.

[657] Irgendwelche durch die Mitarbeit der SyndikalistInnen im Stadtparlament hervorgerufenen außergewöhnlichen Resultate für die Mitglieder der FAUD oder anderer ArbeiterInnen sind nicht bekannt.

[658] Vgl. Haug, a.a.O., S. 369. Wahrscheinlich waren die AnarchosyndikalistInnen auch maßgeblich am Boykott der nationalsozialistischen Vertrauensleutewahlen bei Rheinmetall im Frühjahr 1935

beteiligt. Von 6000 Beschäftigten hatten sich nur 1800 an der Abstimmung beteiligt. Von diesen 1800 hatte nur 25% für die von der NSDAP aufgestellten KandidatInnen gestimmt. Im April 1935 blieben noch 21% der Belegschaft diesen Wahlen fern. Danach wurden keine mehr durchgeführt. Vgl. Schüle, a.a.O., S. 183 und Mack Karl, Als Arbeiter und Bauern kamen überein... Beispiele vom Kampf der Arbeiterklasse des Kreises Sömmerda unter Führung ihrer Partei gegen den Faschismus und für die antifaschistisch- demokratische Umgestaltung. Sömmerdaer Heimethefte Nr. 1. Beiträge zur Geschichte des Kreises Sömmerda, ebenda 1989, S. 5.

[659] Vgl. Haug, a.a.O., S. 368 und Bericht der Geheimen Staatspolizei - Staatspolizeistelle Erfurt an das Geheime Staatspolizeiamt - II A 3 - Berlin, vom 30.12.1937, R 58/518-519, BAK.

[660] Vgl. Lebenslauf Otto Bachs, S. 19.

[661] Zum Reichsverband für Geburtenregelung und Sexualhygiene vgl. Rübner, Freiheit und Brot, Kap. 11.2.2.

[662] Vgl. Bericht der Geheimen Staatspolizei Erfurt, (s. Anm. 376).

[663] Schüle, a.a.O., S. 184.

[664] Vgl. Schnellbrief (mit Liste der im Bezirk Erfurt erfaßten Anarchisten [Anarchosyndikalisten]) der Geheimen Staatspolizei Erfurt an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin - II A 3 -, vom 10.1.1938, R 58/518-519 BAK.

[665] Ebenda.

[666] Vgl. Graf/Nelles, Die unsichtbare Front, S. 105.